

Protokoll

31. Parteitag der CDU Deutschlands

7. – 8. Dezember 2018, Hamburg

Protokoll

**31. Parteitag der CDU Deutschlands
7. – 8. Dezember 2018, Hamburg**

Inhalt

	Seite
Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel , MdB Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagespräsidiums	10
Beschlussfassung über die Tagesordnung	12
Bestätigung der Antragskommission	12
Wahl der Mandatsprüfungskommission	12
Wahl der Stimmzählkommission	13
Grußworte	
■ Roland Heintze, Landesvorsitzender der CDU Hamburg	13
■ Joseph Daul, Präsident der Europäischen Volkspartei	16
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands	19
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	29
Bericht des Mitgliederbeauftragten	46
Bericht der Rechnungsprüfer	51
Entlastung des Bundesvorstandes	53
Bericht der Mandatsprüfungskommission	55
Wahl des Bundesvorstandes:	
■ Wahl einer/eines Vorsitzenden	57
■ Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden	96
■ Wahl der/des Bundesschatzmeisterin/Bundesschatzmeisters	105
■ Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums	106
■ Wahl der/des Mitgliederbeauftragten	116
■ Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes	117

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2020	145
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU für die Kongresse der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2020	146
Wahl der Rechnungsprüfer	146
Antrag des Bundesvorstandes	
Anpassung von § 22 des Statuts an die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung.	147
Weitere B-Anträge	147
Antrag des Bundesvorstandes	
„Mit dem globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern.“	150
Grußworte	
■ Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	167
■ Manfred, Weber Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament	169
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	176
Wahl des Bundesvorstandes:	
■ Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs	183
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary, MdEP	189
Antrag des Bundesvorstandes	
„Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm der CDU“	
Beratung und Beschlussfassung	190
Antrag des Bundesvorstandes	
„Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“	196
Antrag des Bundesvorstandes	
„An der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten – die Bundeswehr weiter stärken“	213
Sonstige Anträge	220
Schlusswort	269

Freitag, 7. Dezember 2018
Erste Plenarsitzung
(Beginn: 10.40 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Guten Morgen.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Danke schön. – Wir haben heute noch viel vor.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 31. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und heiße Sie alle hier in Hamburg herzlich willkommen.

Mein erster Gruß gilt zuerst den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. – Herzlich willkommen.

(Beifall)

1990 und 1994 waren wir bereits mit unseren Parteitagen hier zu Gast. Ich möchte mich bei der Hamburg Messe und Congress GmbH, insbesondere bei dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, Herrn Bernd Aufderheide, für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die hier geboten werden, bedanken. Schön, dass wir hier bei Ihnen zu Gast sein dürfen!

(Beifall)

Ganz besonders herzlich begrüße ich den gastgebenden Landesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Hamburg, unseren Freund Dr. Roland Heintze. Ich grüße alle Hamburgerinnen und Hamburger und bedanke mich für die Gastfreundschaft.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul. Lieber Joseph, dir ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Mit dir zusammen begrüße ich die zahlreichen weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal herzlich unseren Freund Manfred Weber zu seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der EVP für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten gratulieren.

(Lebhafter Beifall)

Manfred Weber wird morgen bei uns sein und zu uns sprechen.

Ich begrüße herzlich den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag – lieber Alexander Dobrindt, herzlich willkommen! – sowie den Generalsekretär der CSU, Markus Blume. Schön, dass Sie unsere Gäste sind.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich die zahlreichen internationalen Gäste von der Internationalen Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Internationalen.

Wir freuen uns über die Teilnahme vieler Botschafter sowie ihrer Vertreter. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Unser Tag begann heute mit einem beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst in der Hauptkirche St. Michaelis, dem sogenannten Michel. Ich danke dem Erzbischof von Hamburg, Dr. Stefan Heße, und der Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Frau Kirsten Fehrs, sehr herzlich dafür.

(Beifall)

Insbesondere möchte ich auch dem Hauptpastor der Hauptkirche St. Michaelis, Herrn Alexander Röder, danken, der uns in besonderer Weise bei der Vorbereitung dieses Gottesdienstes sehr unterstützt hat.

(Beifall)

Auch in diesem Jahr sind die Repräsentanten unserer beiden großen christlichen Kirchen, Prälat Dr. Martin Dutzmann und Prälat Dr. Karl Jüsten, wieder unsere Gäste. Ich freue mich sehr, dass Sie gekommen sind.

(Beifall)

Wir freuen uns auch über die Teilnahme weiterer Vertreter anderer Religionsgemeinschaften.

Es werden auch zahlreiche Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden unseren Parteitag begleiten.

Insbesondere möchte ich stellvertretend den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Ingo Kramer, begrüßen. Schön, dass Sie bei uns sind.

Ich grüße auch den Präsidenten des Gesamtverbandes der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e. V., Herrn Dr. Rainer Dulger, und den Präsidenten des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e. V., Herrn Prof. Dr. Mario Ohoven.

Ich freue mich über die Teilnahme des Präsidenten des Bundes für Steuerzahler e. V., Herrn Reiner Holzengel, und über den Besuch des Präsidenten des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft, Herrn Michael H. Heinz. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Seitens der Gewerkschaften begrüße ich stellvertretend den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Reiner Hoffmann, und den Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Herrn Thomas Eigenthaler.

(Beifall)

Begrüßen möchte ich auch den Bundesvorsitzenden des DBB Beamtenbund und Tarifunion, Herrn Ulrich Silberbach.

Auch möchte ich den Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Herrn Sebastian Fiedler, sowie die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frau Marlis Tepe, willkommen heißen.

(Beifall)

Seitens der Deutschen Polizeigewerkschaft begrüße ich herzlich den ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Herrn Joachim Lenders. Schön, dass Sie bei uns sind.

Ich begrüße Herrn Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK, und Herrn Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland e. V. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Genauso freuen wir uns über die Teilnahme von Herrn Dr. Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des BDI.

Wir freuen uns über die Teilnahme einiger ehemaliger Ministerpräsidenten. Sehr herzlich begrüße ich Professor Kurt Biedenkopf und seine Frau Ingrid sowie Herrn Dr. Berndt Seite, den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

Ebenso begrüße ich sehr zwei der ehemaligen Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: Herrn Christoph Ahlhaus und Herrn Ole von Beust. Schön, dass Sie bei uns sind.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen genauso wie Blogger und Vertreter aus dem Social-Media-Bereich. Sie sind sehr zahlreich bei uns. Sie können sicherlich viel Interessantes und hoffentlich auch Gutes von unserem Parteitag berichten. Auf gute Zusammenarbeit.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir spüren alle: Das hier ist ein ganz besonderer Parteitag. Ich wünsche mir, dass wir aus diesem Parteitag gut gerüstet, motiviert und geschlossen herausgehen, und ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt. Wir wollen heute und morgen Weichen stellen: zum einen personell mit der Wahl einer neuen Parteiführung, zum anderen inhaltlich und programmatisch mit der Beratung vieler Anträge.

Beide Weichenstellungen haben ein Ziel: Gemeinsam wollen wir, dass unsere CDU als die starke Volkspartei der Mitte ihrem Gestaltungsauftrag gerecht wird, Überzeugungskraft ausstrahlt und das richtige Angebot für die Zukunft unseres Landes unterbreitet.

(Beifall)

Lassen Sie den Parteitag unter unserem Motto beginnen: „Zusammenführen. Und zusammen führen.“

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag – es war der 30. Parteitag im Februar 2018 – von uns gegangen sind.

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich zunächst stellvertretend Hans-Georg Kuhn nennen, geboren am 20. Januar 1924, gestorben am 9. Mai 2018. Seit 1963 war er Mitglied der CDU. Von 1968 bis 1990 war Hans-Georg Kuhn stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hamburg. Er gehörte von 1970 bis 1993 der Hamburgischen Bürgerschaft an.

Ich nenne Reinhard Hardegen, geboren am 18. März 1913, gestorben am 9. Juni 2018. Reinhard Hardegen war seit 1950 Mitglied der CDU. Er gehörte von 1959 bis 1979 der Bremischen Bürgerschaft an und war von 1962 bis 1963 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion Bremen.

Ich denke an Wiebke Weitendorf, geboren am 29. Dezember 1972, gestorben am 18. Juni 2018. Sie gehörte seit 2016 der CDU an. Wiebke Weitendorf war von 2017 bis 2018 Geschäftsführerin der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung der CDU Mecklenburg-Vorpommern.

Wir trauern um Christa Müller, geboren am 20. Juli 1952, gestorben am 19. Juni 2018. Sie gehörte seit 1985 der CDU an. Christa Müller war von 1990 bis 2018 Stadtverordnete sowie Stadträtin der Landeshauptstadt Dresden und von 2007 bis 2010 Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stadtrat Dresden.

Ich denke an Dr. Gustav Wabro, geboren am 14. Mai 1933, gestorben am 25. Juni 2018. Seit 1967 gehörte er der CDU an. Von 1987 bis 1999 übte er das Amt des Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen im Landesverband Baden-Württemberg aus. Von 1984 bis 1998 war Gustav Wabro Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, und von 1992 bis 2001 war er Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg.

Wir gedenken Emil Fischer, geboren am 14. November 1923, gestorben am 12. Juli 2018. Er war seit 1946 Mitglied der CDU und langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union der CDU. Er war Gründungsmitglied und von 1990 bis 2002 Vorsitzender Senioren-Union Sachsen-Anhalt und anschließend ihr Ehrenvorsitzender. Er gehörte dem Exekutivkomitee der Europäischen Senioren-Union an.

Wir erinnern an Lothar Dietz, geboren am 25. November 1953, gestorben am 13. Juli 2018. Seit 1972 war er Mitglied der CDU, und er war von 1979 bis 1984 sowie seit 1999 Mitglied der CDU-Fraktion im Kreistag des Landkreises Neunkirchen und von 2005 bis 2008 Vorsitzender der CDU-Fraktion. Im Vorstand der CDU Saar war er von 2010 bis 2018 Mitglied.

Ich nenne Gottfried Milde, geboren am 14. April 1934, gestorben am 14. Juli 2018. Seit 1961 war er Mitglied der CDU und seit 1997 Mitglied der OMV. Von 1966 bis 1991 gehörte er dem Hessischen Landtag an, und er bekleidete von 1974 bis 1987 den CDU-Fraktionsvorsitz im Hessischen Landtag. Gottfried Milde war von 1977 bis 1987 Vorsitzender des Kreistages Darmstadt-Dieburg, und von 1987 bis 1990 bekleidete er das Amt des Innenministers des Landes Hessen. Von 1978 bis 1992 war Gottfried Milde stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Hessen.

Ich möchte Waltrud Steffens nennen, geboren am 18. Mai 1932, gestorben am 16. Juli 2018. Sie gehörte seit 1969 der CDU an und war Gründerin und Vorsitzende der Frauen-Union des Kreisverbandes Ahrweiler sowie langjähriges Mitglied des Vorstandes des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Ich nenne Dr. Ferdinand Spangenberg, geboren am 9. März 1931, gestorben am 28. August 2018. Er war Mitglied der CDU seit 1992. Er war von 1990 bis 1994 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Nordhausen und Stadtrat von 1994 bis 2009.

Ich denke an Elmar Pieroth, geboren am 9. November 1934, gestorben am 31. August 2018. Er gehörte seit 1965 der CDU an und war von 1969 bis 1981 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gehörte von 1981 bis 1996 dem Abgeordnetenhaus von Berlin an. Von 1981 bis 1989 sowie von 1995 bis 1998 war er Senator für Wirtschaft und Verkehr und von 1991 bis 1995 Senator für Finanzen des Landes Berlin. Er bekleidete von 1987 bis 1993 das Amt des Bundesvorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung.

Wir erinnern an Helmut Oertel, geboren am 29. April 1927, gestorben am 6. September 2018. Er gehörte seit 1959 der CDU an und war von 2004 bis 2015 Mitglied im Vorstand des Gemeindeverbandes Kleinmachnow.

Wir trauern um Bärbel Schulz, geboren am 14. September 1942, gestorben am 14. September 2018. Seit 1975 war sie Mitglied der CDU. Von 1995 bis 1997 war sie stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union des Landesverbandes Schleswig-Holstein und von 1997 bis 2001 deren Vorsitzende.

Ich denke an Dr. Walter Remmers, geboren am 17. Oktober 1933, gestorben am 14. September 2018. Seit 1965 war er Mitglied der CDU. Von 1970 bis 1990 war er Mitglied des Niedersächsischen Landtages, und von 1982 bis 1990 bekleidete er das Amt des niedersächsischen Justizministers. Von 1990 bis 1994 war er Minister für Justiz sowie 1994 Minister für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt. Von 2001 bis 2002 war Walter Remmers Vizepräsident des Landtages Sachsen-Anhalt.

Ich erinnere an Kurt Malangré, geboren am 18. September 1934, gestorben am 04. Oktober 2018. Seit 1965 war er Mitglied der CDU. Von 1972 bis 1973 war er Bürgermeister und von 1973 bis 1989 Oberbürgermeister der Stadt Aachen. Von 1979 bis 1999 war Kurt Malangré Mitglied des Europäischen Parlamentes. Er war von 1989 bis 1993 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Aachen-Stadt.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens. – Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung zum Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Wer ist für dieses Tagungspräsidium? – Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? – Ich habe den Eindruck, dass das einhellig so gebilligt ist. Es ist nicht ganz einfach zu sehen, da viele Menschen in den Gängen stehen. Ich danke für die Wahl des Tagungspräsidiums

(Vereinzelt Beifall)

und bitte die gewählten Mitglieder jetzt hier auf der Bühne Platz zu nehmen. Ich übergebe zur Fortführung der Tagungsgeschäfte das Wort an den Tagungspräsidenten, den Vorsitzenden der CDU Hamburg, Dr. Roland Heintze.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Delegierte und Gäste. Erst mal herzlichen Dank von uns allen hier oben für die Wahl des Tagungspräsidiums. Es werden herausfordernde zwei Tage. Daher gebe ich gleich zu Beginn einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag.

Wie wir alle wissen, wird heute der Bundesvorstand gewählt. Die Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen finden Sie in den Unterlagen am Tisch. Wichtig ist jetzt, dass neben

den Kandidaten, die bis zum Parteitag von den vorschlagsberechtigten Gliederungen und den Bundesvereinigungen vorgeschlagen wurden, auch auf dem Parteitag selber durch Delegierte weitere Kandidatenvorschläge erfolgen können. Nach § 12 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung müssen die Vorschläge schriftlich eingereicht werden. Geben Sie diese bitte an den Tisch der Tagesassistenten auf der von Ihnen aus linken Seite an der Bühne ab. Von dort werden die Kandidatenvorschläge ans Tagungspräsidium weitergereicht.

Gemäß § 12 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung empfehlen wir als Tagungspräsidium die Festsetzung einer Meldefrist für weitere Kandidatenvorschläge. Wir schlagen Ihnen 12.30 Uhr vor. Für die bereits vorgeschlagenen Kandidaten, die Sie in der Kandidatenliste an Ihrem Tisch finden, erübrigt sich selbstverständlich ein weiterer Vorschlag. Wenn Sie also der vorgeschlagenen Meldefrist zustimmen wollen, dann bitte ich jetzt um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. – Wer ist gegen die vorgeschlagene Meldefrist? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass wir die Meldefrist für Kandidatenvorschläge auf 12.30 Uhr festgesetzt haben. Sollten zu diesem Zeitpunkt weitere Kandidatenvorschläge vorliegen, werden wir Sie darüber natürlich frühzeitig unterrichten, und Sie bekommen eine aktualisierte Übersicht.

Nun zu den Sachanträgen: Nach § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Diese sind dann handschriftlich von den Antragsstellern zu unterzeichnen. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann geben Sie ihn bitte im Büro der Antragskommission ab; sie ist ausgeschildert, einfach den Schildern folgen. Damit die Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission einen Tag lang beraten werden können, gilt auch hier, dass der Parteitag eine Frist für die Einbringung solcher Anträge beschließen muss. Auch hier machen wir Ihnen einen Vorschlag: Der Antragsschluss sollte ebenfalls auf 12.30 Uhr festgesetzt werden. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist damit nicht einverstanden? – Wer enthält sich? – Damit stelle ich fest, dass sich die Antragskommission nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahl treffen wird und wir die Frist für weitere Sachanträge auf 12.30 Uhr festgelegt haben. Die Antragskommission wird sich nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahl zu der oder dem Vorsitzenden zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission zusammenfinden. Alle, die dabei sind, können sich das schon einmal geistig vormerken; es gibt aber auch rechtzeitig einen Hinweis.

Ich möchte an dieser Stelle auf etwas anderes hinweisen, die Antragsbroschüren sind Ihnen ja rechtzeitig per Post zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, liegen diese auf den Tischen an den Eingängen zum Plenarsaal. Also, wenn Sie Ihre Broschüre verlegt haben: Es gibt selbstverständlich noch weitere an den Eingängen zum Plenarsaal.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen.

Da haben Sie kleine Zettel, mit denen Sie Ihre Wortmeldungen anmelden können. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befinden sich die Kollegen Mitarbeiter, die Ihre Wortmeldezettel dann am Tisch der Tagungsassistenz entgegennehmen. Bitte vollständig ausfüllen, mit Name, Thema und Antragsnummer, damit das hier oben sauber zugeordnet werden kann, und bitte auch ein Hinweis, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie zur Begründung bzw. für Ihren Wortbeitrag nutzen werden.

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Eine aktualisierte Tagesordnung haben wir Ihnen gemeinsam mit den Antragsbroschüren postalisch zu Beginn der letzten Woche zugesandt. In der gestrigen Sitzung hat der Bundesvorstand noch den Antrag an den Parteitag mit dem Titel „Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern“ beschlossen. Dieser Antrag wurde Ihnen noch gestern unmittelbar nach seiner Beschlussfassung per Mail übermittelt. Er liegt aber zusätzlich auf Ihren Plätzen aus. Wir haben diesen Antrag noch in die vorläufige Tagesordnung aufgenommen. Auch diese liegt gemeinsam mit der Tagungsfolge an Ihren Plätzen aus. Wer mit der vorliegenden Tagesordnung und der Tagungsfolge einverstanden ist, hebt jetzt die Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit stelle ich fest: Tagesordnung und Tagungsfolge sind für unseren Parteitag so beschlossen.

Damit kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. In Ihren Unterlagen finden Sie auch die Liste der Namen der Personen, die Mitglied der Antragskommission sind. Wenn Sie diesem Vorschlag so zustimmen wollen, bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen, und zwar jetzt. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Antragskommission ebenfalls bestätigt und kann ihre Arbeit fortsetzen.

Ich rufe dann TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Hier hat der Bundesvorstand ebenfalls einen Vorschlag beschlossen. Die Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag so zustimmen wollen, bitte ich Sie noch einmal um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden ebenfalls gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch der Tagungsassistenz auf der von mir rechten Seite vor der Bühne einzufinden.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Auch in diesem Jahr haben sich erfreulicherweise wieder viele Parteifreundinnen und Parteifreunde bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Einen herzlichen Dank dafür. Die Namen der vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag jetzt durch Kartenzeichen zu unterstützen. Wer ist für die Damen und Herren? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann danke ich Ihnen für die Bestätigung.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung. Diese findet im Sitzungsraum der Stimmzählkommission statt. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Liebe Parteifreunde, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Grußworte

Ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden der gastgebenden CDU Hamburg, unseren Parteifreund Dr. Roland Heintze.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze: Verehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Angela Merkel! Liebe Ministerpräsidenten! Liebe Generalsekretärin! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde der CDU! Nirgendwo strahlt der Himmel so schön grau wie in Hamburg. Darauf kann man sich verlassen. Ich heiße Sie herzlich willkommen in dieser schönen Stadt, die heute ihrem Ruf bei klassisch-grauem Nieselwetter alle Ehre macht.

(Beifall)

Das Wetter hat einen weiteren Vorteil. Es erleichtert uns allen, zwei Tage lang hier in der Messehalle konzentriert den Bundesparteitag abzuhalten. Wie Sie mitbekommen haben, gibt es doppelt so viele Anträge wie üblich. Da gibt es eine Menge zu diskutieren. Insgesamt werden viele wichtige Weichen hier gestellt.

Aber Hamburg, das ist nicht nur ein CDU-Parteitag, der viele Rekorde bricht – sei es bei Pressevertretern, bei Gästen und bei Anträgen –, sondern Hamburg ist auch Speicherstadt, UNESCO-Weltkulturerbe und die Elbphilharmonie. Die Elbphilharmonie ist mittlerweile zu einem Magneten für viele Tausend Touristen aus aller Welt geworden. Sie war ein ehrgeiziges Projekt der damaligen CDU-Regierung, insbesondere unseres ehemaligen Bürgermeisters Ole von Beust, der auch hier ist.

(Beifall)

Ole, es gab viel Ärger. Heute sind wir glücklich, dass wir die Elbphilharmonie haben. Sie wurde oft kritisiert, ist aber inzwischen rundum beliebt. Dafür schönen Dank.

Ich hoffe, dass Sie nach unseren Beratungen und Wahlen noch einmal die Möglichkeit haben, dieses Wahrzeichen zu besuchen. Es lohnt sich auf jeden Fall. Wenn Sie dann schon an der Elbphilharmonie sind, dann lohnt auch der Blick auf den Hafen. Es ist der größte Seehafen Deutschlands, der allerdings nicht so gut läuft, wie er könnte, was die rot-grüne Landesregierung hier zu verantworten hat. Aber dieser Hafen ist immer noch die Wirtschaftsader unserer Stadt, Deutschlands Tor zur Welt und der größte Außenhandels- und Transitplatz der Exportnation Bundesrepublik Deutschland. Die Hafen- und Hansestadt Hamburg ist wie kein anderer Ort ein guter Platz für das, was wir vorhaben, nämlich unser Programm der Sozialen Marktwirtschaft zu modernisieren. Hamburg ist heute Tausend Jahre nach seiner Gründung das wichtigste Wirtschafts- und Wissenschaftszentrum Nordeuropas. Wir verkörpern den bodenständigen Erfolg der deutschen Wirtschaft. Schon der ehrbare Kaufmann zur Hansezeit stand für Entschlossenheit, Fleiß und Gerechtigkeit, für Sparsamkeit und Zuverlässigkeit. Er sollte den langfristigen Geschäftserfolg fördern und gleichzeitig den sozialen Frieden in der Stadt aufrechterhalten. So alt diese Tugenden auch sein mögen, glaube ich, dass sie heute noch unser Handeln prägen sollten; denn auf ihrer Basis steht die Soziale Marktwirtschaft, und das ist auch gut so. Sie bleibt Zukunftsmodell für das 21. Jahrhundert. Wir arbeiten in diesen Tagen daran, sie zu stärken. Darauf freue ich mich.

(Beifall)

Hamburg ist – ich glaube, das ist auch wichtig – ein gutes Pflaster für CDU-Parteitage, traditionell Parteitage, auf denen es Auf- oder Umbrüche gibt. Blicken wir zurück. Vor 28 Jahren vereinigten sich hier in Hamburg West- und Ost-CDU als CDU Deutschlands zu einer Partei.

Wenn wir in das Manifest von damals gucken, in das Manifest zur Vereinigung, stellen wir fest, dass darin steht: Die CDU hat bewiesen, dass sie in Zeiten des Wandels und des Aufbruchs die Partei für historische Weichenstellung ist.

Liebe Freunde, lasst uns diesen Geist hier in Hamburg wiederbeleben und die nächsten Tage in diesem Sinne angehen und unsere Entscheidungen treffen.

(Beifall)

Aber auch Weichen zu Themen wurden hier gestellt. Im Februar 1994 gab es auch einen Bundesparteitag in Hamburg. Die CDU hat damals ihr zweites Grundsatzprogramm verabschiedet, das erste gesamtdeutsche der Union, das bis 2007 Bestand hatte. Nun sind wir wieder hier und auf dem Weg zum vierten Grundsatzprogramm. Hamburg hat hier eine gute Tradition. Wir freuen uns darüber, Sie alle hier so oft begrüßen zu dürfen.

Aber es geht in den nächsten Tagen nicht nur um inhaltliche Auf- und Umbrüche. Das wohl Spannendste personeller Natur ist die Wahl eines/einer neuen Bundesvorsitzenden. Ich muss sagen: Ich habe den Wettbewerb der letzten Wochen und Tage mit Freude gesehen. Annegret

Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn haben auf vielen Regionalkonferenzen mit Freude gekämpft, sich sachlich auseinandergesetzt. Ich kann als Landesvorsitzender nur sagen: Das hat der Partei gutgetan. Dafür schon jetzt vielen Dank. Das war eine tolle Auseinandersetzung, die wir erlebt haben.

(Beifall)

Ich glaube, diese Form des Dialogs, des Ringens um Positionen und darum, diese mehrheitsfähig zu machen, ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit, ist dieser Tage das beste Mittel, um entgegenzustehen. – Ihr habt die Partei in eine tolle Aufbruchstimmung versetzt, die wir mit den Wahlen zum neuen Bundesvorsitz heute im Laufe des Tages zum Abschluss bringen. Ich bin sicher, dass wir auch danach noch geschlossen und einig in die anstehenden Fragen dieser Stadt, dieser Republik, des Landes und der Welt gehen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit auch nach der Wahl. Möge sie so gut und sachlich sein, wie sie in den letzten Wochen war. Das hat wirklich Spaß gemacht.

(Beifall)

Als Letztes schaue ich auf unsere Parteivorsitzende: Angela Merkel und Hamburg. Beim Presseabend gestern hat sie schon einiges dazu gesagt. – Hamburg ist Ihr Geburtsort, ein prägender Ort. Wir freuen uns natürlich, dass Sie hier und heute nach 18 Jahren als Vorsitzende der CDU Deutschlands, in denen Sie die Partei geprägt und geführt haben, das Zepter weitergeben. Dafür, dass wir für diesen Aufbruch in Hamburg sind, sage ich Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Aber Sie haben noch eine andere Eigenschaft, die Hamburgern ganz eigen ist. Uwe Seeler hat mal gesagt – ich glaube, er hat recht –: Hamburger geben nicht auf. Wenn ich mal gucke, was in den 18 Jahren alles an Höhen und Tiefen, an Erfolgen, aber auch Misserfolgen da war, an Krisen, die gemeistert werden mussten, muss ich sagen: Sie haben sich immer Ihrer Verantwortung gestellt, Sie haben bewusst nie aufgegeben. Auch das ist typisch hanseatisch, und dafür zolle ich Ihnen persönlich allergrößten Respekt.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte, in Hamburg sagt man Tschüss, und Hamburg ist das Tor zur Welt. Von daher haben wir jetzt die Chance, das richtige Signal zu setzen. Ich sage am Ende dieser Rede erst mal Tschüss zu Ihnen und blicke durch das Tor zur Welt auf die neue Ära der CDU Deutschlands, die wir hoffentlich heute mit den Wahlen begründen.

Ich bedanke mich, dass Sie alle hier sind und wünsche uns einen guten Tagungsverlauf. – Danke.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Roland Heintze, vielen Dank für dein Grußwort im Namen der CDU Hamburg. Ich glaube, an dieser Stelle hinzufügen zu dürfen: Wir wünschen dir von Herzen viel Erfolg als Spitzenkandidat der Hamburger CDU für die Europawahl am 26. Mai des nächsten Jahres.

(Beifall)

Wir kommen nun zu dem nächsten Grußwort. Es ist mir eine besondere Freude, nun das Wort zu übergeben an den Präsidenten unserer Europäischen Volkspartei. Er ist heute angereist aus dem wunderschönen Elsass. – Cher Joseph, bienvenue! Tu as la parole.

(Beifall)

Joseph Daul, Präsident der Europäischen Volkspartei: Liebe Bundeskanzlerin, liebe Angela! Liebe Ministerpräsidenten! Liebe Minister! Liebe Freundinnen und Freunde aus Deutschland! Danke, dass ich heute ein paar Worte an euch richten kann. Ich weiß sehr gut, dass ich hier in einem historischen Moment spreche, historisch für unsere christdemokratische Parteifamilie, historisch für Deutschland und historisch für Europa.

Wir in der Partei der EVP haben ja manchmal den Ruf, etwas langweilig zu sein; aber wir in der Brüssel und Straßburg haben genau verfolgt, wie in der CDU in den letzten Wochen diskutiert wurde. Das war alles andere als langweilig, und es ist von historischer Bedeutung.

Aber zunächst: Danke, Angela! Das sage ich von ganzem Herzen.

(Beifall)

Danke für deine Energie, deine Weitsicht und deine Führung aus der Mitte. Ich spreche hier für die gesamte Parteifamilie der EVP. Du hast gemeinsam mit unserem ehemaligen Vorsitzenden Wilfried Martens wesentlich dazu beigetragen, dass die EVP seit 20 Jahren die stärkste europäische Partei ist. Unser Erfolg ist auch dir zu verdanken. Wachstum, Stabilität, Verlässlichkeit, die Berücksichtigung der Interessen anderer, und das alles auf der Basis unserer gemeinsamen Werte. Dafür steht in den Augen aller EVP-Parteien die CDU, und dafür stehst du als Person, meine liebe Angela.

(Beifall)

Du hast damit das große Erbe Helmut Kohls fortgesetzt, mit einer Vision für Europa, aber auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Das war so in der Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008, das war genauso nach der Aggression Russlands unter Putin 2014, und das war auch so in der Migrationskrise von 2015 und 2016. Nicht immer waren alle mit dir einverstanden in Europa und auch nicht in der EVP; aber trotzdem, ohne dich wäre Europa nicht da angekommen, wo wir sind.

(Beifall)

Wir sind überzeugt, dass du noch über die verbleibende Legislaturperiode Kanzlerin bleibst;

(Beifall)

denn die Zeit, meine lieben Freunde, die Zeit nach der Europawahl 2019 verlangt eine sichere Hand, Erfahrung und Geschick. Daher bitte ich die zukünftige Parteiführung: Geben Sie ihr alle erdenkliche Unterstützung. Wir brauchen sie in diesen schweren Momenten noch in Europa.

(Beifall)

Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, ihr wählt heute einen neuen Vorsitzenden oder eine neue Vorsitzende.

Ihr wählt heute eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden. Ihr wählt also die Person, die die CDU in die Zukunft führt. Und ihr habt letzte Woche in bewundernswerter Weise gezeigt, wie man offen und kontrovers diskutieren kann über die Themen, die euch in Deutschland bewegen. Sie sind eigentlich auch die Themen, die uns alle in der EVP bewegen:

Wie können wir Europa stärken und gleichzeitig den Bürgern näherbringen? Wie können wir Vielfalt erhalten, modern bleiben und gleichzeitig unsere Identität und Tradition stärker betonen? Wie können wir Europa sicherer machen in unserer Welt? Und vor allem: Wie bewahren wir für zukünftige Generationen, was wir uns hart erarbeitet haben?

(Beifall)

Das sind die Fragen, die uns alle in Deutschland wie auch in der EU umtreiben. Diese Fragen werden bei euch in der CDU so intensiv diskutiert wie bei uns in der EVP in Brüssel und Straßburg und in allen anderen Orten. Auch wir haben vor vier Wochen in Helsinki einen offenen Wettstreit für die Nominierung unseres Spitzenkandidaten für die Europawahl im nächsten Jahr gehabt. Es war ein fairer Kampf zwischen zwei sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten. Manfred Weber hat ihn am Ende mit klarer Mehrheit gewonnen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind damit die einzige große europäische Volkspartei mit einer vollkommen demokratischen Nominierung. Die europäischen Sozialisten haben ihren Kandidaten in einem Hinterzimmer bestimmt, und die Liberalen lehnen unter dem Druck von Emmanuel Macron die ganze Idee des Spitzenkandidaten ab. Genauso wie ihr in der CDU in der letzten Woche hat die EVP für alle Europäer sichtbar gezeigt, wie innerparteilich Demokratie geht. Wir müssen so weitermachen. Denn wir Christdemokraten können Demokratie am besten, wir können Führung am besten und wir können Europa am besten.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das bringt mich zur Europawahl. Im Mai 2019 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Wir von der EVP haben die beste Chance, wieder stärkste Fraktion zu werden mit ihrer großen Hilfe. Denn wir alle – Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident, die vielen Kommissarinnen und Kommissare, Donald Tusk, die Ratspräsidenten, die Regierungschefs, die Abgeordneten – haben Europa aus der Krise geholt und erfolgreich gemacht, wenn das auch noch nicht so angekommen ist. Wir haben durch neue Investitionen Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit in Europa ist auf einem Tiefststand. Wir haben beim Brexit Geschlossenheit bewiesen. Die Terroristen haben wir zurückgedrängt und die Weichen für eine europäische Armee gestellt. Mit anderen Worten: Wir haben eine erfolgreiche Bilanz vorzuzeigen.

Dazu haben auch in Brüssel und Straßburg meine Freunde David McAllister und Daniel Caspary beigetragen. David ist mein Vizevorsitzender der EVP und leitet mit großem Geschick den Auswärtigen Ausschuss im Europäischen Parlament. Daniel Caspary ist unermüdlicher Leiter der CDU-Delegation in der EVP-Fraktion. Danke euch und der deutschen Delegation!

(Beifall)

Jetzt müssen wir die Zukunftskonzepte entwickeln, die uns nach vorne bringen in einer Welt, die unsicherer wird und in der die Autokraten stärker werden. Wir müssen die Migration besser steuern und unsere Außengrenzen konsequent schützen. Wir müssen zeigen, wie wir die Digitalisierung vorantreiben und die Privatsphäre der Bürger besser schützen, wie wir die Euro-Zone stärken und unsere Währung sicher auch bei zukünftigen Krisen machen. Und natürlich: Wir müssen die alten und neuen Populisten bekämpfen; denn sie können auch in der nächsten Wahl stärker werden. Aber wir sind unschlagbar. Das haben die letzten beiden Jahre deutlich bewiesen. Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass mit denen, die gegen uns sind, die Zukunft Europas nicht gestaltet werden kann.

(Beifall)

Wir müssen wie heute Morgen in der Kirche zeigen: Wir sind die Stimme Europas. An dem Europa, das wir von unseren Vätern hinterlassen bekommen haben, müssen wir weiter arbeiten. Das lassen wir uns nicht nehmen.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, jetzt liegt noch ein Stück Arbeit vor uns. Die neue Parteiführung muss uns dabei helfen, die Europawahlen in 2019 zu gewinnen. Wir müssen das angehen mit Mut und Optimismus. Wir müssen das auf der Grundlage unserer Werte tun. Und vor allem: Wir müssen das gemeinsam tun. Vielen Dank und alles Gute für das nächste Jahr.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Josef Daul, herzlichen Dank für dein Grußwort als EVP-Präsident. Bevor ich jetzt weitergebe an Roland Heintze, erlauben Sie mir, liebe Freundinnen und Freunde, einige internationale Gäste namentlich zu erwähnen.

Zu diesem Parteitag nach Hamburg sind über 100 internationale Vertreter unserer Schwesterparteien und Organisationen gekommen: von der Europäischen Volkspartei, von der IDU, von der CDI, von Chile bis Indien und aus allen Teilen der Welt sind Vertreter hierhergekommen. Einige ganz wenige möchte ich namentlich erwähnen. Es sind unter anderem heute hier anwesend: Lulzim Basha, der Vorsitzende unserer Schwesterpartei in Albanien, Pavel Belobradek, der Vorsitzende der KDU-CSL in Tschechien, Fuad Chahin, der Präsident der PDC aus Chile. Aus Ungarn sind dabei Gergely Gulyás und Katalin Novak vom Bürgerbund, aus Serbien Ministerin Jadranka Joksimovic, der Bürgermeister von Kiew, Dr. Vitali Klitschko. Er ist immer ein gern gesehener Gast auf CDU-Bundesparteitagen.

(Beifall)

Weiter begrüße ich: aus Österreich eine Delegation unserer befreundeten ÖVP unter Leitung von Reinhold Lopatka, aus Rumänien der Vorsitzende der PNL Ludovic Orban sowie der Vorsitzende der RMDSZ Hunor Kelemen, aus den Niederlanden die Vorsitzende des Christlich-Demokratischen Appells Ruth Peetom, aus Luxemburg der Vorsitzende des CSV, Marc Spautz, und der Generalsekretär der Europäischen Volkspartei Antonio López-Istúriz White. Schließlich erwähne ich noch aus Frankreich von den Republicán die Abgeordneten Sylvie Gir und Pierre Lequiller und aus dem Vereinigten Königreich die Unterhausabgeordneten Greg Hands und Philipp Lee sowie aus dem Britischen Oberhaus Lord Timothy Kirkhope. Trotz Brexit bleibt ihr unsere Freunde. Allen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Danke, lieber David McAllister.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Ich erteile unserer Vorsitzenden, Frau Dr. Angela Merkel, das Wort.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde! Nach über 18 Jahren wird dies meine letzte Rede als Vorsitzende der CDU Deutschlands sein. Ich möchte Sie und euch dabei einladen, mit mir gemeinsam ein wenig über das Motto dieses Parteitages nachzudenken. Die Mottos der Bundesparteitage zu bestimmen, war übrigens immer eine der schwierigsten Angelegenheiten. Meistens habe ich mich erst auf den allerletzten

Drücker entschieden und damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses, insbesondere die, die für die Herstellung der Buchstaben und für das Anbringen des Mottos zuständig waren, regelmäßig in Verzweiflung gestürzt, um nicht zu sagen: in den Wahnsinn getrieben. Wahrscheinlich auch deshalb haben wir heute die modernste Rückwand aller Zeiten. Und alle Buchstabenprobleme sind für immer gelöst.

(Beifall)

Ich kann Ihnen allerdings gar nicht genug für alle Hilfe nicht nur bei den Parteitagsmottos, sondern insgesamt für allen Einsatz danken. Vorneweg möchte ich Ulf Leisner und Eberhard Zange nennen. Was sie und mit ihnen alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses zu leisten imstande sind, das habe ich in den über 20 Jahren, in denen ich mit ihnen zuerst als Generalsekretärin und dann als Vorsitzende gearbeitet habe, jeden Tag erlebt.

(Beifall)

Und ich möchte unseren Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler nennen, der mich mit einer kurzen Unterbrechung ebenfalls seit über 20 Jahren begleitet.

(Beifall)

Er hat in den letzten Wochen acht Regionalkonferenzen mit vielen Tausend Teilnehmern buchstäblich aus dem Boden gestampft. Er hat diesen Parteitag vorbereitet. Er ist eine Institution in unserer CDU. Ich danke ihm und allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern von ganzem Herzen.

(Anhaltender Beifall)

Und ganz besonders möchte ich in dieser Stunde des Abschieds auch allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro der Parteivorsitzenden im Konrad-Adenauer-Haus danken. Ich werde den Fleiß aller, den Einsatz, die Kompetenz und das Herzblut, das das ganze Konrad-Adenauer-Haus in die Arbeit für unsere CDU steckt, niemals vergessen. Danke!

(Beifall)

Ein herzlicher Dank auch allen Mitgliedern der Präsidien und Bundesvorstände seit dem Jahr 2000, schlichtweg allen Weggefährten, für Unterstützung, für Kritik, für Ideen, für Beistand, für Verbundenheit. Danke!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, mein erstes Parteitagsmotto nach der Spendenaffäre als neu gewählte Vorsitzende der CDU Deutschlands in Essen im Jahr 2000 lautete: „Zur Sache“. Das war für viele gewöhnungsbedürftig. Wo steht hier Deutschland? Nirgends. Wo steht hier Zukunft? Nirgends. Wo steht hier etwas von Gestalten, von Werten, von Sicherheit? Nirgends. Nur: Zur Sache. Damit fing es an. Typisch Merkel: Sache, knochentrocken.

(Heiterkeit und Beifall)

Doch es drückte exakt das aus, worum es in jener Zeit ging, als die CDU am Boden lag, als sich unsere Gegner schon die Hände rieben, dass wir uns von der Spendenaffäre niemals erholen würden. Und deshalb sage ich an dieser Stelle auch mit großem Ernst: Die Zeiten heute sind fordernd, ohne jeden Zweifel, für unser Land, für die Volksparteien, für CDU und CSU, mit der AfD als einer Partei rechts von uns und einer Polarisierung in der Gesellschaft. Doch mit ebenso großem Ernst sage ich: Eine Schicksalsstunde der Christlich Demokratischen Union Deutschlands haben wir vor 18 Jahren erlebt. Das war die Bewältigung der Spendenaffäre, als die CDU politisch, moralisch und, nicht zu vergessen, finanziell vor dem Aus stand, als nicht wenige ihr ein Schicksal wie das der italienischen Democrazia Christiana vorhergesagt hatten. Doch wir haben nicht klein beigegeben. Wir haben uns nicht irremachen lassen. Wir haben einen kühlen Kopf bewahrt. Wir haben uns auf unsere eigenen Stärken besonnen. Wir haben unseren eigenen Stärken vertraut, und wir haben es allen gezeigt. Wir haben alle Folgen der Spendenaffäre überwunden, auch die überaus harten finanziellen. Wir haben zurück zur Sache gefunden.

(Beifall)

Wir haben den nach der Wahl Niederlage 1998 begonnenen Erneuerungsprozess unserer Partei wieder aufgenommen, fortgesetzt und intensiviert. 18 Jahre später, 72 Landtags-, Bundestags- und Europawahlkämpfe später – die Kommunalwahlkämpfe habe ich jetzt nicht mitgezählt; übrigens 72-mal an Wahlabenden hoffen, bangen, leiden, jubeln und gewinnen, verlieren – heute nun das Motto: „Zusammenführen. Und zusammen führen“, mein letztes Motto als CDU-Vorsitzende und wieder typisch Merkel. Wo steht hier Deutschland? Nirgends. Wo steht hier Zukunft? Nirgends. Wo steht hier etwas von Gestalten, von Werten, von Sicherheit? Nirgends. Oder, liebe Freundinnen und Freunde, vielleicht steht all das, was ein klassisches Parteitagsmotto ausmacht, das uns ja den Weg in die Zukunft weisen soll, zwar nicht in den Buchstaben an der Wand, aber dafür umso mehr in den Buchstaben, in diesen vier Worten: „Zusammenführen. Und zusammen führen“. Zusammenführen: Was sonst als unser Land, als Deutschland, als Europa, als die Generationen, die Älteren und die Jüngeren, als Ost und West, Stärkere und Schwächere, Stadt und Land, Einheimische und Migranten, als uns alle, als CDU und CSU in Zeiten wie diesen?

(Beifall)

Und zusammen führen: Wer sonst als wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands, wer sonst als wir mit unseren Wurzeln, den konservativen, den christlich-sozialen, den liberalen, mit unseren Werten, mit dem C in unserem Namen, dem christlichen Verständnis vom Menschen, mit unserem Führungsanspruch als der Volkspartei der Mitte in Deutschland, CDU und CSU gemeinsam. Wohin uns nicht enden wollender Streit führt, das haben CDU und CSU in den letzten Jahren bitter erfahren.

(Beifall)

Wohin uns Einigkeit führt, auch das haben CDU und CSU erfahren. Von bald 70 Jahren Bundesrepublik Deutschland haben CDU und CSU 50 Jahre den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin gestellt – 50 Jahre, die anderen 20 Jahre!

(Beifall)

Dass das so bleibt, dass aus 50 Jahren führender Regierungsverantwortung auch über diese Legislaturperiode hinaus noch mehr Jahre werden können, dafür stellt dieser Parteitag heute die Weichen.

(Beifall)

Und dass CDU und CSU von 70 Jahren Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre Regierungsverantwortung wahrgenommen haben, das ist kein Anlass zum Stolz, sondern Anlass zu Demut; das sollte es jedenfalls sein.

(Teilweise Beifall)

Denn gelungen ist das, weil wir immer auf beides geachtet haben: Politik zu gestalten auf der Grundlage unserer Werte, aber auch mit der Bereitschaft, wahrzunehmen, was um uns herum geschieht. Weil wir verstanden haben, dass wir nicht alleine die Weisheit gepachtet haben und es sich lohnen kann, die Welt immer auch mit den Augen des anderen zu sehen, weil wir fast immer der Versuchung widerstanden haben, auf die schnelle und scheinbar einfache Antwort zu setzen, statt sich um dauerhaft tragfähige Antworten zu bemühen, weil wir Freude daran hatten, dass die Welt und das Leben nicht schwarz-weiß sind, sondern voller Schattierungen und vielfältig, ja bunt, weil wir an die Kunst und die Kraft des guten Kompromisses geglaubt haben, bei dem die Vorteile natürlich die Nachteile überwiegen, weil wir immer wussten, dass „konservativ“ nicht von „Konserve“ kommt, sondern davon, zu bewahren, was uns stark macht, und zu verändern, was uns hindert.

(Beifall)

weil wir immer wussten, dass es auf jeden Einzelnen von uns ankommt, von der Spitze bis zum gerade eingetretenen neuen Mitglied, weil wir wussten, dass schon eine einzige Stimme den Unterschied ausmachen kann, dass ein einziger Sitz den alles entscheidenden Unterschied zwischen Sieg und Niederlage ausmachen kann, so wie jetzt in Hessen, wo Volker Bouffier mit seiner schwarz-grünen Landesregierung seine Arbeit mit genau einem Sitz Mehrheit fortsetzen.

(Beifall)

Das ist bei aller Enttäuschung über die Verluste der CDU bei der Landtagswahl ein großer Grund zur Freude und zur Dankbarkeit. Zugleich haben wir immer gewusst, dass die Partei nie eine oder einer allein ist, sondern immer alle Mitglieder zusammen: die Ortsverbände, die Kreisverbände, die Bezirksverbände, die Landesverbände, Vereinigungen, Bund, Länder und Kommunen, Hand in Hand.

Es ist noch nicht lange her, dass wir gemeinsam erlebt haben, welche Kraft und Dynamik wir dann entfalten können, wenn uns der Wind ins Gesicht weht. Ich sage nur: Saarland über 40 Prozent.

(Beifall)

Ich sage nur: Schleswig-Holstein. Wir haben die Staatskanzlei mit Daniel Günther zurückerobert.

(Beifall)

Ich sage nur: Nordrhein-Westfalen, Rot-Grün in die Opposition geschickt.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das alles waren wir, die CDU, wir gemeinsam. Das zeigt: Wir haben die Kraft, Trends zu brechen und Wahlen zu gewinnen, wenn wir zusammenstehen, wenn wir geschlossen und entschlossen gemeinsam kämpfen. So wie im Jahre 2005 die Siege bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen der alles entscheidende Schlüssel zum Ende von Rot-Grün waren, so waren im Frühjahr 2017, als wir mit ganzer Kraft gegen ein überaus kompliziertes Umfeld angekämpft haben, die Siege bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen der alles entscheidende Schlüssel dafür, im Bund Rot-Rot-Grün verhindert zu haben.

(Beifall)

Als ich mich auf diesen Parteitag vorbereitet habe, habe ich mir selbst fünf Fragen gestellt. Die erste dieser fünf Fragen lautet: Was hat Sie und mich als CDU-Vorsitzende vor über 18 Jahren eigentlich zusammengeführt? Damals, nach der uns so sehr zusetzenden Spendenaffäre, war es sicher, vorsichtig gesprochen, ein kleines Wagnis, vor allem aber ein unerschütterlicher Glaube an die Zukunft, mit dem wir uns aufeinander eingelassen haben. In meiner ersten Bewerbungsrede um den CDU-Bundesvorsitz in Essen im Jahre 2000 habe ich erzählt, wie ich 1989 in die Politik fand. Ich möchte aus dieser Rede in Essen ein paar kurze Sätze zitieren: „Damals – 1989 – sind wir aufgebrochen. Ich bin mit meinen Kollegen ... losgezogen. ... Mich zog es in den Demokratischen Aufbruch. Der Name war Programm. ... Das war für uns alle eine unglaubliche Zeit: große Neugier auf das Neue. Einem Freund habe ich damals in sein Buch geschrieben: Geh ins Offene. – Was ist das für eine Aussicht: Geh ins Offene, in die Freiheit, in die neue Zeit? – ... Unsere Zukunft – so habe ich in Essen 2000 gesagt – hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Die haben wir selbst in der Hand. Wir wollen die treibende Kraft in Deutschland, wir wollen wieder die Nummer eins werden. ... Rot-Grün kann sich warm anziehen. Denn jetzt geht es wieder zur Sache – für Deutschland, für die Menschen.“

Zitat. Ende.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, wir können sagen: Einiges davon haben wir umgesetzt und geschafft. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, und zwar alle miteinander.

Zweitens: Was verdanken wir einander? Unendlich viele Stunden, Tage und Nächte gemeinsamen Nachdenkens, Verhandeln, Entwerfens, Verwerfens und Ringens um die besten Antworten auf schwierigste Fragen in einer immer komplexer werdenden Welt, nach bestem Wissen und Gewissen, für Anträge, für Wahl- und Regierungsprogramme und für ein neues Grundsatzprogramm. So haben wir zum Beispiel die Regierung Schröder bei den Hartz-Reformen unterstützt; denn sie waren mit dem Prinzip des Förderns und Forderns die richtige Antwort auf die damals 5 Millionen Arbeitslosen. Dass wir heute nur noch knapp über 2 Millionen haben, darauf können wir miteinander stolz sein. Wir haben die richtigen Reformen unterstützt.

(Beifall)

Wir haben eine klare Antwort auf die immer weiter steigende Staatsverschuldung gegeben. Die schwarze Null war und ist die richtige Antwort für Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Wir können stolz darauf sein, dass das jetzt schon viele Jahre so ist.

(Beifall)

Wir haben eine klare Antwort auf die veränderte internationale Sicherheitslage gegeben, und zwar nicht nach 20 Minuten auf einem Parteitag, sondern nach einem ganz langen Diskussionsprozess durch alle Landesverbände. Wir haben die Wehrpflicht ausgesetzt und die Bundeswehr in eine neue Form gebracht. Wir haben noch viel zu tun, um sie zu einer schlagkräftigen Armee zu machen. Aber der Schritt war richtig, liebe Freunde, auch wenn er manchem schwergefallen ist.

(Beifall)

Das Klatschen ist schmaler, als die Mehrheit damals war, als es damals auf dem Parteitag entschieden wurde.

(Beifall)

Wir haben in einer für mich als Sternstunde in Erinnerung bleibenden Einigung von Christlich-Demokratischer Arbeitnehmerschaft und Mittelstandsvereinigung ein eigenes Modell für den Mindestlohn entwickelt und damit gezeigt, dass wir über die verschiedenen Flügel hinweg kooperations- und einigungsfähig sind, eine große Stunde der CDU.

(Beifall)

Wir haben klare Antworten auf die europäische Staatsverschuldung gegeben. Wir haben eine klare Antwort auf die Wünsche der Menschen gegeben, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können: durch Elterngeld, durch Kitausbau, durch Baukindergeld und durch Vereinbarkeit

von Beruf und Familie. Wir haben spannendste ethische Debatten miteinander geführt. Ich erinnere an die großartige Debatte zur Präimplantationsdiagnostik auf einem unserer Parteitage.

(Beifall)

Wir haben 2015 die große Herausforderung bestanden, in einer humanitären Notlage viele Menschen bei uns aufzunehmen und trotzdem dafür zu sorgen, dass gesteuert und geordnet wurde. Ich erinnere nur an das EU-Türkei-Abkommen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, auch unsere Partei hat sich Schritt für Schritt weiterentwickelt. Wir haben Parteireformen angepackt, die Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder ausgebaut und unsere Kommunikation der digitalen Welt angepasst. Bei alledem haben wir uns gegenseitig nicht geschont. Wir haben uns gefordert. Wir haben uns auch gegenseitig etwas zugemutet: ich euch, aber ich erlaube mir, zu sagen, dass es – ganz, ganz selten natürlich – auch umgekehrt war.

(Beifall)

Wie sollte es auch anders sein? Wir sind ja eine Familie. Das alles haben wir immer in der tiefen Überzeugung gemacht, dass nur so Fortschritt und Entwicklung entstehen können. Möglich war das alles nur mit gegenseitigem Vertrauen. Dafür, ganz besonders dafür, danke ich euch.

(Beifall)

Drittens: Was haben wir uns vorenthalten? Sie haben mir gar nichts vorenthalten. Ich habe intensiv darüber nachgedacht. Mir ist nichts eingefallen.

Ich habe umgekehrt Ihnen und euch so manchen richtig deftigen scharfen Angriff auf den politischen Gegner, ob von links oder rechts, vorenthalten und stattdessen das Florett gewählt oder es vorgezogen, zu schweigen und gar nicht erst über das Stöckchen zu springen, das man mir hinhielt. Ich weiß sehr wohl, dass ich eure Nerven damit sehr auf die Probe gestellt habe.

(Beifall)

Viertens. Warum trennen sich jetzt unsere Wege? Natürlich nicht die von mir und der Christlich Demokratischen Union; für meine Verbundenheit mit dieser Partei brauche ich keinen Parteivorsitz, und Bundeskanzlerin bin ich ja auch noch.

(Lebhafter Beifall)

Doch es ist mein Verständnis als Bundeskanzlerin und als Vorsitzende der CDU Deutschlands, dass die Demokratie von der mehrheitlich getragenen Übereinkunft lebt, dass ihre Staatsdiener alles in ihrer Macht Stehende für den inneren Frieden und den Zusammenhalt

unseres Landes tun und dass sie sich immer wieder prüfen, was sie dafür auch ganz persönlich tun können. Das Ergebnis meines Nachdenkens kennen Sie. Deshalb werden wir auf diesem Bundesparteitag in Hamburg eine neue Führungsmannschaft wählen. Mit ihr, verbunden mit dem Prozess für ein neues Grundsatzprogramm, kann sich die CDU auf die Zeit nach mir einstellen. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, in der letzten Legislaturperiode meines politischen Arbeitens einen Beitrag zu leisten, mit dem neuer Erfolg der CDU unter gleichzeitiger Wahrung staatspolitischer Verantwortung ermöglicht wird. So können wir die Weichen für die Zukunft stellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist eine Zukunft, die größte Herausforderungen für uns bereithält, ob das die Polarisierung unserer Gesellschaft ist, in der zu oft die radikalsten und schrillsten Töne Gehör finden, ob das die Alterung unserer Gesellschaft ist, die unsere sozialen Sicherungssysteme vor ganz neue Herausforderungen stellt, ob das der technologische Fortschritt ist, der uns viele Chancen bietet, von der Medizin über die Mobilität bis zur Energiewende, der aber auch Fragen an die Menschenwürde stellt, beispielsweise in der Abhängigkeit von Algorithmen oder in der Genforschung, ob das die Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte in der Welt ist, bei der Regionen aufholen und uns in vielen Bereichen schon überholt haben, ob das die zunehmende Abkehr vom Multilateralismus ist, der Rückzug ins Nationale, die Reduktion internationaler Zusammenarbeit auf die Prinzipien des Deal Making oder der drohenden Handelskriege, ob das Krieg, Gewalt, Terror, Hunger und Perspektivlosigkeit sind, die weltweit so viele Menschen wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg aus ihren Heimatländern fliehen lassen und uns auch in Europa vor eine große Bewährungsprobe stellen, ob das die hybride Kriegsführung oder die Destabilisierung ganzer Gesellschaften durch Fake News ist, ob das die Zukunft unserer Europäischen Union ist, die gemeinsame Währung, eine Gemeinsame Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik oder der Brexit, der eine tiefe Zäsur für Europa bedeuten wird, ob das der Klimawandel ist, der, sollte er nicht eingedämmt werden können, das Angesicht unseres Planeten verändern wird, oder der Plastikmüll in den Meeren, der die Schöpfung an den Rand des Kollapses bringt.

Angesichts dieser und unzähliger weiterer Herausforderungen sind einmal mehr gerade wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, gefordert, zu zeigen, was in uns steckt. Wir sind einmal mehr gefordert, unter Beweis zu stellen, dass wir in Zeiten wie diesen unsere Art zu leben, unsere liberalen Werte und unsere Interessen entschlossen verteidigen, nach innen wie nach außen,

(Beifall)

als Partei, für die mit ihrem christlichen Menschenbild der einzelne Mensch mit seiner unantastbaren Würde im Mittelpunkt steht, als Partei, die sich für den Zusammenhalt unseres Lan-

des einsetzt, als Partei, die weiß, dass das Erwirtschaften vor dem Verteilen kommt, als Partei, die ein klares Bekenntnis zu Europa, zur transatlantischen Partnerschaft und zu einer multilateralen Ordnung abgibt und dieses auch lebt.

Unsere CDU ist heute eine andere als im Jahr 2000, und das ist gut so;

(Beifall)

denn die CDU des Jahres 2018 ist die CDU, die den Anspruch haben muss, nicht in die Vergangenheit zu blicken, sondern sich in die Zukunft zu orientieren, mit neuen Köpfen, mit neuen Antworten, mit neuen Strukturen, aber mit bleibenden Werten.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, zum Abschluss fünftens: Was wünschen wir einander? Ich wünsche mir für uns gemeinsam, dass wir auch in den schwersten Stunden, seien die Aufgaben noch so komplex und die Anfechtungen von außen auch noch so stark, nie vergessen, was die christdemokratische Haltung ausmacht.

(Beifall)

Wir Christdemokraten grenzen uns ab, aber niemals grenzen wir aus.

(Beifall)

Wir Christdemokraten streiten, und zwar nicht zu knapp, aber niemals hetzen wir oder machen andere Menschen nieder.

(Beifall)

Wir Christdemokraten machen keine Unterschiede bei der Würde der Menschen; wir spielen niemanden gegen den anderen aus.

(Beifall)

Wir Christdemokraten verlieren uns nicht in Selbstbeschäftigung und Selbstbespiegelung; wir Christdemokraten dienen den Menschen unseres Landes.

(Beifall)

Die Zukunft wird uns alles abverlangen, was wir an Kraft haben, um unsere Werte zu behaupten und zu bewahren. Die Zukunft gut gestalten, können wir nur, wenn wir uns nicht mit Missmut, mit Missgunst, mit Pessimismus, sondern immer mit Fröhlichkeit im Herzen an die Arbeit machen.

(Vereinzelt Beifall)

So habe ich es immer für mich gehalten, in meinem Leben in der DDR und erst recht und umso mehr unter den Bedingungen der Freiheit. Es ist diese Fröhlichkeit im Herzen, die ich meiner Partei auch für die Zukunft wünsche.

(Beifall)

Dann werden wir Christdemokraten auch in Zukunft erfolgreich zusammenführen und zusammen führen – zum Wohle unseres Landes, zum Wohle der Menschen, für Deutschland und für Europa.

Als ich, liebe Freundinnen und Freunde, vorgestern in Washington an der Trauerfeier für den verstorbenen früheren amerikanischen Präsidenten George Bush teilgenommen habe, habe ich noch einmal gespürt, welch ein unfassbar großes Glück es war, dass 1989 gerade dieser Staatsmann Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war,

(Anhaltender Beifall)

dass er in dieser entscheidenden historischen Stunde den Mut und die Kraft aufbrachte, uns Deutschen und vorneweg dem damaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, zu vertrauen,

(Beifall)

dass er damit entscheidend den Weg zur deutschen Einheit freimachte – in Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Ich habe gespürt, was es bedeutet, wenn an der Spitze eines so mächtigen Landes ein Mensch steht, der Politik als Staatskunst zum Wohle aller versteht,

(Vereinzelt Beifall)

der sich dazu in der Stunde des größten Triumphes des Westens, des Sieges der Freiheit über die Tyrannei von Mauer und Stacheldraht zurücknehmen konnte, weil das dem alles überragenden Ziel dienen würde, den Kalten Krieg zu überwinden. Wir Deutschen müssen Präsident George Bush auf immer dankbar sein und ebenso der Staatskunst und der Weitsicht des Kanzlers der Einheit und europäischen Ehrenbürgers, Helmut Kohl.

(Anhaltender Beifall)

Ohne sie, ohne ihre Politik wären wir heute nicht die vereinte CDU Deutschlands von 15 Landesverbänden: Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Über 18 Jahre lang, vom 10. April 2000 in Essen bis zum heutigen 7. Dezember 2018 hier in meiner Geburtsstadt Hamburg, der Stadt unseres Vereinigungsparteitages 1990, durfte ich Vorsit-

zende dieser großen, großartigen, stolzen, einzigen Volkspartei der Mitte in Deutschland, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sein, eine Aufgabe, die ich mit Leidenschaft und Hingabe versucht habe auszufüllen.

Ich wurde nicht als Kanzlerin geboren und auch nicht als Parteivorsitzende – wahrlich nicht. Ich habe mir immer gewünscht und vorgenommen, meine staats- und parteipolitischen Ämter in Würde zu tragen und sie eines Tages in Würde zu verlassen; denn wir alle stehen in der Zeit.

Jetzt ist es an der Zeit, ein neues Kapital aufzuschlagen. Heute, in dieser Stunde, in diesem Moment, bin ich von einem einzigen, alles überragenden Gefühl erfüllt: Von dem Gefühl der Dankbarkeit. Es war mir eine große Freude. Es war mir eine Ehre.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmischer Klatschen)

Ich wollte nur sagen: Leute, denkt dran, wir haben heute noch viel vor. Es ist noch viel zu tun.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, vielen Dank für die Rede und den damit verbundenen Kompass. Am Applaus wurde sehr klar, dass es auch uns eine Ehre war, Sie über 18 Jahre als Parteivorsitzende zu haben. Ich glaube, das muss auch einmal gesagt werden.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen dann zur Aussprache über die Berichte der Vorsitzenden. Als Erster bekommt der stellvertretende Bundesvorsitzende und hessische Ministerpräsident Volker Bouffier das Wort.

(Beifall)

Volker Bouffier: Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber vor allen Dingen: Liebe Angela Merkel! Dieser Parteitag hat dich gerade gefeiert – zu Recht. Wir spüren alle: Das ist ein ganz besonderer Tag. Das ist ein berührender Tag. Es ist ein Tag, an dem wir Danke sagen.

Die Tatsache, dass Angela Merkel nach 18 Jahren den Parteivorsitz der CDU Deutschlands aufgibt, ist ein tiefer Einschnitt für unsere Partei, aber auch für unser Land.

Das sagt sich so leicht: 18 Jahre. Meine Damen und Herren, man muss sich überlegen: In diesen 18 Jahren haben wir drei Päpste erlebt.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Es kommt noch besser – ich bitte schon jetzt bei den Anhängern des HSV um Nachsicht –:

(Heiterkeit)

Liebe Freunde, in dieser Zeit hat der Hamburger Sportverein 24 Trainer verbraucht.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber auch unsere politische Konkurrenz, die Sozialdemokraten, war nicht kleinlich. Allein in der Amtszeit von Angela Merkel brauchten die Sozialdemokraten zur Führung ihrer Partei sage und schreibe zehn Vorsitzende.

(Vereinzelt Beifall)

Alleine diese wenigen Hinweise zeigen die außergewöhnliche Leistung, die CDU Deutschlands 18 Jahre lang zu führen. Dafür sagen wir heute Danke.

(Beifall)

Angela Merkel war zum ersten Mal hier in Hamburg, ihrer Geburtsstadt, auf einem CDU-Bundesparteitag, und zwar 1990. Es war der Vereinigungsparteitag. Sie war damals noch Delegierte des Demokratischen Aufbruchs.

Bereits ein Jahr später wurde sie in Dresden zu unserer stellvertretenden Vorsitzenden gewählt – und danach mehrfach wiedergewählt. 1998 wurde sie zu unserer Generalsekretärin und im Jahre 2000 in Essen zu unserer Parteivorsitzenden gewählt. Seitdem wurde sie achtmal wiedergewählt. Sie hat als Vorsitzende fünfmal Bundestagswahlen und dreimal Europawahlen verantwortet.

In dieser Zeit war sie viermal die gemeinsame Kandidatin von CDU und CSU für die Wahlen zum Deutschen Bundestag. Bei jeder dieser Wahlen war die Union klar die stärkste Partei, und nach jeder dieser Wahlen wurde Angela Merkel – und damit unsere Bundesvorsitzende – zur Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Beifall)

Und nicht nebenbei; ihr habt es sicher auch mitgekriegt: Vor wenigen Tagen hat das amerikanische Magazin „Forbes“ Angela Merkel zum achten Mal in Folge zur mächtigsten Frau der Welt gekürt.

(Beifall)

Das ist eine mehr als eindrucksvolle Bilanz – und das in einer Zeit, in der sich vieles grundlegend und immer schneller verändert.

Wir müssen uns das mal klarmachen: Als Angela Merkel den Vorsitz dieser Partei übernahm, hatten wir noch die D-Mark. Was wir aber nicht hatten – das gab es damals noch gar nicht: iPhone, iPad, Facebook, WhatsApp, Twitter, Instagram. Nichts von dem gab es damals. Das alles sind Dinge, von denen heute nicht wenige in unserem Land glauben, dass man ohne sie eigent-

lich gar nicht mehr vernünftig leben kann. Sie bestimmen heute in weiten Teilen unsere private, unsere öffentliche und damit natürlich auch unsere politische Welt. Von der Weltfinanzkrise, von der Eurokrise, von der Flüchtlings- und Migrationskrise hatten wir damals nicht den Hauch einer Ahnung.

Ich erwähne das einfach deshalb, um uns zu zeigen, wie schnell und wie grundlegend sich unser Land verändert hat und welche Herausforderungen Angela Merkel als Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin zu meistern hatte. Viele ihrer Entscheidungen haben unser Land geprägt und tief beeinflusst. Nicht jede Entscheidung fand überall nur Beifall, aber sie waren für unser Land immer von größter Bedeutung.

Ich denke an die Entscheidungen von Angela Merkel während der Finanzkrise. Diese Entscheidungen haben – so habe ich das jedenfalls wahrgenommen – ganz einhellige Anerkennung gefunden.

Ihre Entscheidungen und ihr Verhalten in der Flüchtlings- und Migrationskrise – niemand weiß das besser als Angela Merkel selbst – sind bis heute Gegenstand kontroverser Debatten. Und das kann auch nicht anders sein. Eine Parteivorsitzende, die zugleich Kanzlerin ist, wird in der Öffentlichkeit sozusagen insgesamt wahrgenommen. Da fließt beides zusammen.

Wenn beide Ämter in einer Hand sind, hat das natürlich Vorteile: Man hat eine klare Führungsstruktur, man hat einen klaren Auftritt, und man hat eine einheitliche Meinung. Das sind die Vorteile.

Der Nachteil liegt auf der Hand, insbesondere dann, wenn man Koalitionen führen muss: Der ewige Zwang zum Kompromiss wird von nicht wenigen gelegentlich als Hemmschuh empfunden, als Hemmschuh dafür, dass man – das ist das, was so viele zu Recht einfordern die klare Kante hat, das eindeutige, das unverwechselbare Profil. Ja, das stimmt. Das eine und das andere: Beides hat seine Berechtigung.

Das ist und bleibt ein Problem, das nicht nur die Union hat, aber vor allen Dingen bleibt es eine Herausforderung – jedenfalls dann, wenn man regiert.

Die klarste Kante und das eindeutigste Profil hat man in der Regel in der Opposition. Das ist aber auch nicht immer ein Erfolgsrezept, wie man bei einem Blick auf die Sozialdemokraten feststellen kann.

Deshalb: Es ist und bleibt eine große Herausforderung, diese Bundesrepublik Deutschland als Kanzlerin zu führen und diese CDU Deutschlands als Parteivorsitzende zu führen. Dies hat Angela Merkel nach meiner Überzeugung in ganz außerordentlicher Weise höchst erfolgreich getan. Dafür sagen wir heute Danke.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben viele gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst, wir haben sie gestaltet, und die CDU Deutschlands steht heute besser da als andere Parteien.

Wir machen Politik aber nicht für uns, für die CDU. Wir machen Politik für die Menschen in unserem Land, und wenn wir unser Land mit anderen Ländern vergleichen, dann steht Deutschland heute sehr gut da.

Wenn Sie sich – das dürfen wir auch heute nicht völlig untergehen lassen – zum Beispiel die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und – gerade aktuell – in Frankreich anschauen, dann stellen Sie überall fest, dass die Gesellschaften dort tief gespalten sind. Verglichen damit ist die Bundesrepublik Deutschland trotz aller Auseinandersetzungen ein Hort außergewöhnlicher Stabilität, und dies ist eine der besonderen Leistungen von Angela Merkel.

(Beifall)

Liebe Angela, es war deine Entscheidung, nicht mehr für den Vorsitz unserer Partei zu kandidieren. Das hat uns alle überrascht. Es war eine souveräne und kluge Entscheidung, und sie gibt uns nun die Möglichkeit, dass sich drei herausragende Persönlichkeiten um die Nachfolge bewerben.

Eine Kampfkandidatur um den Vorsitz hat es in der CDU Deutschlands das letzte Mal 1973 gegeben. Es werden also nicht allzu viele Delegierte hier sein, die damals schon dabei waren. Es ist für die meisten von uns wirklich was völlig Neues.

Es waren damals Rainer Barzel und Helmut Kohl, die darum gerungen haben. Aber nicht nur das: Regionalkonferenzen in überfüllten Sälen, Hunderttausende, die im Internet diese Konferenzen verfolgt haben, dies alles gab es in der CDU noch nie. Liebe Angela, mit deiner Entscheidung hast du die Partei belebt, ja, man kann sogar sagen: ein Stück weit elektrisiert. Und ich wünsche mir sehr, liebe Freunde, dass diese Freude an der Partei, mit der Partei nicht nur heute auf diesem Wahlparteitag anhält, sondern dass wir uns vornehmen, dass das die Richtschnur für die zukünftige Arbeit der CDU Deutschland sein soll. Das ist eine sehr, sehr gute Entwicklung,

(Beifall)

Liebe Angela, du hast eine Ära geprägt. Du hast dich entschieden, nicht mehr für den Vorsitz der CDU Deutschland zu kandidieren. Aber du bleibst eine der herausragenden Persönlichkeiten der CDU Deutschland mit und ohne Amt.

(Beifall)

Deshalb meine Damen und Herren, liebe Freunde, ist das heute kein Abschied. Das ist heute ein Anlass für Dank, Anerkennung und Hochachtung für eine beispielhafte und ich sage bewusst in diesen Zeiten beispiellose Leistung: Herzlichen Dank, Angela Merkel.

(Beifall)

Liebe Angela, ich möchte dich jetzt bitten, zu mir nach vorne zu kommen. Wenn alles klappt, dann sehen wir jetzt etwas.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Damit habe ich schlechte Erfahrungen.

(Heiterkeit und Beifall)

(Es wird ein kurzer Film gezeigt)

(Langanhaltender Beifall)

Volker Bouffier: Jetzt haben wir uns nicht nur überlegt – du brauchst dir keine Sorgen zu machen, diesen, wie ich finde, sehr eindrucksvollen Film über die 18 Jahre deines Parteivorsitzes anzuschauen, sondern wir haben uns auch überlegt: Wir brauchen ein Geschenk; es muss ein Geschenk her. Nun ist das ein ziemlich schwieriger Akt, weil jedes Geschenk symbolisch interpretiert oder missinterpretiert werden kann. Wir haben uns deshalb überlegt, dass wir etwas suchen, was sowohl die Aufgabe der Vorsitzenden der CDU Deutschland symbolisiert als auch eine Brücke zu deiner persönlichen Leidenschaft für die Oper und die Opernmusik schlägt. Jetzt wissen wir alle: Vorsitzende der CDU Deutschland zu sein, ist eine einzige Freude.

(Heiterkeit)

Man kann es aber auch mit der Aufgabe eines Dirigenten vergleichen: Einen vielfältigen, mächtigen Klangkörper mit ziemlich selbstbewussten, manchmal auch sehr eigensinnige Solisten so zusammenfügen, dass alle mitspielen, dass es möglichst harmonisch ist und im besten Fall das Publikum begeistert. So ähnlich ist das auch mit dem Vorsitz der CDU. Es gibt einen, der das als Dirigent großartig hinbekommen hat: Dirigent des Jahres 2017 ist Kent Nagano. Kent Nagano ist Chef der Hamburger Staatsoper. Unser Geschenk für dich – Herr Schüler bringt es gerade – ist etwas ganz Besonderes: Es ist der Originaltaktstock, den Kent Nagano hatte, als er aus Anlass des G 20-Gipfels – es gab auch schöne Momente – in der Elbphilharmonie Beethovens Neunte dirigierte. Das ist unser Geschenk für dich.

(Beifall)

Liebe Angela Merkel, liebe Parteifreunde, heute ist Zeit für Danke schön, aber nicht für Abschied. Wir sagen Danke für 18 großartige Jahre.

Wir wünschen dir bei deiner großen Aufgabe als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Kraft und Fortune. Wir wünschen dir stabile Gesundheit und Gottes Segen. Vielen Dank, herzlichen Dank, Angela Merkel.

(Anhaltender Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Volker Bouffier, für die, wie ich finde, wunderbare Würdigung der 18 Jahre Parteivorsitz von Angela Merkel. Das war würdig, das war gut. Herzlichen Dank, Volker Bouffier.

(Beifall)

Wir fahren fort in der Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden.

Ich erteile als nächstem Redner dem Landesvorsitzenden der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Vincent Kokert, das Wort.

(Beifall)

Vincent Kokert: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin heute quasi zuständig für ein bisschen Lokalkolorit. Ich möchte Ihnen gerne eine Seite von Angela Merkel näherbringen, die wahrscheinlich die wenigsten von Ihnen kennen. Liebe Angela, du bist seit vielen Jahren unsere vertraute Bundestagsabgeordnete. Wir waren darauf immer sehr stolz, auch darauf, wie intensiv du dich um deinen Wahlkreis gekümmert hast. Ich würde mir von vielen Bundestagsabgeordneten wünschen, so aktiv in ihren Wahlkreisen unterwegs zu sein. Ich habe lange darüber nachgedacht, welche Geschichte ich Ihnen erzählen kann, die die Bescheidenheit und Besonnenheit Angela Merkels in Mecklenburg-Vorpommern am besten ausdrückt. Ich kann mich erinnern, dass wir beide im letzten Bundestagswahlkampf gemeinsam in Barth, in deinem Heimatwahlkreis, unterwegs waren. Barth ist eine kleine Stadt in der vorpommerschen Boddenlandschaft mit rund achteinhalbtausend Einwohnern. Wir haben uns vorgenommen, auf dem dortigen Markt eine Veranstaltung durchzuführen. Angela Merkel hält dort eine Rede. Es regnet an diesem Tag wie aus Eimern. Wir standen zusammen mit den Honoratioren der Stadt und warteten auf die Ankunft der Kanzlerin. Sie kam pünktlich, sogar zehn Minuten früher. Alle waren sehr nervös. Ich weiß nicht, ob Sie solche Momente des Wartens kennen. Die Kanzlerin stieg jedenfalls bestens gelaunt aus dem Auto aus und sagte: Das ist aber schön, dass hier heute in Barth Markt ist. Ich brauche nämlich noch Tomaten für zu Hause. – Sie können sich sicherlich die Ruhe der Kanzlerin vorstellen. Sie ging dann mit mir zum nächsten Tomatenstand. Es gibt die Barther Tomate, ein Unternehmen in Barth. Und wir kauften unter den Blicken der Menschen zuerst einmal zwei Kilo Tomaten für Angela Merkel und ihren Mann für abends zu Hause. Die Menschen konnten es gar nicht fassen, dass Angela Merkel so normal und so zum Anfassen ist. Liebe Angela, es zeichnet dich bis heute aus – dafür habe ich dich immer bewundert –, dass du hier zwar die Kanzlerin und die Bundesvorsitzende bist, dass du aber, wenn du zu Hause bei uns bist, einfach ein normaler Mensch bist. Wenn man dieses „Normale“ vielleicht in die Zukunft tragen kann, dann wünsche ich mir von dem oder der neuen Parteivorsitzenden, dass im Adenauer-Haus ein Stück der Seele Angela Merkels erhalten bleibt.

(Beifall)

Bei aller harten Auseinandersetzung, die wir zweifelsohne manchmal in der Politik führen müssen, sollten wir weiterhin ohne Schaum vor dem Mund diskutieren, persönliche Angriffe unterlassen und mit Weitsicht Politik machen. Liebe Angela, du bist vor vielen Jahren in unserem Bundesland als Kandidatin aufgestellt worden. Die Vorpommern haben es dir zuerst nicht so leicht gemacht. Wie ich gehört habe, spielte bei der Nominierungsveranstaltung keine Rolle, was du für deinen Wahlkreis machen willst, sondern spielten folgende Fragen eine viel wichtigere Rolle: Was verbinden Sie eigentlich mit dem Wort „Bodenwertzahl“? Was folgt nach der Fruchtfolge auf Weizen? Die Vorpommern haben dich intensiv geprüft. Aber du mochtest die Vorpommern, und sie mochten dich. Deshalb hast du deinen Wahlkreis immer haushoch und zu allen Zeiten gewonnen. Auch darauf, liebe Angela Merkel, waren wir immer sehr stolz.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, deshalb sehe ich es als meine Aufgabe als Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern an, im Namen aller hier anwesenden Delegierten dir ein herzliches Danke zu sagen, ein großes Danke für das, was du für unser Land geleistet hast, in unzähligen Wahlkampfeinsätzen, in denen du uns unterstützt hast. Viele Menschen hast du getroffen. Du hast die Menschen oft persönlich umarmt und warst immer sehr direkt. Das haben wir an dir sehr geschätzt. Wir haben sicherlich auch die eine oder andere Auseinandersetzung gepflegt, aber immer unter dem großen Merkel'schen Grundsatz: Niemals mit Schaum vor dem Mund! Niemals mit persönlichen Angriffen! Wenn diese Kultur in der CDU weiterlebt, dann ist es mir nicht bange. Wenn ich mir etwas für die Zukunft wünschen darf, dann wünsche ich mir, dass wir die Diskussionskultur, die wir hatten, als wir über die neuen Parteivorsitzenden diskutiert haben, in die Zukunft transferieren und mit unserer CDU so weitermachen, wie wir es angefangen haben. Liebe Angela Merkel, im Namen deines Landesverbandes vielen Dank für die von dir geleistete Arbeit. Danke schön!

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Vincent Kokert. – Als Nächster erhält das Wort Markus Reichel aus Sachsen.

Markus Reichel: Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt keine Blumen, keine Geschichte und auch kein Geschenk dabei. Aber ich fand es toll, was Sie vorbereitet haben. Mein Name ist Markus Reichel. Ich bin Delegierter des Kreisverbandes Dresden und der Mittelstandsvereinigung. Ich möchte heute drei Dinge mit Ihnen gerne teilen. Zunächst einmal bedanke ich mich herzlich für die Arbeit unserer nunmehr scheidenden Vorsitzenden. Allein das enorme Medieninteresse insbesondere aus dem Ausland zeigt, dass heute die wirtschaftliche und die politische Bedeutung Deutschlands nicht zu vergleichen ist mit der Situation, die es vor 18 oder 13 Jahren gegeben hat. Herzlichen Dank, liebe Frau Merkel, dass Sie dazu beigetragen haben.

Die zweite Sache. Was wir nicht vergessen dürfen: Die Basis unserer Kraft sind – darüber haben wir heute noch nicht so viel gesprochen – unsere Mitglieder und unsere Wähler. Wer sind denn unsere Mitglieder? Wer sind denn unsere Wähler? Das sind ganz normale Leute, Arbeitnehmer und Mittelständler, die jeden Tag – wohlgerne: ohne viel Aufhebens und ohne viel Geschrei – ihre Leistung erbringen. Diese haben uns in den letzten Monaten bzw. in den letzten zwei Jahren zum Teil sehr deutlich die Gelbe oder die Rote Karte gezeigt. Wahrscheinlich als Zeichen der Demut hat man in unsere Stimmzählunterlagen eine Gelbe und eine Rote Karte hineingenommen, um uns daran zu erinnern. Das finde ich sehr klug. Das zeigt mir, dass wir in Zukunft mit einem neuen Ansatz die Lösung der Probleme angehen müssen. Ich bin der festen Überzeugung – das soll nicht all die Errungenschaften der Vergangenheit schmälern: Wir haben exakt noch einen Schuss frei, um die Volkspartei zu bleiben, die wir tatsächlich sein wollen.

Den Prozess der Kandidatenkür in den letzten Wochen sehe ich persönlich als eine Sternstunde der parteiinternen Demokratie. Das ist bereits Teil dieses Neuanfangs. Wenn ich gefragt werde, wen ich wähle, dann sage ich immer: Ich wähle heute den oder die Beste aus mehreren sehr guten Kandidaten. Welche Partei kann das schon von sich sagen? Jeder wählt nach seiner Präferenz und aus jeweils guten Gründen. Da haben wir einen enormen Geist, den wir in die Zukunft retten müssen. Meine Bitte ist, dass wir aus diesem Parteitag mit einer Vereinbarung, mit einem Deal zwischen dem neuen Vorsitzenden und der Partei gehen. Ich hoffe, dass der oder die neue Bundesvorsitzende jeden Tag zeigt, dass er oder sie den Wunsch unserer Basis ernst nimmt. Wir brauchen neue Lösungen der Zukunftsprobleme, die heute anstehen. Im Gegenzug müssen wir als Partei in der Gesamtheit den Betreffenden unterstützen und dürfen nicht nur den unterstützen, den wir gewählt haben. Wir müssen geeint und mit allen Kräften hinter dem neuen Bundesvorsitzenden stehen. Das ist meine Bitte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Markus Reichel. Als Nächste erhält das Wort die Bundesvorsitzende der Frauen Union, Annette Widmann-Mauz. Bereithalten kann sich Michael Weichert, ebenfalls aus Sachsen.

Annette Widmann-Mauz: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Liebe Angela Merkel! 18 Jahre – das ist die Zeit, in der Angela Merkel die CDU mit sicherer Hand durch schwieriges Fahrwasser geführt hat. Sie hat die CDU wieder an die Regierung gebracht. Und das ist die Zeit, in der eine Generation herangewachsen ist, für die es ganz normal ist, dass eine Frau an der Spitze der CDU steht.

(Vereinzelt Beifall)

Von „Helmut Kohls Mädchen“ über „Angie“, „Mutti“, „Chefin“, „die schwäbische Hausfrau“ bis zur „Anführerin der freien Welt“, das sind die Attribute, die mit Angela Merkel verbunden wer-

den und die ihr zugeschrieben werden. Die Menschen vertrauen Angela Merkel seit langem. Sie vertrauen ihrer Politik, ihrer Klugheit, ihrer Besonnenheit, ihrer Weitsicht und Verlässlichkeit. – Ja, liebe Angela, du hast einen neuen Politikstil geprägt, und das war ein wohltuender Kontrast zu Georg Schröder im Brioni-Anzug mit Cohiba. Er hat nämlich Frauen- und Familienthemmen noch als „Gedöns“ abqualifiziert. Du hast die Zukunftsthemen und die Modernisierung für die CDU vorangetrieben. Ich erinnere uns an den Antrag mit dem provokativen Titel „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ auf unserem kleinen Parteitag 1999.

Der Parteivorsitz ist dir 2000 nicht zugefallen. Manch einer hat dich unterschätzt. Selbst zehn Jahre nach der deutschen Einheit gab es Vorbehalte in unserer Partei: die Physikerin und Protestantin aus dem Osten, die Frau ohne Stallgeruch und ohne Hausmacht, als Ministerin ja nur Erfahrung in den Ressorts Frauen und Familie sowie Umwelt. Konnte das gutgehen, und das nach Adenauer, Erhard und Kohl? Liebe Freunde, zur Wahrheit gehört auch: Auch wir in der Frauen Union haben anfangs mit dir, Angela, etwas gefremdelt. Auch uns erschien dein Profil ein Stück weit zu untypisch, und du musstest von Helmut Kohl ja auch freundlich, aber bestimmt überredet werden.

Aber du hast alle Zweifler, auch in der Frauen Union, überzeugt. Du hast diese Partei zusammengehalten, in schwierigsten Zeiten, im Programm und im Auftreten modernisiert, und du hast die CDU wieder starkgemacht. Mir als Vorsitzende der Frauen Union ist besonders wichtig: Du hast die gläserne Decke für Frauen in der Politik durchbrochen und du hast damit gezeigt, dass Frauen auch höchste Staatsämter selbstverständlich wahrnehmen, aber vor allen Dingen auch ausfüllen können.

(Beifall)

Du bist für Millionen Mädchen und Frauen das Rollenbild für Frauen in der Politik. Deine Arbeit, dein Stil, dein Wirken, das hat zu einem echten Wandel auch im politischen Bewusstsein geführt. Damit hast du auch Realität verändert. 2005 wurde das Wort „Bundeskanzlerin“ zum Wort des Jahres. Kabinette ohne Frauen fallen heute bei Wählerinnen und Wählern durch. Und der Rückgang der Zahl der weiblichen Abgeordneten der CDU in den Landtagen und jetzt im Bundestag auf nur 20 Prozent, ist seit über einem Jahr Thema. Wir wissen, dass sich in der Volkspartei CDU da etwas ändern muss. Wir müssen dranbleiben.

Wir stehen heute, 18 Jahre nach Beginn deiner Zeit als Parteivorsitzende vor anderen, vor neuen Herausforderungen. Wir leben in dieser Zeit großer Veränderungen und auch der Verunsicherung. Liebe Freundinnen, liebe Freunde, deshalb muss die CDU wieder Anker sein. Sie muss wieder die Orientierung bieten. Sie muss Bewährtes mit Aufbruch, mit Zukunft und mit Zuversicht verbinden. Ich bin der festen Überzeugung: Wir können diese Chance auch am heutigen Tag gut nutzen. Zusammenhalt in der Partei und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind zwei Seiten einer Medaille.

In Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt bringt man ein Symbol mit Deutschland in Verbindung. Den Stern aus Stuttgart meine ich heute nicht. Ich kann Ihnen sagen: Wer es so weit bringt, dass Menschen überall bei einer Raute an Deutschland, an Demokratie und an Wohlstand denken, der hat es wirklich weit gebracht. 18 Jahre Vorsitzende der CDU Deutschlands, die Frauen Union und auch ich ganz persönlich, wir sagen Danke.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. Als Nächstes darf ich Michael Weichert ans Mikrofon bitten. Christian Haase möge sich bitte bereithalten.

Michael Weickert: Verehrtes Tagungspräsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist allerdings Michael Weickert. Michael Weichert ist ehemaliger Landtagsabgeordneter der Grünen in Sachsen. Mit dem verbindet mich dann doch relativ wenig.

Meine Damen und Herren, viele Mitglieder stellen sich die Frage: Wohin geht unsere Partei? Das ist etwas, was nicht nur unsere Mitglieder, sondern vor allen Dingen auch unsere Anhänger bewegt. Die vergangenen Wahlergebnisse haben eines gezeigt: dass es nicht einfach ein Weiter-so geben kann. Insofern bin ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dankbar, dass Sie mit Ihrer verantwortungsvollen Entscheidung, den Parteivorsitz abzugeben und der CDU einen neuen Aufbruch zu ermöglichen, die Weichen in die richtige Richtung gestellt haben.

Viele treibt die Sorge um, dass wir den Weg der deutschen Sozialdemokratie gehen, den Weg erst in die Beliebigkeit, dann in die Bedeutungslosigkeit. Wenn unsere Partei aber wieder Ergebnisse einer Volkspartei erzielen will, dann müssen wir als Volkspartei auch konservativ sein, und zwar konservativ nicht nur in den Worten, sondern auch in den Taten. Denn wenn wir nicht mehr konservativ sind, wenn wir den Konservativen keine Heimat mehr bieten, dann werden sie sich andere Heimaten, andere Parteien suchen, und zwar diejenigen, die vom Konservativsein überhaupt keine Ahnung haben.

Meine Damen und Herren, ich denke, das sollte sich in drei Punkten ausdrücken: Zum einen darin, dass wir keine Koalition mit Extremisten eingehen wollen. Gerade wir in Ostdeutschland können uns nicht vorstellen, dass die Nachfolgepartei der SED in irgendeiner Art und Weise pragmatisch oder koalitionsfähig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Es darf darüber hinaus – und das ist mir als jemand, der aus einer Kohleregion, aus Sachsen, kommt, wichtig – keine grünen Experimente in der Energie- und Kohlepolitik geben. Da stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel, da stehen Menschen auf dem Spiel, und da dürfen wir uns nicht von einer ideologisierten Politik treiben lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum anderen ist es natürlich die Frage der Migrationspolitik, die wie der weiße Elefant im Raum steht. Wir können noch so gute Entscheidungen auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene oder im Bundestag treffen, zur Wohnungsbauförderung, zur Kita, zur Schule, zum Digitalpakt, zum Verkehr, zu was auch immer, die Migrationspolitik ist momentan das Thema, das alles andere überdeckt und das die meisten Menschen in unserem Lande tief bewegt. Hier müssen wir in der Zukunft besser werden, wenn es um Entscheidungen dazu geht. Insofern bin ich auch dankbar, dass wir heute oder morgen über den UN-Migrationspakt diskutieren und uns hier eine Meinung dazu bilden werden; denn das Beispiel der Migrationspolitik hat gezeigt, wohin es führen kann, wenn wir nicht mehr als Basis entscheiden, wenn wir nicht mehr auf einem Bundesparteitag entscheiden, sondern wenn die Entscheidungen einsam und alleine getroffen werden. Das hat auch dazu geführt. Und es war nicht der Streit mit der CSU, der uns Vertrauen gekostet hat, es war in erster Linie die Migrationspolitik, die uns viel Vertrauen in der Bevölkerung gekostet hat. Das sollten wir anerkennen. Davor sollten wir nicht die Augen verschließen.

Insofern freue ich mich, dass wir einen fairen Wettbewerb dreier Kandidaten erlebt haben. Ich bin gespannt auf das Ergebnis des heutigen Nachmittags. Ich denke, wir werden uns alle hinter einem neuen Vorsitzenden versammeln können. Und meine persönliche Hoffnung ist, dass auch im Dezember der Merz kommt. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Christian Haase. Ich bitte, Professor Dr. Wolfgang Reinhart aus Baden-Württemberg, sich bereitzuhalten.

Christian Haase: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Liebe Angela Merkel, ich darf im Namen aller Kommunalpolitiker Deutschlands sprechen und Ihnen Danke sagen für 18 Jahre Unterstützung, die wir innerhalb der Partei genossen haben. In der Zeit haben wir immer gemerkt: Da ist jemand, der weiß, wo er verwurzelt ist und woher er kommt, und der den Heimatgedanken liebt. Als frühzeitig gemerkt wurde, dass es in Deutschland Regionen gibt, die sich nicht so gut entwickeln, kam die Idee auf, das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse auf die politische Tagesordnung zu setzen. Das ging aber nur, weil Sie sich dafür eingesetzt haben. Dafür möchte ich Danke sagen wie auch dafür, dass wir das heute so präsent diskutieren.

Liebe Delegierte, es geht eine Ära zu Ende, und eine neue fängt an. Lassen Sie uns alle hinter der neuen bzw. dem neuen Vorsitzenden versammeln und für die CDU in der Zukunft kämpfen. – Danke schön.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Haase. – Nun hat das Wort Professor Dr. Wolfgang Reinhart. Ich bitte Eugen Abler aus Baden-Württemberg, sich bereitzuhalten.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Angela Merkel! Dankbarkeit ist die Sprache des Herzens. Insoweit möchte ich mich all den Dankesworten vorab anschließen.

Ich erinnere mich: Als 2005 die Wahl zur Kanzlerin erfolgte, hatten wir 5,2 Millionen Arbeitslose. Kanzler Schröder hatte vorzeitig den Bundestag auflösen lassen. Heute haben wir Vollbeschäftigung, und das ist auch eine positive Bilanz dieser Jahre seit 2005. Ich glaube, wir sollten nie vergessen, wo wir heute stehen.

(Beifall)

Wenn wir sehen, dass sich die SPD aus der Königsklasse der Volksparteien verabschiedet hat, dann wissen wir, worum es uns heute gehen muss: Es geht um ein Signal der Erneuerung, des Aufbruchs, der Zukunftsgewinnung für unsere Union. Diese CDU ist die maßgebliche politische Kraft in Deutschland. Sie ist der Anker unserer Demokratie. Das haben die vergangenen Wochen eindrucksvoll deutlich gemacht.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir heute die Weichen stellen, um Volkspartei der Mitte zu bleiben. Aber auch eine Volkspartei der Mitte braucht breite Flügel in beide Richtungen wie ein Jumbo, damit das abgedeckt wird, was man von einer Volkspartei erwarten kann und erwarten muss.

Natürlich ist im Moment die Lage besser als die Stimmung. Wenn wir die ökonomischen Daten sehen: Die Kassen sind voll. Wir haben Vollbeschäftigung in vielen Teilen Deutschlands. Wir haben hohe Exportquoten. Aber auch die Probleme wurden schon angesprochen. Deshalb muss es für uns eine Herausforderung sein, dass wir jetzt wieder das schaffen, was im Rechenschaftsbericht angesprochen wurde, nämlich „Stärken stärken“.

Da liegen große Aufgaben vor uns. Wir müssen es erreichen, die entstandene Repräsentationslücke, in die die AfD hineingestoßen ist, wieder zu verkleinern und als Volkspartei breit zu bleiben. Welches mittelständische Unternehmen würde, wenn es von über 40 Prozent auf 25 Prozent Marktanteil fällt, nicht fragen: Wo stehen wir? Woher kommen wir, und wohin müssen und wollen wir? Das sind die großen Fragen, die uns in diesen Tagen umtreiben und umtreiben müssen.

Analysen zeigen: Spätestens ab dem Herbst 2015 haben die Deutschen die Situation als tiefen Einschnitt erlebt, vergleichbar nur mit dem Bau der Mauer oder dem 11. September 2001. Deshalb ist es uns in der jüngsten Zeit oft nicht gelungen, die Menschen mit ihren ernsthaften

Fragen und Zweifeln überall mitzunehmen. Da war auch der Streit mit der CSU nicht hilfreich. Deshalb muss es jetzt darum gehen, dass wir unsere Zukunft als Volkspartei, die auf dem Spiel steht, sichern und neu gestalten.

Dazu müssen wir unsere CDU öffnen und auch mehr zur Diskussionsplattform machen. Die Union muss der Ort sein, wo die spannenden Diskussionen laufen, wo der Ideenwettbewerb stattfindet, wo Meinungen zusammenkommen, und zwar auf Zukunftsfeldern – das wurde von der Kanzlerin schon angesprochen – wie Innovation und Digitalisierung. Dazu gehören aber auch Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit. Wir müssen uns diesen unbequemen Fragen stellen. Wir dürfen ihnen nicht aus dem Weg gehen. Der Vorredner aus Sachsen hat es angesprochen: Uns ist des Öfteren die Gelbe Karte gezeigt worden. Das darf nicht mehr passieren.

Insoweit brauchen wir klare Haltungen, klare Positionen. Davor wurde die – das ist jetzt auch so gelaufen – legitimierende Debatte gebraucht. Die letzten Wochen waren geradezu ein Muntermacher für unsere Unionsfamilie. Das müssen wir fortsetzen; denn die Union hat auf dem Weg zu politischen Entscheidungen die Aufgabe, dass möglichst viele an Bord genommen werden und an Bord bleiben. Das haben wir in 70 Jahren Bundesrepublik immer hervorragend geschafft. Das macht uns als Volkspartei aus, und das meinen wir, wenn wir von der CDU als Partei der Mitte sprechen.

Deshalb: Trauen wir uns diese Debatten wieder mehr zu! Nutzen wir die mobilisierende Kraft des Wettbewerbs, und schaffen wir so wie in den vergangenen Wochen eine neue Begeisterung für unsere CDU! Dann können wir das fortführen, was Angela Merkel in den letzten 18 Jahren so hervorragend begonnen und geleistet hat. Darum wird es gehen. Deshalb muss ein Signal des Aufbruchs und der Weichenstellung in die Zukunft an diesem historischen Tag aus Hamburg ausgesendet werden.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Reinhart. – Als Nächster hat Eugen Abler das Wort.

Eugen Abler: Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Seien Sie verlässliche und klare Stimme.“ Das war der letzte Satz in der Predigt des Erzbischofs heute Morgen. Diesem Auftrag möchte ich jetzt nachkommen.

Die Partei atmet wieder einmal richtig auf. Frühlingserwachen im grauen Dezember. Unsere Frau Bundeskanzlerin hat in ihrer Amtszeit unsere Partei modernisiert, den Blinker immer links gesetzt, häufig im Wasser der Grünen gefischt und viele Themen der SPD umgesetzt. Das hat uns Erfolge beschert. Aber, Frau Bundeskanzlerin – und das schmerzt mich als Mitglied unserer Partei: Sie haben damit die Entkernung der CDU konsequent betrieben, zentrale programmatische

Standpunkte einer ehemals wertorientierten CDU einfach über Bord geworfen und damit das Leuchten des C zum Erlöschen gebracht. Hier sind Themen wie Genderideologie, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, die Ehe für alle und der Lebensschutz zu nennen.

Ihre Rechnung ist aber nicht aufgegangen. Sie haben die rechte Spur nicht beachtet und die Etablierung der AfD verursacht. Über eine Million früherer CDU-Wähler haben dieser Partei bei der Bundestagswahl ihre Stimme gegeben. Auch die letzten Landtagswahlen sind uns schmerzlich in Erinnerung. Links haben wir wenig Wähler gewonnen, rechts viele verloren. Die Konservativen sind von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, ihrer Heimat beraubt worden.

Unser christliches Menschenbild ist beim Flirt mit dem Zeitgeist verbrannt. Meine Erwartung an den nächsten Vorsitzenden: Das C in unserem Namen muss wieder Kompass werden und die CDU wieder zur Heimat der Konservativen. Modern und konservativ zu sein, ist kein Widerspruch. Wir müssen uns von den linken Zeitgeistsurfern abgrenzen, statt um sie zu buhlen. Wir müssen darüber reden, wie wir leben wollen. Wir brauchen ein neues Bekenntnis zu den christlichen Grundwerten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Fleiß und Eigenverantwortung, Ehe und Familie, Schutz des Lebens, Bewahrung der Schöpfung, rechtsstaatliche Ordnung und einen Patriotismus im guten Sinne.

Zum Stichwort „Lebensschutz“. Hätten unsere Mütter abgetrieben, wären wir nicht hier. Deshalb an die Adresse aller Verantwortlichen: Du sollst nicht töten. Dieses Gebot Gottes ist ewig gültig. Dennoch schweigen wir zur Tötung von 200 000 ungeborenen Kindern jährlich. Das ist eine Geisteshaltung, die in die Barbarei führt. Für eine Partei mit dem C im Namen muss aber der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod höchste Aufmerksamkeit haben; denn jedes Leben ist ein Geschenk Gottes. Mit unserem Schweigen verraten wir das C und sagen Ja zu weiteren Sargnägeln an unserem christlichen Erbe. Wir töten täglich potenzielle Ärzte, Facharbeiter, Pflegekräfte, Lehrer, Priester usw. und steuern damit in die demografische Katastrophe. Ohne die Tötung von 7 bis 8 Millionen Kindern seit 1975 hätten wir keinen Fachkräftemangel und bräuchten keine Einwanderung.

Derzeit wird am Werbeverbot für Abtreibungen, § 219a, gerüttelt. Ich fordere Sie auf, diesen Schritt der weiteren Selbstzerstörung unseres Volkes nicht zu gehen. Mein Appell: Stellen wir uns unserer Verantwortung gegenüber Gott und dem Leben. Ich fordere ein klares Bekenntnis zum Lebensschutz und erinnere hiermit an den Beschluss zum Antrag C 8 beim Parteitag 2012, wo es wörtlich heißt: Mit den hohen Abtreibungszahlen finden wir uns nicht ab. – Damals wurde auch eine konsequente Prüfung der Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen beschlossen. Geschehen ist nichts. Parteitagsbeschlüsse gehören nicht in den Papierkorb, und Urteile des Bundesverfassungsgerichts sind umzusetzen. Übrigens: In den USA ist der 22. Januar zum nationalen Gedenktag für die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens erklärt worden. Ein solcher Schritt wäre auch für uns ein Meilenstein.

Letztes Sichtwort: Einwanderung und Migration. Es wird ja derzeit sehr intensiv für den Migrationspakt geworben. Der Vertrag habe den Status einer Empfehlung, heißt es. Doch beginnt jede der 23 Zielbeschreibungen mit: „Wir verpflichten uns“. Formell mag der Pakt rechtlich unverbindlich sein, politisch ist er es nicht. Durch die umfangreichen Selbstverpflichtungen geraten die Unterzeichnerstaaten unter moralischen Druck, den Vorgaben auch zu folgen. Auch das Umerziehungsprogramm Gender-Mainstreaming hat übrigens seinen Ursprung in einem rechtlich unverbindlichen UN-Papier. Die Asyllobby und Nichtregierungsorganisationen werden im Verbund mit linken Medien und entsprechenden Richtern dafür sorgen, dass aus der Unverbindlichkeit schnell gängige Gerichtspraxis wird. „Rechtlich nicht bindend“ ist eine Nebelkerze, die von der wahren Absicht des Paktes ablenken soll. Der Migrationspakt ist ein trojanisches Pferd, unter dessen Hülle illegale Einwanderung legalisiert werden soll. Der Migrationspakt gefährdet allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz die nationale Souveränität in Einwanderungsfragen; denn bald werden internationale Gerichte auf den Pakt Bezug nehmen. Ihre Absicht, Frau Bundeskanzlerin, die illegale Migration einzudämmen, ist zu begrüßen. Es bleibt aber die Frage, warum Sie einen Pakt unterschreiben, der das Gegenteil bewirken soll, mit der Begründung, er sei nicht bindend. Die Folgen dieses Pakts sind gravierender als die Entscheidung unserer Kanzlerin 2015.

In diesem Zusammenhang muss auch der Globale Pakt für Flüchtlinge erwähnt werden, der auch in Vorbereitung ist. Dieser Flüchtlingspakt hat ähnlich verhängnisvolle Auswirkungen auf unser Land. Auch hier entsteht immenser moralischer Druck auf die Politik. Frau Bundeskanzlerin, ich fordere Sie auf, diesen Migrationspakt nicht zu unterschreiben wie bereits mehrere Nachbarländer. Eine Unterschrift ist für mich Landesverrat.

(Pffife – Buhrufe)

Durch den Zuzug weiterer kulturfremder Flüchtlinge und illegaler Einwanderer stehen unsere Art zu leben und das Gefühl von Heimat auf dem Spiel. Offene Zahlen belegen, dass 80 Prozent der Zuwanderer im besten Arbeitsalter von Hartz IV leben. Ebenfalls gehören 80 Prozent aller Neuankömmlinge dem Islam an. Wir wissen: Der Islam ist keine tolerante Religion. 100 Millionen Christen werden weltweit verfolgt, überwiegend von Muslimen. Im Koran wird rund 200-mal zum Kampf gegen die Ungläubigen aufgefordert. Es ist naiv zu glauben, dass sich die muslimischen Flüchtlinge in Deutschland anpassen werden. Erdogan fordert seine Landsleute in Deutschland auf, sich einer Integration zu widersetzen. Mit Sorge ist ein ständiges Wachstum einer Parallelgesellschaft mit eigenem Rechtsverständnis zu beobachten. Die Islamisierung Deutschlands führt in Großstädten zu Kontrollverlusten durch die Behörden. Der Staat hat aber die Pflicht nicht nur den Bürger, sondern auch seine kulturelle Identität zu schützen.

(Pffife – Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss. Allem Anfang wohnt ein Zauber inne. Ich denke und hoffe, dass aus diesem Anfang durch den Elan des Personalwechsels ein neues Fundament entsteht, ein Profil, mit dem wir unsere Bürger wieder gewinnen können. Dem oder der neuen Vorsitzenden wünsche ich jetzt viel Erfolg und rufe ihr oder ihm zu: Machen Sie die CDU wieder stark!

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir haben noch eine sehr lange Tagesordnung vor uns mit Neuwahlen, Antragsberatungen.

(Beifall)

Viele Parteimitglieder haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten Gedanken um die Anträge gemacht haben. Deshalb sollten wir auch genug Zeit haben, um diese Anträge eingehend zu beraten und deshalb bitte ich mit Respekt vor der Arbeit unserer Parteibasis darum, sich kurz zu fassen, damit auch heute Abend und morgen früh für die Antragsberatung noch genügend Zeit ist.

(Beifall)

Es liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen in dieser Aussprache vor. Das Wort hat jetzt Julia Klöckner und den Schluss macht dann Herr Necdet Savural.

Julia Klöckner: Liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin stolz auf unsere Delegierten; denn die Reaktion auf Angela Merkels Rede und auf ihren Abschied war im klassisch bürgerlichen Sinne eine Geste des Anstands, eine Geste des Dankes und eine Geste der Zuversicht. Sie haben allen gezeigt, dass dieses Herbeireden der Spaltung der CDU nicht stimmt, sondern eines klar ist: Wir sind eine Union. Herzlichen Dank für diese berührenden und bewegenden Momente, die wir vorhin erleben konnten!

(Beifall)

Ich will es kurz machen. Liebe Angela, danke schön für das Bild, dass es dir eine Freude und eine Ehre war, der Partei zu dienen, an der Spitze der CDU zu stehen. Das als Freude zu bezeichnen, mit heiterem Herzen an die Arbeit zu gehen – gehen zu dürfen –, ist unserer Meinung nach die Grundvoraussetzung, um anderen etwas Gutes tun zu können. Danke schön, dass du uns dieses Bild mitgegeben hast, Deutschland und unsere Demokratie zu gestalten. Dass es mehrere Bewerber um ein so hohes Amt gibt, das ist aller Grund zur Freude und erfüllt uns alle mit Stolz. Wir möchten uns als Rheinland-Pfälzer, die für ihre Lebensfreude, aber auch für ihre Bodenständigkeit bekannt sind, bedanken. Liebe Angela, du hast einmal gesagt: Heimat kann man auch schmecken. – Du magst die gute Küche. Du selbst kannst gut kochen. Du hast mir einmal gesagt – ich will jetzt keine Werbung für ein Gerät machen –, du bräuchtest keinen Thermomix, weil du kochen könntest.

(Heiterkeit)

Das war damals eine klare Aussage. Wir als Rheinland-Pfälzer haben uns gedacht: Wir bringen dir die Produkte mit, die Rheinland-Pfalz ausmachen. Die wollen wir dir übergeben; denn es hat uns nicht nur Freude gemacht, sondern es war uns auch eine Ehre, mit dir als Vorsitzende 18 Jahre lang zusammenzuarbeiten.

Du hast dich zwar als Vorsitzende der Partei verabschiedet, aber wir brauchen dich als Kanzlerin. Alles Gute! Gottes Segen und allzeit Freude an dem, was die Erde uns schenkt.

(Beifall – Dr. Angela Merkel wird ein Geschenk überreicht)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner. Während noch die Fotos gemacht werden, bitte ich Herrn Necdet Savural ans Mikrofon.

Necdet Savural: Moin, Moin, mein Name ist Necdet Savural. Sie können es von meinem Namen ableiten: Ich habe einen Migrationshintergrund. Ich hatte nicht vor, heute hier zu sprechen. Ich habe mich jedoch kurzfristig entschlossen, einige Worte zu sagen.

Liebes Tagungspräsidium! Sehr geehrte Parteifreundinnen und -freunde! Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, unsere noch amtierende Vorsitzende! Es ist mir eine Ehre, dass ich heute an Ihrem letzten Arbeitstag hier einige Worte loswerden darf.

Einer meiner Vorredner hatte vorhin einiges über den Islam gesagt. Liebe Parteifreunde, das C in unserem Parteinamen steht zwar für Christen und Menschenliebe, aber das hindert uns nicht daran, jemanden wie mich in unsere Partei aufzunehmen.

(Beifall)

Ich bin gerne dabei, und ich bin sehr stolz, liebe Frau Merkel, dass ich die letzten 16 Jahre – Sie sind 18 Jahre dabei als unsere Vorsitzende – dabei sein konnte, mit Ihnen unser Land – ich sage bewusst: unser Land – und unsere Partei gemeinsam gestalten zu dürfen und zu können. Ich bin sehr stolz auf diese Arbeit und werde auch in Zukunft, egal wer heute gewählt wird, die gleiche Arbeit mit dem gleichen Enthusiasmus weiterführen.

(Beifall)

Gestern Abend war ich während des Niedersachsenabends mit unserer Kreisvorsitzenden draußen – Entschuldigung, das macht man heutzutage ungern – eine rauchen. Dabei hat uns jemand angesprochen und gesagt: Ihr seid doch Delegierte und werdet morgen eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden wählen. Er sagte: Ich glaube, wir werden Angela Merkel, also Angie, sehr vermissen. Das hat mich dazu veranlasst, heute zu Ihrem Abschied das Wort zu ergreifen.

Ich erinnere an 2015, an die humanitäre Art, die Sie ins Leben gerufen haben. Frau Dr. Merkel, so etwas Humanitäres, hätte kein anderer machen können. Das war nicht nur eine gute Entscheidung,

es war eine richtige und wichtige Entscheidung. Sie haben weltweit gezeigt, dass wir Menschen sind, dass nicht nur Politiker, sondern Menschen am Werk sind. Dafür kann ich Ihnen nur danken.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Savural.

Necdet Savural: Sie sagten, ich soll mich kurz fassen. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich und wünsche der neu gewählten Vorsitzenden oder dem neu gewählten Vorsitzenden viel Glück und eine gute Hand. Uns wünsche ich nachher gute Ergebnisse und einen vernünftigen Ablauf dieses Tages. Vielen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Damit haben wir die Aussprache mit einem Schützenkönig aus Niedersachsen beendet, wie mir David McAllister soeben verraten hat. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 11:

Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands

Das ist Henning Otte. Lieber Henning Otte, ich bitte dich ans Mikrofon.

Henning Otte: Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Delegierte! Liebe Mitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich sage als Mitgliederbeauftragter einen herzlichen Dank an unsere Bundesvorsitzende für 18 Jahre erfolgreiches Wirken, für 18 Jahre selbstlosen Dienst für unsere CDU Deutschlands. Der Applaus hat gezeigt, wie groß die Wertschätzung ist. Herzlichen Dank, Angela Merkel.

(Beifall)

In Anbetracht der Zeit fasse ich das Wesentliche zusammen. Die Mitgliederentwicklung ist immens wichtig für unsere Partei. Wenn wir als Volkspartei bestehen wollen, wenn wir als Regierungspartei bestehen wollen, dann müssen wir Mitgliederpartei sein. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch unseren Mitgliedern Dank sagen, die ehrenamtlich tätig sind: vom Ortsverband bis zum Bundesverband. Sie sind das feste Fundament unserer Demokratie. Das soll so bleiben. Das wollen wir gemeinsam stärken. Vor allem ist es wichtig, weil es für Deutschland gut ist, wenn die CDU regiert, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wie lebendig, wie engagiert, wie kämpferisch unsere Mitglieder sind, hat sich auf der Zuhörer-tour gezeigt. Als Mitgliederbeauftragter sage ich, dass wir erkennbarer sein müssen. Deshalb habe ich ein neues Grundsatzprogramm gefordert. Wenn man nachts geweckt wird, muss man wissen, warum man in der CDU ist. Es ist kein Automatismus, dass wir als Partei Volkspartei

bleiben. Andere Parteien im Inland und im Ausland zeigen das. Das besorgt uns schon. Anfang der 90er-Jahre waren wir circa 750 000 Mitglieder, jetzt sind wir circa 420 000 Mitglieder. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Dieser Trend ist nicht neu, er begleitet uns schon seit vielen Jahren. Die größte Herausforderung stellt dabei die demografische Verteilung dar. Nur knapp 16 Prozent unserer Mitglieder sind unter 30 Jahre alt. Jedes Mitglied ist für uns gleich wichtig, aber unser Anspruch muss es sein, stärker zu werden, jünger zu werden und auch weiblicher zu werden. Knapp 25 Prozent unserer Mitglieder sind weiblich, sind Frauen. Wir müssen aber ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, wenn wir Volkspartei bleiben wollen. Deswegen müssen wir mehr Frauen motivieren, in unsere Partei zu kommen.

(Beifall)

Zusammen mit der Frauen Union, mit der Senioren-Union, mit der Jungen Union, mit der MIT, mit dem EAK, mit der CDA, der KPV und vielen anderen müssen wir uns gegenseitig stärken und Menschen begeistern, in unsere Partei zu kommen. Wir müssen die Bürger ansprechen, wir müssen ihnen sagen, dass wir sie brauchen. Dass das funktioniert, zeigt sich daran, dass wir zurzeit jeden Monat 1 000 neue Mitglieder in der CDU Deutschlands gewinnen können:

(Vereinzelt Beifall)

Menschen, die für die Demokratie in unserem Land mitmachen, viele davon im JU-Alter. Mein Dank geht an Paul Ziemiak, den Vorsitzenden der größten politischen Jugendorganisation der freien Welt. Hier unterscheiden wir uns von den Sozen, bei denen jedes junge Mitglied ein Zwangsmitglied ist. Bei uns in der CDU, bei uns in der Jungen Union sind die jungen Leute eigenständig. Sie stehen fest auf den Grundwerten unserer Verfassung, unserer demokratischen Grundordnung, und das ist gut so, meine Damen und Herren.

Nur einmal angenommen, jeder unserer 10.000 Ortsverbände würde nur ein Mitglied pro Jahr mehr gewinnen, dann wären wir wieder eine wachsende Partei. Wenn Mitglieder immer wieder neue Mitglieder gewinnen, dann bleiben wir Mitgliederpartei. So einfach ist das. Wir sollten uns etwas zutrauen. Wir sollten mehr Wertschätzung aussprechen. Als verteidigungspolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion sage ich: Wir stehen an der Seite unserer Soldaten. Als Bundesmitgliederbeauftragter sage ich: Wir müssen unsere Mitglieder wieder stärker in den Mittelpunkt stellen. Deswegen ist es wichtig, dass wir unseren Mitgliederbeauftragten in den Ortsverbänden, in den Kreisverbänden Mut machen, ihnen den Rücken stärken. Wir machen Mitgliederbeauftragtentreffen. Wir arbeiten mit dem Mitglieder-Serviceteam im Adenauer-Haus gut zusammen. 3.000 Beauftragte gibt es bisher. Sie bringen schon Schwung in die Sache, auch in stürmischen Zeiten. Wenn uns der Wind entgegenweht, dann werden wir erst recht stark. Ich sage einen herzlichen Dank an alle Mitgliederbeauftragten, die sich ehrenamtlich für unsere CDU einsetzen. Ich bitte einmal um einen Applaus dafür.

(Beifall)

Es liegt an uns selbst, dass wir wieder lernen, besser über uns zu reden. Wir sind eine große Partei, wir sind eine stolze Partei. Hier schließt sich ein Kreis. Ich habe als Bundesmitgliedbeauftragter vorgeschlagen, dass sich unsere Mitglieder ein eigenes Bild von den Kandidaten für den Bundesvorsitz machen, und ich bin glücklich über die Resonanz auf den Regionalkonferenzen und auch im Livestream. Dieser Parteitag schließt sich nahtlos an. Lassen Sie uns diese Stimmung mitnehmen! Lassen Sie uns diese Stimmung im Herzen behalten und auch auf den Gesichtern! Zeigen wir, was unsere CDU Deutschlands ausmacht: dass wir diejenigen sind, die sturmfest und erdverwachsen sind, aus Liebe zu unserem Vaterland, für Einigkeit und Recht und Freiheit, für ein geeintes Europa als Garant für Frieden und Stabilität. Dafür steht die CDU. Ich bin dazu bereit, ich bin mir sicher, Sie auch. Auf geht's, CDU! Auf geht's, Deutschland! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Henning Otte, und ein Dankeschön auch an alle Mitgliederbeauftragten in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Gemeindeverbänden. – Gibt es zum Bericht von Henning Otte Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Der Parteitag hat den Bericht zur Kenntnis genommen und dankt Ihnen für Ihre Arbeit.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Wir fahren fort mit dem Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und der Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2016 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz. Ich übergebe dafür das Wort an unseren Bundesschatzmeister, Dr. Philipp Murmann.

Dr. Philipp Murmann, Bundesschatzmeister: Vielen Dank, dass noch ein paar geblieben sind. – Liebe Frau Präsidentin! Liebe Frau Vorsitzende, Angela Merkel, die sich gerade kurz stärkt! Liebe Frau Generalsekretärin, liebe Annegret Kramp-Karrenbauer! Liebe Schatzmeisterinnen, liebe Schatzmeister! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt heute der Rechenschaftsbericht 2016 der CDU Deutschlands zur Verabschiedung vor. In Anbetracht des noch vor uns liegenden Programms will ich mich kurzfassen und mich auf drei Bemerkungen beschränken.

Erstens. Wie Sie den Zahlen des vorliegenden Rechenschaftsberichts entnehmen können, haben wir 2016 mit einem soliden Finanzergebnis abgeschlossen. Erfreulich war auch, dass wir die Vermögenssituation auf allen Ebenen der Partei weiter stabilisieren konnten. Die Bundespartei hat die erforderlichen Wahlkampfprücklagen gebildet und konnte damit den Bundestagswahlkampf 2017 aus eigener Kraft, so wie wir es uns immer vornehmen, finanzieren. Diese solide Entwicklung der Finanzlage hat sich auch im vergangenen Jahr, im Jahr 2017, fortgesetzt, wenngleich sich die Vermögenslage aufgrund der Bundestagswahl und weiterer, zum Glück sehr erfolgreicher Landtagswahlkämpfe naturgemäß etwas verschlechtert hat. Wir haben den Rechenschaftsbericht für 2017 in der letzten Woche im Bundesvorstand verabschiedet und, verse-

hen mit einem uneingeschränkten Testat unserer Wirtschaftsprüfer, fristgerecht beim Bundestagspräsidenten eingereicht. Wir können auch nach der bisherigen Entwicklung 2018 sagen: Die Finanzlage der Partei ist stabil, und das finanzielle Gleichgewicht der Partei bleibt wie bisher gewahrt.

Allerdings – damit komme ich zum zweiten Punkt – stellen sich für die Zukunft neue, zusätzliche und große Herausforderungen. Ich meine damit und vor allem die technischen und gesellschaftlichen Umbrüche unserer Zeit, die natürlich auch einen Einfluss auf unsere finanzielle Entwicklung und auf unsere Partei insgesamt haben. Insbesondere die Digitalisierung verändert die Meinungsbildung und die politischen Prozesse in unserer Gesellschaft auf zum Teil dramatische Weise. Wir müssen feststellen, dass unser Ideal einer demokratischen, einer freien und einer offenen Gesellschaft in vielen westlichen Demokratien unter Druck gerät. Populistische Bewegungen im In- und Ausland betreiben Stimmungsmache und Desinformation und nutzen dafür insbesondere moderne Techniken und Plattformen. Erstmals seit langer Zeit müssen wir in Deutschland und Europa erkennen: Eine stabile Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss immer wieder neu erkämpft und gegen ihre Feinde verteidigt werden.

Wir, die Parteien in Deutschland, waren in den vergangenen Jahrzehnten Garanten der politischen Stabilität. Für die Zukunft sind wir mit heutigen Strukturen – das gilt insbesondere für die Volksparteien – nicht mehr ausreichend gewappnet. Liebe Freunde, wir brauchen eine umfassende technische Modernisierung unserer Parteiarbeit. Wir brauchen aber auch mehr Partizipations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für unsere Mitglieder und auch für die Anhänger unserer Partei. Die Regionalkonferenzen mit vielen Tausend Teilnehmern und einem Livestream im Netz, der im Übrigen von über 400.000 Leuten gesehen wurde – wann erreicht man schon einmal so viele Menschen?, sind ein gutes Beispiel dafür, dass mehr Demokratie leider auch mehr Geld kostet. Wenn wir in Deutschland auch in Zukunft Parteien wollen, die denjenigen entschieden entgegentreten, die Demokratie, Meinungsfreiheit und ein friedliches Zusammenleben in unserem Land gefährden, liebe Freunde, dann müssen wir auch die erforderlichen Mittel dafür bereitstellen und die Parteien in die Lage versetzen, ihren Verfassungsauftrag in vollem Umfang ausfüllen zu können. Deswegen möchte ich auch hier auf dem Parteitag noch einmal für die Änderung des Parteiengesetzes, das die Koalition in diesem Sommer beschlossen hat, werben und um Verständnis bitten. Das ist absolut notwendig. Dabei ist zu betonen – das wird leider bei mancher Berichterstattung weggelassen –, dass auch diese neue Obergrenze natürlich nur dann erreicht wird, wenn sich die Parteien diese Finanzierung durch Wählerstimmen, Spenden und Einnahmen auch erkämpfen. Das gilt für uns als CDU ebenso wie für alle anderen Parteien.

Drittens und letztens. Heute gilt mein ganz besonderer Dank natürlich auch unserer scheidenden Parteivorsitzenden Angela Merkel. Angela Merkel hat den Parteivorsitz vor 18 Jahren übernommen, in der schwersten finanziellen Krise der CDU seit ihrem Bestehen. Dass wir uns als

Partei über viele Jahre aus dieser Lage befreien konnten, haben wir insbesondere einer klaren Haltung unserer Vorsitzenden zu verdanken. Sie hat über viele Jahre jeden erforderlichen Schritt unterstützt, auch wenn das manchmal unbequem war, und auch, wenn das eine oder andere von ihr gewünschte politische Projekt nicht realisiert werden konnte.

Ich freue mich übrigens besonders, dass heute mit Wolfgang Peiner, Eckart von Klaeden und Helmut Linssen meine drei Amtsvorgänger hier sind, die diese Zeit natürlich intensiv begleitet haben, wie auch Herr Cartellieri, der seinerzeit die Sanierung eingeleitet hat und den ich von hier grüße. Alle werden bestätigen können: Die Schatzmeister und Finanzverantwortlichen der letzten 18 Jahre konnten sich stets auf die volle Rückendeckung unserer Parteivorsitzenden verlassen.

Liebe Frau Merkel, Sie übergeben Ihren Nachfolgern auch in finanzieller Hinsicht ein ordentlich bestelltes Haus. Auch für diese Leistung gebühren Ihnen unser Respekt und ein herzlicher Dank der gesamten Partei.

(Beifall)

Liebe Freunde, zum Abschluss möchte ich wie immer an dieser Stelle allen ehrenamtlichen Schatzmeistern in unserer Partei einen ganz herzlichen Dank für ihren unermüdlichen und nicht immer einfachen Einsatz aussprechen. Ihr Dienst ist ein Dienst für die Partei und damit auch für unsere Demokratie, so wie auch jede eingeworbene Spende eine Spende für die Demokratie ist.

Ich danke unseren Wirtschaftsprüfern für ihre Arbeit und unserem neuen Revisionsbeauftragten, Herrn Dr. Probst, dass er diese wichtige Aufgabe übernommen hat.

Mein Dank gilt auch unseren Rechnungsprüfern, deren Bericht wir im Anschluss hören. Ich möchte bei dieser Gelegenheit unserem Freund Peter Rzepka danken, der das Amt nach zwölf erfolgreichen Jahren nun in jüngere Hände übergibt. Vielen Dank auch für Ihre Expertise und Ihren Einsatz.

Ebenso danke ich Ihnen, liebe Frau Yzer, dass Sie sich heute als Rechnungsprüferin für die Nachfolge von Herrn Rzepka zur Wahl stellen. Das ist für unsere Partei eine wichtige Arbeit.

Ganz besonders danke ich zu guter Letzt allen Spendern und Unterstützern unserer Partei, die unsere Arbeit erst ermöglichen. Viele von Ihnen stehen seit Jahrzehnten an unserer Seite. Sie alle sorgen dafür, dass die CDU auch in dieser Hinsicht die mit Abstand stärkste Partei in Deutschland ist. Meine Bitte: Bleiben Sie an unserer Seite, damit dies auch in Zukunft so bleibt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf einen interessanten weiteren Parteitag. – Danke schön.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Diesem Dank schließen wir uns von hier oben natürlich an. Auch dir, lieber Philipp Murmann, danken wir für den Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2016. Gibt es zum Bericht oder zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie der Vorlage des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2016 zustimmen möchten. Herzlichen Dank.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich gebe das Wort an Frau Dorothea Störr-Ritter.

Dorothea Störr-Ritter, Rechnungsprüfungskommission: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidenten! Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Auch im Jahr 2017 haben sich der Rechnungsprüfer Herr Jacoby, Herr Rzepka und ich regelmäßig mit den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle getroffen, um Einnahmen und Ausgaben zu prüfen und uns über die Liquidität und die Erstellung des Rechenschaftsberichts und der Vorlage entsprechender Unterlagen berichten zu lassen. Der Rechenschaftsbericht 2016 ist bereits als Drucksache des Deutschen Bundestages veröffentlicht und liegt Ihnen vor.

Der Einnahmenüberschuss des Jahres 2016 lag bei rund 15,6 Millionen Euro und somit wahlkampfbedingt rund 6,3 Millionen Euro unter dem Einnahmenüberschuss des Jahres 2015. Im Jahr 2016 gab es vier Landtagswahlen und die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, während es im Jahr 2015 nur die Wahlen in Bremen und Hamburg gab.

Zum Rechenschaftsbericht 2017, zum laufende Etat, zu den Rücklagen für den Bundestagswahlkampf sowie zur mittelfristigen Finanzplanung für 2019 bis 2022 der Bundespartei haben im Oktober die Rechnungsprüfer und im November der Haushaltsausschuss zugestimmt. Ende November wurden die Etats, die mittelfristige Finanzplanung und der Gesamtrechenschaftsbericht 2017 im Bundesvorstand verabschiedet. Wir haben uns davon überzeugt, dass der Etat und die Finanzplanung so aufgestellt wurden, dass bei Einhaltung der Planung die Rücklagenbildung planmäßig verläuft und die Europawahl 2019 sowie die Bundestagswahl im Jahr 2021 aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das finanzielle Gleichgewicht ist unter den gegebenen Umständen gesichert.

Der Rechenschaftsbericht 2017 wurde mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen und dann fristgerecht an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet. Er wird voraussichtlich bereits im Januar 2019 veröffentlicht.

Das Ergebnis dieses Rechenschaftsberichts ist durch die hohe Anzahl an Wahlkämpfen und den damit verbundenen Ausgaben – 2017 Bundestagswahl, Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – geprägt und weist ein Defizit in Höhe

von 7,2 Millionen Euro aus. Das Etatziel der Bundesgeschäftsstelle wurde dabei jedoch deutlich übertroffen. Die geplanten Ausgaben in Höhe von rund 2,8 Millionen Euro wurden nicht ausgeschöpft, weil im Jahr 2017 kein Parteitag stattfand.

Die Einnahmen sind um 3,2 Millionen Euro höher als geplant, was an den Spendeneinnahmen – das sind rund 1,2 Millionen Euro über Planwert – und an der positiven Entwicklung der staatlichen Mittel – rund 1,9 Millionen Euro über Planwert – lag. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind im Vergleich zu 2016 zwar zurückgegangen, dafür sind aber die Mandatsträgerbeiträge deutlich angestiegen, so dass sich die Beiträge insgesamt positiv entwickelt haben.

Der Rückgang der Mitgliedsbeiträge korreliert weiterhin mit der negativen Entwicklung der Mitgliederzahlen: 2016 lagen sie bei 431 920, 2017 bei 425 910. Aber wir haben gehört: Trend ist, dass sie wieder steigen. Das ist natürlich sehr erfreulich. Aber der Rückgang dieser Einnahmequelle ist andauernd und für die Finanzsituation der Gesamtpartei besorgniserregend, weil dadurch die Einnahmen der staatlichen Parteienfinanzierung negativ beeinflusst werden. Aus diesem Grund sollten wir unsere Bemühungen verstärken und neue Wege finden, um mehr Mitglieder für unsere Volkspartei zu gewinnen und bestehende Mitglieder zu behalten. Unabhängig davon muss die Bundesgeschäftsstelle sicherstellen, dass die Ausgaben nicht über das zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Maß hinausgehen. Die mittelfristige Finanzplanung gibt die vorhandenen Spielräume vor.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen den vor Ihnen liegenden Rechenschaftsbericht 2016 zu beschließen und dem Vorstand für die Jahre 2015 und 2016 eine unbeschränkte Entlastung zu erteilen.

An dieser Stelle danken wir sehr herzlich der Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Haushalt und Finanzen, und den Finanzbeauftragten für eine solide Arbeit und der Bundesvorsitzenden für die wohlwollende Begleitung unserer Arbeit. – Danke schön.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Frau Störr-Ritter, wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und natürlich auch der Bundesgeschäftsstelle.

Ich nutze die Gelegenheit, zwei Menschen zu gratulieren, die die schöne Atmosphäre dieses Parteitags dazu nutzen, um ihren Geburtstag mit uns gemeinsam zu verbringen: Heinrich Böckelühr und Christian Wirtz fanden, dass es angemessen wäre, mit so vielen Freunden zusammen ihren Ehrentag zu feiern. Herzlichen Glückwunsch von hier oben und bestimmt auch im Namen des ganzen Parteitags.

(Beifall)

Ich würde vorschlagen, dass wir aufgrund der fortgeschrittenen Zeit das Ständchen heute Abend auf dem Hamburger Abend singen.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

Entlastung des Bundesvorstands

Ich gebe das Wort an unsere Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ja, das ist nunmehr der letzte Auftritt, liebe Freundinnen und Freunde. – Bevor es zur Wahl unserer neuen Führungsmannschaft kommt, möchte ich noch einmal das Wort ergreifen, um Präsidiums- und Vorstandsmitgliedern zu danken, die heute nicht erneut kandidieren.

Ich beginne mit Thomas de Maizière. Er saß in den vergangenen beiden Jahren im Präsidium. Davor war er vier Jahre lang gewähltes Mitglied des Bundesvorstandes. Zwölf Jahre hat er der Bundesregierung gedient und seit 1990 ununterbrochen Regierungsverantwortung, auch auf Landesebene, getragen. Ich möchte Thomas de Maizière, auch hoffentlich in Ihrem Namen, ganz herzlich für alles, was er für unsere CDU gemacht hat, danken.

(Beifall)

Er ist jetzt Vorsitzender der Antragskommission. Frei nach dem Motto „There is no free lunch in this world“ muss er die Antragskommission führen. Er wird heute und morgen noch viel Arbeit haben.

Ich möchte David McAllister danken, der seit 2014 Mitglied des Präsidiums ist. Zuvor war er Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Niedersachsen – ein fester Bestandteil unserer Partei.

(Beifall)

Wir wissen, dein Herz schlägt für Europa. Angesichts der Europawahlen können wir auf deine europäische Leidenschaft nicht verzichten. Lieber David, herzlichen Dank für deinen Einsatz.

(Beifall)

Ich danke Ralf Brauksiepe, der in diesem Jahr nicht mehr für den Bundesvorstand kandidiert, der aber immer die Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war. Herzlichen Dank an Ralf Brauksiepe.

(Beifall)

Ich danke Stephan Harbarth, Mitglied des Bundesvorstandes, der deshalb nicht mehr dabei ist, weil er jetzt Verfassungsrichter und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts ist. Herzlichen Dank für deine Arbeit, lieber Stephan.

(Beifall)

Ich danke Peter Liese. Auch er hat noch viele Aufgaben in Europa zu erledigen. Danke für die 24 Jahre im Europäischen Parlament und sechs Jahre im Bundesvorstand. Herzlichen Dank, lieber Peter Liese.

(Vereinzelt Beifall)

Genauso danke ich Michael Meister, der auch nicht mehr für den Bundesvorstand kandidiert, aber immer eng mit uns zusammengearbeitet hat.

Lieber Arnulf Haas, du wurdest vor 22 Jahren das erste Mal in den Bundesvorstand gewählt; 2002 wurdest du abermals in den Bundesvorstand gewählt. Du hast ihm immer wieder angehört und die Stimme Sachsens eindeutig vertreten. Deshalb auch dir ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Fast am Ende des Alphabets angelangt, möchte ich Sabine Weiß danken. Sie gehörte dem Bundesvorstand seit 2012 an und ist jetzt Parlamentarische Staatssekretärin beim Gesundheitsminister. Herzlichen Dank auch für diese Arbeit.

Ich danke natürlich auch allen Mitgliedern des Bundesvorstands, die heute wieder kandidieren werden. Diese Wahl steht nachher an. Meinen Dank an Sie habe ich umfangreich darstellt.

Ich werde in Zukunft kooptiertes Mitglied des Präsidiums sein, also von der einen Seite auf die andere Seite wechseln – als Bundeskanzlerin.

Herzlichen Dank, und jetzt steht die Entlastung an.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die freundlichen Worte an diejenigen, die im Bundesvorstand bisher mitgewirkt haben. Ich wünsche und hoffe, dass all die, die genannt worden sind, uns nicht ganz verloren gehen. Ich weiß, dass die meisten engagiert weiterarbeiten. Das ist gut so.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Entlastung des Bundesvorstandes

Die Entlastung des Bundesvorstands für seine Amtszeit ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Wir gehen davon aus, dass Sie mit einer gemeinsamen Entlastung für diesen Zeitraum einverstanden sind. – Das ist der Fall. Wer der Entlastung des Bundesvorstands zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Bundesvorstand bei wenigen Enthaltungen durch den Parteitag entlastet wurde.

Ich bitte nunmehr die Mitglieder des bisherigen Bundesvorstands, soweit sie auf der Bühne platziert sind, bei den Delegierten ihres Landesverbands im Plenum Platz zu nehmen. Diejenigen, die aufgrund ihres Amtes dem nächsten Bundesvorstand angehören werden, bitte ich, ihre Plätze auf der Bühne neben mir einzunehmen. – Herzlich willkommen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Hierfür gebe ich das Wort dem Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, Herrn Oliver Thiel.

Oliver Thiel, Mandatsprüfungskommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 31. Parteitag 1 001 Delegierte stimmberechtigt.

Von den 1 001 Delegierten waren um 13.35 Uhr 1 000 Delegierte anwesend.

(Beifall)

Der 1 001. Delegierte hat sein Kommen zugesagt. Damit ist der 31. Parteitag beschlussfähig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Lieber Oliver Thiel, auch der Mandatsprüfungskommission herzlichen Dank für ihre Arbeit. – Ich übergebe an Daniel Günther für den Tagesordnungspunkt 16, Wahl des Bundesvorstandes.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Bevor wir zum mit Spannung erwarteten Tagesordnungspunkt „Änderung des Parteistatuts“ kommen, müssen wir erst mal noch die Wahl des Bundesvorstandes unter TOP 16 durchführen.

Damit rufe ich nun TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

Wahl des Bundesvorstandes

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge bitte ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit für wichtige Hinweise.

Zunächst zum Wahlverfahren: Laut § 43 des Statuts der CDU werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt.

Sie stimmen sicherlich mit mir überein, dass angesichts der besonderen Bedeutung der anstehenden Wahlen bei diesem Punkt auf größtmögliche Rechtssicherheit geachtet werden muss. Dies erreichen wir nach der Rechtsprechung des Bundesparteigerichts nur, wenn die Benutzung von Wahlkabinen bei allen Wahlen des Bundesvorstandes verpflichtend ist. Die verpflichtende Benutzung von Wahlkabinen steht deshalb nicht zur Disposition des Parteitag.

Der Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 26. November 2018 bei der näheren Befassung mit den Wahlmodalitäten für die Nutzung sogenannter Tischwahlkabinen ausgesprochen. Diese Tischwahlkabinen tragen den rechtlichen Anforderungen an einen Wahlgang Rechnung und sind gleichzeitig unter organisatorischen Gesichtspunkten die beste Lösung.

Für jede Delegierte und jeden Delegierten wurde am jeweiligen Platz eine eigene Tischwahlkabine ausgelegt. Ich zeige sie Ihnen mal.

(Daniel Günther, Tagungspräsidium, hält eine Tischwahlkabine in die Höhe)

Sie sieht so aus und wird so aufgebaut.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage schon an dieser Stelle: Hat jeder eine Tischwahlkabine? Ich bitte um einen Hinweis – ein Aufzeigen – falls das irgendwo nicht der Fall sein sollte.

Ich bitte nunmehr um Ihre Zustimmung zur Verwendung der Tischwahlkabinen für alle Wahlen zum Bundesvorstand. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Vielen Dank, das ist so beschlossen.

Ich gebe Ihnen nun einige Hinweise zum weiteren Prozedere.

Zunächst zur Nutzung dieser Tischwahlkabinen: Alle Wahlen zum Bundesvorstand erfolgen ausschließlich mit DIN-A-4-großen Stimmzetteln. Diese werden Ihnen am Platz ausgehändigt. Die Aushändigung der Stimmzettel erfolgt nur, wenn Sie Ihre Tischwahlkabine am Platz aufgebaut haben. Ich werde vor jedem einzelnen Wahlgang noch einmal darauf hinweisen.

Die Aushändigung des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und die weiteren Mitarbeiter setzt weiter voraus, dass Sie Ihre persönliche Stimmkarte und Ihren personalisierten Delegiertenausweis vorzeigen.

Zusätzlich benötigen Sie Ihren Stimmzettelblock. Halten Sie diesen bitte ebenfalls bereit. In diesem wird Ihre Teilnahme an den einzelnen Wahlgängen vermerkt. Hierzu schlagen Sie für die Wahl der oder des Vorsitzenden der CDU Deutschlands im Stimmzettelblock den Stimmzettel Nummer 1 auf. Nach Aushändigung Ihres DIN-A-4-großen Stimmzettels wird dann der Stimmzettel Nummer 1 Ihres Stimmblocks abgezeichnet. Entsprechend verfahren wir bei den nächsten Wahlgängen mit den nummerisch folgenden Stimmzetteln des Stimmzettelblocks.

Deshalb meine eindringliche Bitte – genau zuhören! – Reißen Sie keine Stimmzettel aus Ihrem Stimmzettelblock!

Ich bitte Sie jetzt, zu kontrollieren und sicherzustellen, dass Sie diese drei Dokumente bei sich haben.

Das Ausfüllen des Stimmzettels muss zwingend in der aufgebauten Tischwahlkabine erfolgen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass nicht in der Tischwahlkabine ausgefüllte Stimmzettel nicht entgegengenommen werden.

Nach dem Ausfüllen Ihres Stimmzettels werfen Sie Ihren Stimmzettel in eine der Wahlurnen, die durch die Reihen und damit zu jedem Delegiertenplatz getragen werden.

Lassen Sie mich nun noch zwei allgemeine Hinweise zu den Wahlgängen anschließen:

Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Es gilt das Frauenquorum nach § 15 unseres Statuts.

Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Soweit die allgemeinen Hinweise. Einzelhinweise, die für den jeweiligen Wahlgang von Bedeutung sind, erhalten Sie unmittelbar vor dem entsprechenden Wahlgang.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1

Wahl der/des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Es kandidieren in alphabetischer Reihenfolge Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn.

(Vereinzelt Beifall)

Die Vorstellung der Kandidaten erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Das Tagungspräsidium schlägt eine Redezeit für die Kandidatin und die Kandidaten von jeweils circa 20 Minuten vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist das so beschlossen. Wir beginnen nunmehr mit der Kandidatenvorstellung: Es beginnt Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Liebe Angela, liebe Delegierte dieses Parteitages, verehrte Gäste. Dies ist für mich ein besonderer Moment, ein besonderer Tag, hier vorne auf dieser

Bühne zu stehen und mich um das Amt der Parteivorsitzenden zu bewerben. Es ist ein Tag, an den ich nicht gedacht habe, als ich 1981 in die Partei eingetreten bin. 1981 war eines der meistverkauften Bücher in Deutschland das Buch „Das Schicksal der Erde“. Ein Buch, in dem eine mögliche Atomkatastrophe, ein möglicher Atomkrieg beschrieben war, das eine Endzeitstimmung verbreitet hat, das exemplarisch für die Stimmung in der Bundesrepublik Deutschland stand, wo insbesondere unsere politischen Mitbewerber Untergangsstimmung, Schwarzmalerei und Pessimismus verbreitet haben. Es war ein Jahr, in dem ich kurz vor dem Abitur stand und in einer Stadt lebte, die von einem Strukturwandel geprägt war, bei dem es darum ging, dass das Stahlwerk nicht mehr voll ausgelastet war, dass 4 000 Stahlwerker auf der Straße standen. Die Region war von einem starken Umbruch geprägt; das war alles andere als ermutigend. Es war auch für mich persönlich eine neue Situation: Als Erste meiner Geschwister stand ich wenige Monate vor dem Abitur, nicht genau wissend, was ich danach eigentlich machen soll. Eigentlich wollte ich Lehrerin werden, aber das Kultusministerium hatte damals mitgeteilt: Wir brauchen keine Lehrer. Wir sehen: Auch in den 80er-Jahren hat die Personalplanung nicht unbedingt perfekt gepasst.

In dieser Situation musste ich den Mut fassen, für mich persönlich Entscheidungen zu treffen. Und eine dieser persönlichen Entscheidungen war, in die CDU einzutreten. Die CDU der damaligen Jahre, das war die CDU von Helmut Kohl, Rainer Barzel, Norbert Blüm, Heiner Geißler, es war die CDU von Alfred Dregger, Bernhard Vogel, Ernst Albrecht, Gerhard Stoltenberg, Lothar Späth und später von Rita Süßmuth und von Klaus Töpfer. Die CDU von damals mit diesen Persönlichkeiten hat mich deshalb fasziniert und ich habe sie mir deshalb als meine politische Heimat ausgesucht, weil sie damals die Partei war, die nicht den Schwarzmalern hinterhergelaufen ist, weil sie damals die Partei war, die nicht ängstlich geschaut, welche Themen die Mitbewerber setzen, weil sie damals die Partei war, die auch in schwierigen Zeiten Kurs gehalten hat, zuerst beim NATO-Doppelbeschluss und später auch bei der Deutschen Einheit, weil sie damals die Partei war, die mit Mut, Optimismus, Lust auf Zukunft und mit eigenen Ideen eine Strahlkraft hatte, die die Menschen aus allen politischen Lagern wieder in die Mitte gezogen hat: Das war meine Partei, und deswegen bin ich damals in die CDU eingetreten.

(Beifall)

Verehrte Delegierte, diese CDU darf nicht nur die Partei von damals sein. Diese CDU, meine CDU, unsere CDU muss die Partei von heute sein, sie muss die Partei von morgen bleiben. Dafür trete ich an, und dafür will ich gemeinsam mit euch arbeiten.

(Beifall)

Denn auch heute befinden wir uns wieder in einer ähnlichen Situation, auch heute gibt es wieder Ängste, auch heute schüren unsere politischen Mitbewerber wieder Horrorszenarien. Die Frage, wie die Zukunft aussehen wird, ob wir in den nächsten Jahren noch mehr Populisten ha-

ben werden, ob die EU zusammenhält oder zerfällt, ob wir eine internationale Weltordnung ohne Regeln haben, die von Egoisten und Autokraten bespielt wird, ob wir einen rasanten Klimawandel erleben, der Verteilungskämpfe auslöst und Menschen in die Flucht schlägt, ob wir eine Digitalisierung haben, die Arbeitsplätze vernichtet und Bürgerrechte bedroht, beschreibt reale Gefahren. Aber ob es so kommt, verehrte Delegierte, steht nicht in den Sternen; diese Antwort liegt alleine bei uns. Das ist unsere Verantwortung für die Zukunft.

(Beifall)

Es geht um die Antwort auf die Frage, ob wir, wie in den 80er-Jahren, den Mut haben, nicht den Schwarzmalern hinterherzulaufen, den Mut haben, nicht ängstlich nach rechts und links zu unseren Mitbewerbern zu schauen, den Mut haben, auch gegen den Zeitgeist Kurs zu halten, den Mut haben, mit eigenen Ideen wieder eine Strahlkraft zu entwickeln, die Menschen für uns als Partei fasziniert. Es geht darum, dass wir unsere Stärke daraus ziehen, weil wir so gut mit unseren Ideen sind und nicht weil wir den schärfsten Angriff auf den politischen Gegner fahren. Das kann jeder von uns; aber das reicht mir für eine starke und stolze Volkspartei wie die CDU einfach nicht aus.

(Lebhafter Beifall)

Letzten Endes geht es um die Antwort auf die Frage, ob wir den Mut haben, unsere Komfortzone zu verlassen, ob wir den Mut haben, aus dem „Man müsste, man könnte, man sollte“ das „Wir machen“ zu formen, auf das die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes warten. Sie wollen, dass wir es tun und nicht, dass wir darüber diskutieren.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir diesen Mut haben, dann werden wir in einer internationalen Welt leben, die sich an Regeln hält. Wenn wir diesen Mut haben, dann leben wir in einem starken Europa, das Schengen vollendet, das offen nach innen und sicher nach außen ist. Wenn wir diesen Mut haben, dann leben wir in einem Europa, das den Euro endlich krisenfest macht, dann leben wir in einem Europa, das mit einem Europäischen Sicherheitsrat und einer europäischen Armee nicht nur ein gemeinsames Sicherheitsinteresse formuliert, sondern umsetzt. Dann werden wir den Mut haben, das in unser Wahlprogramm zu schreiben und gemeinsam mit Manfred Weber an der Spitze diese Europawahl gewinnen. Das ist unsere Aufgabe für das nächste Jahr.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir diesen Mut haben, dann leben wir in einem Deutschland, das Digitalisierung nicht fürchtet oder erduldet, dann leben wir in einem Deutschland, das Digitalisierung lebt und sie nutzt, um das Beste für jeden Einzelnen daraus zu machen.

Dann leben wir in ländlichen Räumen, wo man nicht einmal am Tag an einer festen Stelle einen Bus hat, wenn man Glück hat, sondern dann leben wir in ländlichen Räumen, wo der Bus oder das Taxi dann kommen – und zwar vor die Haustür –, wenn man sie braucht. Das ist moderner ÖPNV. Das ist Nutzung von Digitalisierung. Das macht Sinn, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir diesen Mut haben, dann haben wir auch die Kraft, jetzt die Infrastruktur auszubauen. Ja, das wird bedeuten, dass am Ende 5G an jeder Milchkanne ist. Dorthin gehört es auch; daran darf es keinen Zweifel geben, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Dann werden wir es auch schaffen, die modernsten Schulen mit den bestausgebildeten Lehrern und den aktuellsten Lehrplänen für unsere Kinder zur Verfügung zu stellen. Wir werden endlich aufhören, zwischen Bund und Ländern zu streiten, wie 5 Milliarden Euro an die Schulen kommen. Die Eltern und die Kinder warten darauf. Das ist unsere Verantwortung als Christdemokraten.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden den Mut zur Forschung haben, und vor allen Dingen werden wir die Klugheit haben, dass bei uns nicht nur geforscht wird, sondern dass von der Forschung aus die Wertschöpfungskette so gelegt wird, dass wir mit den Produkten, dass wir mit den Ideen auch in Deutschland Geld verdienen. Es ist ja schön, wenn mithilfe unseres Steuergelds hier geforscht wird. Aber noch schöner ist, wenn danach auch hier Geld verdient wird. Das ist doch der Sinn der Wirtschaft, insbesondere der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Wenn wir den Mut haben, dann lösen wir die Bremsen für diejenigen, die in diesem Land etwas tun wollen, für diejenigen, die in diesem Land etwas unternehmen wollen. Wir wissen doch, was unsere Unternehmer und Unternehmerinnen bremst. Es muss Schluss sein damit, dass wir wie in den letzten Jahren immer nur an den Symptomen der Bürokratie herumdoktern. Wenn wir nicht den Mut haben, in Deutschland endlich zu sagen: „Es muss nicht alles 110 Prozent geregelt werden; es reichen manchmal auch 90 Prozent“, dann werden wir keinen Bürokratieabbau schaffen. Das ist unsere Frage, unsere Freiheit, unsere Risikobereitschaft. Dafür müssen wir stehen in dieser Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir den Mut haben, dann stellen wir sicher, dass sich Leistung wirklich lohnt. Dann stellen wir sicher, dass die Arbeiter von Airbus, wo ich gestern war, oder die Kinderkrankenschwestern

im Hamburg-Altonaer Kinderkrankenhaus, wo ich gestern war, von ihrer Lohnerhöhung auch etwas haben, dass die Lohnerhöhung in ihre Lohntüte wandert und nicht direkt zum Finanzamt. Dorthin gehört sie nämlich nicht. Leistung muss sich lohnen. Das ist doch unser Punkt in dieser Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall)

Leistung muss sich im Übrigen auch für diejenigen lohnen, die 45 Jahre gearbeitet haben und dann in Rente gehen. Diese müssen mehr haben als nur die reine Grundsicherung. Wir können nicht zulassen, dass Arbeitsbiografien entwertet werden. Das hat nichts mit Sozialer Marktwirtschaft und nichts mit unserem Verständnis von Leistung und Leistungsbereitschaft zu tun.

(Beifall)

Wenn wir den Mut haben, dann machen wir einen starken Staat, keinen, der stark ist, weil er ausufert, aber einen, der konsequent ist, nicht schrill im Ton, nicht schrill in den Gesetzen, wohl aber konsequent in der Anwendung, einen Staat, der sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt, nicht von Kleinkriminellen, nicht von Steuerbetrügnern, nicht von kriminellen Großclans und auch nicht von autonomen Chaoten wie hier in Hamburg bei G 20. Auch da müssen wir klare Kante zeigen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir Mut haben, dann schaffen wir ein Deutschland, bei dem Zusammenhalt mehr bedeutet, als dass man nur Steuern zahlt. Dann wollen wir Staatsbürger, die nicht den Eindruck haben, dass sie mit dem, was sie zahlen, zu Kunden einer öffentlichen Hand werden, die frei Haus liefert. Wir wollen vielmehr Staatsbürger, die diesen Staat, diese Gesellschaft aktiv gestalten, die wissen, dass es Rechte gibt, aber auch Pflichten. Das ist der Grund, weshalb wir nach der Zuhör-Tour in der CDU gesagt haben: Wir wollen ein Dienstjahr. Wir wollen ein Gesellschaftsjahr. Wir wollen, dass deutlich wird: Diesen Staat gibt es nicht zum Nulltarif. Dieser Staat ist es wert, dass man sich für ihn einsetzt, und zwar auch in einem Gesellschaftsjahr.

(Beifall)

Dazu brauchen wir eine starke Partei, die debattiert, eine, die denkt. Ich finde es schön, dass wir Denkfabriken in Deutschland haben. Aber, ehrlich gesagt, die natürliche Denkfabrik der Politik muss die Volkspartei sein, muss die CDU sein. Wir haben 420 000 Mitglieder. Die können etwas und wissen etwas. Sie wollen mittun. Wir müssen sie nur endlich lassen. Das ist die Aufgabe für die Zukunft.

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen eine Fraktion, die daraus unter Führung von Ralph Brinkhaus kluge Initiativen entwickelt. Aber, liebe Angela, wir brauchen dazu auch eine Regierung, die mit gutem politischem

Handwerk dafür sorgt, dass die Menschen nicht nur die großen Erzählungen sehen, sondern auch spüren, dass vor Ort etwas umgesetzt wird. Das, was Vertrauen heute erschüttert, ist die Tatsache, dass ich keinen Arzttermin bekomme, dass die Bahn unpünktlich ist, dass ich manchmal auf Polizeieinsätze warten muss. Das reibt unsere Menschen wund. Da müssen wir besser werden. Auch darauf muss eine Regierungspartei achten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir brauchen eine starke CDU, keine, die beliebig ist. Wir sind kein politischer Gemischtwarenladen, aus dem sich jeder das heraus sucht, was er gerne hätte. Wir brauchen eine CDU, die unzweideutig auf ihrem Wertefundament steht. Wir brauchen eine CDU, die einen Kompass hat. Dieser Kompass für die CDU kann nur das C sein. Das C ist der Leitstern. Das C gibt uns das Menschenbild vor. Das dürfen wir nie und nimmer vernachlässigen.

(Beifall)

Es ist eine Frage, die über uns hinausgeht. Es ist eine Frage von nationaler und auch von europäischer Bedeutung. 2013 – wir erinnern uns, auch wenn heute die Umfragen schlechter sind – wurde die CDU bei der Bundestagswahl zusammen mit der CSU mit 41,5 Prozent gewählt. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt lagen die Kollegen in den Niederlanden bei 12 bis 13 Prozent, begann der Niedergang der französischen Kollegen. Wenn wir es uns richtig vor Augen führen, dann müssen wir sehen: Wir sind, CDU und CSU gemeinsam, so etwas wie das letzte Einhorn in Europa, die letzte große existierende Volkspartei. Liebe Delegierte, ich will, dass das so bleibt. Ich will, dass das auch morgen so ist. Dieses Europa, dieses Deutschland, diese Welt brauchen eine starke CDU. Dafür müssen wir kämpfen. Das ist die Aufgabe, vor der wir gemeinsam stehen.

(Beifall)

Dass wir heute überhaupt in der Situation sind, darüber zu reden, verdanken wir vor allen Dingen den Verdiensten einer Person. Dazu gibt es nur eines zu sagen – und das aufrichtig und von Herzen – Danke, Angela.

(Beifall)

Aber jetzt geht es um die Zukunft. Jetzt geht es nicht um das, was gestern war. Jetzt geht es um das, was morgen sein wird. Ich habe in diesen Tagen einiges gelesen und will dazu etwas sagen. Ein nicht so kluger Kommentator hat gesagt: Entweder trifft die CDU eine bestimmte Wahl, oder sie wählt den Untergang. Ich kann nur sagen: Egal wer nachher hier gewinnen wird, keiner von uns drei Kandidaten wird der Untergang für diese Partei sein. Wenn wir uns aber auf diese Debatte einlassen, dann ist das der Untergang der CDU.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe gelesen, dass es jetzt die konservative Union gibt und die liberale und die, die wirtschaftsfreundlich ist, und die, die arbeitnehmerfreundlich ist, und die Union, die im Osten ist, und die, die im Westen ist. Liebe Freundinnen und Freunde, für mich gibt es keine konservative und keine liberale Union, keine, die wirtschaftsfreundlich oder arbeitnehmerfreundlich ist, keine im Osten und keine im Westen; für mich gibt es nur die eine Union, die CDU. Das ist unsere Familie, das war so, und das muss auch so bleiben, vor allen Dingen nach dem heutigen Tag.

(Beifall)

Ich habe viel gelesen, was ich bin und wie ich bin: Mini-..., eine Kopie, ein einfaches Weiter-so. Liebe Delegierte, ich stehe hier, so, wie ich bin, und so, wie mich das Leben geformt hat, und darauf bin ich stolz. Ich stehe hier als Mutter von drei Kindern, die selbst weiß, wie schwer es ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Ich stehe hier als ehemalige Innenministerin, als Bildungsministerin, als Sozialministerin, als Ministerpräsidentin, die in über 18 Jahren ihrem Land und den Menschen in diesem Land gedient hat,

(Beifall)

die in diesen 18 Jahren gelernt hat, was es heißt, zu führen, und die vor allen Dingen gelernt hat, dass es bei Führung mehr auf die innere Stärke als auf die äußere Lautstärke ankommt. Das muss mal gesagt werden in dieser Welt mit all den Lautsprechern da draußen.

(Beifall)

Ja, und ich stehe hier als jemand, der gemeinsam mit euch harte Wahlkämpfe bestanden hat und erfolgreich gewonnen hat, und zwar nicht, obwohl ich so bin, wie ich bin, sondern gerade weil ich so bin, wie ich bin, und darauf bin ich stolz. Und dass mich so viele unterstützt haben, das macht mich stolz auf diese Partei, das macht deutlich, dass wir eine Parteienfamilie sind.

(Beifall)

Ich habe im Februar in Berlin gesagt: Ich will dieser Partei dienen. Ihr habt mich mit fast 99 Prozent in diesen Dienst, in diese Pflicht genommen. Seitdem habe ich in diesem Jahr alles dangesetzt, um eurem Anspruch gerecht zu werden. Wir haben die Zuhör-Tour gestartet. Wir beginnen mit der Diskussion um das Grundsatzprogramm. Wir haben Wahlkämpfe geführt. Ja, in Hessen haben wir gelitten, wir waren frustriert, aber wir haben gekämpft bis zum letzten Tag, so lange bis die Mehrheit für Volker Bouffier stand. Und das werden wir im nächsten Jahr auch tun, bei neun Kommunalwahlen, bei der Europawahl. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir in Bremen endlich eine vernünftige Regierung haben mit Carsten Meyer-Heder,

(Vereinzelt Beifall)

wir werden nicht ruhen, bis klar ist, dass Michael Kretschmer in Sachsen Ministerpräsident bleiben kann,

(Vereinzelt Beifall)

und wir werden nicht ruhen, bis klar ist, dass in Brandenburg Ingo Senftleben und in Thüringen Mike Mohring endlich die Regierungsgeschäfte übernehmen. Das ist das Ziel für das nächste Jahr.

(Beifall)

Wir gehen heute den nächsten Schritt. Ich bin dazu bereit. Meine Frage an euch ist: Können wir mit Mut diese Debatten führen, die uns in die Zukunft führen? Wollen wir mit Mut die Veränderungen anpacken, auch wenn das bedeutet, dass wir mit liebgewonnenen Gewohnheiten brechen müssen? Werden wir es mit Mut schaffen, dieses Deutschland, dieses Europa so zu bauen, wie wir es uns nicht nur für uns, sondern vor allen Dingen auch für unsere Kinder und Enkel wünschen? Ich sage euch: Wir können das, wir wollen das, und wir werden das. Wenn das auch eure Antwort ist, dann lasst es uns zusammen tun. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall – ein Teil der Delegierten erhebt sich)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Als Zweites darf ich nach vorne rufen: Friedrich Merz.

Friedrich Merz: Herr Tagungspräsident, lieber Daniel Günther, Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser 31. Parteitag der CDU Deutschlands wird in die Geschichte eingehen als ein ganz außergewöhnlicher Parteitag. Wir verabschieden mit großer Dankbarkeit und Anerkennung Angela Merkel nach 18 Jahren an der Spitze unserer Partei, und wir besetzen dieses Amt neu, den Vorstand insgesamt, und richten zugleich den Blick nach vorne, in die Zukunft. Von diesem Parteitag, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, muss ein Signal des Aufbruchs und der Erneuerung unserer Partei ausgehen.

(Beifall)

Uns begleitet heute eine ganz außergewöhnlich große internationale Öffentlichkeit. Auf uns wird geschaut, weil sich mit unserer Partei große Erwartungen verbinden. Wir sind in Europa wahrscheinlich eine der letzten, vielleicht die letzte große christdemokratische Volkspartei, und das wollen, ja, das müssen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch bleiben.

(Beifall)

Die CDU hat – Angela Merkel hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – in den 70 Jahren der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre das Land regiert. Wir haben da-

mit eine Verantwortung, die über uns selbst hinausreicht. Mit uns als Volkspartei der Mitte muss sich auch in Zukunft politische Stabilität in Deutschland und in unseren europäischen und internationalen Beziehungen verbinden. Keine andere Partei in Deutschland und in Europa ist dazu so sehr aufgerufen wie wir, die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Wir treffen uns heute – dies hat der Landesvorsitzende heute Morgen schon gesagt – zum dritten Mal nach der Wiedervereinigung in Hamburg. Viele von uns erinnern sich noch an die Jahre 1990 und 1994. Es begann ja damals auch für uns eine neue Zeitrechnung. Der eine oder andere Beobachter schrieb damals vom Ende der Geschichte, weil ja jetzt alle Konflikte gelöst und alle Probleme weitgehend beseitigt sind. 1990 und 1994 hier in Hamburg konnten wir noch nicht ahnen, welche Herausforderungen ein Vierteljahrhundert später auf uns zukommen würden. Wir waren damals fest davon überzeugt, dass nach der Überwindung der Teilung unseres Landes und des Kalten Krieges eine lange Periode des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit begonnen hat. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass im Jahr 2014 in Europa erstmals wieder Grenzen mit militärischer Gewalt verschoben werden. Wir waren im Gegenteil sicher, dass es mit Russland zu einem dauerhaften friedlichen Zusammensein kommen würde und wir eine Friedensdividende mit Abrüstung und geringeren Ausgaben für unsere Verteidigung vereinnahmen könnten. Der europäische Binnenmarkt – ich war selbst im Europäischen Parlament in dieser Zeit dabei – ist in der Zeit in Kraft getreten. Wir waren auf dem Weg zur großen Osterweiterung der Europäischen Union. Wir konnten uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein so großes Mitgliedsland wie Großbritannien einmal tatsächlich die Europäische Union verlassen würde. China befand sich mehr oder weniger auf dem Stand eines Entwicklungslandes, und wir waren sicher, dass ein Land unter der Führung einer kommunistischen Partei den Anschluss an die hochentwickelten Staaten des Westens mit Demokratie und Marktwirtschaft so schnell nicht finden würde. Wir wussten schließlich die Vereinigten Staaten von Amerika fest an unserer Seite, und wir konnten uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass dort einmal ein Präsident ins Amt kommen würde, der mehr oder weniger alles infrage stellt, was unsere westliche Staatengemeinschaft ausmacht und worin wir uns fest und sicher aufgehoben fühlten.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage dies alles, weil wir uns klar darüber sein müssen, dass von diesen vielen Gewissheiten heute kaum noch etwas geblieben ist. Wir leben, für alle spürbar, in einer Zeit des Umbruchs und des tiefen Wandels.

Mit diesen Veränderungen und diesem Wandel sind trotzdem viele Verbesserungen verbunden. Angela Merkel hat ja in der neuen Zeitschrift, die wir in den letzten Tagen zum Grundsatzprogrammprozess bekommen haben, darauf hingewiesen, was sich alles in den letzten 20 Jahren verbessert hat: Die extreme Armut auf der Welt hat sich fast halbiert. Die Lebenserwartung

in Deutschland steigt kontinuierlich an, die Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Löhne steigen, Renten steigen, und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte geht erstmalig seit Jahrzehnten zurück.

Trotzdem verlieren die Volksparteien in Deutschland seit längerer Zeit kontinuierlich an Zustimmung. Die SPD liegt mittlerweile klar unter 20 Prozent und die CDU unter 30 Prozent. Zugleich werden die Populisten von rechts und links immer lauter und immer erfolgreicher. Und nicht wenige unserer früheren Wählerinnen und Wähler finden plötzlich bei den Grünen eine neue politische Heimat. Damit dies heute auch von dieser Stelle aus klar ist: Ich bestreite niemandem in unserer Partei den guten Willen, vor allem die an die AfD verloren gegangenen Wählerinnen und Wähler zurückzuholen. Aber es gelingt uns augenscheinlich nicht.

(Beifall)

Im Gegenteil: Seit der Landtagswahl in Hessen sitzt diese Partei in allen 16 Landtagen, und diese Partei, die vor Jahr und Tag noch viele von uns für eine vorübergehende Erscheinung gehalten haben, ist im Deutschen Bundestag die größte Oppositionspartei. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, dieser Zustand ist für mich und, ich denke, für alle von Ihnen einfach unerträglich.

(Beifall)

Er gefährdet nicht nur unsere Mehrheitsfähigkeit in der Mitte, er gefährdet die Stabilität unseres Landes. Deshalb meine und sage ich: Wir brauchen einen Strategiewechsel im Umgang mit den Themen, im Umgang mit unseren politischen Wettbewerbern und vor allem in der Kommunikation mit den Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie mich mit dem letzten Punkt beginnen. Es ist gut und richtig, dass wir mit diesem Parteitag heute einen neuen Grundsatzprogrammprozess beginnen. Ich freue mich darüber. Grundsatzprogrammprozesse sind aber zuallererst Selbstreflexion und Selbstvergewisserung einer politischen Partei. Sie können nicht die ständige Dialogbereitschaft und vor allem die Fähigkeit ersetzen, aktuelle politische Fragen zu klären, zu erklären, Entwicklungen aufzuzeigen und zugleich Ziele der eigenen Politik in einer verständlichen Sprache zu erläutern.

(Beifall)

Unser Dialog mit der Öffentlichkeit beginnt beim Zuhören. Unsere Generalsekretärin Annet Kramp-Karrenbauer – ich will das hier ausdrücklich sagen – hat dies in den letzten Monaten in einer geradezu beeindruckenden Weise bereits begonnen.

(Beifall)

Aus diesem Zuhören muss ein Dialog werden. Aus dem Dialog müssen Antworten von uns entstehen. Wir lassen immer noch zu viele Menschen mit ihren Fragen allein, etwa dann, wenn es um sichere Arbeitsplätze geht, um bezahlbares Wohnen in den großen Städten, um Sicherheit von Rente und Pflege, um die Betreuung unserer Kinder, um die Qualität der Ausbildung in unseren Schulen und um eine saubere Umwelt. Natürlich gehört auch weiter das Thema Migration und Integration auf diese Themenliste, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Themen. Unsere Umweltpolitik – darf ich das so offen sagen? – ist voller Widersprüche. Wir sind bei den Kosten für Energiewende und Umweltschutz Weltmeister. Aber wir sitzen in Kattowitz bei den ökologischen Schlusslichtern in der letzten Reihe. Und es steht immer noch das unbeherrschte Dieselthema als Symbol geradezu in der Mitte unserer Diskussion.

(Beifall)

Zum Thema innere Sicherheit. Ob es uns gefällt oder nicht: Viele Bürgerinnen und Bürger, gerade Wählerinnen und Wähler von uns, haben das Vertrauen in die Fähigkeit unseres Staates verloren, Sicherheit für das Land und für jeden Einzelnen bei uns auch durchzusetzen. Sie haben abends Angst. Ältere Menschen bleiben zu Hause. Jugendliche erleben zu oft in den Schulen und im Alltag bereits Gewalt und Bedrohungen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bürger erwarten, dass der Staat die Kontrolle über seine Grenzen und auch über die Menschen, die zu uns kommen, behält. Auch dieses Vertrauen haben wir in den letzten Jahren verloren.

(Beifall)

Stichwort Steuern und Abgaben. Liebe Freundinnen und Freunde, wir freuen uns, dass es der Wirtschaft gutgeht, dass Arbeitsplätze entstehen und dass die Einnahmen des Staates steigen. Aber immer mehr Menschen fragen: Wie viel netto bleibt mir eigentlich am Ende des Monats übrig? Lohnt sich überhaupt noch so viel oder vielleicht sogar ein bisschen mehr zu arbeiten? Und was passiert, wenn es wirtschaftlich einmal schwieriger wird, was zum jetzigen Zeitpunkt absehbar ist? Wie geht es dann mit unserer Volkswirtschaft weiter? Ich meine deshalb: Wir als die Partei von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, als die Partei der sozialen Marktwirtschaft brauchen eine Agenda für die Fleißigen,

(Beifall)

eine Agenda, die sich denen zuwendet, die mit Arbeit und Fleiß unser Land starkmachen, eine Agenda für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unseren Betrieben, für die Polizisten

in unseren Straßen, für die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen, für die Ärzte und das Pflegepersonal in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen, für die Eigentümerunternehmer, die Selbstständigen und für die vielen Handwerker. Kurzum: Für all diejenigen, die nicht zuerst nach dem Staat rufen, sondern die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, die etwas daraus machen und an uns als die Repräsentanten der politischen Parteien und unseres Staates nur eine einzige Bitte haben: Lasst uns in Ruhe arbeiten!

(Beifall)

Richtig ist: Wir müssen in unseren Reden viel mehr darüber sprechen, wo wir die Probleme und Herausforderungen sehen, wie wir sie lösen wollen und welche langfristigen Ziele wir verfolgen. Wir müssen klare Positionen einnehmen und sie den Menschen in einer verständlichen Sprache vermitteln. Auf einen Punkt: Ohne klare Positionen bekommen wir keine besseren Wahlergebnisse, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Eine solche Überzeugungsarbeit gelingt uns auch nur, wenn wir wieder bereit sind, mit unseren politischen Gegnern zu streiten. Als Volkspartei der Mitte müssen wir den politischen Meinungsstreit wieder in die politische Mitte zurückholen. Dabei sind nicht, um es klar und deutlich zu sagen, die Populisten von rechts und links unsere Hauptgegner, sondern vor allem SPD, Grüne und FDP.

(Vereinzelt Beifall)

Auch wenn wir jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, mit der SPD in einer Großen Koalition in Berlin zusammen sind: Es unterscheidet uns unverändert vieles von dieser SPD.

(Beifall)

Wir haben ein christliches Menschenbild und damit ein festes Wertefundament, das uns bindet und das uns zugleich vom Wahn fernhält, wir könnten alles auf dieser Welt mit Gesetzen und Verordnungen regeln. Das geht nicht.

(Beifall)

Wir glauben unverändert an die Freiheit und die Verantwortung eines jeden Einzelnen. Wir trauen den Menschen eben etwas zu, und wir halten sie nicht für betreuungswürdige und bedürftige Wesen vom ersten bis zum letzten Tag, über die der Staat immer und jederzeit seine lenkende Hand halten muss. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir setzen in unseren Unternehmen nicht auf Klassenkampf, sondern auf Partnerschaft mit sozialem Ausgleich. Wir sind übrigens immer noch der Meinung, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist,

(Beifall)

sondern dass die vielen kleinen, mittleren und auch die großen Unternehmen in unserem Land sehr wohl und sehr weit gehend ihrer unternehmerischen und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Ja, es gibt Ausnahmen; aber das sind Ausnahmen und nicht Systemfehler, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Wir sind der Auffassung, dass der Nationalstaat nicht überholt ist, sondern unverändert der Ort ist, der Identität gibt, der den Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl, ja ein Heimatgefühl vermittelt und der vor allem Sicherheit im Alltag gewährleistet. Unsere Gesellschaft ist weltoffen und tolerant. Sie ist hilfsbereit wie nur wenige andere Länder auf der Welt. Aber es gibt auch Grenzen unserer Möglichkeiten, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Wir stehen klar und eindeutig zum Gewaltmonopol unseres Staates.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb lassen wir es den Grünen nicht durchgehen, dass sie in den Parlamenten die Gesetze mitbeschließen und anschließend nicht nur dagegen demonstrieren, sondern auch keinen Abstand mehr zu denen halten, die Gewalt gegen unsere Polizisten ausüben und ein vermeintliches Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Wir wissen, dass innere und äußere Sicherheit zusammengehören. Wir müssen mehr tun für unsere Verteidigung. Das kommt ja hier nun Gott sei Dank auch in einem Entschließungsantrag zum Ausdruck. Wir haben aber auch eine Fürsorgeverantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten.

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschlands Stimme in der Welt wird besonders glaubwürdig, wenn wir die Zustimmung der gesamten Europäischen Union hinter uns wissen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wo dies aus meinem eigenen Miterleben besonders eindrucksvoll gelungen ist. Angela, du weißt: Als es auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 um die Frage ging, ob wir die Ukraine bewaffnen, um den dortigen Konflikt militärisch zu lösen, wollten die Amerikaner uns dazu drängen. Du hast dich damals auf der Münchner Sicherheitskonferenz vehement dagegen gestemmt, auch gegen einige sehr polemische Reden unserer amerikanischen Freunde. Du hast die gesamte Europäische Union hinter dir, und am Sonntag haben die Amerikaner eingelenkt und zugestanden, dass dieser Ton nicht in Ordnung war und dass es eine bessere Strategie ist, mit anderen Maßnahmen als mit militärischer Aufrüstung den Konflikt in der Ukraine zu lösen.

Liebe Freunde, Sie wissen vermutlich, dass ich wirklich ein Freund Amerikas bin, aber die Amerikaner brauchen hin und wieder eine klare und eindeutige Ansage. Die ist dann glaubwürdig, wenn sie nicht nur aus Deutschland vorgetragen wird, sondern wenn die gesamte Europäische Union sagt: So wollen wir das nicht! Die Amerikaner akzeptieren Stärke und nicht Schwäche, und das müssen wir auch in diesen schwierigen Zeiten so praktizieren.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, als Volkspartei der Mitte können und wollen wir wieder bis zu 40 Prozent der Stimmen der Wählerinnen und Wähler in unserem ganzen Land erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Das setzt aber voraus, dass wir das Spektrum unseres politischen Angebots erweitern und uns dazu bekennen, dass christlich-soziale, liberale und auch konservative, wertkonservative Frauen und Männer aus allen sozialen Schichten in unserer Partei ihren Platz haben.

(Beifall)

Ich möchte deswegen an dieser Stelle hier sehr offen ansprechen: Uns wird von verschiedener Seite – nicht von uns, sondern von Beratern – geraten, das Auftreten der AfD als – wie heißt es dort? – Chance für die Union zu begreifen, da unsere Fokussierung auf die politische Mitte damit glaubwürdiger wäre und es Rot-Grün oder gar Rot-Rot-Grün noch schwerer werde, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen. Wir haben das einmal asymmetrische Demobilisierung genannt. Ich gebe zu: Auch ich selbst habe das in einem meiner Bundestagswahlkämpfe sehr erfolgreich praktiziert. Aber alles hat seine Zeit.

(Beifall)

Die Auszehrung des politischen Meinungsstreits in der Mitte verlagert mittlerweile den politischen Meinungsstreit auf die Ränder, die immer stärker werden, vor allem im Osten. Da fehlt uns plötzlich ein politisches Narrativ in diesem Teil des Wählerspektrums, der immer noch die Mehrheit unserer Bevölkerung ausmacht, nämlich derer, die ganz normal leben, die fleißig sind, die tolerant und anständig sind, die aber auch nach Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit verlangen.

(Beifall)

Das war ja ganz offenkundig auch der Grund dafür, dass wir in den Regionalkonferenzen diesen großen Zuspruch bekommen haben. Plötzlich kommen da wieder Mitglieder zu Veranstaltungen der CDU, die es interessant und spannend finden, mitzuerleben, wie und worüber diese Partei diskutiert. Diese Mobilisierung unserer Partei, liebe Freundinnen und Freunde, zeigt

aber auch eines ganz klar: Wir müssen wieder diskutieren, wir müssen um Antworten ringen, wir müssen wieder eine gesunde Streitkultur entwickeln – nicht um Personen, sondern um Sachfragen. Und mit der richtigen Streitkultur wird auch nicht aus jeder Sachfrage sofort eine Personalfrage.

(Beifall)

Ich möchte aus gegebenem Anlass einen weiteren Aspekt hinzufügen. Wir müssen ein noch besseres Gefühl für die Sorgen und die Unsicherheit der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern entwickeln, die bereits einen tiefen Strukturbruch hinter sich haben. Sie haben Anspruch auf unseren uneingeschränkten Respekt. Sie verdienen ihn vor dem Hintergrund der großen Veränderungsbereitschaft und dem Neuanfang, den sie seit 1990 in fast allen Lebensbereichen erreicht haben. Ich sage das, weil unsere Landesparteien dort Anspruch darauf haben, dass wir ihre besondere Situation beachten und dass wir mit ihnen kämpfen, vor allem im nächsten Jahr, wenn neben der Kommunalwahl und der Europawahl auch Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen anstehen. Ich möchte Ihnen allen aus den ostdeutschen Bundesländern hier sagen: Da wird sich die gesamte Bundespartei engagieren, und zwar so stark wie seit den Wahlen nach der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir überlassen insbesondere den Osten unseres Landes nicht den Populisten von links und rechts, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir steuern in 9 von 16 Bundesländern auf Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 zu. Wir steuern auf die Europawahlen, ebenfalls an diesem 26. Mai 2019, zu. Wir müssen Kommunalpartei und Europapartei zugleich sein. Wir müssen die Europapartei in Deutschland sein.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Europawahl 2019 – ich war selbst fünf Jahre in diesem Europäischen Parlament – wird eine Bedeutung für die Zukunft Europas haben wie vermutlich keine seit 1979. Auch hier gilt: Wir wollen und wir können als die mit Abstand stärkste Gruppe aus Deutschland in das Europäische Parlament einziehen. Aber das geht nur, wenn wir keinen Zweifel daran lassen, wie wichtig Europa für uns ist, und wenn wir ganz genau wissen, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, die gesamte Migrationfrage nur mit und nicht ohne oder gar gegen unsere europäischen Partner gelöst werden können.

(Beifall)

Wir müssen zugleich klarmachen: Europa ist kein Selbstbedienungsladen, kein Kuchen, aus dem man sich die Rosinen sozusagen herauspicken kann oder ein Europa à la carte, wo für jeden et-

was dabei ist. Wir sind in Europa eine Rechtsgemeinschaft, die sich an die Regeln hält, weil sonst der Zusammenhalt in dieser Europäischen Union verloren geht und das gesamte Projekt gefährdet wird.

(Beifall)

Zusammenhalt, meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ist auch unsere Antwort an die junge Generation. Wir brauchen ja jüngere Mitglieder. Wir brauchen vor allem mehr Frauen in unserer politischen Arbeit. Aber nur darum zu werben, ist nicht die richtige Antwort. Wir müssen um die Jungen kämpfen und ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten in unserer Partei anbieten. Wir haben eine Verantwortung für die zukünftige Generation, die sich nicht nur in der Umweltpolitik zeigt. Nachhaltigkeit gilt auch für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft insgesamt, für die Alterssicherungssysteme und für die Generationengerechtigkeit schlechthin.

Das gute Miteinander von Junger Union und Senioren-Union zeigt: Wir sind mit diesen beiden Vereinigungen sogar in der Lage, gemeinsame, generationenübergreifende politische Positionen zu erarbeiten. Wir leisten damit in der Partei einen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen, der dann auch für die gesamte Gesellschaft in Deutschland vorbildlich ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal das Stichwort Zusammenhalt für unsere Partei aufgreifen. In diesen Tagen und Wochen wurde geschrieben und behauptet, es drohen jetzt ein Auseinanderfallen, ein Auseinanderdriften, eine Spaltung oder gar Neuwahlen in Deutschland. Ich bin ja oft gefragt worden, wie kann es mit Friedrich Merz als Parteivorsitzendem und Angela Merkel als Bundeskanzlerin gut gehen. Dazu will ich ein ganz klares und eindeutiges Wort sagen: Natürlich geht das gut; denn wir alle haben nicht nur großen Respekt vor der persönlichen Leistung von Angela Merkel, wir haben genauso Respekt vor Staatsämtern. Für uns gilt: immer das Land vor der Partei und immer die Partei vor jedem Einzelnen von uns. Daran wird sich jeder halten, auch ein Vorsitzender Friedrich Merz.

(Beifall)

Wir haben eine gewählte Regierung und ein bis 2021 gewähltes Parlament. Die Aufgabe eines jeden Parteivorsitzenden der CDU wird sein, mitzuhelfen, dass Deutschland in schwierigen Zeiten eine stabile Regierung und ein gut arbeitendes Parlament hat. Führen möchte ich diese Partei als Vorsitzender eines Teams, das unsere Stärken insgesamt zeigt, das, wie in einer guten Fußballmannschaft, auch Flügelstürmer zulässt, die Tore schießen. Das muss nicht immer nur der Vorsitzende selbst und allein tun.

(Beifall)

Die CDU ist eine moderne Partei, die ein breites Spektrum anbietet. Deswegen ist für mich völlig klar, dass Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn auch im Falle meiner Wahl ihren Platz in der engsten Führungsmannschaft der CDU haben müssen. Sie werden ihren Platz dort haben.

(Beifall)

Es muss wirklich Freude machen, für unser Land politisch zu arbeiten. Das geht aber nur, wenn es uns auch selbst Freude macht, wenn wir untereinander Spaß an der Arbeit haben. Heiner Geißler hat einmal gesagt: Man kann die Menschen im Lande draußen nur begeistern, wenn man sich selbst begeistert. Ja, wir müssen wieder selbst ein Stück von uns begeistert sein. Das geht mit unseren Vereinigungen, mit unseren 400 000 Mitgliedern in der Partei. Das geht mit unseren Fachausschüssen, mit dem großen Fundus an Kenntnissen und Fähigkeiten, die wir in unserer Partei haben.

Ich stehe deshalb heute hier. Diesen Auftrag möchte ich gern annehmen in Ihrer aller Namen und möchte mit Ihnen zusammen dafür sorgen, dass die CDU Deutschlands die große Volkspartei der Mitte in Deutschland bleibt und ihren Auftrag in Deutschland, in Europa und in der Welt so wahrnimmt, wie wir es heute richtigerweise Angela Merkel für ihre Tätigkeit als Parteivorsitzende gedankt haben. Deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall – Ein Teil der Delegierten erhebt sich)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Das Tagungspräsidium ist bei der Auslegung von 20 Minuten bei dieser Rede sehr liberal vorgegangen. Ich darf jetzt Jens Spahn nach vorne bitten.

(Beifall)

Jens Spahn: Ich habe in den letzten Tagen, noch in den letzten Stunden viele Ratschläge erhalten: Sei doch nicht so ungeduldig, nicht so ehrgeizig, nicht so überambitioniert! Zieh doch zurück, du hast doch sowieso keine Chance! Und vor allem: Du hast noch so viel Zeit. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, ich frage mich: Ist das die Haltung, mit der wir in der CDU die Dinge angehen? Hätten wir die deutsche Wiedervereinigung erlebt, wenn nicht im richtigen Moment jemand zugepackt hätte, wenn es keine Ideen und Ambitionen gegeben hätte? Gäbe es das vereinte Europa, die EU der 28, wenn alle nur geduldig gewartet hätten? Hätten Konrad Adenauer und Helmut Kohl und viele andere gesagt, wir haben noch so viel Zeit, nur etwas Geduld, hätte es die große Volkspartei CDU je gegeben? Weil Angela Merkel es erwähnte, will ich fragen: Hätten wir vor 18 Jahren die Spendenaffäre überstanden, wenn nicht eine mutig zur Tat geschritten wäre, vorgegangen wäre? Die Antwort ist doch klar, damals wie heute: Eine gute Zukunft braucht Ambitionen, eine gute Zukunft braucht Tatendrang, und, ja, sie braucht manchmal auch Ungeduld.

(Beifall)

Dinge nicht aufschieben, sondern anpacken, kämpfen, besser machen – davon wünsche ich mir wieder mehr in der CDU. Das ist doch eigentlich in unserer DNA als christliche Demokraten. Klar: Dann kommt die Frage nach dem Warum. Warum bin ich politisch aktiv geworden? Warum ist jeder, jede von Ihnen politisch aktiv geworden? Jeder von Ihnen, von uns ist irgendwann einmal in die CDU eingetreten, in die Junge Union, hat zum ersten Mal kandidiert, für den Stadtrat, für den Kreistag. Es gibt in diesem Saal 1 001 Geschichten zu diesem Warum. Im Kern ist es aber ein einziger Grund: Es ist uns nicht egal. Es ist uns nicht egal, wie es unseren Familien und Freunden geht. Es ist uns nicht egal, wie es in unseren Städten aussieht. Es ist uns nicht egal, wie sich unser Land und Europa entwickeln. Wir wollen das große Versprechen der Bundesrepublik, dass es den nächsten Generationen noch besser gehen soll, halten. Es ist uns nicht egal. Es ist mir nicht egal. Darum geht es. Dafür trete ich an, und genau das ist es, was uns antreibt, die Zukunft aktiv zu gestalten.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist kein Weiter-so. Wir brauchen auch kein Zurück in die Vergangenheit. Wir brauchen eine Idee für die Zukunft, einen Perspektivwechsel. Ich frage Sie: Wie soll Deutschland 2040 aussehen? Der Grundstein dafür wird heute gelegt. Ja, 2030, 2040 – das klingt weit weg. Aber die Wahrheit ist: Wir können nicht noch drei oder fünf Jahre warten, bevor wir anfangen, die Zukunft zu gestalten; denn dann geht es ganz schnell.

Ich kann Ihnen sagen: Ich will 2040 in einem Land mit einer starken Wirtschaft leben, in einem Land, das weiß, dass vor dem Verteilen das Erwirtschaften kommt, das die Arbeiter und Angestellten im Blick hat, das die Mitte entlastet und in dem wirklich der Satz gilt: Leistung muss sich lohnen. Es muss einen Unterschied machen, ob jemand morgens aufsteht, zur Arbeit geht, sich um die Kinder kümmert und den Laden am Laufen hält oder ob jemand das nicht tut. Genau das ist der Unterschied, den wir als Christlich Demokratische Union immer gemacht haben.

(Beifall)

Ich will 2040 in einem Land leben, das sich wieder große Ziele setzt, in dem wir digitaler Weltmeister werden, in dem wir Krebs besiegen und Lust auf Innovationen und Forschung besteht. Ich will 2040 in einem sicheren Land leben, das keine Kompromisse bei Sicherheit und Ordnung macht, weil uns nur das unsere freie und offene Art zu leben erhält.

Dass wir ohne Wenn und Aber hinter unserer Polizei, unseren Soldaten, unseren Gerichten stehen, das gehört zu unserer DNA, der DNA der CDU. Nur wenn wir Recht durchsetzen, erhalten wir das Vertrauen in unsere Partei und in unseren Staat. Da ist viel Vertrauen verloren gegangen, und dieses Vertrauen wollen wir zurückgewinnen.

Ich will 2040 in einem Land leben mit einem funktionierenden Gemeinwesen, wo Brücken nicht bröckeln und wo von Flughäfen tatsächlich auch Flugzeuge abheben. Deutschland muss doch in der Lage sein, liebe Freundinnen und Freunde, Wohnungen zu bauen. Und ja, auch 5G bis an

jede Milchkanne und in jedes Zugabteil schaffen wir doch, wenn wir das wollen. Das ist doch keine Raketenwissenschaft, liebe Freundinnen und Freunde. Anpacken! Dann erreichen wir das auch für unser ganzes Land.

(Beifall)

Ich will 2040 in einem starken, geeinten Europa leben, wo wir nicht mit der Brechstange versucht haben, einen europäischen Superstaat zu bilden; denn der würde Europa zerstören. Ich will ein Europa, das sich, seine Bürger, seine Werte schützt mit einer starken Verteidigungsunion, mit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ich will, dass beim Grenzschutz nicht Schlepper und Schleuser entscheiden, wer Deutschland, Europa, Italien erreicht, sondern wir als Europäische Union das an unseren Grenzen entscheiden. Ich möchte, dass wir in ein europäisches Stanford für künstliche Intelligenz investieren. Und ich möchte, dass wir Jobs schaffen, Perspektiven schaffen für die junge Generation in ganz Europa. Wir wollen Wachstum und Jobs und nicht Arbeitslosigkeit umfinanzieren in Europa. Das macht den Unterschied zu den anderen aus.

(Beifall)

Ich will 2040 in einem Land leben, das einen modernen Patriotismus, ein selbstbewusstes Wirgefühl gefunden hat, ein Deutschland, das zusammenhält, ein Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, der nicht ausgrenzt, wo jeder, der unsere Werte teilt, der mit anpacken möchte, der die Zukunft dieses unseres Landes mitgestalten möchte, herzlich willkommen ist. Und ich möchte in einem Land leben, wo wir auch selbstbewusst zu diesen Werten stehen.

Seit ich in der CDU bin, in den letzten gut 20 Jahren, ist dieses Land viel freier, viel gelassener geworden. Wir haben Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, ja, auch den Schutz und die Rechte von Minderheiten, unser Bild von der Menschenwürde wertzuschätzen gelernt. Ich möchte, dass wir das erhalten und verteidigen, heute und in Zukunft. Genau diese Frage treibt mich um, die Frage, wie wir diese Freiheit erhalten. Das ist es, was mich am meisten mit beschäftigt; denn diese Freiheit ist unter Druck. Sie ist unter Druck von linken Moralisten, die grenzenlose Toleranz predigen und doch am Ende das Gegenteil damit erreichen.

(Beifall)

Sie ist unter Druck von rechten Radikalen, die von Volkswillen reden und in Wahrheit jede Vielfalt hassen, und sie ist unter Druck von religiösen Fundamentalisten, die uns allen ihre Ideologie und Verblendung mit Gewalt aufzwingen wollen. Liebe Freundinnen und Freunde, ich will, dass wir unsere Freiheit verteidigen gegen alle Feinde der Freiheit, heute und in Zukunft, jeden Tag. Dafür steht die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Ich stehe hier nicht, weil mir irgendjemand vorher versprochen hätte, mich auf jeden Fall zu wählen. Ja, auch ich lese Umfragen. Aber ich kann Ihnen sagen: Es fühlt sich richtig an, hier zu stehen. Ich laufe nicht weg, wenn es eng wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin auch bereit, gegen den Strom zu schwimmen, wenn es meiner festen Überzeugung entspricht. Ich will, dass wir Christdemokraten wieder mehr Mut haben, Mut zur Debatte, Mut zur Meinungsvielfalt, Mut auch dazu, mal unterschiedliche Überzeugungen auszuhalten. Das war der Grund, warum ich bereits 2008 in einer Rentendebatte darauf hingewiesen habe, dass es nicht nur darum geht, für das Heute und die Gegenwart zu gestalten, sondern dass es darum geht, dass das Ganze auch in 10 oder 20 Jahren noch funktionieren muss, dass wir immer auch im Blick haben müssen – wir als christliche Demokraten sowieso mehr als alle anderen – was das für nachfolgende Generationen bedeutet.

(Vereinzelt Beifall)

Das war der Grund, warum ich seit 2015 immer wieder auch die Diskussion in der Frage „Migration und Integration“ gesucht habe. Ich finde, das sind Themen, die diskutiert werden müssen, mit allen Aspekten, mit allen Blickwinkeln und ja, manchmal auch kontrovers.

(Beifall)

Das war übrigens auch der Grund, warum ich 2016 auf diesem Parteitag bei der Debatte zum Doppelpass meine Position eingenommen habe.

(Teilweise Beifall)

Ich weiß: Manchmal wird das als Provokation empfunden. Aber liebe Freundinnen und Freunde, wörtlich übersetzt heißt Provokation: etwas, was da ist, hervorholen. Ich finde es einfach wichtig, dass die Themen auf den Tisch kommen. Wir müssen doch über die Positionen reden, über die Probleme reden, wie sie sind, die Debatten breit führen; denn nur durch eine gute, breit geführte Debatte werden wir am Ende zu einem guten, verlässlichen Ergebnis kommen. Alles muss auf den Tisch. Dann gibt es am Ende auch gute Ergebnisse.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Es hat uns, es hat der Partei, den Mitgliedern, doch gutgetan, dass jetzt drei Bewerber unterwegs waren,

(Beifall)

dass wir die Regionalkonferenzen hatten, wo Tausende Mitglieder mit uns diskutiert haben und sich persönlich ein Bild gemacht haben. Zu jeder Debatte – auch dafür habe ich immer geworben – gehört dann auch eine Entscheidung. Die wird es heute hier geben, und der stelle ich mich.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich will 2040 in einem Land leben, das auch noch von der Volkspartei CDU regiert wird. – Da war Applaus vorgesehen.

(Beifall)

Aber damit es gelingt, dass wir auch in den nächsten 10 oder 20 Jahren noch regieren, müssen wir auch bei uns in der Partei ein paar Dinge ändern. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen; aber wir haben aktuell mehr Mitglieder über 75 Jahren als unter 40 Jahren. In einer solchen Partei ist man dann mit 38 vielleicht noch blutjung; ja, das mag sein. Damit das nicht falsch verstanden wird: Ich freue mich über jedes Mitglied über 75. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen halt auch ein paar mehr unter 40, ein paar mehr Jüngere, wenn wir die Zukunft dieses Landes gestalten wollen. Wir müssen auch für sie attraktiv sein!

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, wir brauchen auch in der Partei Lust auf Debatte, auf unseren Parteitag, übrigens nicht nur hier auf den Bundesparteitagen, sondern auch auf Ortsparteitagen. Es kann doch nicht richtig sein, dass wir häufig mehr Zeit für Formalien und Wahlen auf allen Ebenen brauchen als für die inhaltliche Diskussion. Denken Sie doch einmal an den letzten Parteitag bei Ihnen vor Ort! War er so, dass Sie als Neumitglied sagen würden: „Ja, da muss ich wieder hin“?

(Vereinzelt Beifall)

Bei Ihnen bestimmt. Aber ansonsten? – Es ist ja schon so, dass da mehr geht.

(Beifall)

Deswegen lassen Sie uns auch darüber reden und schauen, wie wir unsere Parteiarbeit wieder einfacher, leichter, ja, an vielen Stellen auch digitaler, aber vor allem auch debattierfreudiger machen, damit nicht jeder Ortsvorsitzende das Gefühl haben muss, schon mit einem Bein vor dem Parteigericht zu stehen, nur wenn er Delegiertenwahlen abhält.

Wir kommen doch mittlerweile um vor Formalia an vielen Stellen und haben gar keine Zeit und gar keinen Kopf mehr für die inhaltlichen Debatten. Das fängt schon vor Ort an. Ich finde, auch dieser Teil muss einmal überarbeitet werden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe in den letzten Wochen viel gelernt, über mich und unsere Partei. Und ja, zu meiner eigenen Überraschung: Ich bin in den letzten Wochen etwas gelassener geworden

(Heiterkeit und Beifall)

und auch fokussierter. Und in der Partei war doch etwas zu spüren, ob in Halle, in Düsseldorf, in Böblingen oder in Lübeck. Wir alle haben doch gespürt: Wir sind Teil von etwas Ganzem, von

etwas Größerem. Die Idee der Christlich Demokratischen Union ist größer als jede und jeder Einzelne von uns, sie ist größer als wir drei Bewerber es sind, sie ist größer als wir alle zusammen. An Tagen wie diesen spüren wir das doch: Das ist der Geist der Christlich Demokratischen Union, der in den letzten 70 Jahren dieses Land maßgeblich geprägt hat. Genau das ist unser Anspruch auch für die nächsten Jahre, mit diesem Geist das Land zu prägen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben in den letzten Wochen die Fenster weit aufgerissen. Wir haben wieder debattiert und um Ideen gerungen. Wir haben Deutschland und vielleicht manchmal auch uns selbst zum Staunen gebracht. Da ist ein neuer Geist in der CDU zu spüren, hier in Hamburg und im ganzen Land. Und egal, wie das heute ausgeht, liebe Freundinnen und Freunde, das Wichtigste ab morgen ist: Lasst uns diesen gemeinsamen Geist und auch die Freude an der Debatte bewahren. Das hier darf kein Endpunkt sein, das muss ein Startpunkt sein für mehr Debatte und Mitmachen in der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Ich kann Ihnen nicht versprechen, ein bequemer Parteivorsitzender zu sein. Wie hat Annegret gerade gesagt? Ich bin, wie ich bin. Ich werde auch in Zukunft manche Debatte anstoßen, aufgrund der Sie dann morgens Ihr Nachbar anspricht und fragt: „Was ist denn das nun wieder?“, und dann eine Debatte am Gartenzaun losgeht.

Aber eines kann ich Ihnen versprechen: Von der ersten Sekunde an möchte ich für Sie, für diese großartige Partei und für unser Land kämpfen mit aller Kraft, jeden Tag, jede Minute, heute und in Zukunft. Dafür bin ich mal in die CDU eingetreten: weil es mir nicht egal ist, weil es uns nicht egal ist. Deswegen kämpfen wir gemeinsam.

(Beifall)

Ja, ich verspreche Ihnen auch, vor allem dann mit Ihnen zu kämpfen, wenn es schwierig wird, wenn der Wind von vorne kommt. Sie können sich auf mich verlassen. Ich werde sagen, was ich denke, dazu stehen und mich trotzdem nie, nie, nie einem besseren Argument verschließen. Ich wünsche mir, dass Sie alle dasselbe tun. Denn diese Haltung hat die CDU immer stark gemacht: mutig vorangehen, Debatten führen, Gegenwind aushalten. Wir brauchen nicht den Applaus der Berliner Blase, wir brauchen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger; denn wir sind die einzige verbliebene Volkspartei hier bei uns in Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, der erste Schritt für einen echten Neustart wurde in den letzten Wochen gemacht. Lassen Sie uns jetzt auch den zweiten Schritt gehen, mit Mut, mit Kraft, mit Zuversicht. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender Beifall – Ein Teil der Delegierten erhebt sich)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Die Vorstellung der drei Kandidaten ist beendet. Den Delegierten ist es nun möglich, Fragen an die Kandidaten zu stellen, die Betonung liegt auf Fragen an die Kandidaten. Hierzu können Wortmeldezettel von uns aus gesehen rechts an der Tagungssassistenten abgegeben werden. Ich weise darauf hin, dass bisher schon zehn Zettel eingereicht wurden.

Wir haben viele Regionalkonferenzen durchgeführt, und es gab viele Chancen, den Kandidaten Fragen zu stellen.

(Beifall)

Mein Vorschlag wäre, dass wir uns im Sinne eines zügigen Ablaufs darauf verständigen, dass die Wortmeldungen bis spätestens 15.15 Uhr eingereicht werden müssen. Danach wird die Annahme von Fragen geschlossen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist eine satte Mehrheit. Dann handhaben wir das so.

Meine Bitte an die drei Kandidaten wäre, dass Sie sich auf die Bühne zum Tagungspräsidium begeben und sich hinsetzen – es sind drei Namensschilder aufgestellt – um die Fragen entgegenzunehmen.

Meine Bitte an diejenigen, die Fragen stellen, wäre, dass sie deutlich machen, an wen sich die Frage richtet, ob an alle drei oder an einzelne Kandidaten. Halten Sie sich auch daran, dass es wirklich um Fragen an die Kandidaten geht.

Als Erstes hat sich Ingrid Grießel aus Baden-Württemberg gemeldet. Ich bitte Sie, vom Mikrofon 6 aus zu sprechen. Es möge sich bitte auch schon Notburga Kunert an Mikrofon 3 bereit machen. – Frau Grießel, Sie haben das Wort.

Ingrid Grießel: Ich habe eine Frage an Frau Kramp-Karrenbauer zum Thema „Sozialer Zusammenhalt“. Wir sehen jeden Tag, was in Frankreich los ist. Es geht um den Unterschied zwischen Arm und Reich. Mich interessiert Ihre Meinung dazu. – Danke schön.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Generalsekretärin der CDU: Ich bin der festen Überzeugung – das haben wir alle drei eben betont – dass wir zuerst erwirtschaften müssen, bevor wir verteilen. Das ist die Grundlage für alles. Das Zweite ist, dass wir unsere Position, dass Leistung sich lohnen muss, beibehalten müssen. Das bedeutet, dass wir bei der Umgestaltung des Steuersystems darauf achten müssen, dass dies der Fall ist, Stichwort „kalte Progression“, Stichwort „Solidaritätszuschlag“, über den wir noch diskutieren werden.

Es geht aber auch um die Frage, was wir insbesondere für diejenigen, die zum Beispiel kleine Renten beziehen, tun können, ohne dass wir das gesamte System so überlasten, dass es nicht mehr im Sinne der Generationengerechtigkeit finanzierbar ist. Dazu habe ich einen

Vorschlag unter dem Stichwort „Mehr Netto vom Brutto“ gemacht. Es geht um die Entlastung insbesondere der kleinen Renten von Beiträgen zur Krankenversicherung und im Pflegebereich.

Wenn man sich anschaut, welche Gruppen im Hartz-IV-Bezug stecken, stellt man fest, dass es zwei Problemgruppen gibt. Das eine sind diejenigen, die seit langer Zeit arbeitslos sind. Da muss man sagen, dass wir, obwohl wir viele Mittel in diesem Bereich einsetzen, noch keinen wirklich erfolgreichen Weg gefunden haben, diese Menschen nochmal in Arbeit zu bringen. Die zweite Gruppe sind Kinder, deren Eltern im Hartz-IV-Bezug leben. Es geht mir gar nicht um Statistik, sondern es geht mir darum, dass, wie wir wissen, viele Kinder dabei sind, die in so prekären Situationen aufwachsen, dass sie einen enormen Nachteil haben mit Blick auf ihre eigenen Chancen, mit Blick auf ihre eigene Entwicklung.

Auch da müssen wir ansetzen, und das gilt insbesondere für die Gruppe der Alleinerziehenden. Ich glaube, dass wir dort in der Zukunft und auch in unserer Programmatik einen besonderen Schwerpunkt setzen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte schon mal Neele Schauer aus Hessen, sich am Mikrofon 4 bereitzuhalten, und erteile jetzt Notburga Kunert aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Notburga Kunert: Vielen Dank. – Ich habe eine Frage an Frau Kramp-Karrenbauer. Frau Kramp-Karrenbauer, Sie waren bei der Zuhör-Tour ganz viel mit der Basis verbunden und haben dort sehr viele Themen aufgegriffen. Ich würde von Ihnen gerne wissen, welches die Schwerpunktthemen waren und was das Thema war, das Sie am meisten berührt hat und bei dem unbedingt Handlungsbedarf besteht.

Ich bitte um eine kurze Antwort. – Danke schön.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Die Antwort kann deshalb kurz ausfallen, weil ich sie eben zum Teil schon gegeben habe. Schwerpunktthemen bei unseren Mitgliedern waren in der Tat die Sorgen, wie es mit ihnen in ihrer Rentensituation und im Bereich der Pflege weitergeht. Als zweiten großen Punkt hatten wir das Thema „Leistung muss sich lohnen“. Das ist das, was ich eben angesprochen habe – etwa mit Blick auf das Steuersystem.

Der größte Block bei allen über 40 Zuhör-Touren war der Block, bei dem es um die CDU selbst und um die Arbeitsweise in der CDU ging. Dabei ging es insbesondere auch um die Fragen, wie wir auf der Grundlage unserer Werte die Politik ausdefinieren und wie wir mit dem „C“ in unserem Parteinamen umgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Susanne Wetterich aus Baden-Württemberg, sich an Mikrofon 6 bereitzuhalten, und erteile das Wort Neele Schauer aus Hessen.

Neele Schauer: Hallo! Mich würde die Vorstellung von Frau Kramp-Karrenbauer interessieren, wie wir die Wähler, die wir an die Grünen verloren haben, zurückholen können.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Dabei geht es insbesondere darum, wie wir mit dem Gesamtbereich „Bewahrung der Schöpfung“ in all seinen Ausformungen – es geht auch um den Respekt vor den Mitgeschöpfen – umgehen. Das heißt, dass wir das, zu was das „C“ uns verpflichtet, nämlich Lebensschutz, entsprechend weit definieren müssen. Das ist im Übrigen die Tradition, die in dieser Partei zum Beispiel Klaus Töpfer mitbegründet hat: dass sich Umweltschutz und Bewahrung der Schöpfung auf der einen Seite und Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte auf der anderen Seite nicht ausschließen. Wir waren immer die Partei, die das gut miteinander in Verbindung gebracht hat.

Das heißt, auch wir müssen Antworten darauf geben, wie wir Klimaschutz betreiben wollen, ohne dass das zum Beispiel zu flächendeckenden Fahrverboten in den Städten führt, was viele Menschen sozial sehr betrifft.

Wir müssen Angebote dafür machen, wie wir unsere Landwirtschaft konkurrenzfähig erhalten und gleichzeitig dem Anliegen vieler unserer eigenen Mitglieder im Hinblick auf gute und gesunde Lebensmittel Rechnung tragen können.

Das alles sind Fragen, auf die wir bisher zu wenige Antworten gegeben haben und die zurzeit sehr exklusiv bei den Grünen behandelt werden. Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir das proaktiv aufgreifen müssen, damit wir die Anhänger, die jetzt bei den Grünen sind, vom Wertefundament eigentlich aber zu uns gehören, wieder zurückgewinnen.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte schon mal Hedi Thelen aus Rheinland-Pfalz, sich am Mikrofon Nummer 2 bereitzuhalten, und erteile das Wort Susanne Wetterich aus Baden-Württemberg.

Susanne Wetterich: Ich wolle auch das Thema Fahrverbote aufgreifen. Wir haben in Stuttgart demnächst Fahrverbote. Die Autoindustrie steht am Pranger, andererseits hängen viele Arbeitsplätze und unser Wohlstand davon ab. Deswegen meine Frage: Wie können wir einerseits den Wunsch nach besserer Luft und andererseits die Abschaffung der Fahrverbote in Einklang bringen? – Diese Frage stelle ich an Frau Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Auch das ist ein Thema, das wir bei vielen Regionalkonferenzen besprochen haben.

Ich glaube, dass es zuerst einmal ganz wichtig ist, dass wir gemeinsam – vor allen Dingen auch mit den Verantwortlichen in den Städten – und mit den Förderprogrammen, die wir etwa im

Bundesministerium aufgelegt haben, alles daran setzen – etwa auch durch die Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten, aber auch über eine entsprechende Verkehrslenkung bzw. Verkehrsführung –, dafür sorgen, dass die entsprechenden Immissionswerte heruntergehen.

Wir müssen deutlich machen – das haben wir bei der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Blick gehabt –, dass es nicht darum geht, dass wir an irgendwelchen Grenzwerten manipulieren, sondern dass Fahrverbote – so, wie es das Bundesverwaltungsgericht auch vorgesehen hat – die schärfsten Maßnahmen sind und verhältnismäßig sein müssen und dass wir deswegen in einem gewissen Korridor – eben auch durch andere Maßnahmen – von Fahrverboten Abstand nehmen können.

Gleichzeitig muss klar sein, dass diejenigen, die ein Stückweit mit zu diesen Fahrverboten beigetragen haben, auch in der Verantwortung stehen. Das heißt, ich persönlich unterstütze sehr und bin dafür, dass die Nachrüstungen auch von den entsprechenden Unternehmen gezahlt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wäre außerdem sehr für eine Gesetzesänderung, sodass die Strafzahlungen der Unternehmen, die zurzeit in die Landeshaushalte fließen und fließen müssen, in Zukunft in einen Fonds fließen, aus dem wir Maßnahmen für die Luftverbesserung finanzieren können. Daneben können wir dann auch – je nachdem, wie gut der Fonds bestückt ist – über Entschädigungsmaßnahmen für die betroffenen Autofahrerinnen und Autofahrer reden.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte Bernhard Vogel aus Thüringen, sich am Mikrofon Nummer 6 bereitzuhalten, und erteile das Wort Hedi Thelen aus Rheinland-Pfalz.

Hedi Thelen: Vielen Dank. – Ich kann meine Frage zurückziehen; das Thema wurde behandelt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther: Dann bitte ich Jörg Röder aus Rheinland-Pfalz, sich zum Mikrofon 2 zu bewegen, und ich gebe Bernhard Vogel aus Thüringen das Wort.

Bernhard Vogel: Ich habe eine Frage an Frau Kramp-Karrenbauer. – Gelegentlich wurde heute gesagt, es müsse ein neues Fundament für die Partei gelegt werden, dieser Parteitag müsse einen Neubeginn setzen. Ich möchte da widersprechen. Ich bin überzeugt, es wird ein neues Kapitel des Buches CDU in Deutschland aufgeschlagen.

Für dieses neue Kapitel ist für mich die Antwort auf die Frage wichtig, wie wir unsere drei Wurzeln – christlich-sozial, freiheitlich-liberal und wertkonservativ – so pflegen können, dass keine

dieser Wurzeln zu kurz kommt und dass nicht die eine im Frühjahr und die andere im Herbst die Diskussion bestimmt. Meine Frage ist: Wie verbindet man das bei der Beantwortung der Fragen des neuen Kapitels des Buches CDU Deutschlands?

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Der Ausgangspunkt ist und bleibt das „C“ als Leitbuchstabe – insbesondere für die Definition unseres Bildes vom Menschen. Daraus ergibt sich aus meiner Sicht die Tatsache, dass wir der Freiheit und der Verantwortung verpflichtet sind, dass wir den Menschen etwas zutrauen, dass wir ihnen aber gleichermaßen auch sagen: Wenn ihr in existenzielle Situationen kommt, dann habt ihr die Solidarität auch verdient und dann werden wir diese Solidarität auch gewährleisten.

Der Grundsatzprogrammprozess, den wir jetzt anstoßen und der ja auf den Fragen aufbaut, die die Mitglieder selbst gestellt und selbst entworfen haben, ist programmatisch gesehen das richtige Verfahren, um bei den einzelnen Fragestellungen auszutarieren, welche unserer Wurzeln wie definiert wird und welche Rolle sie spielt. Das ist die Programmatik.

Es muss aus meiner Sicht aber noch mal stärker hinzukommen, dass wir für die einzelnen Flügel und die einzelnen Wurzeln auch die entsprechenden Köpfe haben. Wir waren als CDU immer besonders stark, wenn wir sowohl hinsichtlich der Programmatik als auch der Personen für die jeweiligen Richtungen unserer Partei mehrere entsprechende Angebote hatten. Es wird auch die Aufgabe der neuen Führung sein, diese Personalentwicklung zu betreiben, Vertreter dieser einzelnen Flügel zuzulassen und immer deutlich zu machen, dass zwar jeder seine spezielle Sicht der Dinge hat, es am Ende des Tages aber darum geht, dass wir für unsere CDU eine gemeinsame Antwort finden.

Heute Morgen ist in der Rede von Angela Merkel ein Beispiel genannt worden: Wir haben zwischen MIT und CDA in einer sehr intelligenten Art und Weise ein Modell des Mindestlohns entwickelt, das tarifgebunden war. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir es geschafft hätten, das zusammen mit der FDP umzusetzen. Es wäre das bessere Modell gewesen.

Solche Antworten müssen wir für die Zukunft auch entwickeln – in der Grundsatzprogrammatik, aber auch in der Tagespolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte Margot Wagner aus Baden-Württemberg sich am Mikrofon Nummer sechs bereitzuhalten und erteile das Wort Jörg Röder aus Rheinland-Pfalz.

Jörg Röder: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, mein Name ist Jörg Röder, Mitgliederbeauftragter der CDU Rheinland-Pfalz. Ich hatte meine Frage formuliert, da waren die Reden noch nicht zu Ende. Ich habe mit Freude vernommen, dass alle drei Kandidaten sich

bereit erklären und es zu ihrem Ziel erklärt haben, dass die Mitglieder mehr eingebunden werden müssen, dass wir lebendiger debattieren müssen. Das freut mich als Mitgliederbeauftragter ganz außerordentlich. Es gibt auch eine rechte Zeit zur Debatte. Wir hatten Regionalkonferenzen, wir haben heute debattiert, wir haben heute vieles gehört. Ich ziehe meine Frage zurück, ohne die Debatte abwürgen zu wollen. Vielleicht möge der eine oder andere bei dem Programm, das wir noch vor uns haben, meinem Beispiel folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben drei sehr gute Kandidaten: Möge die Bessere gewinnen.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann ziehen auch die drei Kandidaten ihre Antwort zurück. – Ich bitte Eugen Abler aus Baden-Württemberg sich am Mikrofon sechs beitzuhalten und erteile das Wort Margot Wagner aus Baden-Württemberg.

Margot Wagner: Da meine Frage bereits beantwortet ist, ziehe auch ich meine Frage zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günter, Tagungspräsidium: Dann bitte ich Harald Noack aus dem Landesverband Hannover schon einmal ans Mikrofon fünf zu gehen und erteile das Wort Herrn Abler aus Baden-Württemberg.

Eugen Abler: Meine Frage geht an alle Kandidaten:

(Vereinzelt Beifall)

Welche Haltung haben Sie zum Lebensschutz, und mit welchen Maßnahmen würden Sie versuchen, das Problem zu lösen?

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Die Frage richtet sich an alle drei. Ich würde sagen, wir gehen im Alphabet von hinten nach vorne, wenn das in Ordnung ist, da Annegret Kramp-Karrebauer schon sehr viele Fragen beantwortet hat.

Jens Spahn: Vielen Dank, Herr Abler. – Das ist ein Thema, das uns als Christdemokraten sehr grundsätzlich bewegt; übrigens auch mich im Bundesministerium für Gesundheit, da viele der Debatten zum Lebensschutz aus den letzten Jahren sei es zur embryonalen Stammzellenforschung, PND oder die aktuelle Debatte über den § 219a auch mit Gesundheitspolitik zu tun haben. Ich will meine Position anhand der Diskussion über Sterbehilfe deutlich machen, wo wir uns aktuell die Frage stellen, ob der Staat auf Antrag in bestimmten Krankheitssituationen Medikamente zur Selbsttötung zur Verfügung stellt. Ich habe unsere Behörde angewiesen, entsprechenden Anträgen – zumindest bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat – nicht stattzugeben. Warum? Weil ich mich an einer Stelle schwertue. Ich habe nichts dagegen, wenn es ein sehr individuelles Verhältnis von Arzt und Patient gibt; aber wenn der Staat, ob es ein

Beamter oder ein Ministererlass ist, darüber entscheidet, in welchen konkreten Situationen Leben noch weiter lebenswert ist und in welchen nicht, dann geraten wir ganz schnell auf die schiefe Bahn.

Ich bin an der niederländischen Grenze groß geworden; dort ist mein Wahlkreis. Ich sehe, was in den Niederlanden passiert. Ein Großteil derjenigen, die heute Sterbehilfe nutzen, ist demenziell erkrankt. Da stellt sich ja schon die Frage, wer da eigentlich entscheidet. Leben zu schützen, ob am Beginn des Lebens oder am Ende des Lebens, ist für mich ganz klar. Wir entscheiden nicht darüber, was lebenswert ist und was nicht. Wir entscheiden nicht darüber, was, wie auf die Welt kommt oder aus dem Leben scheidet; das macht jemand anders. Ich finde, wir als Politiker sollten nicht damit anfangen, irgendetwelche Kriterien festzulegen. Da bin ich sehr grundsätzlich in dieser Frage.

(Teilweise Beifall)

Mit Blick auf die Grünen will ich eines sagen. Sie sind beim Tierschutz, Artenschutz, Naturschutz zu Recht sehr, sehr klar, und ja, da müssen wir auch klar sein. Aber wer bei Tierschutz, Naturschutz und Artenschutz, klar ist, der sollte beim Lebensschutz und Menschenschutz auch ziemlich klar sein. Und dieses ganze Paket gibt es eben nur bei der Christlich Demokratischen Union.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Friedrich Merz.

Friedrich Merz: Ich will mich dem, was Jens Spahn gesagt hat, gerne anschließen; das entspricht auch meiner Auffassung. Vielleicht darf ich noch zwei Aspekte hinzufügen. Erstens: Wir müssen jungen Frauen, die vor solch einer schweren Frage stehen, insbesondere dann, wenn es sich um die sogenannte soziale Integration handelt, gute und, wie ich meine, noch bessere Angebote machen, damit sie Ja sagen zu ihren Kindern.

(Teilweise Beifall)

Das hat auch etwas mit dem sozialen Gehalt unserer Gesellschaft zu tun, und das hört nie auf. Daran müssen wir, glaube ich, immer arbeiten und gleichzeitig wissen, dass es zu dieser Frage einen gesellschaftspolitischen Minimalkonsens gibt, an dem wir natürlich jederzeit arbeiten müssen, aber der eben nicht immer nur die Meinung wiedergibt, die wir in unseren eigenen Reihen zu diesen Themen zu Recht haben.

Das spiegelt sich – zweitens – in der aktuellen Diskussion um das sogenannte Werbeverbot für Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, wider. Es handelt sich immer noch um Straftatbestände, die allerdings nach der Systematik unseres Strafgesetzbuches straffrei gestellt werden. Deswegen verbietet sich aus meiner Sicht der Dinge, das Verbot für Werbung abzuschaffen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen in unserer Position klar und deutlich bleiben: Information, ja, Werbung für solche Schwangerschaftsabbrüche durch Ärzte, nein. Da werden wir auch nach meiner festen Überzeugung in der Bevölkerung eine große Mehrheit finden, die uns auf diesem Wege folgt.

(Teilweise Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Mitglieder einer Partei, die das C im Namen hat, sind eigentlich dem Namen nach schon Lebensschützer und müssen es sein. Das bedeutet für mich zum Beispiel beim Thema Schwangerschaftsabbruch, dass wir – das impliziert auch das C in unserem Parteinamen – immer die besonders schwierige Situation der betroffenen Frauen im Blick haben müssen. Die Beratung muss stimmen; deswegen ist es auch richtig, dass Frauen, die sich aus welchen Gründen auch immer, für einen Abbruch entscheiden, auch das Recht haben, vernünftige und zugängliche Informationen zu erhalten. Das hat nichts damit zu tun, dass man das Werbeverbot für den Schwangerschaftsabbruch aufheben muss. Informationen kann man auch anders bekommen. Wenn wir das Werbeverbot aufheben würden, welches Signal würden wir aussenden? Wir würden das Signal aussenden, dass ein Schwangerschaftsabbruch, ein Eingriff, der Leben beendet, so behandelt wird, als sei es ein ganz normaler medizinischer Eingriff. Das passt aus meiner Sicht nicht zu uns; das passt nicht zu einer Partei, die das C im Namen trägt.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte Bettina Dickes aus Rheinland-Pfalz sich am Mikrophon vier bereitzuhalten und erteile das Wort Harald Noack aus dem Landesverband Hannover.

Dr. Harald Noack: Meine Frage richtet sich an alle drei Kandidaten. Die Antwort ist für meine Stimmenscheidung von erheblicher Bedeutung. Wen würden Sie im Falle, dass Sie Parteivorsitzender werden, zum Generalsekretär, zur Generalsekretärin vorschlagen?

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Da wir in der Reihenfolge ein bisschen variiert haben, würde ich sagen: Friedrich Merz freut sich schon auf die Antwort.

Friedrich Merz: Wir haben eine gewählte und amtierende Generalsekretärin. Im Falle meiner Wahl zum Vorsitzenden, möchte ich Ihnen zu diesem Thema morgen Früh zu Beginn des Parteitags einen konkreten Vorschlag machen.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Jetzt ist Jens Spahn dran.

Jens Spahn: Vielen Dank. – Ich verstehe sehr gut, dass die Frage Sie und viele beschäftigt. Ich will Ihnen eine Überlegung, die mich in den letzten Wochen begleitet hat, dazu sagen. Ich finde

es richtig und wichtig, dass egal, wer von uns Dreien Parteivorsitzender wird, am Ende ein Team steht, das auch nach diesem Wettbewerb die Union als Union zusammenhält. Ich fände es nicht vernünftig – das sage ich Ihnen ganz offen – heute direkt einen Generalsekretär, eine Generalsekretärin zu wählen. Ich fände es angemessener, sich mindestens eine Nacht, vielleicht sogar ein paar Tage Zeit zu nehmen, um zu schauen, wie wir ein Team formen können, das sicherstellt, dass wir als Union nach diesem Wahlkampf – es war ein Wahlkampf mit unterschiedlichen Positionen, in der sich auch viele in den sozialen Medien, in vielen Gesprächen positioniert haben – ein Gesamtableau haben, das den Laden als Union zusammenhält.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht vernünftig, das nicht heute zu entscheiden – das wäre mein Vorschlag –, sondern das zu einem anderen Zeitpunkt zu machen, sodass sichergestellt ist, dass ein Gesamtteam steht.

(Teilweise Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Generalsekretärin: Es ist das originäre Recht der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden, einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin vorzuschlagen. Ich bin an einem Punkt anderer Auffassung als Jens. Wir haben nun in vielen Regionalkonferenzen, in vielen Gesprächen und in vielen Diskussionen die Partei mitgenommen. Ich bin der Auffassung, dass der Parteitag das Recht hat, zu wissen, wer die neue Vorsitzende oder den neuen Vorsitzenden in einem Team als Generalsekretär oder als Generalsekretärin begleiten soll. Im Fall meiner Wahl würde ich das entweder noch heute Nachmittag oder – je nachdem, wie wir uns hier verständigen – spätestens morgen früh auf dem Parteitag mitteilen.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte dann Volker Arens aus Nordrhein-Westfalen, sich an Mikrofon 2 für die dann letzte Frage bereitzuhalten.

Ich erteile jetzt das Wort Bettina Dickes aus Rheinland-Pfalz.

Bettina Dickes: Meine Frage geht an Friedrich Merz. Herr Merz, ich habe Sie in den letzten Jahren sehr oft und mit Begeisterung erleben dürfen, insbesondere auch als Unterstützer in Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz. Meine Frage an Sie lautet: Was ist Ihre Hauptmotivation, sich wieder voll und ganz in den Dienst unserer Partei zu stellen?

Friedrich Merz: Frau Dickes, vielen Dank. Ich habe das nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern an der einen oder anderen Stelle auch in Nordrhein-Westfalen und anderswo getan. Ich bin in der Tat zu dem Entschluss gekommen, mich heute hier zur Wahl zu stellen, weil es mich wirklich umtreibt, zu sehen, wie die CDU in den letzten Jahren schwächer geworden ist und wie wir Wählerinnen und Wähler an die Grünen und die AfD verlieren. Wie ich schon in meiner Rede gesagt habe, traue ich es mir wirklich zu, viele – nicht alle – Wählerinnen und Wähler für die

Union zurückzugewinnen. Ich möchte genau das hinbekommen, was ich übrigens in meinem Wahlkreis immer hinbekommen habe, nämlich dass wir von Arbeitnehmern genauso gewählt werden wie von Handwerkern und Unternehmern, dass wir in der Breite der Bevölkerung Zustimmung bekommen und dass auch diejenigen, die liberal, christlich-sozial und wertkonservativ sind, in dem breiten Spektrum der Union ihr Zuhause finden und dass wir diesen politische Mitwirkung anbieten. Das ist meine Motivation, warum ich heute hier stehe und mich um das Amt des Parteivorsitzenden bewerbe.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann hat jetzt das Wort Volker Arens aus Nordrhein-Westfalen.

Volker Arens: Ich habe eine Frage an Friedrich Merz zu Stabilität und Dynamik der Europäischen Union. Herr Merz, welche Rolle und Verantwortung sehen Sie für Deutschland in der aktuellen Parallelität des bevorstehenden Brexit und der schwierigen Situation, in der sich Macron angesichts der Gelbwesten in Frankreich befindet.

Friedrich Merz: Die gegenwärtige Diskussion in der Europäischen Union und in vielen Ländern – das ist nicht nur Großbritannien und Frankreich – zeigt, dass wir in der Europäischen Union zunehmend den Zusammenhalt verlieren und keine gemeinsamen Überzeugungen mehr im Hinblick auf die Zukunft Europas haben. Das hat sich in der Flüchtlingspolitik gezeigt. Das hat sich in der Währungspolitik gezeigt. Das hat sich auch in vielen anderen Bereichen gezeigt. Ich habe in meiner Rede eben die besondere Rolle Deutschlands beschrieben. Wir liegen nun einmal in der geostrategischen Mitte Europas. Wir sind nun einmal mit Abstand das bevölkerungsreichste Land Europas. Damit haben wir in überproportional starkem Maße – ob wir wollen oder nicht – für die Zukunft der Europäischen Union die Verantwortung, dass Europa zusammenbleibt und dass wir für Europa eine gemeinsame Zukunft entwickeln. Dazu muss Deutschland – ich will das hier ausdrücklich sagen, damit Sie das von mir vor der Wahl wissen – einen großen Beitrag bereit sein zu leisten.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir es nicht tun, liebe Freundinnen und Freunde, wird es an unserer Stelle niemand anderes tun. Die Frage, wie Europa sozial zusammenhält – das zeigen die Ausschreitungen und die Diskussionen in Frankreich –, muss auf die europäische Agenda gesetzt werden. Das ist übrigens der Grund dafür, Volker Arens, dass ich mich an dem Aufruf zur Zukunft Europas beteiligt habe und dass ich mit diesem Aufruf auch unterschrieben habe, dass wir eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik in Europa entwickeln müssen. Wenn wir das in Europa nicht hinbekommen, dann können wir so gute Arbeitsmarktzahlen in Deutschland haben wie wir wollen. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Ländern Europas bei 25, 30, 40 oder sogar bei 50 Prozent

liegt, dann wird es auch keine Stabilität für Deutschland auf Dauer geben. Meine feste europäische Überzeugung ist daher: Wir müssen helfen, damit auch diese Länder aus ihren großen Schwierigkeiten herauskommen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte, ich darf herzlich Dank sagen für die Fragen und ebenso unseren drei Kandidaten für ihre Antworten danken. Ich darf euch drei jetzt bitten, wieder die Plätze innerhalb der Delegierten-schaft einzunehmen. Wir möchten gleich in den Wahlgang eintreten.

Liebe Delegierte, bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen hellblauen Stimmzettel, auf welchem die Namen der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind. Bitte beachten Sie: Bei der Wahl des oder der Vorsitzenden der CDU Deutschlands haben Sie nur eine Stimme. Diese können Sie für eine Kandidatin oder einen Kandidaten abgeben, indem Sie hinter dem Namen ein Kreuz setzen. Möchten Sie sich enthalten, kreuzen Sie logischerweise „Enthaltung“ an. Möchten Sie keinen der Kandidaten wählen, kreuzen Sie „Nein“ an.

Ich weise nochmals darauf hin, dass die Ausgabe des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und der weiteren Mitarbeiter an Sie nur erfolgt, wenn Sie die Tischwahlkabine aufgebaut haben sowie Ihre persönliche Stimmkarte, Ihren personalisierten Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Das Ausfüllen des Stimmzettels muss zwingend in der aufgebauten Tischwahlkabine erfolgen. Nach dem Ausfüllen Ihres Stimmzettels werfen Sie diesen in die Wahlurne, die durch die Reihen und damit zu jedem einzelnen Delegiertenplatz getragen wird.

Ich frage daher die Delegierten: Hat jeder seine Tischwahlkabine aufgebaut? Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, noch einmal zu schauen, ob irgendwo eine Tischwahlkabine fehlt. Dann bitte ich um ein Zeichen, damit wir Ihnen sofort eine Tischwahlkabine bringen können.

Liebe CDU-Freunde, dann noch ein sehr wichtiger organisatorischer Hinweis: Wir vom Tagungspräsidium weisen ausdrücklich alle Delegierten darauf hin, keine Fotos, keine Selfies und auch keine sonstigen Aufnahmen von ihrer eigenen Wahlhandlung oder von der Wahlhandlung anderer zu machen, geschweige denn diese womöglich auch noch in sozialen Medien zu posten. Liebe Freunde, das Wahlgeheimnis gilt für jeden einzelnen Delegierten.

(Beifall)

Unsere Bitte: Tragen Sie durch entsprechende Professionalität und Selbstdisziplin dazu bei, dass wir jetzt zügig und einwandfrei den Wahlgang durchführen können. Ich frage nochmals: Gibt es jemanden, der noch keine Tischwahlkabine erhalten hat? – Das ist ganz offenkundig

nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt die Landesgeschäftsführer sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hellblauen Stimmzettel gegen Vorlage der persönlichen Stimmkarte, des Delegiertenausweises und des Stimmzettelblocks auszuteilen. Ich eröffne hiermit den Wahlgang.

Ein Hinweis an die Landesgeschäftsführer aus Hamburg, aus Rheinland-Pfalz, aus Baden-Württemberg und anderen Landesverbänden: Bitte vergessen Sie nicht die Mitglieder des Tagungspräsidiums hier oben. Die möchten auch noch gerne ihre Stimmen abgeben, auch Nadine Schön aus dem Saarland.

Liebe Delegierte, wir möchten von hier oben fragen: Gibt es Delegierte, die ihren Stimmzettel noch nicht erhalten haben? – Und gibt es Delegierte, die noch nicht die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben? Dann bitte ich jetzt um ein Handzeichen, damit wir das in etwa einordnen können. – Hinten im Saal sind offensichtlich noch einige Stimmzettel einzusammeln, von uns aus gesehen auf der linken Seite. Wir bitten die Landesgeschäftsführer, dort nochmals aktiv zu werden.

Ich frage nochmals: Hatten jetzt alle Delegierten Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben? – Ich frage ein letztes, abschließendes Mal: Gibt es einen Delegierten, der noch nicht abgestimmt hat? Dann bitten wir jetzt um ein Handzeichen. – Wir hier oben im Tagungspräsidium sind einhellig der Auffassung, dass wir hier kein Handzeichen erkennen können.

Liebe Parteifreunde, wir haben jetzt den Wahlgang geschlossen. Ich unterbreche den Parteitag für die Auszählung bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Sie können Ihre Tischwahlkabine gerne wieder zusammenfalten, aber nur vorerst. Behalten Sie diese unbedingt für die noch folgenden Wahlgänge am Platz. Der Parteitag ist hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.50 bis 16.09 Uhr)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt die Plätze einzunehmen und Ruhe einkehren zu lassen, damit ich gleich das Ergebnis verlesen kann.

Ich eröffne den Parteitag wieder. Ich darf das Wahlergebnis bei der Wahl der oder des Parteivorsitzenden im ersten Wahlgang bekannt geben. Abgegebene Stimmen 999, ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 0, gültige Stimmen 999. Die erforderliche Mehrheit beträgt 500 Stimmen. Es wurden abgegeben für Annegret Kramp-Karrenbauer 450 Stimmen, 45,05 Prozent Zustimmung, für Friedrich Merz 392 Stimmen, 39,24 Prozent Zustimmung, für Jens Spahn 157 Stimmen, 15,72 Prozent Zustimmung.

(Beifall)

Mit Nein hat kein Delegierter gestimmt. Damit stelle ich fest, dass kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erhalten hat und deswegen eine Stichwahl stattfindet zwischen Annegret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz.

(Beifall)

In unserem Statut steht in Verbindung mit unserer Geschäftsordnung, dass die beiden Kandidaten mit dem besten Stimmergebnis des ersten Wahlgangs in eine Stichwahl kommen. Auch für diese Stichwahl ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Auch hier zählen Stimmenthaltung und ungültige Stimmen für die Mehrheitsermittlung nicht mit.

Die Landesgeschäftsführer werden Ihnen nun den Stimmzettel für die Stichwahl aushändigen. Wir führen die Stichwahl mit dem hellgelben Stimmzettel durch. Die Ausgabe des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und weiterer Mitarbeiter an Sie erfolgt nur, wenn Sie die Tischwahlkabine aufgebaut haben sowie Ihre persönliche Stimmkarte, Ihren personalisierten Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Schlagen Sie zum Abzeichnen Ihrer Teilnahme an diesem Wahlgang schon den Stimmzettel Nummer 2 in Ihrem Stimmzettelblock auf. Das Ausfüllen des Stimmzettels muss zwingend in der aufgebauten Tischwahlkabine erfolgen. Nach dem Ausfüllen Ihres Stimmzettels werfen Sie diesen in die Wahlurnen, die durch die Reihen und damit zu jedem Delegiertenplatz getragen werden. Hat jeder Delegierte seine Tischwahlkabine aufgebaut? Die Stimmzettel kommen jetzt gerade aus dem Drucker und werden gleich ausgeteilt. Ich bitte die Landesgeschäftsführer und die Mitarbeiter, die Stimmzettel gegen Vorlage der persönlichen Stimmkarte, des personalisierten Delegiertenausweises und des Stimmzettelblocks auszuteilen.

Wir warten noch einen kurzen Augenblick, bis die Stimmzettel da sind. Dann werde ich den Wahlgang eröffnen.

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe CDU-Delegierte! In der Zwischenzeit haben wir die große Ehre, weitere internationale Gäste auf unserem CDU-Parteitag zu begrüßen.

Zunächst begrüße ich sehr herzlich aus der Assemblée nationale zwei weitere Abgeordnete unserer Schwesterpartei Les Républicains. Es handelt sich um Constance Le Grip sowie Patrick Hetzel.

(Beifall)

Wir begrüßen unsere skandinavischen EVP-Freunde aus Norwegen, von Hoyre, vertreten durch den Generalsekretär John-Ragnar Aarset. Wir begrüßen Vertreter der Moderaterna aus Schweden und von der Konservativen Volkspartei aus Dänemark, vertreten durch den Generalsekretär Sören Vandsö.

Dann begrüßen wir sehr herzlich Vertreter aus dem Balkan. Ich begrüße den Vorsitzenden der Partei des Demokratischen Fortschritts aus Bosnien-Herzegowina, Branislav Borenovic. Wir freuen uns über zahlreiche Vertreter unserer Schwesterparteien in der Democratic Union of Africa, einer der regionalen Organisationen der IDU. Wir begrüßen eine Delegation des Kasachischen Nur Otan sehr herzlich auf unserem Parteitag. Schließlich sind den weitesten Weg

angetreten unsere Freunde aus Indien. Wir haben Vertreter der BJP auf diesem Parteitag, darunter der Sprecher der Partei, Nalin Kohli, und die Abgeordneten Anirban Gangul und Vijai Chauthaiwale.

Allen ein herzliches Willkommen auf diesem Bundesparteitag!

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bekomme gerade den Hinweis, dass wir noch ungefähr vier Minuten brauchen, bis die Stimmzettel fertig sind. Aber ich kann von hier vorne lobend sagen, dass es übrigens richtig gut aussieht mit den mobilen Wahlkabinen. Ich weiß gar nicht, wie wir das in den letzten Jahren ohne die hinbekommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Um die Wartezeit für die Stimmzettel weiter zu überbrücken, möchte ich einen weiteren Ehrengast unseres Parteitages begrüßen, der gerade eingetroffen ist. Er steht in der ersten Reihe in einem vertieften Gespräch mit Kurt Biedenkopf. Wir begrüßen herzlich den Vorsitzenden von Verdi, Herrn Frank Bsirske, auf dem CDU-Bundesparteitag. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich eröffne jetzt den Wahlgang zur Stichwahl. Die Stimmzettel werden entsprechend verteilt.

Ich darf darauf hinweisen, dass in den Landesverbänden Thüringen und Nordrhein-Westfalen noch Stimmzettel gesucht werden. Die Verbände sind doch größer, als ich dachte, wenn ich die Meldungen so sehe. Aber ein Hinweis: In allen Landesverbänden fehlen noch Stimmzettel.

(Vereinzelt Beifall)

Die Stimmzettel sind jetzt alle ausgegeben.

(Zurufe: Nein! Nein!)

Nein. – Ich bitte, den Protest zurückzuziehen. Ich formuliere es etwas anders: Die Stimmzettel für alle Landesverbände sind fertig gedruckt und an die Landesgeschäftsführer verteilt. Sie werden jetzt an alle Landesverbände verteilt. Das ist der Grund, warum das etwas länger dauert. – Darf ich um Hinweise bitten, ob es noch Stimmzettel gibt, die nicht eingesammelt sind? Dann möglichst kräftig winken. – Vorne links ist die Reihe noch unterversorgt. – So, bitte noch einmal fröhlich winken, wer seinen Stimmzettel noch nicht abgeben konnte.

Gibt es noch Stimmzettel, die nicht eingesammelt wurden? Hatte irgendeine Delegierte oder irgendein Delegierter nicht die Chance, zu wählen? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe den Wahlgang und unterbreche den Parteitag, bis das Ergebnis des zweiten Wahlgangs feststeht.

(Unterbrechung von 16.41 bis 16.55 Uhr)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir gleich das Ergebnis bekanntgeben können. – Ich bitte auch die Letzten, sich hinzusetzen. Ich verlese jetzt das Wahlergebnis der Stichwahl zur Wahl des Parteivorsitzenden. Abgegebene Stimme 999. Ungültige Stimmen o. – Enthaltungen o. – Gültige Stimmen 999. Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 500 Stimmen. Auf Friedrich Merz entfielen 482 Stimmen,

(Teilweise Beifall)

das sind 48,25 Prozent, und auf Annegret Kramp-Karrenbauer entfielen 517 Stimmen, das sind 51,75 Prozent der Stimmen. Damit ist sie zur neuen Parteivorsitzenden der CDU gewählt.

(Langanhaltender starker Beifall)

Ich würde jetzt gerne dich, liebe Annegret, fragen: Nimmst du die Wahl an?

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, liebe Angela, lieber Friedrich Merz, lieber Jens Spahn, liebe Delegierte, liebe Gäste, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen. Und ich bedanke mich an dieser Stelle ganz, ganz herzlich insbesondere bei Jens Spahn und Friedrich Merz für diesen fairen Wettbewerb, den wir uns geliefert haben:

(Beifall)

ein Wettbewerb, um den uns andere Parteien beneidet haben, ein Wettbewerb, der uns Auftrieb gegeben hat. Ein Wettbewerb, das haben heute auch die beiden Mitbewerber in ihren Bewerbungsreden deutlich gemacht, dessen Geist der Fairness heute nicht enden darf. Dieser Aufschwung muss weitergehen und verbunden sein und verbunden bleiben mit dem Ziel, das uns alle eint, nämlich aus der Union mit allen Flügeln, allen Mitgliedern, mit allen, die Verantwortung tragen, die gemeinsame, die große Volkspartei der Mitte zu erhalten und zu formen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn sowohl Jens Spahn als auch Friedrich Merz gemeinsam an dieser Aufgabe mitarbeiten. Das ist das, was die Mitglieder erwarten. Für beide ist ein Platz in dieser Partei. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Liebe Annegret, vom Tagungspräsidium ganz herzlichen Glückwunsch dafür! Du hast eine richtig große Aufgabe vor dir, gerade angesichts dieses knappen Wahlergebnisses. Aber du wirst das packen, weil wir gemeinsam dafür arbeiten werden, dass wir geschlossen beieinander bleiben, liebe Annegret. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall – Annegret Kramp-Karrenbauer wird ein Blumenstrauß überreicht)

Ich möchte jetzt gerne die beiden unterlegenen Bewerber fragen, ob sie für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden, für das Präsidium oder für einen der 26 Beisitzer kandidieren wollen. Ich möchte zuerst den Zweitplatzierten Friedrich Merz fragen und ihn auf die Bühne bitten.

(Anhaltender Beifall)

Friedrich Merz: Vielen Dank, liebe Freunde! Herzlichen Dank. – Liebe Annegret, herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl zur Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Ich gratuliere dir herzlich und wünsche dir viel Erfolg und Gottes Segen auf dem Weg, den du jetzt vor dir hast. Ich bedanke mich, meine Damen und Herren, bei Ihnen allen für eine spannende Zeit. Ich möchte insbesondere diejenigen bitten, die mich gewählt haben, aber auch diejenigen, die mich in den letzten sechs Wochen so tatkräftig in oder außerhalb der Partei unterstützt haben – viele haben mitgeholfen –, jetzt ihre ganze Kraft und ihre volle Unterstützung unserer neuen Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer zu geben.

(Beifall)

Ich hätte heute natürlich gerne gewonnen. Aber ich muss Ihnen sagen: Es hat trotzdem großen Spaß gemacht.

(Beifall)

Die letzten Wochen waren für uns in der Partei ein regelrechtes Musterbeispiel für Demokratie, guten Umgang und einen Prozess, um den uns vermutlich alle anderen Parteien in Deutschland wirklich beneiden.

(Beifall)

Ich persönlich bin gerne bereit, auch in den nächsten Jahren dort, wo es gewünscht wird, diese Partei zu unterstützen und ihr zu helfen.

(Beifall)

Ich möchte auch an Jens Spahn ein herzliches Wort des Dankes richten.

(Beifall)

Das war eine gute Zeit. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie gerne bitten, Jens Spahn bei seiner Wahl in das Präsidium zu unterstützen und ihn zu wählen, damit er Mitglied des Präsidiums unserer Partei wird.

(Beifall)

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen, die Entscheidungen und die Antragsberatungen. Ich freue mich auf einen weiteren guten Prozess in dieser Partei. Ich wünsche uns allen und unserem Land eine gute Zukunft mit der Christlich Demokratischen Union. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Merz, für diese klaren Worte, nicht nur an Bord zu bleiben, sondern auch weiterhin mitzuhelfen, dass wir in Zukunft eine starke CDU sind. Das ist das Signal, das sich dieser Parteitag gerade nach dieser knappen Entscheidung genauso erhofft hat.

Lieber Jens Spahn, jetzt hast du das Wort.

(Beifall)

Jens Spahn: Auch von mir vorneweg: Liebe Annegret, herzlichen Glückwunsch. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich freue mich darauf, dass wir auch für die nächsten Jahre ein gutes Team bilden. Aber erst einmal vorneweg: Herzlichen Glückwunsch an dich, liebe Annegret!

(Beifall)

Nach diesen letzten Wochen möchte ich das auch sehr persönlich sagen, weil – das gilt, glaube ich für uns drei, für Annegret, für Friedrich und für mich – wir sind ja so ein bisschen wie eine Rockband gemeinsam durch Deutschland getourt. Und wenn man jeden Abend drei Stunden zusammen ist, auch vor und nach den Veranstaltungen, dann lernt man sich – das bleibt gar nicht aus, und das war gut – auch persönlich weiter kennen. Ich habe das Miteinander in den letzten Wochen als sehr angenehm empfunden, als ein Privileg. Das hat echt Spaß gemacht. Ich habe immer gesagt: Ja, ich kandidiere für die Führung des Teams, klar; aber ich möchte in jedem Fall im Team bleiben.

(Beifall)

Und deswegen gilt das, was ich vorhin gesagt habe: Das ist, wenn wir es richtig machen, jetzt der Startpunkt. Ich bin bei diesem Start gerne dabei und werde deswegen für das Präsidium kandidieren.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Lieber Jens, vielen Dank für deine Worte. Dazu möchte die neue Parteivorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, gerne das Wort ergreifen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Lieber Friedrich und lieber Jens, ich darf mich noch einmal ganz herzlich bei euch beiden bedanken für die Glückwünsche, für das faire Miteinander, aber auch für das Angebot, weiter gemeinsam, auch mit mir, auch mit allen, die hier Verantwortung tragen, für unsere Partei zu arbeiten. Wie Jens Spahn gesagt hat: Wir waren

in den letzten Wochen wie so eine Art Rockband. Wir sind quer durch die Partei gezogen. Deswegen möchte ich euch beide gerne noch einmal nach vorne bitten. Ich glaube, es ist gut, wenn wir heute noch einmal gemeinsam auf dieser Bühne stehen, um deutlich zu machen: Diese Partei ist ein gemeinsames Anliegen, das uns dreien gleichermaßen am Herzen liegt.

(Friedrich Merz und Jens Spahn betreten die Bühne –
Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 16.2, Wahl der Generalsekretärin/des Generalsekretärs. Die Parteivorsitzende hat mir den Hinweis gegeben, dass sie darum bittet, dass der Tagesordnungspunkt zurückgestellt wird und zu einem späteren Zeitpunkt aufgerufen wird.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Günther. – Liebe Parteifreunde, ein organisatorischer Hinweis: Die Sitzung der Antragskommission findet in fünf Minuten im Sitzungsraum der Antragskommission statt. Bitte folgen Sie der Ausschilderung. Es ist sichergestellt, dass die Mitglieder der Antragskommission an der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden teilnehmen können.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3 auf:

Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden

Ich bitte die Landesgeschäftsführer, im Büro der Stimmzählkommission die großen graufarbenen Stimmzettel für diesen Wahlgang abzuholen. Es kandidieren – in alphabetischer Reihenfolge – erstens Volker Bouffier, zweitens Julia Klöckner, drittens Armin Laschet, viertens Thomas Strobl und fünftens Dr. Ursula von der Leyen.

Für die Vorstellung der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge schlagen wir Ihnen eine Vorbereitungszeit von je fünf Minuten vor. Findet das die Zustimmung des Parteitages? Ich bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Hier liegt offensichtlich die Zustimmung vor.

Vor Eröffnung des Wahlganges darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen grauen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Die Ausgabe des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und weitere Mitarbeiter an Sie erfolgt natürlich nur, wenn Sie, wie beim letzten Mal, die Tischwahlkabine aufgebaut haben sowie Ihre persönliche Stimmkarte, Ihren personalisierten Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Schlagen Sie bitte zum Abzeichnen Ihrer Teilnahme an diesem Wahlgang schon den Stimmzettel Nummer drei in Ihrem Stimmzettelblock auf. Das Ausfüllen des Stimmzettels muss zwingend in der aufgebauten Wahlkabine erfolgen. Hat jeder seine Tischwahlkabine aufgebaut? – So ganz allmählich haben wir damit, glaube ich, auch ein bisschen Routine. Ich gehe auch davon aus, dass nirgendwo eine Tischwahlkabine fehlt.

Dann weise ich noch auf Folgendes hin: Nach § 43 Absatz 2 unseres Status muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden, also drei. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, in unserem Fall also logischerweise fünf. Der Stimmzettel ist demnach gültig, wenn er drei, vier oder fünf Kreuze enthält.

Wie bereits erwähnt, ist in § 15 unseres Status ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge muss ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei fünf gewählten Stellvertretenden Vorsitzenden mindestens zwei Frauen.

Ich möchte nun die Landesgeschäftsführer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten, die Stimmzettel gegen Vorlage der persönlichen Stimmkarte, des personalisierten Delegiertenausweises und des Stimmzettelblocks auszuteilen.

Jetzt können wir, glaube ich, erst einmal zur Vorstellung der Kandidaten kommen. Als Erstes erteile ich das Wort Volker Bouffier für fünf Minuten.

Volker Bouffier: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Volker Bouffier, verheiratet, drei Kinder, zwei Enkel, hessischer Landesvorsitzender und Ministerpräsident des schönen Landes Hessen.

Liebe Freunde, das, was wir gerade alle auf diesem Parteitag erlebt haben, das ist eine der großen Stunden der CDU Deutschlands. Das macht uns so leicht keiner nach.

(Beifall)

Ich möchte gerne dazu beitragen, dass wir diesen Schwung, dass wir diese Belebung der letzten Wochen, auch den Geist des heutigen Tages, nicht nur heute verspüren, sondern auch in unsere praktische Arbeit mitnehmen. Ich möchte gerne dazu beitragen, dass wir als Union die Partei der Zukunftshoffnung sind, dass wir für diejenigen, die nicht bestreiten, dass es uns gut geht, die aber Sorgen haben, ob es so bleibt, ein Anker, eine Orientierung sind.

Deshalb müssen wir immer zwei Dinge zusammenbringen: Wir müssen unsere Traditionen und unsere Wurzeln hochhalten, und wir müssen gleichzeitig in der Lage sein, auf Neues einzugehen. Nur wenn wir beides schaffen, dann behalten wir unseren Kompass und dann sind wir zukunftsfähig. Der Blick zurück alleine eröffnet keine Zukunft, der Blick nach vorne ohne Kompass gibt keine Richtung.

Ich möchte gerne weiter mit unterstützen, und ich möchte das so tun, dass alle unsere Parteimitglieder stolz sein können auf diese Partei, dass sie sich nicht ärgern über die eine oder andere Form des Streitiges, die uns nicht geholfen hat. Ich möchte auch in Zukunft alles tun, was ich kann, diese Union beieinanderzuhalten. Eine starke Union ist die Grundlage für eine stabile Republik. Das macht den besonderen Auftrag unserer CDU aus.

Liebe Freunde, ich habe eine sehr grundsätzliche Rede vorbereitet, habe aber auch ungefähr im Gefühl, wie viel Sie jetzt hören wollen. Lassen Sie mich deshalb mit einer Bemerkung abschließen: Wir verhandeln gerade mit den Grünen die neue Grundlage in Hessen. Wenn uns das gelingt – und da bin ich zuversichtlich –, dann haben wir 25 Jahre in Hessen gezeigt, wie man ein Land erfolgreich regieren kann.

(Vereinzelt Beifall)

Das ehemals rote Hessen ist dann nicht mehr rot, ist schon lange nicht mehr rot. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

Diese Erfolgsgeschichte ist verbunden mit der Union. Wir sind selbstbewusst, aber nicht überheblich. Wir können ein bisschen einbringen, wie es gelingen kann, auch unter schwierigen Verhältnissen erfolgreich zu sein. Diese Erfahrungen und diesen Willen, überall in den Kommunen, in den Ländern und im Bund für unsere Partei, für die CDU, zu kämpfen und sich einzubringen mit Herz und mit Augenmaß, das möchte ich gerne weiter tun. Darum bitte ich um Ihr erneutes Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Volker Bouffier, herzlichen Dank für deine Vorstellung. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe CDU-Freunde! Es ist im Saal entschieden zu laut und zu unruhig. Ich bitte um mehr Respekt gegenüber denjenigen, die sich jetzt für das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden vorstellen. Ich werde Julia Klöckner erst das Wort erteilen, wenn sich alle hingesetzt haben. Ich finde, diejenigen, die jetzt Interviews geben, können das zwar gerne tun. Aber vielleicht ist es möglich, das an den Seitenflügeln oder draußen zu tun. Denn hinter der Wand mit den Kameras befinden sich noch weitere Delegierte, beispielsweise aus Niedersachsen, die auch mitbekommen möchten, was hier vorne so passiert.

(Beifall)

Ich darf nochmals darum bitten: Können die Gruppen von Männern in dunklen Anzügen, die sich in den beiden Gängen versammelt haben, vielleicht mal zur Ruhe kommen? Es ist auf jeden Fall schon mal leiser geworden. Deshalb erteile ich jetzt unserer Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Julia Klöckner das Wort. Bitte sehr, liebe Julia.

(Beifall)

Julia Klöckner: Lieber David! Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer! Als Allererstes ganz herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl zur Bundesvorsitzenden! Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir. Danke an Friedrich Merz und an Jens Spahn. Es war großes Kino, heute dabei sein zu können. Das ist historisch, und es ist toll, dass wir hier anwesend sind.

Ich bin Julia Klöckner, noch 45 Jahre alt, ich komme aus Rheinland-Pfalz und bin dort Landeschefin der CDU. Ich bin in Berlin, aber für Deutschland als Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft und zuständig für die Lebensthemen, für das Lebensministerium; denn die Themen rund um die Landwirtschaft, um die Lebensmittel und um die Umwelt betreffen unsere Lebensgrundlagen.

Liebe Freunde, ich möchte diese Themen nicht den Grünen oder Ideologen überlassen; denn die Bewahrung der Schöpfung, des Bodens und vor allem die Wertschätzung von Tieren, von unseren Mitteln zum Leben und von denen, die sie erzeugen, das ist urkonservativ im besten Sinne. Das ist Bewahrung der Schöpfung. Das ist das Thema von uns Christdemokraten.

(Beifall)

Das möchte ich nicht einmal mit der Brille der Städter und einmal mit der Brille der Landbevölkerung betrachten. Ich glaube, wir müssen das zusammensehen. Deshalb brauchen wir nicht gleiche, aber gleichwertige Lebensverhältnisse. Dazu gehört auch, dass wir nicht mit der Gießkanne Politik machen. Dazu gehört auch, zu verstehen, dass es in ländlichen Räumen nicht um zu große Klassen geht, sondern um zu kleine; denn da werden Schulen geschlossen. Es geht dort nicht um zu wenig Wohnraum, sondern darum, dass es Leerstand gibt. Also: Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt, Stadt und Land zusammen zu betrachten und nicht gegeneinander.

Liebe Freunde, schließen möchte ich mit einem letzten Aspekt, für den ich mich einsetzen will und der mich umtreibt. Er ist immer konkreter geworden, seitdem ich Bundesministerin für die sehr emotionalen Themen bin. Es geht dabei um das Thema Pflanzenschutz und um die Themen Tierwohl und Umwelt. Ich erlebe einen sehr engstirnigen Toleranzbegriff in den Debatten. Diejenigen, die sich selbst überhöhen und Sachdebatten auf Moralebene ziehen, sind so lange tolerant, solange man bis zu 100 Prozent ihre Meinung teilt. Wir brauchen wieder eine respektvolle Debatte, wo man anderer Meinung sein kann, wo man aber mit Argumenten auf der Basis von Wissenschaft, Daten und Fakten argumentiert und weniger mit Stimmungen. Man sollte bei der Sachdebatte bleiben und nicht im Zuge einer Moraldebatte andere mundtot machen.

Ich bin dafür und trete dafür an. Ich freue mich, an der Seite von Annegret Kramp-Karrenbauer wieder aktiv zu sein. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich unterstützen bei der Wahl zur Stellvertretenden Bundesvorsitzenden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Julia Klöckner, vielen Dank für deine Vorstellung. – Es ist mittlerweile im Saal ruhiger geworden. Gleichwohl gibt es immer noch Gruppen von Delegierten, die offensichtlich intensive Debatten pflegen. Wie gesagt: Sie können es auch gerne draußen machen. Schöner wäre es, wenn Sie aufmerksamer zuhören würden.

Ich darf nun Armin Laschet für seine Vorstellungsrede nach vorne bitten. – Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Armin Laschet: Vielen Dank, lieber David McAllister. – Liebe Freunde! Ich erinnere mich noch daran, wie es bei der Wahl vor zwei Jahren war. Dezember 2016 – wir standen in Nordrhein-Westfalen vor einer schwierigen Landtagswahl. Damals haben Sie uns Rückenwind gegeben bei dem großen Parteitag in Essen. Dann kam der Januar, plötzlich tauchte ein Kandidat aus Würselen auf, und alle Umfragen rauschten gegen uns nach unten und gegen das, was wir mit euch vorbereitet hatten.

Dann haben bei uns die Mitglieder gesagt: Wir haben in 50 Jahren gerade einmal fünf Jahre regiert in Nordrhein-Westfalen, 39 Jahre haben SPD oder Grüne regiert. Aber wir kämpfen weiter. – Ich kann heute sagen: Wir haben im Mai 2017 einen Wandel geschafft und haben heute ein Bündnis mit der FDP, dass das Beste ist für unser Land.

(Beifall)

Deshalb nenne ich ein paar Thesen, die ich in den neuen Bundesvorstand einbringen will. Wir müssen die ganze Breite der Partei abdecken, dazu gehört auch das Industrieland. Die AfD in Nordrhein-Westfalen – übrigens bei 7 Prozent – ist stark in den schwierigen Vierteln des Ruhrgebiets, wo die Menschen früher SPD gewählt haben. Wir wollen neue Arbeitsplätze dorthin bringen, gute Bildungschancen ermöglichen und vor allem bei der inneren Sicherheit einen klaren Kurs fahren. Unser Innenminister, Herbert Reul, hat es hingekriegt, dass ab kommenden Mittwoch in Nordrhein-Westfalen ein neues Polizeigesetz kommt: mit verdachtsunabhängiger Kontrolle, mit der Ausweitung der Videobeobachtung, mit der Ingewahrsamnahme von Gefährdern – nicht nur 48 Stunden, sondern 2 Wochen – und mit der elektronischen Fußfessel. Damit zeigen wir den Bürgern: Wir sind handlungsfähig und setzen das um, was wir vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall)

Das zweite große Thema, um das wir uns als Bundespartei kümmern müssen, ist die Erhaltung von Industriearbeitsplätzen. Wir diskutieren sehr viel im Moment über die zukünftige Energiepolitik. Ja, wir werden schneller aus der Kohleverstromung aussteigen. Aber man kann das nur machen, wenn die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Strom gewährleistet sind.

(Beifall)

Wir wollen auch in Zukunft Stahlindustrie, Aluminiumindustrie und Glasindustrie in unserem Land halten. Deshalb wollen wir zwischen zwei Ideen versöhnen: Bewahrung der Schöpfung und Bewahrung der Arbeitsplätze. Das zeichnet die CDU aus, und hier sollten wir auch in der Bundespolitik einen klaren Kurs halten.

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung: Wir kämpfen alle für saubere Luft, aber Nordrhein-Westfalen ist besonders betroffen. Wenn dort ein Abmahnverein mit 278 Mitgliedern und 100 Festangestellten das einzige Ziel verfolgt, unsere Städte beim Diesel lahmzulegen, dann müssen wir Klartext reden und dürfen das nicht weiter dulden.

(Beifall)

Das geht an die Substanz unseres Landes, und das lassen wir uns nicht gefallen. Das sind Themen, die wir neben den sozialen Themen auch besetzen müssen. Dazu will ich meinen Beitrag leisten. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Armin Laschet, auch dir herzlichen Dank für die Vorstellungsrede. – Wir kommen nun zum vierten Redner, unserem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Strobl aus Baden-Württemberg. – Lieber Thomas, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Thomas Strobl: Herr Tagungspräsident, lieber David, vielen Dank. – Frau Bundesvorsitzende! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Parteitag werden wir den Namen der Stadt Hamburg dick in die Geschichtsbücher unserer CDU schreiben. Die schöne Stadt Hamburg als das Tor zur Welt hat das zweifellos auch verdient. Das einzige, was Hamburg noch mehr verdient hätte, liebe Freundinnen und Freunde, wäre ein Erster Bürgermeister aus den Reihen der CDU. Spätestens seit heute, mit diesem Aufbruchssignal, arbeiten wir dafür, lieber Roland Heintze und liebe Freundinnen und Freunde hier in Hamburg.

(Teilweise Beifall)

Aber auch das gehört dazu: Vor wenigen Tagen ging in Buenos Aires das G20-Treffen zu Ende. Leider verbinde ich seit dem letzten Jahr mit G20 auch die Stadt Hamburg und die schlimmen Krawalle der linksautonomen Szene. Die Bilder sind uns alle noch präsent vor Augen. Das macht mich schon wütend, vor allem, wenn ich diese romantisierende Verklärung des linken Spektrums höre. Was dort passiert ist, ist keine Kritik am Kapitalismus. Was dort passiert ist, waren menschenverachtende Verbrechen, hier in dieser Stadt.

(Vereinzelt Beifall)

Nur noch einmal zur Klarstellung für die Linksromantiker: Brennende Molotowcocktails sind keine Brandbriefe, Pflastersteine sind keine Parolen und Stahlkugeln aus Präzisionswillen sind keine Liebeserklärungen an den Kommunismus. Was dort aus dem marodierenden Schwarzen Block heraus passiert ist, war ein Anschlag auf das Leben von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, das geht gar nicht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Natürlich sind auch wir als Union gefordert. Wir sind die Partei, die hinter unserer Polizei steht. Wenn ich sehe, wie der Respekt vor den Freunden und Helfern in Uniform verschwindet, wenn sie bepöbelt, beschimpft und bespuckt werden, macht mir das Sorgen. Da stimmt etwas in unserer Gesellschaft nicht mehr. Deswegen ist es so wichtig, dass wir als Union dafür sorgen, dass solche Dinge konsequent bestraft werden. Wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten und hinter diesem Rechtsstaat.

(Beifall)

Wenn es um Werte und um Regeln und um Anstand geht, so, finde ich, haben wir in den letzten Wochen als Union für unsere Demokratie einen guten Maßstab für den guten Umgang miteinander gesetzt. In 15 Tagen acht Regionalkonferenzen quer durch Deutschland, von Lübeck bis Böblingen, von Halle bis Düsseldorf: Die anderen Parteien schauen neidvoll auf uns, die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Lassen Sie uns diesen Schwung und diese Begeisterung nach den vielen Veranstaltungen der letzten Wochen mitnehmen, jetzt gemeinsam nach vorne schauen, von der Nordsee bis zum Bodensee. Es liegt an uns und auf uns kommt es an.

So können wir im nächsten Jahr mit den Freunden in Brandenburg, in Bremen, in Thüringen, mit den Freunden der Sächsischen Union Wahlsiege erringen. Wir werden einen Europawahlkampf führen, bei dem wir klarmachen, dass Europa bei uns nicht nur in den Köpfen ist, sondern dass wir auch mit einem glühenden Herzen für Europa kämpfen, dass wir dafür kämpfen, dass 500 Millionen Europäer auf diesem Globus gemeinsame Werte haben, und einen Wahlkampf, der in den Menschen die Idee von Europa als der größten Friedensbewegung unserer Geschichte entflammen lässt. Europa ist unsere Sache, von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis zu Angela Merkel. Das ist unsere DNA. Jetzt nehmen wir diese Aufbruchsstimmung mit. Lasst uns die gute Stimmung und die Motivation nutzen, Botschafter für die Christlich Demokratische Union und für die Europäische Union zu sein.

Eine Bemerkung möchte ich als Baden-Württemberger noch machen, weil das im Wettstreit auch eine Rolle gespielt hat: Wir wollen nicht nur die AfD halbieren, wir wollen auch die Grünen halbieren. Dafür will ich als aus Baden-Württemberg stammender stellvertretender Bundesvorsitzender gerne meinen Beitrag leisten. Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Thomas Strobl, herzlichen Dank auch für deine kurze Präsentation. – Nun bitte ich um Ruhe und Aufmerksamkeit für die fünfte Kandidatin für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, unsere Ursula von der Leyen aus Niedersachsen. – Du hast das Wort, liebe Ursula.

(Teilweise Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Vielen Dank, lieber David. – Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ursula von der Leyen, ich wurde in Brüssel geboren, ich komme aus Niedersachsen.

(Vereinzelt Beifall)

In der CDU bin ich zu Hause. Ich habe sieben Kinder und einen Ehemann, mit dem ich seit 32 Jahren glücklich verheiratet bin.

Meinen ganz herzlichen Glückwunsch an Annegret Kramp-Karrenbauer und einen großen Dank und Respekt an Friedrich Merz und Jens Spahn. Dieser Prozess hat unsere Partei enorm belebt, und ich finde, man konnte richtig spüren, wie das große Herz unserer CDU, der letzten verbleibenden Volkspartei, kräftig gepocht und geschlagen hat. Ich finde, wir können als Partei stolz darauf sein, wie wir diesen Prozess gemanagt haben.

(Beifall)

Es macht Mut für die Zukunft. Ich finde unseren Anspruch richtig, dass wir wieder über 40 Prozent erreichen wollen. Das ist auch machbar. Wir waren 2013 bei 41 Prozent. Dazu drei Bemerkungen.

Erstens. Es klang schon an: Wir haben Stimmen verloren an die AfD und an die Grünen. Wir müssen die AfD in die Schranken weisen, und wir können das auch. Diese Partei hat nichts, aber auch gar nichts mit bürgerlich-konservativen Werten zu tun. Auf den Parteitagen dieser AfD wird gegen unsere Kirchen gehetzt. Das ist unerträglich. Die Kader dieser Partei marschieren mit den Verfassungsfeinden, zum Beispiel der Identitären Bewegung, die unsere Grundwerte mit Füßen treten. Wenn diese Kader der AfD mit jenen marschieren, die den deutschen Parlamentarismus ablehnen, dann sollten wir dafür sorgen, dass die auch aus den Parlamenten wieder verschwinden und wir sie so klein wie irgendwie möglich machen.

(Beifall)

Zweitens. Wir haben an die Grünen verloren. Das ist besonders bitter – wir haben es in Hessen gesehen –, weil unsere hessischen Freunde einen fulminanten Wahlkampf geführt haben, weil Volker Bouffier eine hervorragende Landtagswahl- und Regierungsbilanz hat. Aber wir haben verloren an die Grünen. Das übertragen auf die Bundesebene heißt: Wir müssen die Zukunftsthemen zurückgewinnen. Wir wollen diese Zukunftsthemen wie Arbeit 4.0, Klimawandel, Generationenausgleich, Digitalisierung nicht an die Grünen verlieren, schon gar nicht an Leute wie Jürgen Trittin oder Anton Hofreiter. Nein, wir wollen die Kompetenz für diese Themen wiedergewinnen und wir können das auch.

2013 waren wir bei all diesen Themen die Kompetenzführer. Wir waren es für viele Jahre auch auf dem Feld Familie. Ich weiß, wie gut das schmeckt. Da, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir wieder hin.

(Teilweise Beifall)

Ein dritter und letzter Punkt betrifft Europa. Mein Vater ist 1930 geboren, weißer Jahrgang. Er stand mit 15 Jahren in den Trümmern seines Landes.

Er hat dann nach seiner Ausbildung bei der Montanunion gearbeitet. Danach ist er nach Brüssel gegangen und hat bei der Europäischen Union für 17 lange Jahre als europäischer Beamter gearbeitet, zum Schluss als Generaldirektor für Wettbewerbsfragen. Das ist auch der Grund, warum ich in Brüssel geboren bin und dort 13 Jahre gelebt habe. Das heißt: Ich habe von Anfang an das Gefühl der Europäischen Union eingeatmet, das da heißt Frieden, Geborgenheit und Stärke für die Zukunft.

Ich erinnere mich an die Zeit, als ich ein Kind war. Wir haben in einem flämischen, wallonischen und niederländischen Viertel gelebt und viel mit den anderen Kindern gespielt. Gelegentlich haben wir uns auch gestritten. Wenn wir uns gestritten haben – das ist jetzt 50 Jahre her –, dann schrien die niederländischen oder wallonischen oder flämischen Kinder uns manchmal hinterher: Nazi! Nazi! – Und wir haben, weil wir kein anderes Schimpfwort kannten hinterhergeschrien: Flamske Kaaskop! Nederlandse Kaaskop!

Gestern war ich in Munster bei unserer Truppe und habe dort ein neues Panzerbataillon aufgestellt. Ich habe dort erlebt, wie die Niederländer in unser Panzerbataillon integriert sind. Die Niederländer haben ihr Panzerbataillon uns in Munster unterstellt. Wir haben Teile der Marine den Niederländern unterstellt. Wenn man daran denkt, dass wir noch vor 70 Jahren Todfeinde waren und dass wir heute einander so sehr vertrauen, dass wir uns unsere Truppen gegenseitig unterstellen, dann wissen wir, welch ein Friedensprojekt diese Europäische Union ist.

(Beifall)

Diese Europäische Union ist stark, aber sie ist in Gefahr, wie David McAllister zu Recht sagt. Sie ist durch die Rechtspopulisten in Gefahr. Ob es UKIP ist, die uns den Brexit eingebrockt hat, oder ob es die AfD ist, ob es Marine Le Pen ist mit dem Front National oder ob es die Lega Nord in Italien ist, die Griechische Morgenröte oder Geert Wilders in den Niederlanden – so unterschiedlich diese Rechtspopulisten auch sind, eines haben sie gemeinsam: Sie wollen unser Europa zerstören. Und das, liebe Freundinnen und Freunde, lassen wir niemals zu. In diesem Sinne bitte ich um Ihr Vertrauen, um gemeinsam für unsere Ziele und Werte zu arbeiten. Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Ursula von der Leyen, auch dir ein herzliches Dankeschön für deine Vorstellung und für deine klaren Worte zur Europapolitik.

Liebe Delegierte, wir haben damit die fünf Vorstellungsreden gehört. Ich bitte jetzt die Landesgeschäftsführer mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die großen grauen Stimmzettel zu verteilen. Liebe Delegierte, Ihr habt ja mittlerweile Übung im Aufstellen der Tischwahlkabi-

nen. Dann können wir jetzt auch in den Wahlgang eintreten. Gibt es ein Signal von den Landesgeschäftsführern, dass sie ausschwärmen? – Kann mir die Bundesgeschäftsstelle einmal ein Signal geben, ob die Stimmzettel ausgedruckt sind? Das müsste doch so sein. – Ich werde informiert, dass die Stimmzettel ausgeteilt worden sind, sodass jetzt im Saal eine gewisse Aktivität beginnen kann. Ich eröffne jetzt den Wahlgang für die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

Darf ich den Parteitag fragen: Haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? – Es gibt noch vereinzelte Neinrufe am Ende des Saals.

Ich frage nochmals: Gibt es noch Delegierte im Saal, die nicht abgestimmt haben? – Landesgeschäftsführer und Mitarbeiter, es gibt noch Bedarf am Ende des Saals. – Liebe Landesgeschäftsführer, noch einmal der Hinweis: Es gibt eine Reihe von Mitgliedern der Antragskommission, die noch wählen möchten. Haben Sie sichergestellt, dass aus Ihrem Landesverband die Mitglieder der Antragskommission den Stimmzettel erhalten und auch entsprechend gewählt haben?

Ein letztes Mal frage ich: Gibt es noch Delegierte, die nicht gewählt haben? – Immer noch. Die Delegierten, die jetzt noch nicht gewählt haben: Haben Sie Blickkontakt mit einem Landesgeschäftsführer? Ist Ihre Existenz bekannt? – Jetzt bekomme ich den Hinweis, dass tatsächlich alle ihren Stimmzettel abgegeben haben. Damit schließe ich den Wahlgang für die Stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Auszählung der Stimmen für die Stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleichwohl schlägt das Tagungspräsidium vor, während der Auszählung bereits die Wahl des Bundesschatzmeisters/der Bundesschatzmeisterin durchzuführen. Das ist der Tagesordnungspunkt 16.4. Gibt es gegen diesen Vorschlag Gegenstimmen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Sehr kluge Entscheidung! Ich bitte dann die Landesgeschäftsführer, im Büro der Stimmzählkommission die großen orangefarbenen Stimmzettel für den Wahlgang zum Bundesschatzmeister abzuholen, und übergebe die Tagungsleitung nun an Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dann rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4 auf:

Wahl der/des Bundesschatzmeisterin/Bundesschatzmeisters

Es kandidiert der bisherige Bundesschatzmeister Dr. Philipp Murmann. Herr Dr. Murmann hat heute bereits den Bericht vorgestellt. Ich frage trotzdem den Parteitag: Wird Ihrerseits eine Kandidatenvorstellung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann freue ich mich, dass Sie sich nach anfänglichem Fremdsein in Ihren Stimmboxen mittlerweile ganz wohl fühlen; denn die brauchen Sie jetzt wieder. Sie kennen die Anmerkungen: Die Ausgabe des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und die weiteren Mitarbeiter an Sie erfolgt

nur, wenn Sie die Tischwahlkabinen aufgebaut haben sowie Ihre persönliche Stimmkarte, Ihren personalisierten Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Wenn Sie mitgezählt haben, wissen Sie, dass Sie zum Abzeichnen jetzt den Stimmzettel 4 bitte offen hinlegen. Das Ausfüllen des Stimmzettels ist wie eben zwingend in der aufgebauten Tischwahlkabine zu vollziehen. – Ich sehe, Sie sind schon ganz geübt im Aufbau der Tischwahlkabinen.

Dann bitte ich jetzt die Landesgeschäftsführer und Mitarbeiter, die Stimmzettel gegen Vorlage der Stimmkarte, des Delegiertenausweises und des Stimmzettelblocks auszuteilen. – Die Landesgeschäftsführer und die sonstigen Mitarbeiter sind die Einzigen, die heute Abend gut trainiert nach Hause kommen; alle anderen haben viel gegessen. Ich weiß gar nicht, ob sie mit den orangefarbenen Stimmzetteln schon wieder zurück sind. – Könnte mir bitte jemand ein Zeichen geben, ob die Stimmzettel für den Bundesschatzmeister schon ausgeteilt werden können? – Ich höre gerade, dass wir schneller wählen, als dies organisatorisch verfolgt werden kann. Wir haben jetzt noch ein paar Minuten Zeit. Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit zu dem einen oder anderen Gespräch. Es lohnt sich nicht, schon andere Kandidaten vorzustellen. Es soll in fünf Minuten weitergehen.

Ich sehe, dass die orangefarbenen Stimmzettel angekommen sind. Dann kann mit der Verteilung der Stimmzettel für die Wahl des Bundesschatzmeisters begonnen werden. – Es ist schon eine eigenartige Stimmung. Früher konnte man Blickkontakt herstellen und jemanden anlächeln. Heute guckt man nur auf die Pappaufsteller. – Sind alle Landesgeschäftsführer mit den Stimmzetteln unterwegs? – Könnten Sie bitte Ihre Stimmkarte hochhalten, wenn Sie noch keinen Stimmzettel haben? Ganz hinten links gibt es noch eine ganze Reihe von Delegierten, die sich melden. – Es kann mit dem Einsammeln der Stimmzettel begonnen werden.

Hat jetzt jeder Delegierte einen Stimmzettel erhalten? – Hinten links in der Ecke gibt es noch viele Winkende offensichtlich ohne Stimmzettel. – Gibt es noch jemanden, der keinen Stimmzettel hat?

Zweite körperliche Übung: Ich bitte diejenigen, mit den orangefarbenen Stimmzettel zu winken, die ihn noch nicht abgeben konnten. Das Verfahren wird dadurch schwierig, dass offensichtlich noch ein paar Nachzügler gekommen sind. – Konnten jetzt alle ihre Stimmzettel abgeben? –

Dann schließe ich jetzt den Wahlgang für die Wahl des Bundesschatzmeisters und übergebe an meinen Kollegen Andreas Jung.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Ich darf den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.5 aufrufen:

Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Es kandidieren für die weiteren Plätze im Präsidium Dr. Bernd Althusmann, Professorin Monika Grütters, Michael Kretschmer, Karl-Josef Laumann, Mike Mohring, Jens Spahn und Annette Widmann-Mauz.

Bevor die Vorstellung der Kandidaten beginnt, bitte ich die Landesgeschäftsführer, im Büro der Stimmzählkommission die großen grünen Stimmzettel für diesen Wahlgang abzuholen.

Wir gehen davon aus, dass auch in diesem Fall Vorstellungen gewünscht sind. Ich darf die Kandidaten bitten, sich in alphabetischer Reihenfolge kurz vorzustellen. Wir schlagen auch in diesem Fall eine Vorstellungszeit von jeweils fünf Minuten vor.

Ich darf fragen, ob das so Ihre Zustimmung findet. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so der Fall.

Ich darf die Kandidaten um ihre Vorstellung und Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. – Als Erstem gebe ich Herrn Dr. Bernd Althusmann das Wort.

(Beifall)

Dr. Bernd Althusmann: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Was wurde uns als Union, als CDU, in den letzten Wochen und Monaten nicht alles prophezeit: das Ende, die Erosion der Volksparteien. Droht gar die Spaltung der Union?

Ich sage – auch nach diesem denkbar knappen Ergebnis heute –: Nein, sie wird nicht drohen, weil wir geschlossen beisammen bleiben, weil wir geschlossen beisammen bleiben müssen und weil wir Deutschland gestalten wollen, und das geht nur gemeinsam als Union.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber aufgrund der zurückliegenden Regionalkonferenzen und auch bei dem heutigen Ergebnis kann ich letztendlich feststellen, dass wir die einzige mutige, entschlossene deutsche Volkspartei sind. Der Wettstreit um die besten Ideen des heutigen Tages, der Wettstreit in der Debatte und das personelle Angebot machen für mich persönlich wirklich Lust auf mehr – auch Lust auf CDU.

Andere Parteien in Deutschland hätten sich den heutigen Tag mit der qualitativen Auseinandersetzung gewünscht. Sie hätten sich gewünscht, drei herausragende, gute Kandidaten präsentieren zu können, wie wir es als CDU konnten. Insofern: Der Gewinnerin herzlichen Glückwunsch und den knappen Verlierern alles Gute für eine gemeinsame Zusammenarbeit innerhalb der Union.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin Wirtschaftsminister in Niedersachsen und gleichzeitig zuständig für die Bereiche Arbeit, Verkehr und Digitalisierung. Ich war kürzlich mit einer 45-köpfigen Unternehmerdelegation in Hangzhou in China. In China wird von Hangzhou nach Ningbo – das ist eine Hafenstadt im Südosten Chinas – eine 160 Kilometer lange Auto-

bahn gebaut. Der Bau beginnt in diesem Jahr, und er wird im Jahr 2022 enden. In China wird innerhalb von vier Jahren eine solche 12-spurige Autobahn gebaut. Hier in Deutschland dauern diese Bauprozesse unwesentlich länger. Die Westumfahrung Hamburgs, die A 26, wurde in meinem Geburtsjahr 1966 auf den Weg gebracht.

Ich sage eines: Ich möchte meine Erfahrung als Wirtschaftsminister ins Präsidium mit einbringen. Wir müssen in Deutschland beim Ausbau unserer Infrastruktur endlich deutlich schneller werden. Es dauert zu lange. Wir brauchen in Deutschland Tempo, Tempo, Tempo beim Ausbau der Infrastruktur.

(Beifall)

Das Zweite, was ich sagen will: Das gilt auch für den digitalen Ausbau. Als Vertreter eines Landes, in dem 60 Prozent der Menschen im ländlichen Raum leben, sage ich sehr deutlich: Es geht nicht nur um die Milchkanne und 5G, es geht mir auch nicht um die Komplexität von physikalischen Prozessen. Es geht mir am Ende darum, dass wir den Menschen im ländlichen Raum nicht das Gefühl geben, abgehängt zu werden, wenn wir über 5G-Technologien sprechen. Alle Menschen in Deutschland – in allen Bundesländern – haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen die bestmögliche digitale Versorgung für die Zukunft sichern. Das ist für die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland die entscheidende Voraussetzung.

Meine Damen und Herren, ich mache mir natürlich auch Sorgen, wenn ich die aktuelle Debatte über den Digitalpakt erlebe. Kooperationsverbot hin oder her! Ein Kooperationsgebot mag der eine oder andere auch für richtig empfinden. Ich habe als Präsident der Kultusministerkonferenz damals sehr intensiv über die Frage des Föderalismus im Bereich der Bildung gesprochen. Ich sage Ihnen nur eines: Bei allen Fragen des Föderalismus müssen wir höllisch darauf aufpassen, dass wir das, was wir gemeinsam mit dem Bund jetzt voranbringen wollen, auch tatsächlich hinbekommen. Die Menschen im Land verlieren am Ende ihr Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der Politik und damit auch in uns.

Als Landesvorsitzender beschäftigt mich in Niedersachsen eines natürlich sehr: Wie kann es der Union, der CDU, in Deutschland eigentlich gelingen, wieder Bindekraft zu entwickeln und verloren gegangenes Vertrauen in die Ernsthaftigkeit politischer Entscheidungen wieder zurückzugewinnen? Womöglich müssen wir uns hier und da auch ein Stückweit neu erfinden – ich denke, mit Mut zur Debatte, mit klaren Positionen und manchmal vielleicht auch mit einem gehörigen Maß an Gelassenheit.

Ich habe vor meiner Rückkehr in die Politik fast drei Jahre für die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region Südliches Afrika – in Namibia und in Angola – gearbeitet: ein wenig neue Standortbestimmung, ein wenig ein neuer Kompass, ein wenig Erdung, die auch mir dort zurückgegeben wurde, aber vor allen Dingen ein Blick für das Wesentliche.

Mein Name ist Bernd Althusmann, ich bin 52 Jahre alt, ich bin zum zweiten Mal verheiratet. Wir haben zusammen fünf Kinder. Ich bin damals, 1990, aufgrund der Verdienste von Helmut Kohl in die CDU eingetreten – aus einem evangelischen Pfarrhaus kommend, ein wenig vorgeprägt.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „CDU, das ist eine Haltung.“ – CDU, das ist auch eine Idee, und hinter dieser Haltung steht diese Idee. Es gilt, genau diese Idee zukünftig weiterzuentwickeln, und dafür möchte ich mich im Präsidium einbringen. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich darf als nächste Bewerberin Professor Monika Grütters um die Vorstellung bitten.

Prof. Monika Grütters: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Mein Name ist Monika Grütters. Ich komme aus dem katholischen Münster, bin aber seit 30 Jahren Wahlberlinerin, seit 20 Jahren Mitglied im Landesvorstand der Berliner CDU und seit zwei Jahren deren Vorsitzende.

Ich kenne Berlin, ich liebe Berlin, und manch rauer Charme unserer Hauptstadt passt auch zu mir. Womit ich mich aber überhaupt nicht abfinden kann, ist diese typische Berliner Wurstigkeit, die von einem rot-rot-grünen Senat auch zurzeit mächtig befördert wird: Bezirksämter funktionieren nicht, wir reden nur vom Baustellenchaos, es wird immer nur erzählt, wir bräuchten mehr bezahlbaren Wohnraum, während er nicht geschaffen wird, niemand hat dort die Absicht, einen Flughafen zu eröffnen, und Berlin hat sich offensichtlich damit abgefunden, im Bildungsvergleich hartnäckig immer Schlusslicht zu sein.

Die linke Regierung unserer Hauptstadt weiß nämlich nicht, was es heißt, Hauptstadt zu sein.

Berlin ist die Hauptstadt, und was hier gelingt, wird in den Augen der Welt der ganzen Nation gutgeschrieben. Für das, was hier misslingt, wird aber – von außen jedenfalls – immer auch das ganze Land verantwortlich gemacht. Und deshalb hat ganz Deutschland es verdient, dass Berlin, seine Hauptstadt, besser regiert wird, dass Berlin bürgerlich regiert wird.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür brauchen wir in Berlin eure Unterstützung. Deshalb muss – und darum bitte ich – die Hauptstadt-CDU im Präsidium vertreten sein.

Nicht minder wichtig ist aber auch unser Erfolg als Volkspartei durch die Verwurzelung in den Regionen – auch im sogenannten ländlichen Raum, das heißt, auch abseits der großen Städte.

Wo Menschen sich abgehängt fühlen, müssen wir, muss die CDU in Deutschland Angebote machen. Dafür stehe ich als Kultur- und Medienstaatsministerin mit meinem Sitz im Bundeskanzleramt. Wir haben viele tolle Programme, die dafür sorgen, dass es in ganz Deutschland ein

dichtes Netz an wichtigen kulturellen Einrichtungen gibt, die Gegenden lebenswert und liebenswert machen. Dazu gehören Denkmalschutzprogramme, die Förderung von Kulturorten wie Kinos, Buchhandlungen, Musikkapellen, Heimatstuben. Wir sorgen flächendeckend dafür, dass man überall in Deutschland gut und gerne lebt. Dafür engagiere ich mich als Kulturpolitikerin, als weltoffene Heimatverbundene, manchmal mit Berliner Schnauze, aber auch immer mit einem Münsteraner Herz. Meine katholische Sozialisation von zu Hause prägt mich nach wie vor sehr intensiv, mein Engagement im Zentralkomitee der deutschen Katholiken steht dafür und bildet mein Wertefundament für meine politische Arbeit. Für mich gehört ganz entschieden das Kreuz auf das Berliner Stadtschloss.

Ich bin überzeugt, liebe Freundinnen und Freunde, die CDU braucht und kann beides: Wurzeln und Weltoffenheit. Die CDU kann der Vielfalt unseres Landes eine Heimat bieten, weil sie für Bindung und Zusammenhalt sorgt. Dafür stehen wir als bürgerliche Partei, übrigens auch sehr deutlich in den Großstädten. Berlin sollte dafür immer auch unsere Visitenkarte sein.

Der Vielfalt eine Heimat bieten – dafür stehe ich, dafür streite ich, und dafür kämpfe ich als CDU-Landesvorsitzende für Berlin, als Kulturpolitikerin und Staatsministerin für ganz Deutschland. Und dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme für einen Sitz Berlins im Präsidium. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns herzlich. – Ich darf als nächsten Bewerber Michael Kretschmer aufrufen und ihn um seine Vorstellung bitten.

Michael Kretschmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass nach vielen Jahren, in denen Thomas de Maizière gemeinsam mit Arnold Vaatz die Interessen der neuen Länder in diesem Bundesvorstand vertreten haben, ich jetzt hier stehen kann. Ich danke beiden, dass sie über so viele Jahre immer wieder die Stimme erhoben haben und die besondere Situation in Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin benannt haben. Das, was heute auch schon zur Sprache kam, ist ganz wichtig: In den nächsten zwölf Monaten kommt es darauf an, dass wir klar adressieren, was die Themen in den neuen Ländern sind und wie wir es schaffen, dort neue Zuversicht und Vertrauen zu etablieren. Deswegen ist es richtig und notwendig, dass eine kritische Zahl von CDU-Mitgliedern aus den neuen Bundesländern im Präsidium und im CDU-Bundesvorstand vertreten sind. Ich möchte gerne diese Arbeit mit leisten. Ich möchte Sie herzlich um Ihre Unterstützung bitten. Um im nächsten Jahr in Sachsen die Landtagswahl gewinnen können, muss der erste Schritt sein, dass wir in Berlin, in der Bundespolitik die Weichen richtig stellen. Dazu ist das CDU-Präsidium ein ganz entscheidender Ort. – Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als nächsten Bewerber darf ich Karl-Josef Laumann aufrufen und ihn um seine Vorstellung bitten.

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreunde, ich möchte gerne in den nächsten zwei Jahren weiter daran arbeiten, dass wir als CDU die sozialen Themen nicht nur der SPD und den Grünen überlassen. Mir geht es bei meiner Arbeit im Präsidium vor allen Dingen darum, dass wir als CDU im Blick behalten, dass es sehr viele fleißige Menschen in Deutschland gibt, die jede Woche 40 und mehr Stunden arbeiten und mit einem Einkommen von unter 2 500 Euro brutto nach Hause gehen. Ich möchte auch, dass diese fleißigen Menschen in der CDU eine Heimat haben können und dass wir auch ihre Leistungen in unserer Gesellschaft anerkennen und sie sich bei uns wohlfühlen können.

(Beifall)

Ich will bei meiner Arbeit auch im Blick haben – das treibt mich als Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen um –, dass wir es immer noch nicht geschafft haben, dass die vielen Kinder, die in Hartz IV-Haushalten leben, gut durch die Schule kommen; denn nur dann, wenn sie gut durch die Schule kommen und eine Lehrstelle bekommen, können wir aus ihnen Fachkräfte machen, die wir so dringend in unserem Land brauchen. CDU muss dafür stehen, dass man unabhängig vom Elternhaus durch Fleiß und Bildung aufsteigen kann. Das war das letzte Versprechen an meine Generation, und das möchte ich als Christdemokrat auch an die jetzige Generation weitergeben.

(Beifall)

Ich finde es natürlich auch nicht schlecht, wenn im Präsidium ein bisschen was von der Arbeitswelt eines Arbeitsministers einfließt. In ganz Deutschland gibt es nur noch zwei CDU-Arbeitsminister: einen in Hessen und einen in Nordrhein-Westfalen. Es gibt aber sieben CDU-Finanzminister, es gibt vier, fünf CDU-Verkehrsminister. Wenn wir in Koalitionen gehen, dürfen wir den sozialen Bereich nicht immer den anderen überlassen. Die Union steht auch für diesen Bereich als eine erfolgreiche Partei in der deutschen Geschichte. Dafür möchte ich auch in den nächsten zwei Jahren das Gesicht sein. Machen Sie Ihr Kreuz bei Karl-Josef Laumann, einem anständigen Kerl, dann bekommen Sie gute Arbeit.

(Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als nächsten Bewerber bitte ich Mike Mohring um seine Vorstellung.

Mike Mohring: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, im nächsten Jahr, 2019, jährt sich zum 30-mal die friedliche Revolution des Herbstes 1989. Mich hat dieses gesellschaftliche Ereignis zur Politik gebracht. Ich habe als 17-jähriger Schüler eine Schülergruppe

gegründet und bin zum Neuen Forum gegangen. Der Weg aus der Kommunalpolitik hat mich heute in die CDU und zum Landes- und Fraktionsvorsitz geführt. Aus dieser Aufgabe heraus, aus der Opposition, in der wir in Thüringen sind, ist unsere große Aufgabe im nächsten Jahr zum 30-jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution die linke Landesregierung, das rot-rot-grüne Experiment in Thüringen zu beenden und dafür zu sorgen, dass die CDU aus der bürgerlichen Mitte heraus in Thüringen wieder Regierungsverantwortung bekommt. Das ist unsere große Aufgabe, und dafür bitten wir um eure Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß, dass wir mit einem Präsidiumssitz keine Landtagswahlen gewinnen können; aber wir können ein Signal der Gemeinsamkeit, der Geschlossenheit in das Land aussenden, dass die Bundes-CDU sieht, dass die Wahlen in den neuen Ländern, in Brandenburg, Sachsen und Thüringen so immens wichtig sind, weil sie aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft eine Antwort geben müssen. Deswegen stehe ich heute vor Ihnen und bitte um Ihre Unterstützung für meine Kandidatur für das Präsidium unserer großen Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man auf die Umfragen in den neuen Ländern schaut, dann nimmt man wahr: Über 20 Prozent wollen links wählen, über 20 Prozent wollen AfD wählen. Man sieht, wenn man Regierungsbildung in den neuen Ländern schaffen will, dann muss man die bürgerliche Mitte verbreitern und die Ränder wieder kleinhalten. Dazu gehört, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, Brücken zu bauen, den Menschen die Hand zu reichen und sich zu fragen: Wie kann ich besser auf die unterschiedlichen Wahrheitswelten, die sich in der realen Welt und in sozialen Netzen gebildet haben, Antworten geben.

Wenn es gelingt, dass ich im Präsidium die Arbeit für unsere Partei mitgestalten kann, dann werde ich genau hinschauen – das habe ich mir vorgenommen –, wie wir es als Volkspartei schaffen, Teil dieser zweiten Wahrheitswelt zu sein, die Stirn zu bieten, Argumente zu geben und die Menschen nicht orientierungslos mit diesen falschen Wahrheiten allein zu lassen. Wenn uns das gelingt, dann erreichen wir auch neue Stärke für unsere Volkspartei. Wenn ich daran mitarbeiten darf, wäre ich Ihnen für Ihre Unterstützung heute sehr dankbar. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der nächste Bewerber ist Jens Spahn. Wir haben ihn heute schon gehört, aber noch nicht als Bewerber für das Präsidium. Lieber Jens, wir danken dir ausdrücklich, dass du als Kandidat zur Verfügung stehst. Du hast das Wort.

Jens Spahn: Lieber Andreas! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte noch einmal Dankeschön sagen für die vielen aufmunternden und ermunternden Worte, für die gute Rückmel-

dung. Ich bin dankbar, dass Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer mich ermuntert haben, jetzt für das Präsidium zu kandidieren. Sie haben mir heute schöne, gute und aufmunternde Worte sowie ein schönes Ergebnis geschenkt. Ich schenke Ihnen etwas Zeit. Ich mache es kurz. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Damit darf ich die nächste Bewerberin aufrufen – das ist Annette Widmann-Mauz – und sie um ihre Vorstellung bitten.

Annette Widmann-Mauz: Lieber Andreas Jung! Liebe Freundinnen und Freunde! Seit 1984 bin ich mit Herz und Seele in der CDU. Ich bin es, weil die CDU immer Mut zur Zukunft hatte, weil wir den Menschen etwas zutrauen und weil wir den Einzelnen im Blick haben, wenn es uns um das große Ganze geht. Das macht uns als CDU stark. In meiner baden-württembergischen Heimat und in meinem Wahlkreis in Tübingen zeigt sich wie unter einem Brennglas, vor welchen Herausforderungen wir heute stehen. Dort, in einer der jüngsten Städte Deutschlands, treffe ich auf Informatikstudenten und Forscher im Bereich künstliche Intelligenz. In der Bischofsstadt Rottenburg spreche ich mit wertorientierten Christen. Auf der Schwäbischen Alb begegne ich den Landfrauen, die einen sehr klaren Blick dafür haben, ob das, was wir in Berlin entscheiden, auch wirklich Hand und Fuß hat.

Für diese unterschiedlichen Menschen, für ihre Lebenswege, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir die richtigen und die überzeugenden Antworten geben. Das ist unsere Aufgabe. Das treibt mich an. So habe ich meinen Wahlkreis fünfmal hintereinander gewonnen. Das ist mein Verständnis von einer Volkspartei. Wir müssen Stellung beziehen zu den Zukunftsthemen, und zwar zu den Themen, die darüber entscheiden, wie unser Land morgen aussieht. Dabei hängt auch viel von einer guten und gelingenden Integrationspolitik ab. Für mich heißt das, liebe Freundinnen und Freunde, klare Kante zu zeigen und Chancen zu bieten. Ich werde mich nämlich nicht damit abfinden, wenn Mädchen vom Schwimmunterricht ferngehalten werden, wenn sie an der Teilnahme gehindert werden. Ich werde mich nicht damit abfinden, wenn Menschen wegen ihrer Kippa oder ihrer Religion attackiert werden. Ich werde mich auch nicht damit abfinden, wenn ein Schüler schlechtere Noten bekommt, nur weil sein Name anders klingt. Gleiche Leistung muss auch gleich bewertet werden. Das ist CDU pur.

Gleiche Rechte und Pflichten, null Toleranz für diejenigen, die unser Gastrecht missbrauchen, und echte Chancen für die, die sich anstrengen, die mitziehen und die sich für unser Land einsetzen! Auch dafür stehe ich. Deshalb bitte ich Sie heute um Ihre Unterstützung bei der Wahl in das Präsidium.

Liebe Freunde, wir sind mit unseren Vereinigungen in der CDU in allen gesellschaftlichen Bereichen verankert. Ich finde, dass das uns erdet. Als Vorsitzende der Frauen Union sage ich ganz

bewusst: Dieses Potenzial, diese Breite müssen wir noch viel stärker nutzen; denn wir bringen Erfahrungen und geballte Kompetenz in die Parteiarbeit ein. Wir haben es bewiesen. Wir haben mehr Kindergeld, höhere Steuerfreibeträge für Familien, bessere Kinderbetreuung, Baukindergeld und mehr Mütterrente durchgesetzt. Das ist ein dickes Paket. Wann hat es übrigens so etwas zuletzt gegeben? Wir müssen nicht nur mehr darüber reden. Vielmehr brauchen wir auch mehr davon. Da müssen wir weitermachen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Gerne würde ich in den nächsten zwei Jahren im Präsidium mitarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. – Bevor ich nun den Wahlgang für die sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums eröffne, will ich kurz das Ergebnis der Wahl zum Bundesschatzmeister bekannt geben. Es wurden 637 Stimmen abgegeben. Es gab keine ungültige Stimme. Bei 7 Enthaltungen gab es 630 gültige Stimmen. Auf Dr. Philipp Murmann entfielen 617 Stimmen. 13 stimmten mit Nein. Das sind 97,94 Prozent. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Herr Kollege Murmann, ich darf fragen, ob Sie die Wahl annehmen? – Gerne vom Mikro.

Dr. Philipp Murmann: Herr Präsident! Liebe Frau Vorsitzende! Ich nehme die Wahl sehr gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit in einem neuen Team, das zum Teil mit neuen und alten Köpfen besetzt ist. Für unsere CDU machen wir das alles gerne. Ich freue mich darauf. Vielen Dank für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, ich darf dann ein weiteres Wahlergebnis bekannt geben, und zwar das Ergebnis der Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands: abgegebene Stimmen 975, ungültige Stimmen 11, gültige Stimmen 964. Die erforderliche Mehrheit betrug 483 Stimmen. Es wurden abgegeben für Volker Bouffier 868 Stimmen, 90,04 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Julia Klöckner 829 Stimmen, 86,0 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Armin Laschet 729 Stimmen, 75,62 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Thomas Strobl 572 Stimmen. Das sind 59,34 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurden abgegeben für Ursula von der Leyen 554 Stimmen. Das sind 57,47 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte, danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt fünf stellvertretende Vorsitzende – darunter zwei Frauen – gewählt. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Der Wahlgang ist somit gültig.

Ich frage die fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden, ob sie die Wahl annehmen. Volker Bouffier? – Vielen Dank, Volker.

(Beifall)

Julia Klöckner? – Julia Klöckner nimmt ihre Wahl an.

(Beifall)

Armin Laschet? – Armin Laschet hat „Ja“ gerufen.

(Beifall)

Thomas Strobl? – Ja, Thomas Strobl nimmt seine Wahl an. Ursula von der Leyen? – Ursula von der Leyen nimmt ihre Wahl ebenfalls an. Dann darf ich allen fünf stellvertretenden Vorsitzenden sehr herzlich zu ihrer Wahl in das neue Parteipräsidium gratulieren.

(Beifall)

Ich gebe das Wort weiter an Oliver Wittke.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich komme zurück auf den Tagesordnungspunkt 16.5, zur Wahl weiterer sieben Mitglieder des Präsidiums. Vor der Eröffnung des Wahlgangs, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen grünen Stimmzettel, auf welchem die Kandidatennamen aufgeführt sind und der gleich von den Geschäftsführern verteilt wird. Die Ausgabe des Stimmzettels durch die Landesgeschäftsführer und die weiteren Mitarbeiter an Sie erfolgt auch hier nur, wenn Sie die Tischwahlkabine aufgestellt haben sowie Ihre persönliche Stimmkarte, Ihren personalisierten Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Schlagen Sie zum Abzeichnen Ihrer Teilnahme an dem Wahlgang schon einmal den blauen Stimmzettel Nr. 5 im Stimmzettelblock auf. Das Ausfüllen des Stimmzettels muss zwingend in der aufgebauten Tischwahlkabine erfolgen. – Die Tischwahlkabinen sind aufgebaut.

Ich weise zusätzlich auf Folgendes hin: Nach § 43 Absatz 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten und Kandidatinnen angekreuzt werden. Das sind vier. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also in unserem Fall sieben. Mehr Kandidaten gibt es auch nicht. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten angekreuzt sind. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in

einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei den weiteren sieben gewählten Präsidiumsmitgliedern mindestens zwei Frauen.

Ich bitte jetzt die Landesgeschäftsführer und Mitarbeiter, die Stimmzettel gegen Vorlage der Stimmkarte auszuteilen und eröffne hiermit den Wahlgang.

Darf ich fragen, wo noch Stimmzettel fehlen? – In den Blöcken Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, in den hinteren Rängen und im Block Schleswig-Holstein.

Die gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden sind herzlich eingeladen, wieder hier vorne Platz zu nehmen, damit wir das Familienbild wieder vervollständigen können. Also die herzliche Einladung an die Gewählten, wieder auf die Bühne zu kommen.

Ich frage noch einmal: Fehlen noch irgendwo Stimmzettel? – Im Block Nordrhein-Westfalen vereinzelt und im Block Baden-Württemberg.

Hat jetzt jeder einen grünen Stimmzettel ausgehändigt bekommen? – Wenn jetzt jeder einen Stimmzettel hat, frage ich: Wo sind noch Stimmzettel einzusammeln? Möchte noch jemand einen Stimmzettel loswerden? – Ich frage noch einmal, ob noch grüne Stimmzettel abzugeben sind. – Ich schließe den Wahlgang zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums und bitte, die Stimmzettel auszuzählen.

Da das naturgemäß einige Zeit dauern wird, will ich Ihnen vorschlagen, dass wir in der Zwischenzeit mit der Wahl des Mitgliederbeauftragten beginnen. Findet das Ihr Einverständnis? – Das ist der Fall.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.6 auf:

Wahl der/des Mitgliederbeauftragten

Es ist vorgeschlagen: Henning Otte. Henning Otte hat heute schon seinen Bericht abgegeben. Ich darf fragen, ob eine weitere Vorstellung gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall.

Dann will ich noch einige geschäftsleitende Hinweise geben: Vor Eintritt in den Wahlgang will ich darauf hinweisen, dass die großen cremefarbenen Stimmzettel zur Wahl des Mitgliederbeauftragten vorgesehen sind. Hier gelten die gleichen Regeln und Kautelen, die ich vorhin genannt habe. Das heißt: Sie müssen geheim wählen, Sie müssen Ihre Box nutzen, und Sie haben die Chance, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen.

Jetzt frage ich, ob die Stimmzettel schon ausgeteilt werden können. Ist das vorbereitet? Haben wir zwei Stimmzählerteams? Ich brauche einen Hinweis, ob wir die Stimmzettel schon austeilen können. – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann warten wir, bis das Stimmzählerteam bereit ist, die cremefarbenen Stimmzettel auszuteilen.

Jetzt werden die cremefarbenen Stimmzettel für die Wahl des Mitgliederbeauftragten von den Geschäftsführern und weiteren Wahlhelfern verteilt. Dazu halten Sie bitte den violetten Stimmzettel Nr. 6 bereit, damit er abgestrichen werden kann, wenn der cremefarbene Stimmzettel ausgeteilt ist.

Darf ich fragen, ob es noch irgendwo cremefarbene Stimmzettel gibt, die noch einzusammeln sind? – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel auszuzählen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.7 auf:

Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Die Bewerbungsunterlagen liegen Ihnen in Ihrer Tagungsmappe unter Tagesordnungspunkt 16 vor. Die Namen der Kandidaten befinden sich in der Anlage 2.

Wir möchten nun allen Kandidaten Gelegenheit geben, sich den Delegierten vorzustellen. Aufgrund der Vielzahl der Kandidaten bitte ich, die Redezeit auf jeweils drei Minuten zu begrenzen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Sehr gut. Ich bitte jeweils zwei folgende Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpults aufzuhalten, sodass keine unnötigen Verzögerungen auftreten.

Wir beginnen nun mit der Kandidatenvorstellung. Peter Altmaier steht schon bereit. Das freut mich sehr. Dann kannst du mit der Vorstellungsrunde beginnen. Es machen sich bitte bereit: Christian Baldauf und Thomas Bareiß.

Peter Altmaier: Frau Tagungspräsidentin! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Peter Altmaier, seit 1976 in der CDU und seit acht Monaten Bundeswirtschaftsminister.

Vor uns liegen wichtige Herausforderungen in der Handlungspolitik mit den USA und Europa, im Verhältnis zu Russland und der Ukraine, in der Frage der Energiewende und der Innovationen. Aber am wichtigsten ist mir, dass wir die Basis unserer sozialen Marktwirtschaft stärken, dass wir den vielen Selbstständigen, Mittelständlern, Handwerkern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern, die dazu beitragen, dass unsere Marktwirtschaft funktioniert, eine Ermunterung geben und dass wir junge Menschen ermuntern, sich selbstständig zu machen.

Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wenn junge Unternehmerinnen und Unternehmer nach ihrem Facharbeiterbrief den Meisterbrief machen, sich anschließend selbstständig machen, viel riskieren und noch mehr arbeiten und damit Erfolg haben und anderen Menschen Arbeit und Ausbildungsplätze geben, dann sind sie keine geldgierigen Kapitalisten, sondern Menschen, die sich um unser Allgemeinwohl verdient machen.

(Beifall)

Das möchte ich mit Ihnen draußen vor Ort vertreten und verteidigen. Ich werde mich durchsetzen müssen gegen viele, die glauben, dass Wirtschaftspolitik sowieso funktioniert. Wir haben derzeit den längsten Aufschwung seit 1966, seit Ludwig Erhard Bundeskanzler war. Wir werden diesen Aufschwung nur weitertragen können, wenn wir die Menschen ermuntern, wenn wir ihnen die Chance geben, zu diesem Aufschwung beizutragen. Dafür bitte ich Sie ganz herzlich um Ihr Votum und um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, insbesondere auch für die präzise Einhaltung der drei Minuten. – Christian Baldauf. Bereit machen sich bitte Thomas Bareiß und Peter Beuth.

Christian Baldauf: Christian Baldauf, verheiratet, zwei Kinder, selbstständiger Rechtsanwalt, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Männerchorsänger, treuer Lautern-Fan.

(Teilweise Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – ja, man muss auch Prinzipien haben –, es sind vor allem zwei Fragen, die wir beantworten müssen. Was bringt die CDU der Gesellschaft, und was bringt die CDU dem Einzelnen? Kümmert euch mehr um uns als um euch, das hören wir sehr oft bei vielen Menschen. Sie wollen wissen, was wir für sie im Dorf, in ihrer Heimat, in der Familie, in der Stadt leisten. Das können wir – davon bin ich überzeugt – vor allem auf kommunaler Ebene als starke Kommunalpartei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir in Rheinland-Pfalz haben neben der Europawahl wie in vielen anderen Bundesländern auch in fünf Monaten Kommunalwahlen. Da wird es darum gehen, dass wir unseren Mitgliedern vor Ort sagen können, wenn sie morgens um fünf geweckt werden, für was die CDU steht und für was sie stehen müssen. Das müssen wir in Zukunft klarer formulieren. Wir müssen es schaffen, dass unsere Mitglieder vor Ort wieder stolz darauf sind, bei uns Mitglied zu sein, dass sie wissen, für was unsere Partei steht, und dass wir einen klaren Kompass haben. Dafür möchte ich werben und möchte Ihnen zum Abschluss noch drei Worte ans Herz legen, die mir sehr wichtig sind. Sie heißen Einigkeit, Recht und Freiheit – drei wunderbare Worte, moderner denn je. Wenn das unsere Richtschnur für die nächsten Jahre ist, wenn das unsere Richtschnur für die nächsten zwei Jahre sein kann, bin ich gerne dabei. Ich freue mich über Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Baldauf. – Der nächste Redner ist Thomas Bareiß.

Thomas Bareiß: Wertes Tagungspräsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Thomas Bareiß. Ich bin 43 Jahre alt, von Hause aus Diplom-Betriebswirt, aus Baden-Württemberg und mit einer Rheinländerin verheiratet. Ich bin wie so viele von euch mit 14 Jahren in die Junge Union eingetreten, war zuletzt Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg, was mir unglaublich viel Spaß gemacht hat. Da habe ich viele von euch damals schon kennengelernt und mit euch gemeinsam Politik gestaltet. Heute bin ich CDU-Bezirksvorsitzender meines Heimatbezirksverbandes und habe damit ebenfalls sehr viel Freude. Das möchte ich auch in den Bundesvorstand einbringen. Ich bin auch sehr früh kommunalpolitisch aktiv gewesen, war neun Jahre im Gemeinderat – schon mit 23 Jahren gewählt –, war neun Jahre im Kreistag, und auch diese kommunalpolitische Erfahrung gibt mir ein starkes Fundament. Das ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Eckpfeiler für die CDU. Beruflich habe ich nach meinem Studium zehn Jahre in einem mittelständischen Textilunternehmen gearbeitet, in einem Familienbetrieb. Auch diese Erfahrung kann ich einbringen. Ich weiß, was den Mittelstand drückt. Die Nöte des Mittelstands kann ich daher ebenfalls einbringen. Ich bin stolz, dass ich seit 2005 den wunderschönen Wahlkreis Zollernalb – Sigmaringen im Deutschen Bundestag vertreten darf. Zum vierten Mal bin ich direkt mit einem tollen Ergebnis gewählt worden bin. Seitdem habe ich im Bundestag, in der Fraktion, spannende Aufgaben. Ich darf seit einigen Jahren die Energiepolitik mitgestalten, ein Feld, das nicht immer ganz einfach ist, wo die Interessen sehr unterschiedlich sind. Ich habe immer gekämpft für eine bezahlbare, sichere und auch umweltfreundliche Energieversorgung. Auch das ist seit kurzer Zeit eine meiner Aufgaben als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium bei Peter Altmaier. Ich würde gerne meine Erfahrung in die Arbeit im Bundesvorstand einbringen, würde gerne die CDU mit dem neuen Team mitgestalten, und ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei mit Ihrer Stimme unterstützen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Auch Thomas Bareiß einen herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist Peter Beuth, und ich bitte Elmar Brok und Hermann Gröhe, sich bereit zu machen.

Peter Beuth: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Peter Beuth, 51 Jahre. Ich komme aus dem Landesverband Hessen, bin in der Kommunalpolitik zu Hause, seit 1999 Mitglied des Hessischen Landtages, habe Gelegenheit gehabt, fünf Jahre lang dem Landesverband Hessen als Generalsekretär zu dienen. Seit fünf Jahren bin ich im Lande Hessen Innenminister. Vor zwei Jahren haben Sie mich in den Bundesvorstand gewählt, wofür ich sehr dankbar bin. Ich habe Ihnen damals gesagt, dass ich mich bemühen werde, als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Innenpolitik die Innenminister der Union, die innenpolitischen Sprecher aus Bund und Land und die an Innenpolitik Interessierten zusammenzubringen, für erfolgreiche Initiativen in unserem Markenkern, der Innenpolitik.

Meine Damen und Herren, das ist ganz gut gelungen. Ich will eine der vielen Initiativen herausgreifen: Wir haben es geschafft, auch Sozialdemokraten davon zu überzeugen, dass wir den Schutz unserer Einsatzkräfte – Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei – verbessern müssen und dass wir diejenigen, die unsere Einsatzkräfte angreifen, härter bestrafen müssen. Das ist uns aufgrund unserer Initiative gelungen. Dafür bin ich sehr dankbar, und darüber bin ich sehr froh.

Wir haben in den letzten Tagen in der Innenministerkonferenz eine weitere Initiative, die, wie ich finde, sehr wichtig ist, beschlossen. Mein Freund, Christian Baldauf, hat sich als Fußballfan geoutet. Wir haben gesagt, wir müssen die Chaoten, die die Menschenmengen in den Fußballstadien damit traktieren, dass sie 1 000 Grad heiße Bengalos und Pyrotechnik abbrennen, härter bestrafen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die die friedliebenden Fußballfans dort gefährden, härter bestraft werden. Auch hier ist es uns gemeinsam gelungen, sozialdemokratische Innenminister zu überzeugen, dass das eine wichtige Initiative für die innere Sicherheit ist.

Meine Damen und Herren, es geht wie immer darum, gute Ideen, starke Argumente und beharrliche Arbeit einzubringen. Ich würde das gern auch in den nächsten zwei Jahren im Bundesvorstand tun und bitte dafür um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Beuth. – Nächster Redner ist Elmar Brok.

Elmar Brok: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Der erste Test für die neue Parteiführung wird die Europawahl sein. Bei dieser Europawahl müssen wir schon Erfolg zeigen, weil dies Auswirkungen auf das gesamte Projekt „Wir wollen Mut zeigen“ hat, wie es unsere neue Parteivorsitzende zum Ausdruck gebracht hat. Ich bin der einzige Kandidat aus dem Europäischen Parlament für den Bundesvorstand. Ich bitte Sie deswegen um Unterstützung. Wir müssen deutlich machen, dass Europa den Bürgern Sicherheit bietet, dass Europa ein Weg sein kann, der den Menschen Ängste nimmt; denn wir wissen, dass bei den Sorgen der Menschen, der Arbeitnehmer und den Mittelständlern über die Herausforderung der Globalisierung und der Digitalisierung nur ein gemeinsames Europa helfen kann. In den Fragen der Handelspolitik gegenüber den Amerikanern und Chinesen kann nur Europa Sorgen wegnehmen. Die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, die mit Krieg im Osten unseres Kontinents zu tun haben, die mit Terror zu tun haben, können wir nur gemeinsam beantworten. Ich glaube, dass wir aus diesem Grund Fortschritte machen müssen, die uns auch sicherheitspolitisch nach vorn bringen: mit Grenzschützern und einer neuen Afrikapolitik, die es verhindert, dass die Menschen überhaupt losmarschieren. Wir müssen ihnen Lebenschancen in ihrer Heimat geben, damit sie nicht woanders hingehen wollen. Das kann man nicht mehr national allein bewältigen. Diese Sicherheitspolitik müssen wir wahrnehmen.

Wir müssen in den Wahlen deutlich machen, dass wir rechts und links Stimmen gewinnen wollen. Wir dürfen das Thema Europa nicht den Grünen überlassen. Wir sind Europa. Wir sind die Partei Adenauers, Kohls und Merkels. Das müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

Dass man in Bogenhausen bei den reichen Leuten grün wählt, ist auch unser Fehler. Dagegen müssen wir vorgehen.

Gleichzeitig müssen wir gegen die AfD vorgehen. Wir lassen uns von Nationalisten nicht die Nation klauen. Wir wollen ein Europa haben, das friedlich zusammenbleibt, das gemeinsame Erfolge im Interesse unserer Bürger hat. Wir müssen ein Europa haben, in dem die Nationen zusammengehören, das eine Einheit ist, kein Entweder Oder. Ich will stolz sein, Deutscher in Europa zu sein, aber ich weiß als Deutscher, dass nur über Europa die Interessen unseres Landes wahrgenommen werden können.

(Beifall)

Dies ist der Ansatzpunkt, den wir haben müssen. Die Nationalisten haben Deutschlands Interessen immer zerstört in der Geschichte. Die Nationalisten sind in diesem Sinne Antideutsche. Wir als Europäer sind für Deutschland das Beste. Aus diesem Grund möchte ich noch einmal mitarbeiten und bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Hermann Gröhe. Es machen sich bitte bereit Serap Güler und Olav Gutting.

Hermann Gröhe: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Mein Name ist Hermann Gröhe. Ich bin 57 Jahre alt und verheiratet. Meine Frau und ich haben vier Kinder. Ich bin direkt gewählter Abgeordneter im Rheinkreis Neuss.

Als ich gestern nach Hamburg fuhr, war ich wie Sie alle gespannt auf die Entscheidungen, die vor uns liegen, aber ich dachte auch an 1990 zurück, an den Wiedervereinigungsparteitag der CDU für das einige Vaterland. Ich war damals erster gesamtdeutscher Vorsitzender der Jungen Union. Es liegt an uns gemeinsam, ob dieser Bundesparteitag in Hamburg trotz knapper Entscheidungen wieder ein Vereinigungsparteitag wird. Ich finde, Jens Spahn und Friedrich Merz haben mit ihrer Haltung nach der Entscheidung des Parteitags in Sachen Parteivorsitz eine gute Grundlage dafür gelegt.

Wir alle spüren, Volkspartei zu sein ist lange nicht so schwer gewesen wie heute und gleichzeitig lange nicht so notwendig. Zusammenzuhalten gegen Angstmacher und Spalter – dazu möchte ich auch weiterhin einen Beitrag im Bundesvorstand der CDU Deutschlands leisten. Ich

bringe gern auch meine Erfahrungen als ihr früherer Generalsekretär, als Bundesminister oder jetzt als stellvertretender Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion für einen gemeinsamen Aufbruch zu neuer Stärke. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe. – Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für Serap Güler.

Serap Güler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Serap Güler. Ich bin 38 Jahre alt und verheiratet, gebürtig aus dem Ruhrgebiet, lebend in Köln und zuhause in Nordrhein-Westfalen. Ich werde oft gefragt – das hat sicherlich viel mit meiner Biografie zu tun –, warum ich denn Mitglied dieser Partei sei, warum ich Mitglied der CDU sei. Ich will Ihnen heute gerne darauf meine Antwort geben. Ich bin Mitglied der CDU, weil es mir wichtig war, Mitglied einer Partei zu sein, die auf meine Haltung und die auf meine Meinung Wert legt und nicht auf meine Herkunft.

(Beifall)

Ich bin Mitglied dieser Partei, unserer Partei, weil es mir wichtig ist, Mitglied einer Partei zu sein, die an den Menschen glaubt und ihm vertraut. Ich bin Mitglied der CDU, weil wir wie keine andere Partei dafür stehen, dass man in diesem Land durch eigene Leistung sehr wohl aufsteigen kann. Deshalb ist die einzige richtige Antwort auf die Frage, warum ich Mitglied in der CDU bin: In welcher Partei außer der CDU sollte ich Mitglied sein?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin Integrationsstaatssekretärin in Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie mich Ihnen kurz mein Verständnis von Integration erklären. Mein Verständnis von Integration endet nicht mit Sprache, Bildung oder Arbeit. Zu meinem Verständnis von Integration gehört es auch, ein gemeinsames Wertefundament zu haben.

(Beifall)

Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Menschen, die schon in unserem Land leben oder neu zu uns kommen, auch die Werte dieses Landes mit uns gemeinsam teilen, dass ihnen alle Rechte dieses Landes zur Verfügung stehen, aber dass sie sich auch an die Pflichten dieses Landes halten. Ich setze mich dafür ein, dass wir diese Menschen nicht einfach aufgeben und sie irgendwelchen Despoten im Ausland überlassen, sondern für sie als Land und als Partei attraktiv werden.

Dafür möchte ich mich auch weiterhin als Mitglied des Bundesvorstands einsetzen und werbe hiermit um Ihr Vertrauen. Noch einmal: Mein Name ist Serap Güler. Jetzt schon ganz herzlichen Dank, wenn Sie mir Ihre Stimme schenken.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön. – Der nächste Redner ist Olav Gutting. Ich bitte Elke Hannack und Dr. Reiner Haseloff, sich bereitzumachen.

Olav Gutting: Verehrtes Präsidium! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Olav Gutting. Ich bin 48 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt, verheiratet und habe eine Tochter. Seit dem Jahr 2002 bin ich der direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen in Baden-Württemberg.

Seit vielen Jahren befasse ich mich im Deutschen Bundestag im Finanzausschuss mit dem Thema Steuern. Wir haben heute in vielen Reden gehört, dass wir Vertrauen verloren haben, dass das Vertrauen in unsere Politik erodiert ist. Ich glaube, Vertrauen spielt auch beim Thema Steuern eine Rolle.

Unser Versprechen war immer, dass sich Leistung lohnen muss. Wenn das so ist, dann müssen wir in der CDU ein Einkommensteuerkonzept, eine Einkommensteuerreform haben, mit der der Mittelstandsbauch abgebaut wird, damit sich Leistung wirklich wieder lohnt. Das bedeutet auch, dass es nicht sein kann, dass ein lediger Facharbeiter heute bereits den Spitzensteuersatz bezahlt.

Beim Solidaritätszuschlag haben wir vor über 20 Jahren versprochen, dass es sich hierbei um eine befristete Abgabe handelt. Dieses Versprechen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, müssen wir auch einlösen. Deshalb brauchen wir eine glaubwürdige, eine klare Aussage zu einem Abbaupfad für den gesamten Solidaritätszuschlag. Nur so können wir Glaubwürdigkeit in der Steuerpolitik zurückgewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will mithelfen, dass unsere CDU dieses Versprechen einlöst und wir uns das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit unserer Steuerpolitik zurückerarbeiten. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Olav Gutting. – Ich unterbreche hier, um Wahlergebnisse bekanntzugeben.

Wir haben das Ergebnis zur Wahl des Mitgliederbeauftragten: abgegebene Stimmen 714, ungültige Stimmen 3, Enthaltungen 11, gültige Stimmen 700. Die erforderliche Mehrheit beträgt 351. Es wurden für Henning Otte 675 Stimmen abgegeben. Das sind 96,43 Prozent. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich sehe den Kandidaten nicht, um ihn zu fragen, ob er die Wahl annimmt. – Rechts ruft jemand. Herzlichen Glückwunsch also zur Wahl als Mitgliederbeauftragter!

(Beifall)

Wir haben ein weiteres Wahlergebnis vorliegen, und zwar das Ergebnis der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums: abgegebene Stimmen 895, ungültige Stimmen 5, gültige Stimmen 890. Die erforderliche Mehrheit beträgt 446. Sie haben ausgesprochen vernünftig gewählt. Auf Dr. Bernd Althusmann entfallen 611 Stimmen; das sind 68,65 Prozent. Professor Monika Grütters erhielt 603 Stimmen; 67,75 Prozent. Michael Kretschmer erhielt 735 Stimmen; das sind 82,58 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Karl-Josef Laumann erhielt 680 Stimmen; das sind 76,4 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Mike Mohring erhielt 647 Stimmen; das sind 72,7 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Jens Spahn erhielt 793 Stimmen; das sind 89,10 Prozent.

(Beifall)

Und Annette Widmann-Mauz erhielt 500 Stimmen; das sind 56,18 Prozent. – Ich frage die Gewählten: Nehmen Sie die Wahl an? – Ich fange mit Bernd Althusmann an. – Gibt mir jemand ein Zeichen? – Er hat Ja gesagt. Professor Monika Grütters? – Ich höre auch da ein Ja. Michael Kretschmer? – Ein Ja habe ich vernommen. Karl-Josef Laumann? – Mike Mohring? – Jens Spahn? – Auch ein Ja. Und Annette Widmann-Mauz? – Hat auch Ja gesagt. Dann gratuliere ich allen Gewählten und freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte nun Elke Hannack, sich vorzustellen.

Elke Hannack: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Elke Hannack. Ich bin seit 39 Jahren Mitglied der CDU, annähernd so lange Mitglied der CDA, und ich bin die Stellvertretende Bundesvorsitzende beim Deutschen Gewerkschaftsbund.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe vor zwei und vor vier Jahren einen Satz gesagt, den ich Ihnen heute wieder sagen muss: Ich bin noch immer die einzige Schwarze im DGB-Bundesvorstand.

(Vereinzelt Beifall)

Umso mehr hat es mich gefreut, dass die Delegierten der Gewerkschaften mich im Mai beim DGB-Bundeskongress mit der absolut höchsten Stimmenzahl von allen Vorstandsmitgliedern wiedergewählt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das zeigt: Auch wir Christdemokraten können Gewerkschaft, und die Gewerkschaften honorieren das. Und das finde ich toll.

Aber wir müssen als Volkspartei CDU wieder stärker bestimmte Gruppen in unsere Programmatik einbinden. Wir müssen uns wieder mehr um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmern, die jeden Tag mit ihrer Arbeit zu unserem Wohlstand beisteuern. Viele von ihnen haben uns den Rücken zugewandt. Die müssen wir zurückholen. Auch das macht Volkspartei aus.

Wir müssen uns auch mehr um die Menschen kümmern, die im Niedriglohnsektor arbeiten und am Ende des Monats mit Hartz IV aufstocken müssen, weil der Arbeitslohn zum Leben nicht reicht. Deutschland hat nach wie vor den größten Niedriglohnsektor in Europa, und daran müssen wir arbeiten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen auch an die Menschen denken, die ein Leben lang gearbeitet haben und sich Sorgen machen, ob sie im Alter noch eine auskömmliche Rente bekommen oder auf Grundsicherung angewiesen sind. Um diese Menschen müssen wir uns kümmern, und wir müssen ihnen auch Antworten geben.

Wir müssen uns auch darum kümmern, die Frauen stärker in den Fokus unserer Partei zu stellen. Wir sind noch nicht am Ende beim Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zwischen Männern und Frauen gibt es noch eine Entgeltlücke. Wir sind auch noch nicht am Ende bei der Frage „gleicher Zugang zu Führungspositionen“. Und wir sind noch nicht am Ende bei der Frage der Aufwertung von frauentypischen Berufen in der Pflege oder auch in der Erziehung. Auch daran müssen wir weiterarbeiten.

Am Ende geht es auch um die Gruppe der älteren und alten Menschen. Auch um diese Gruppe müssen wir uns verstärkt kümmern. Alte Menschen werden in Deutschland häufig als Belastung empfunden. Aber wir wissen doch, dass sie eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind und dass wir ihr Erfahrungswissen brauchen, um die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Das kann nur die CDU mit ihrem christlichen Menschenbild.

All das brauchen wir, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Um die stärkere Integration dieser Gruppen in unsere CDU-Programmatik möchte ich mich gerne kümmern. Da will ich im Bundesvorstand mitarbeiten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir das Votum dazu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Hannack. – Während Dr. Reiner Haseloff sich zum Rednerpult begibt, möchte ich die Geschäftsführer bitten, im Büro der Stimmzählkommission die großen gelben Stimmzettel für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes abzuholen. – Herr Dr. Haseloff.

Dr. Reiner Haseloff: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin seit 43 Jahren glücklich verheiratet, habe zwei Kinder und fünf Enkelkinder und lebe in der Lutherstadt Wittenberg im schönen Sachsen-Anhalt. Seit 2011 bin ich Ministerpräsident dieses wunderschönen Landes.

(Vereinzelt Beifall)

Danke schön. – Inzwischen bin ich mit Volker Bouffier dienstältester Ministerpräsident in Deutschland. So schnell geht das, so schnelllebig ist die Zeit. Wir wollen gemeinsam weiterhin unsere Erfahrung im Bundesvorstand einbringen. Dazu stehe ich gerne zur Verfügung.

Wir waren, wie Sie wissen, das Land, das 2016 als CDU die einzige Landtagswahl gewonnen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich war in der Lage, mit zwei Partnern, der SPD und den Grünen, eine Regierung zu bilden, die sich Kenia-Koalition nennt.

Man hatte ihr wenige Erfolgchancen ausgerechnet. Inzwischen sind wir fast drei Jahre unterwegs und zeigen, dass es geht, nämlich eine Regierung in schwierigen Verhältnissen ohne Links und ohne Rechts in Ostdeutschland und in Deutschland generell zu bilden. Das muss auch weiterhin als CDU unser Anspruch sein.

(Vereinzelt Beifall)

Von diesem Bundesparteitag muss das Signal ausgehen, dass wir die Mitte verbreitern und die Pole zurückdrängen. In Sachsen-Anhalt haben wir die entsprechende Erfahrung gesammelt.

Wir wissen, dass wir im nächsten Jahr wichtige Landtagswahlen und auch die Europa- und Kommunalwahl zu bewältigen haben. Ich werde mich anstrengen, in Sachsen, aber auch in Thüringen und in Brandenburg Unterstützung zu leisten; denn es kann nicht sein, dass wir in den fünf neuen Bundesländer, nachdem wir hier in Hamburg 1990 den Vereinigungsparteitag hatten, zurückgedrängt werden und nicht mehr stärkste politische Kraft sein sollen. Das kann nicht sein. Wir in Sachsen-Anhalt haben es gezeigt, wir werden es auch in den anderen Bundesländern zeigen. Deswegen: Unterstützen Sie uns. Ich bin der einzige Kandidat für Sachsen-Anhalt und bitte um Ihre Stimme und um Ihr Vertrauen.

Ich wünsche uns noch einen schönen Abend. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke auch für Ihre Vorstellung, Dr. Reiner Haseloff. Die nächsten Redner sind Dr. Stefan Heck und Mechthild Heil. – Dr. Heck, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Heck: Liebe Freunde, mein Name ist Stefan Heck. Ich bin Rechtsanwalt und Landesvorsitzender der Jungen Union in Hessen.

Wir haben heute viel über unsere Rolle als Volkspartei gesprochen. Wir haben darüber gesprochen, dass wir in den großen Städten und in den kleinen Dörfern vor Ort sein müssen, dass wir Frauen und Männer brauchen. Wir haben darüber gesprochen, dass wir Arbeitnehmer genauso brauchen wie Selbstständige. Wir brauchen die Älteren genauso wie die Jungen. Deshalb trete ich heute als Vertreter der jungen Generation, der Jungen Union Deutschlands an. Wir glauben, dass wir in diesen Zeiten als Junge Union besondere Aufgaben haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir machen besonders gerne Wahlkampf. Wir sind besonders diskussionsfreudig. Wir haben über 50 Anträge zu diesem Parteitag heute eingebracht.

Ein Punkt ist im Moment ganz besonders wichtig. Wir sind in einer Großen Koalition, die wir uns nicht gewünscht haben, aber natürlich bleiben wir vertragstreu. Umso wichtiger ist es, dass wir deutlich machen, was wir machen würden, wenn wir nicht an den Koalitionsvertrag gebunden wären. Wir als Junge Union haben das Privileg, dass wir hier etwas freier auftreten und deutlich machen können, wofür CDU pur in diesen Zeiten eigentlich steht. Daran würde ich in den nächsten beiden Jahren gerne mitwirken und bitte Sie um Ihr Vertrauen. Sie haben 26 Stimmen, geben Sie eine davon bitte der Jungen Union Deutschlands.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für Mechthild Heil.

Mechthild Heil: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde der CDU! Mein Name ist Mechthild Heil. Ich bin Diplom-Ingenieurin und Architektin. Ich komme aus einem Familienunternehmen. Vor fünf Generationen hat bei uns mal einer als Maurermeister angefangen, daraus haben wir ein Architekturbüro gemacht. Wenn wir gut sind, dann ist bald auch die sechste Generation am Start. Ich habe nämlich drei Kinder, drei Jungs. Ich bin verheiratet. Ich bin seit 2009 im Bundestag. Ich war dort acht Jahre für den Verbraucherschutz zuständig, zuletzt im Rechtsausschuss, dem ich immer noch angehöre. Seit Sommer dieses Jahres gibt es den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, dem ich vorsitzen darf. Das fällt als Diplom-Ingenieurin in meinen Bereich.

Ich komme aus dem ländlichen Raum. Mein Wahlkreis in Ahrweiler, der zwischen dem Rhein, der Mosel, der Ahr und dem Nürburgring liegt. Ich verstehe etwas von Kommunen, auch weil ich immer noch Kreisvorsitzende bin, weil ich im Stadtrat und im Kreistag und auch Stadtverbandsvorsitzende bin.

Natürlich engagiere ich mich auch ehrenamtlich. Ich darf Vorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands sein, einem Verband, dem immerhin fast 500 000 Frauen angehören; er ist also fast so groß wie unsere schöne CDU.

Ich bewerbe mich zum zweiten Mal für ein Amt im Bundesvorstand. Es wäre schön, wenn Sie mir Ihre Stimme geben würden. Meine Mitbewerberin vor Ort in meinem Wahlkreis ist Andrea Nahles, die ich zum Glück auf ihren Platz verweisen konnte. Ich hoffe, dass uns das in der Bundesrepublik auch weiterhin gelingt. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Stimme geben würden. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Mechthild Heil. – Nächste Rednerin ist Elisabeth Heister-Neumann. Ich bitte Gudrun Heute-Bluhm und Vincent Kokert, sich bereitzumachen.

Elisabeth Heister-Neumann: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Elisabeth Heister-Neumann, bin glücklich verheiratet, habe zwei erwachsene Töchter, eine wunderbare Enkeltochter und komme aus Niedersachsen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Niedersachsen ist ein Flächenland. Wir sind in Niedersachsen sehr stolz auf unsere Dörfer und kleinen Städte. Mir ist es ein ganz großes Anliegen – sicherlich auch den anderen in den Flächenländern –, dass diese lebendige Vielfalt weiter erhalten bleibt. Meine Damen und Herren, die Dörfer, der ländliche Raum dürfen nicht abgehängt werden. Wir brauchen die 5G auch an der Milchkanne.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, es bedarf großer Anstrengung, um die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land auch für die Zukunft sicherzustellen. In diesem Sinne möchte ich mich als kommunale Vertreterin weiterhin im Bundesvorstand einsetzen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar für Ihre Unterstützung und bitte um Ihre Stimme.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elisabeth Heister-Neumann. Das Wort hat Gudrun Heute-Bluhm. Bereithalten sollten sich bitte Vincent Kokert und Thomas Kufen.

Gudrun Heute-Bluhm: Liebe Delegierte! Ich bin die dritte „H“-Frau im Bunde. Ich heiße Gudrun Heute-Bluhm, ich bin 61 Jahre alt und mittlerweile Großmutter von drei wunderbaren Enkelkindern. Mein Ehemann hat meinen Lebensweg in der CDU und im kommunalen Hauptamt stets unterstützt und dafür bin ich ihm sehr dankbar. Mit 30 wurde ich Stellvertreterin des Landrats, mit 38 Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach in Baden-Württemberg. Das habe ich 19 Jahre mit großer Leidenschaft gemacht. Diese Leidenschaft ist eine kommunale Leidenschaft geblieben,

(Vereinzelt Beifall)

und sie hat mich jetzt in die Position der Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg gebracht. Das gibt mir die Möglichkeit, die Stimme der Kommunen gegenüber der Landesregierung zu erheben. Genauso möchte ich, wie in den vergangenen sechs Jahren, die kommunale Stimme im Bundesvorstand erheben. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Es ist wichtiger geworden, dass kommunale Ebene, Landesebene, Bundesebene und Europaebene im Bundesvorstand vertreten sind; denn die Themen, die vor uns liegen, sind Themen, die auf allen Ebenen wichtig sind. Das Thema Digitalisierung ist nicht nur, aber auch „die letzte Kanne“ im ländlichen Raum, den wir so schön geprägt haben. Es geht außerdem um die Frage: Welche Anforderungen haben die Bürgerinnen und Bürger in der heutigen Zeit an ein Rathaus? Was müssen wir tun, damit wir Verwaltung bürgergerecht gestalten können? Das sind Themen, die uns im Zuge der Digitalisierung beschäftigen.

Gleichermaßen ist das Thema Energiewende ein Aspekt der Digitalisierung geworden. Auch dieses Thema lässt die Kommunen nicht kalt. Vielmehr müssen wir mit der kommunalen Ebene in Einklang sein. Dafür möchte ich mich gerne weiterhin im Bundesvorstand einsetzen, so wie ich es im kommunalen Ehrenamt und als Kreisrätin seit vielen Jahren in meiner Heimatstadt mit viel Erfolg tue. Ich werde bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr wieder antreten und hoffe, dass ich damit meine Erfahrung im kirchlichen Ehrenamt als Mitglied der Landessynode der badischen Landeskirche einbringen kann.

Alle diese Themen zusammenzuführen und zusammenzuhalten, das ist mein Anliegen, so wie wir die inhaltliche Vielfalt innerhalb der CDU heute demonstrativ gezeigt haben. So können und müssen wir das über die Ebenen hinweg tun. Deswegen würde ich mich über Ihr wiederholtes Vertrauen außerordentlich freuen. Ich werde gerne das kommunale Element im Bundesvorstand repräsentieren. Dafür darf ich um Ihre Stimme bitten.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gudrun Heute-Bluhm. Das Wort hat nun Vincent Kokert aus Mecklenburg-Vorpommern. Es halten sich bereit Thomas Kufen und Elisabeth Motschmann.

Vincent Kokert: Liebe Freundinnen und Freunde! Vincent Kokert, 40 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder, katholisch. Ich bin seit 1997 in der CDU und auch in der Jungen Union. Ich war lange JU-Landesvorsitzender.

Mich treibt folgendes Thema um, auch heute auf diesem Parteitag: Ich glaube, wir als CDU beschäftigen uns zu viel mit dem, was in unserem Land alles nicht klappt. Lassen Sie uns doch mehr darüber reden, was alles klappt.

Wenn ich heute mich im Saal umblicke, dann sehe ich sehr viele Menschen, die morgens aufstehen, einer geregelten Tätigkeit nachgehen, ihre Kinder erziehen, in die Schule bringen, mit ihnen zusammen Hausaufgaben machen. Vielleicht sollten wir uns wieder mehr um die 80 Prozent der Bevölkerung kümmern, die wirklich ihren Job machen. Das wäre mir ein großes Bedürfnis. Dafür möchte ich mich im Bundesvorstand einsetzen.

Ich wäre auch der einzige Kandidat aus Mecklenburg-Vorpommern. Wie Sie wissen, müssen wir auf die Bundesvorsitzende zukünftig verzichten. Deshalb würde ich mich über Ihre Unterstützung sehr freuen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das Wort hat nun Thomas Kufen aus Nordrhein-Westfalen. Es folgen Elisabeth Motschmann und Sylvia Pantel.

Thomas Kufen: Liebes Präsidium! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Thomas Kufen. Ich bin 45 Jahre alt und aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Im Jahr 2015 wurde ich mitten im roten Ruhrgebiet mit 62 Prozent zum Oberbürgermeister meiner Heimatstadt Essen gewählt.

(Beifall)

Ich habe mich im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Amtsinhaber durchgesetzt und damit wieder ein schwarzes Rathaus in den größten zehn Städten in Deutschland zeigen können. Das heißt, wir können Großstädte. Das ist das klare Signal – auch an die Freunde in Bremen und in Hamburg für die Kommunalwahlen im nächsten bzw. übernächsten Jahr.

Ich werde eine starke kommunalpolitische Stimme im Bundesvorstand sein, und ich will Sie, die sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren, dort vertreten. Ich will mich dort einbringen und bitte darum um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Kufen. – Das Wort hat nun Elisabeth Motschmann. Danach kommen Sylvia Pantel und Lucia Puttrich.

Elisabeth Motschmann: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich bin Elisabeth Motschmann und komme aus dem kleinsten Bundesland, Bremen. Wir haben ganze fünf Delegierte.

Klein hin, klein her: Am 26. Mai nächsten Jahres wollen und werden wir Bremen rocken und endlich von der SPD-Herrschaft befreien.

(Beifall)

Das wollen wir mit einem Seiteneinsteiger tun, einem großartigen Unternehmer aus der IT-Branche, nämlich Carsten Meyer-Heder, der heute auch hier ist und den wir alle ganz doll unterstützen müssen; denn das ist der erste Lackmustest für unsere neue Parteivorsitzende. Bremen ist das nächste Bundesland, in dem Wahlen stattfinden. Auch wenn es klein ist: Sie müssen uns helfen.

(Vereinzelt Beifall)

Da hinten ist der neue Star.

Ich bin verheiratet, habe drei Kinder und acht Enkelkinder. Daraus ergibt sich natürlich eine klare Familienorientierung. Es ist richtig, dass sich die CDU für die Familien und die Mitte der Gesellschaft einsetzt.

Als Mitglied des Deutschen Bundestages habe ich zwei Arbeitsschwerpunkte:

Der eine ist der Auswärtige Ausschuss, in dem ich mich um die baltischen Länder kümmere, die mit Blick auf das, was im Augenblick in der Ukraine wieder passiert, in allergrößter Sorge sind.

Daneben bin ich Sprecherin für Kultur und Medien. Das ist ein unterschätztes politisches Feld. Wir müssen uns um die Kreativen in diesem Land kümmern. Sonst bekommen wir keine vernünftige Kreativwirtschaft.

Ein Letztes zu den Medien: Wenn unsere freie, unabhängige Presse als Lügenpresse beschimpft wird, dann – das sage ich Ihnen – müssen wir dem entschieden entgegentreten. Das kann nicht sein. Wir können stolz auf diese unabhängige, freie Presse sein.

Ein Allerletztes: Ich bin in der Frauen Union verortet und möchte mich mit Annegret Kramp-Karrenbauer dafür einsetzen, dass wir im nächsten Bundestag mehr als 20 Prozent Frauen haben. Wir können das besser; das haben wir heute gesehen. Dafür möchte ich mich im Bundesvorstand einsetzen.

Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihre Stimme; denn ich brauche ein paar mehr als meine fünf Bremer. Das werden Sie verstehen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Elisabeth Motschmann. Selbstverständlich werden wir Bremen unterstützen. Wir wünschen euch viel Erfolg für die Wahlen. – Als Nächstes hat Sylvia Pantel von der CDU Düsseldorf das Wort. Es folgen Lucia Puttrich aus Hessen und Herbert Reul, NRW.

Sylvia Pantel: Einen schönen guten Abend, sehr geehrte Delegierte und Gäste! Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und habe fünf erwachsene Kinder.

Ich werde von Düsseldorf nominiert. Ich weiß, dass das nicht üblich ist, aber wir haben viele praktische Dinge und auch Anträge durchgebracht, weil es eben auch andere Wege gibt, wie man Politik machen kann.

Ich bin immer in schwierigen Ratswahlkreisen und in einem schwierigen Bundestagswahlkreis gewählt worden, und ich bin direkt gewählte Abgeordnete. Es ist bei uns schwierig, zu diskutieren, die Probleme zu benennen und zu versuchen, Lösungen zu finden.

Das ist eigentlich exemplarisch für mich, weil ich bei uns in Düsseldorf mit der Unterschriftenaktion zur Mütterrente begonnen habe. Das war ein sehr erfolgreicher Start. Danach habe ich mich im Bundestag für die Eigentumsförderung für unsere jungen Familien eingesetzt, und das Ergebnis kennen Sie auch. Ich war im Bundestag für das Prostituiertenschutzgesetz verantwortlich, und jetzt gerade, vor 14 Tagen, habe ich die digitale Plattform für die Frauenhäuser als Informationsmöglichkeit durchgebracht.

Ich hoffe, dass Sie mich bei meiner Kandidatur unterstützen, weil ich auch Ortsvorsitzende in einer Großstadt, einem Wahlkreis, bin, in dem wir auch eine ganze Menge Probleme haben, die ich gerne von unten direkt nach ganz oben transportieren möchte.

Ich hoffe, dass Sie mich unterstützen. Ich stehe für Familie und auch für innere Sicherheit. Bildung ist genauso wichtig.

Ich komme aus der Praxis und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich mit Ihrer Stimme unterstützen würden. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es folgt Lucia Puttrich aus Hessen, und es halten sich Herbert Reul und Ina Scharrenbach bereit.

Lucia Puttrich: Mein Name ist Lucia Puttrich. Ich komme aus Hessen, bin dort stellvertretende Landesvorsitzende und im Kabinett von Volker Bouffier für Bundesrat und Europa verantwortlich.

Wir sind diejenigen, die die letzten Wahlen hinter sich haben, und wir sind diejenigen, die gezeigt haben, dass man auch in schwierigsten Zeiten geschlossen erfolgreich sein kann.

Wir sind im Moment gerade in Koalitionsverhandlungen mit den Grünen, produzieren keine Balkonbilder und werden deshalb erfolgreich sein.

Wir sind diejenigen, die seit fünf Jahren mit den Grünen koalieren. Ich bin in einer Zeit in die CDU eingetreten, als die Grünen für uns eigentlich noch eine Ausnahme, verdächtig und eher Spontis waren. Man hätte nie geglaubt, dass man in solchen Koalitionen arbeiten kann. Die Zeiten haben sich verändert. Wir können Brücken schlagen, und wir können gute Politik machen.

Was habe ich im Laufe der Jahre gelernt? Geschlossenheit ist das, was wir brauchen, und das haben die Hessen gezeigt. Wir sind ein Verband, der besonders ist und gezeigt hat, dass man erfolgreich ist, wenn man gemeinsam nach vorne schaut. Und das wollen wir tun: gemeinsam nach vorne schauen – bei uns, aber auch im Bund –, gemeinsam miteinander kämpfen, um erfolgreich zu sein, ein gutes Grundsatzprogramm erarbeiten und uns vor allen Dingen bei der Europawahl voll ins Zeug legen, weil eines klar ist, nämlich, dass auch Deutschland hier eine besondere Rolle hat.

Insofern bitte ich um Ihre Unterstützung, damit ich bei der Wahl zum Bundesvorstand wieder hineingewählt werden kann. – Besten Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lucia Puttrich. – Herbert Reul hat das Wort, und es folgen Ina Scharrenbach und Professor Dr. Dagmar Schipanski.

Herbert Reul: Meine Damen! Meine Herren! Mein Name ist Herbert Reul. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen.

Erstens. Auf früheren Parteitagern habe ich als Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe geredet, heute bin ich Innenminister in Nordrhein-Westfalen.

Zweitens bin ich fest davon überzeugt, dass man nicht versuchen kann, die Stimmen der AfD mir irgendwelchen Sprüchen, Programmen oder Pamphleten zurückzugewinnen, sondern das wird man nur schaffen, wenn man mit Taten überzeugt. Man muss handeln und überzeugen. Man muss die Probleme der Menschen lösen.

(Beifall)

Genau deshalb habe ich dieses Amt, Nordrhein-Westfalens Innenminister, gerne übernommen.

Drittens. Es gab schon mal einen Bundesparteitag, auf dem ich mit Ihrer Unterstützung einen schönen Antrag zur Zeitumstellung durchbekommen habe. Können Sie mir heute noch mal helfen? Wählen Sie mich!

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herbert Reul. Es folgt Ina Scharrenbach, CDU Nordrhein-Westfalen.

Ina Scharrenbach: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierten. Mein Name ist Ina Scharrenbach, 42 Jahre alt. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und bin im Kabinett von Armin Laschet für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung zuständig. Das, was uns in Deutschland verbindet, ist in der Tat die Heimat. Sie bringt die Menschen zusammen – über unsere Tradition, unsere Werte und unser Verständnis. Die

demokratische Heimat in der Bundesrepublik Deutschland ist untrennbar mit dem Wirken von Christdemokratinnen und Christdemokraten verbunden. Das, was Sie jeden Tag im Großen und sehr viel mehr im Kleinen leisten, trägt dazu bei, dass Menschen zusammenkommen, zusammenfinden und wir daraus Stärke gewinnen. Deswegen bedeutet zuständig zu sein für Heimat auch stolz zu sein auf das, was in unseren Regionen in der Bundesrepublik Deutschland geleistet wird. Dazu gehört die Stärkung der Regionen und die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit; denn Heimat wird vor Ort gestaltet. Vor diesem Hintergrund möchte ich gerne an der Zukunftsgeschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mitwirken, und darf Sie um Ihre Stimme bitten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Nadine Schöne, Tagungspräsidium: Wir danken Ina Scharrenbach für Ihre Vorstellung. – Das Wort hat Professor Dr. Dagmar Schipanski von der CDU Thüringen. Es halten sich bereit Marc Speicher und Daniel Günther, der Dr. Johann Wadephul vorschlägt.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Delegierte, mein Name ist Dagmar Schipanski, Jahrgang 1943, verheiratet, drei Kinder, zwei Enkelkinder. Von Beruf bin ich promovierte Physikerin und Universitätsprofessorin für Festkörperelektronik. Ich habe 25 Berufsjahre an der Technischen Universität Ilmenau in Thüringen die Herstellung, Berechnung und den Entwurf von integrierten Schaltkreisen erforscht und gelehrt. Das heißt, ich habe die Hardware für die heutige Digitalisierung und künstliche Intelligenz mit entwickelt.

Ich bin nach der friedlichen Revolution 1989 allmählich in die Politik gewechselt, weil ich nicht wollte, dass linke und sozialistische Ideen wieder unser Land bestimmen. Dabei habe ich als Vorsitzende des Wissenschaftsrats die Wissenschaftslandschaft der neuen Länder umstrukturiert und mit neu aufgebaut. Heute ist die Wissenschaft in den neuen Ländern ein internationales Markenzeichen unseres vereinten Deutschlands. Ich wurde auf dem denkwürdigen Parteitag, der heute schon einige Male erwähnt wurde, im Jahr 2000 in Essen in das Präsidium der CDU gewählt und bin seit 2006 Beisitzerin im Bundesvorstand. Ich habe mich im Bundesvorstand in all den Jahren für die Bildungspolitik eingesetzt. Ich habe die Bildungspolitik immer kritisch begleitet und mich besonders für das Zusammenwachsen von Ost und West eingesetzt.

Ich möchte noch einmal für den Bundesvorstand kandidieren, weil ich mein Wissen über die Entwicklung, die Mentalität und die Besonderheiten der neuen Länder in die Gestaltung der CDU-Politik für die nächsten Jahre einbringen möchte. Mich beunruhigt unheimlich, dass linke und rechte Populisten die Menschen verdummen und verhetzen und somit ein falsches Bild des Ostens entsteht. Ich möchte die Kraft der Mitte durch Eintreten für unsere christlichen, europäischen Werte stärken; das kann man in der Frauen-, Familien-, Europa- und natürlich in der

Bildungspolitik tun. Die Bildungspolitik legt jetzt das Hauptaugenmerk auf Digitalisierung. Das ist nicht nur Technik; das sind auch Inhalte und die Vermittlung von Werten. Dessen müssen wir uns bewusst sein, und dafür möchte ich mich im Bundesvorstand einsetzen. Ich bitte um Ihre Stimme, damit ich meine vielfältigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Generationen, im Zusammenwachsen von Ost und West und im Bereich der Chancengleichheit für Frauen in die zukünftigen Programme der CDU einbringen kann. Ich freue mich auf eine Zusammenarbeit mit Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Schipanski. – Das Wort hat Marc Speicher.

Marc Speicher: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Marc Speicher, ich bin 34 Jahre alt. In diesem Jahr feiere ich meine Volljährigkeit: Ich bin seit 18 Jahren Mitglied der CDU, seit 20 Jahren in der CDA engagiert und Mitglied der Jungen Union. In der Jungen Union habe ich verschiedene Funktionen bekleidet, vom Orts- und Kreisvorsitz bis hin zur Bundeskommission Wirtschaft, und tue das sehr gerne. Ich komme aus Roden. Roden ist so etwas wie der Ruhrpott des Saarlandes: rauchende Schloten, Autowerk, Stahlwerk und früher entfielen 65 Prozent, also zwei Drittel der Stimmen auf die Sozialdemokraten. Das ging überhaupt nicht; deswegen haben wir gekämpft. Wir waren fleißig und haben uns auf den Hosenboden gesetzt. Wir standen morgens um 5 Uhr am Werkstor, wir waren an den Stammtischen und haben mit vielen neuen Mitgliedern und vielen neuen Gesichtern in der CDU darum geworben, die Union zu wählen. Wir sind von Haus zu Haus, von Tür zu Tür gegangen. Im vergangenen Jahr konnten wir den Erfolg davontragen, die Früchte ernten: Wir haben die SPD eingeholt, wir haben die Stimmen für die Sozis halbiert.

(Vereinzelt Beifall)

Seither bin ich gewählter Abgeordneter im Landtag. Meine Schwerpunktbereiche sind Arbeit, Industrie, Wirtschaft und Finanzen. Unter anderem bin ich Vorsitzender des Ausschusses zur Haushaltsprüfung des Landtages. Entscheidend ist, zu kämpfen, nicht nur im Wahlkampf – das ist selbstverständlich –, sondern auch darüber hinaus. Mein Vorbild ist mein Opa. Mein Opa ist 1952 in die CDU eingetreten. Damals war die CDU verboten; es war illegal Mitglied der CDU im Saarland zu sein. Und trotzdem gab es mutige Männer und mutige Frauen, die diesen Schritt gewagt haben und sich für unsere CDU engagiert haben, obwohl sie verboten war. Einige von ihnen haben wir vor einigen Tagen bei uns im Saarland für diese lange Zugehörigkeit geehrt. Eines kann man aus diesen Gesprächen lernen: Es mag sein, dass die Lage für unsere Volkspartei heute schwierig ist; aber es gab schon andere Zeiten mit widrigeren Umständen als heute. Deswegen kommt es darauf an, Flagge zu zeigen, vor allem auch, meine ich, in den neuen Medien. Wir dürfen Instagram, Twitter und Facebook nicht den Populisten überlassen: weder von

rechts noch von links. Wir müssen für unsere Überzeugungen und für unsere Politik der Mitte kämpfen. Wir erreichen somit breite Wählerschichten. Als Mitgliederbeauftragter des Landesverbandes sage ich auch: Wir müssen uns in der Mitgliedschaft breit aufstellen, wir müssen die Vielfalt der Gesellschaft bei uns in der Partei abbilden.

Liebe Freunde, ich bin im März 2000 in die CDU eingetreten. Damals tobte die Spendenaffäre; aber ich habe gesagt: Man muss auch wenn es schwierig ist, Flagge zeigen und zur Union stehen. Die Union ist die Partei, die über Jahrzehnte geprägt hat, was Deutschland heute ausmacht. Alle wesentlichen Grundlagen der Bundesrepublik wurden von unserer CDU oft gegen Widerstände und den Mainstream geschaffen; aber wir haben uns durchgesetzt und für das Richtige gekämpft. Und darauf kommt es auch heute an. Ich möchte mit Ihnen, mit euch zusammen dafür kämpfen, dass wir eine starke Volkspartei bleiben mit einer breiten Verankerung in der Gesellschaft und starken Vereinigungen. Das möchte ich als Ortsvorsitzender, als kommunaler Mandatsträger, als Stadtrat und als Mitglied des Bundesvorstands tun. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung und um Ihre Stimme. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marc Speicher. – Das Wort hat nun Daniel Günther, der Dr. Johann Wadephul vorstellen wird. Es halten sich bereit Marco Wanderwitz und Marcus Weinberg.

Daniel Günther: Als Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein möchte ich Ihnen gern Johann Wadephul ans Herz legen: 55 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder. Er ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter und dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Als Major der Reserve ist er einer der profiliertesten Außen- und Verteidigungspolitiker, die wir haben. Diese Kompetenz möchte Johann Wadephul weiterhin gerne in den Bundesvorstand einbringen. Er gehört diesem seit 2010 an und ist Beisitzer. Er ist ein ordentlicher Kerl und einziger Kandidat der CDU Schleswig-Holstein für die Wahl des Bundesvorstandes. Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung für Johann Wadephul.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Günther. – Das Wort hat nun Marco Wanderwitz. Es halten sich Marcus Weinberg und Monica Wüllner bereit.

Marco Wanderwitz: Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin 1989/90 zunächst zur Jungen Union gekommen und später dann zur CDU. Die friedliche Revolution in meiner sächsischen Heimat und der Weg zur deutschen Einheit haben mich als jungen Menschen begeistert. Ich habe mich immer in unserer Partei engagiert. Ich war viele Jahre Kreisvorsitzender in der Jungen Union und bin jetzt seit einiger Zeit Kreisvorsitzender in meinem Kreisverband.

Ich habe in der letzten Legislaturperiode das Netzwerk „Medien“ in der Bundespartei leiten dürfen. Ich bin seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik engagiert. Auch wir haben zusammen mit der Europawahl Kommunalwahlen. Natürlich will ich dann wieder für den Kreistag antreten.

Ich bin evangelischer Christ, Vater dreier toller Töchter und von Hause aus gelernter Rechtsanwalt. 2002, als ich das erste Mal in den Deutschen Bundestag gekommen bin, war ich der zweitjüngste direkt Gewählte. Den jüngsten direkt Gewählten haben Sie heute schon gesehen und ihm ein sehr gutes Ergebnis beschert. Das war Jens Spahn. Wir waren gemeinsam in der Jungen Gruppe. Ich war zwei Legislaturperioden Vorsitzender der Jungen Gruppe, dann Sprecher für Kultur und Medien, bevor ich nun seit März Staatssekretär für Bau und Heimat im Innenministerium bin.

Bau und Heimat sind auch die Themen, die ich im Bundesvorstand einbringen möchte. Heimat, gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind Zukunftsthemen für unser Land, aber nicht nur für unser Land, sondern auch für uns als CDU; denn insbesondere der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Nicht-abgehängt-Sein der ländlichen Räume, aber auch das Gut-leben-Können in den großen Städten sind ganz wichtige Themen für viele Menschen, genauso wie beispielsweise das Thema bezahlbares Wohnen. In diesem Bereich sind wir mächtig gefordert. Deutschland ist noch nicht fertig gebaut, wie viele immer dachten.

Ich bin hier für meinen Landesverband Sachsen der Kandidat. Wir wollen 2019 mit Michael Kretschmer an der Spitze die Landtagswahl erneut gewinnen. Ich bitte Sie herzlich um Ihr Vertrauen. Etwas leichter machen möchte ich es Ihnen ganz zum Schluss aus vollem Herzen. Jo Wadepful, der vor mir vorgestellt wurde, genauso wie die anderen drei, die jetzt noch kommen, sind gute Kandidaten und ihre Nachnamen beginnen mit W. Wählen Sie, mit dem Ende beginnend, zuerst die fünf, deren Namen mit W beginnen. Dann haben Sie schon einmal nichts verkehrt gemacht. – Danke schön.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marco Wanderwitz. – Dann kommt der nächste Kandidat mit W, nämlich Marcus Weinberg aus Hamburg.

Marcus Weinberg: Vielen Dank, liebe Nadine! – Liebe Delegierte! Das war ein wunderbarer Vorschlag; den kann ich nur unterstützen. Schauen wir mal.

Marcus Weinberg, 51 Jahre. Ich lebe mit meiner Familie in Hamburg, mit meinem kleinen Sohn in Hamburg-Altona, also im dänischen Teil. Wie sagt man bei uns: Nicht lang schnacken! Zwei Minuten, zwei Gründe.

Ich bin der Kandidat der Hamburger CDU, des gastgebenden Landesverbandes. Hamburg ist eine schöne Stadt. Ich hoffe, dass Sie das auch bei Regen festgestellt haben. Aber uns fehlen so

einige Dinge in Hamburg. Das Wichtigste ist: Wir haben keinen Verein mehr in der ersten Bundesliga. Ich kann sagen als Kapitän des FC Bundestages: Daran werden wir im Bundesvorstand wenig ändern können. Aber der zweite Grund ist für uns Hamburger nicht ganz unwichtig. Wir brauchen eine bessere Regierung. Hamburg ist schön, auch weil die CDU über mehrere Jahre hinweg diese Stadt so verändert hat. Im Februar 2020 haben wir Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Wir als CDU Hamburg haben uns vorgenommen, Hamburg, eine Großstadt, für die Union zurückzuerkämpfen. Es wäre ein gutes Signal, wenn dann ein Hamburger im Bundesvorstand die Hamburger Themen einbringen kann und die Solidarität des ganzen Bundesvorstandes nach Hamburg bringen kann.

Ein weiterer Punkt. Ich bin familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Wir reden über viele Themen: über Digitalisierung, über künstliche Intelligenz, über Globalisierung und über Migration sowieso. Aber im Kern sind wir eine Partei, die die Familie im Mittelpunkt sieht. Die Familienpolitik muss immer Kernthema der Union sein. Seit vielen Jahren stellen wir fest, dass die SPD das Familienministerium zu einem Gesellschaftsministerium umwandelt. Es gibt nicht wenige in diesem Land, die aus Familienpolitik Gesellschaftspolitik machen wollen. Das widerstrebt uns. Wir müssen als Union, als letzte große Volkspartei deutlich machen, was für uns Familienpolitik bedeutet: Familien stärken, Freiheiten stärken, Bindungen stärken, Verantwortung übernehmen. Da müssen wir deutliche Akzente setzen, auch in der Debatte mit unserem Koalitionspartner in den nächsten Jahren. In diesem Zusammenhang geht es uns um Familien und Kinder. Wie können wir Kinderarmut besser bekämpfen und Kinder besser schützen?

Zum Schluss noch eine Ergänzung: Wir debattieren in den nächsten Wochen über die Frage, wie wir das ungeborene Leben schützen können. Wie Sie wissen, geht es dabei um § 219a. Da muss eine deutliche Botschaft gesendet werden, auch vom Bundesvorstand. Wir sind die Partei des Lebensschutzes, auch des Schutzes des ungeborenen Lebens. Deswegen darf es bei § 219a keinen Kompromiss geben. Er muss bestehen bleiben. Genauso müssen wir dafür sorgen, dass jede Frau, die die Schwangerschaft beenden will, einen Rechtsanspruch auf eine gute Beratung hat. Auch das sollte eine Botschaft des Parteitags sein.

Insoweit: Wer Hamburg mag und seine Familie liebt, der müsste mich unterstützen, die W-Frage haben wir ja schon geklärt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marcus Weinberg. – Es geht weiter mit dem vorletzten W, nämlich mit Monica Wüllner. Den Abschluss macht dann Prof. Dr. Otto Wulff.

Monica Wüllner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! „Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft.“ Wer, glauben Sie, hat diese Aussage gemacht: Norbert Blüm oder Karl-Josef Laumann? Nein, es war Konrad Adenauer schon am 24. März 1946. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, dass der Mensch als Individuum im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht. Egal in welcher Ver-

einigung wir uns engagieren, an diese Grundaussage der christlichen Soziallehre sollten wir immer denken; denn die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich, wie Adenauer es in seiner Rede an der Universität Köln damals formulierte. Als Kandidatin der CDA stehe ich zu dieser Leitlinie unserer Partei und arbeite gerne daran mit, dass sie auch Grundlage unseres neuen Grundsatzprogrammes wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Monica Wüllner. Ich wohne mit meiner Familie in Stuttgart am Fuße des schönen Württembergs. Ich bin dort seit fast 20 Jahren als Regionalrätin kommunalpolitisch aktiv. Über Fußball rede ich jetzt nicht, weil ich VfB-Fan bin. Ich bin politische Sekretärin bei der IG Metall und halte dort die schwarze bzw. die orangefarbene Fahne hoch. Seit sechs Jahren gehöre ich dank Ihrer Unterstützung dem CDU-Bundesvorstand an und vertrete dort als Mitglied des CDA-Bundesvorstandes das soziale Gewissen unserer Partei. Außerdem versuche ich als eine der wenigen Nichtberufspolitiker im Bundesvorstand, die Stimmungen der Beschäftigten einzubringen und als Mutter auch die vieler Eltern, die tagtäglich mit ganz normalen Alltagsproblemen zu tun haben: die Suche nach einem Betreuungsplatz für die Kinder oder einem Pflegeplatz für die Eltern. Die Rente reicht nicht aus, oder der Monat ist wieder einmal viel zu kurz für das Gehalt. Die Wohnung ist zu klein, aber eine größere ist nicht zu finden oder zu teuer. Das sind Fragen, mit denen sich ganz viele hier im Land beschäftigen und die auch im Bundesvorstand nicht zu kurz kommen sollten.

Bei all den Themen, die wir dort besprechen, darf eines nicht zu kurz kommen: die Besinnung auf unsere Wurzeln, auf das christliche Menschenbild, auf die Würde jedes einzelnen Menschen. Oder wie Konrad Adenauer es ausdrückte: „Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen“. In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie mich erneut in den CDU-Bundesvorstand wählen. Ich bitte deshalb um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Monica Wüllner. – Das Wort zum Abschluss der Vorstellungsrunde hat nun Professor Dr. Otto Wulff.

(Beifall)

Prof. Dr. Otto Wulff: Meine sehr verehrten Freundinnen und Freunde! Wenn ich als Letzter spreche, so tue ich das nicht in der Form, dass ich zu den Älteren oder Alten gehöre, sondern ich tue es als Otto Wulff, der stolz darauf ist, hier auf dem Parteitag die Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu repräsentieren.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, Sie haben zu Recht heute die Jüngeren angesprochen. Unsere Partei braucht die Jüngeren. Aber ich sage auch: Vergesst die Alten nicht!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Alten von heute wollen alle nicht mehr so leben, wie ihre Eltern noch gelebt haben. Sie gehen nicht mehr mit der Pension oder mit dem Renteneintritt in den sogenannten Lebensabend hinein. Nein, für sie ist das ein neuer Lebensabschnitt. Sie haben noch Begeisterung. Sie wollen mitmachen. Sie wollen Verantwortung tragen, und sie wollen auch noch Politik betreiben.

Und ich habe die Aufgabe, sie für unsere Partei zu gewinnen. Ich bitte Sie, mir dabei zu helfen.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, 30 Prozent unserer Parteimitglieder sind älter als 70 Jahre. Eines merke ich: dass diese Partei, die Temperament hat, bei den Älteren Begeisterung auslösen kann. Aber ich sage an dieser Stelle als einer, der viele junge Menschen ausgebildet hat, auch: Die Senioren-Union ist nicht dafür da – und sie will das auch nicht –, für eine Altenrepublik oder eine Altenpolitik zu werben. Nein, sie will gemeinsam mit den Jüngeren Politik betreiben. Und wenn die alte und die junge Generation in der Union zusammenstehen, dann ist das die beste Garantie für die Sicherheit unserer Gesellschaft, für die Sicherheit der deutschen Nation.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, Ich habe in den letzten zwei Jahren mit großer Freude mindestens 200 Einsätze in allen Bereichen unseres Landes gefahren. Ich hatte die große Freude, mit den Alten und den Jungen gemeinsam zu diskutieren und zu werben. Meine Freundinnen und Freunde, es war für mich immer auch ein Lebenselixier, für diese Partei zu stehen.

Wenn ich mir das so überlege, dann will ich Ihnen auch sagen, dass hier ein Mann steht, der ein Vertreter der Kriegs- und Nachkriegsgeneration ist – und der dieser sehr verbunden ist –, die diesen Staat mit aufgebaut hat, in die westliche Demokratie und Wertegemeinschaft hineingeführt hat und den Wohlstand für einen Staat geschaffen hat, von dem viele heute leben. Das ist eine Leistung, für die man die Älteren loben soll. Man sollte sie heranziehen, mit ihrer Erfahrung in unserer Partei zu dienen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich sage Ihnen auch: Ich war dabei, als am 14. November 1945 in einer Küche in einem bürgerlichen Haus in einem westfälischen Dorf die Union von neun Personen gegründet wurde, die alle Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Da war

ein Schreiner, da war ein Friseur, da war ein Bauarbeiter, ein Eisenbahner, ein Kaufmann und ein Bauer – alle, die die Union vertreten haben. Die haben aufgebaut, mit Stolz. Ich sage Ihnen auch: In meiner 66-jährigen Parteimitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union habe ich immer und zu jeder Zeit großen Stolz verspürt, Mitglied dieser Partei zu sein und für sie zu werben, weil ich ein Sohn des Mannes bin, der damals die Union in Deutschland mitgegründet hat.

(Beifall)

Und diese Generation, meine Freundinnen und Freunde, ist heute nötiger denn je, wo Rassisten und Nationalisten wieder durch die Gegend ziehen. Ich denke bei solchen Bildern zurück an eine Zeit, in der ich als 10-jähriger miterleben musste – deshalb sage ich das hier auch mal vor meinen Parteifreundinnen und Parteifreunden –, wie mein Vater aus dem Gestapogefängnis in Hagen-Haspe nach Hause kam. Wir haben ihn nicht gefragt, wie es ihm ging. Das sahen wir. Aber ich habe auch erlebt, was die Union bedeutet: Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Brüderlichkeit und Zusammengehen. Das sind die Positionen, die die Älteren vertreten und halten wollen. Bitte helfen Sie auch der Senioren-Union dabei, mit jenen fertig zu werden, die wir als Rassisten und Nationalisten für immer von den Straßen vertreiben wollten.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, zum Schluss: Als kürzlich die Senioren-Union ihr 30-jähriges Jubiläum feierte, da hat ein israelischer Rabbi die Festrede gehalten. Er hat sich bekannt zur deutsch-israelischen Freundschaft und den Älteren in unserer Partei gedankt. Das war ein großer Augenblick für die Union. Und auch die Union hat festgestellt, dass wir fest zu dieser Freundschaft standen. Ich muss Ihnen sagen: An diesem und dem folgenden Tag habe ich von dieser Veranstaltung nichts gehört, nichts gesehen und nichts gelesen. Aber am gleichen Abend waren jene Randaleure auf den Straßen, von denen wir meinen, dass wir ihnen nicht zu jeder Zeit ein Mikrofon in die Hand drücken sollten, in das sie ihre antisemitischen Parolen und faschistischen Parolen hineinbrüllen können. Das muss verschwinden.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Professor Dr. Wulff, ich höre, dass es Zustimmung gibt.

Prof. Dr. Otto Wulff: Ich höre jetzt auf.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen.

Prof. Dr. Otto Wulff: Na ja, langsam. – Ich bitte um Nachsicht – das ist das letzte Wort –, wenn ich mich als Vertreter der Nachkriegsgeneration jetzt, in schwieriger Zeit, bekenne zu einer Union, die ich als Hoffnung betrachte, und in meinem Alter mit großem Stolz, großer Begeiste-

rung und großer Freude hier sagen möchte: Ich bin ein Mitglied der Christlich Demokratischen Union und halte ihr die Treue. In dem Sinne: Für uns alle! Streiten wir nicht mehr, und dann gewinnen wir auch die Wahlen.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Wulff. „Wovon das Herz voll ist ...“, das ist, glaube ich, ein guter Spruch zu der Rede, die Sie sehr temperamentvoll vorgetragen haben. – Ich finde, dass die Vorstellungen insgesamt gezeigt haben, wie bunt und vielfältig und reich unsere Partei an Kandidatinnen und Kandidaten ist.

Sie sind jetzt wieder gefragt. Ich habe jetzt zum siebten Mal vorzutragen, wie das Wahlverfahren abläuft. Ich glaube, Sie wissen, dass Sie die Wahlkabinen aufstellen müssen. Sie wissen auch, dass Sie nur in den Wahlkabinen abstimmen dürfen. Für diesen Wahlgang gibt es aber zusätzliche Informationen: Nach § 43 Absatz 3 des Statuts müssen mindestens – bitte zuhören – Dreiviertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Alles zwischen 20 und 26 ist also gültig. Die zweite Regel für diesen Wahlgang: Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei 26 gewählten weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes mindestens neun Frauen.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang und bitte die Geschäftsführer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, diese quietschgelben Stimmzettel auszuteilen. – Sie halten bitte den gelben Stimmzettel – Stimmzettel sieben – zum Ankreuzen bereit.

Sind die gelben Stimmzettel jetzt alle ausgeteilt? Hat jeder einen Stimmzettel bekommen?

Ich gehe davon aus, dass jetzt jeder einen Stimmzettel für diesen Wahlgang hat. Dann eröffne ich den Wahlgang und bitte darum, die Stimmzettel einzusammeln.

Ich frage: Konnte jeder seinen Stimmzettel abgeben? – Jetzt sehe ich definitiv keine Stimmzettel mehr. Deshalb schließe ich den Wahlgang und bitte Herrn Dr. Heintze, mit dem Innovationspreis weiterzumachen.

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Bevor wir zum Innovationspreis kommen, noch ein kurzer abendweisender Hinweis. Wir werden uns in der anstehenden Auszählpause bemühen, noch so viel zu schaffen, wie es geht. Ich habe als ureigener Hamburger natürlich ein Interesse daran, dass wir alle zum Hamburg-Abend gehen.

(Beifall)

Wir werden Sie also nicht unnötig lange strapazieren. Ich bitte aber darum, dass Sie bei all dem, was jetzt noch ansteht, genauso konstruktiv mitwirken wie in den letzten Stunden. Ich glaube, dann erreichen wir den Hamburg-Abend sehr zeitnah.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Preis für innovative Parteiarbeit. Dies ist eine Würdigung, die wir mit der Parteireform auf dem Karlsruher Parteitag eingeführt haben. Zur Verleihung des Preises erteile ich unserer neuen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort. Bitte sehr.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Liebe Delegierte! Ich darf zunächst einmal Henning Otte, unseren Mitgliederbeauftragten, zu mir nach oben bitten. Den Preis, den wir gemeinsam verleihen, ist ein Preis, der auch aus dem entstanden ist, worüber wir heute Morgen diskutiert haben. Es geht nämlich um die Frage, wie wir mehr und neue Mitglieder gewinnen können, wie wir unsere Mitglieder halten und wie wir sie stärker einbinden können. Alle Preisträgerinnen und Preisträger, die einen Beitrag eingereicht haben, sind Vertreter von Verbänden, die dies in einer ganz besonderen Art und Weise gemacht haben.

Wir vergeben diesen Preis zum zweiten Mal. Er ist Ausfluss eines Beschlusses, den wir unter dem Motto „Meine CDU 2017“ auf dem Karlsruher Parteitag gefasst haben. Die Idee war es, dass wir Maßnahmen umsetzen, mit denen wir in der Tat mehr Mitglieder gewinnen und Mitglieder besser binden können. Die Einsendungen haben von Mal zu Mal zugenommen. In diesem Jahr haben wir fast 90 Beiträge, die an dem Ideenwettbewerb teilgenommen haben. Viele wären preiswürdig gewesen, aber nur die Besten haben es heute geschafft. Schon einmal vorab einen ganz herzlichen Glückwunsch!

Die Jury hatte sprichwörtlich die Qual der Wahl. Ich darf mich ganz herzlich bei der Jury bedanken. Dazu gehören der Generalsekretär der CDU Sachsen Alexander Dierks, der Kreisgeschäftsführer der CDU Münster Christoph Brands, der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Bramsche Imke Märkl sowie Elisa Schultze-Berndt, ein Neumitglied aus Berlin-Reinickendorf. Der Jury ein ganz herzliches Dankeschön und einen herzlichen Applaus!

(Beifall)

Wir haben vier Projekte in die engere Auswahl genommen, und wir werden uns jetzt immer abwechseln bei der entsprechenden Präsentation. Unser Mitgliederbeauftragter beginnt.

Henning Otte, Mitgliederbeauftragter: Wir haben zunächst den Ortsverband Tangstedt mit der „Kampagne gegen die Pferdesteuer“. Die SPD drohte mit der Einführung einer Pferdesteuer, was bei den Menschen vor Ort viel Widerspruch hervorrief. Die CDU nahm sich als Anwalt dieser Menschen der Sache an und organisierte zahlreiche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gegen das Vorhaben. So wurden im Rahmen der Mikrokampagne der CDU Tangstedt zum

Beispiel über 4.500 Protestunterschriften gesammelt und etwa 15.000 Flugblätter in örtlichen Reitställen verteilt. Der kommunikative Faden verlief dabei vom Ortsverband bis zum Landesverband.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Jetzt darf ich das nächste Projekt vorstellen. Das ist der „Ausbildungsatlas“ der Jungen Union Coesfeld.

(Beifall)

Was tun nach Schulabschluss? Um diese jungen Menschen mit der Frage nicht alleine zu lassen, hat die Junge Union Coesfeld einen Ausbildungsatlas entwickelt. Darin werden die Ausbildungsbetriebe der Region vorgestellt. Man kann diesen Ausbildungsatlas kostenlos an alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger verteilen, weil er sich über Anzeigen und Spenden finanziert.

Die Junge Union gibt mit dieser Broschüre nicht nur eine gute Entscheidungshilfe, sondern sie positioniert sich frühzeitig auch in der Zielgruppe der jungen und der Erstwähler. Wir haben heute Morgen gehört, dass wir da noch einen enormen Nachholbedarf haben. – Die Vorsitzende musste schon weg. Deswegen freue ich mich, dass Lena Steinkamp hier ist. Ich darf ganz herzlich gratulieren.

(Beifall)

Henning Otte: Der Kreisverband Ludwigsburg hat ein Projekt mit dem Titel „Unparteitag“ gemacht. Wer kennt das nicht: Kreisparteitage, die vor Regularien und Grußworten nur so wimmeln und die dadurch auf Mitglieder wie auf CDU-Sympathisanten oft eher abschreckend als einladend wirken? Pfiffige und moderne Veranstaltungsformate sind daher gefragt. Der Kreisverband Ludwigsburg hat das erkannt und mit seinem „Unparteitag“ diejenigen in den Vordergrund gerückt, um die es bei der CDU eigentlich gehen sollte: die Mitglieder der CDU. Diese waren von Beginn an ein wesentlicher Bestandteil des „Unparteitages“. Sie konnten mitmachen, mitdiskutieren, sich aktiv einbringen. Die Aktion kam hervorragend an. Viele Interessierte konnten an die CDU herangeführt, neue Mitglieder gewonnen werden. Ich darf nun die Initiatorin des „Unparteitages“, Frau Fridericke Jähnichen, zu uns auf die Bühne bitten.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Der letzte Mitbewerber ist der Kreisverband Mittelsachsen mit seiner Mitgliederwerbaktion unter dem Motto „Da fehlt doch eine/r!“. Das Thema Mitgliederwerbung gehört zu den wichtigsten Herausforderungen; wir haben das eben schon festgestellt. Erfolgreiche Mitgliedergewinnung gelingt dabei am besten in den Verbänden vor Ort. Ein kleiner Hinweis: Neun Kommunalwahlen im nächsten Jahr sind immer eine gute Gelegenheit, neue Mitglieder zu werben. Auf eine naheliegende Personengruppe ist der

Kreisverband Mittelsachsen gekommen, nämlich den eigenen Familienkreis und speziell die eigene Lebenspartnerin, den eigenen Lebenspartner. Mit dem Projekt „Da fehlt doch eine/r!“ hat man daraus eine pfiffige, erfolgreiche und kreative Aktion gemacht, die von anderen Verbänden sehr leicht übernommen werden kann. Ich freue mich, heute stellvertretend für den Verband den stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Herrn Andreas Graf, bei uns willkommen heißen zu können. Auch Ihnen einen herzlichen Glückwunsch und danke für das tolle Projekt.

(Beifall)

Ich darf an der Stelle nochmals allen ganz herzlich danken, die nominiert waren. Ich darf sie ausdrücklich ermutigen: In diesem Fall, bei diesen Projekten ist das Abschreiben, das Abschauen, das Nachmachen ausdrücklich vorgesehen. Wir würden uns freuen, wenn die Beispiele viele Nachahmer finden. Die Verbände, die mitgemacht haben, aber heute nicht ausgezeichnet werden, gehen natürlich nicht leer aus, sondern erhalten einen Warengutschein. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön und die Anregung, beim nächsten Ideenwettbewerb auf jeden Fall wieder mitzumachen.

(Beifall)

Jetzt wird es wirklich spannend; denn jetzt enthüllen wir, wer gewonnen hat. Ich muss selbst schauen. – Der Preis geht an den CDU-Ortsverband Tangstedt für das Projekt „Kampagne gegen die Pferdesteuer“. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

(Die Bundesvorsitzende übergibt den Preis)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch nach Tangstedt. Als Hamburger freue ich mich natürlich, dass der Preis in der Metropolregion bleibt. Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank für euer und Ihr Engagement. Super Projekte, nur zum Nachahmen empfohlen!

Wir gehen weiter in der Tagesordnung. David McAllister übernimmt für die nächsten Wahlen.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2020

Zunächst sollten wir den bisherigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der EVP für ihre Arbeit herzlich danken. Die insgesamt 14 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre 14 Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, also für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020. Die Liste der Vorschläge für

die Mitglieder im EVP-Vorstand ist vom Bundesvorstand sorgfältig erarbeitet worden und liegt Ihnen in Ihren Tagungsunterlagen vor. Wir können diese Wahl, wenn Sie wünschen, offen per Hochheben der Stimmkarte durchführen.

(Beifall)

Ich schlage vor, dass wir das tun. Wer für den Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann sind diese Mitglieder jetzt auch entsprechend in den Vorstand der EVP gewählt worden. Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU für die Kongresse der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2020

Nach dem Vorschlag, der Ihnen in den Tagungsunterlagen vorliegt, sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP für die Zeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 zu wählen. Dabei handelt es sich um 40 Delegierte und 40 stellvertretende Delegierte. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Personen finden Sie in Ihren Unterlagen. Auch hier schlage ich vor, die Wahl offen per Hochheben der Stimmkarte vorzunehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie alle damit einverstanden sind. – Ich sehe auch keinen Widerspruch. Würde mich auch überraschen. Dann können wir entsprechend so verfahren. Wer also nun dem vorliegenden Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das entsprechend so beschlossen worden. Die Liste der Delegierten und der stellvertretenden Delegierten unserer CDU für die nächsten EVP-Kongresse ist einstimmig gewählt. Ich gratuliere allen Beteiligten herzlich und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 19. Ich übergebe das Wort an Nadine Schön.

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

Wahl der Rechnungsprüfer

Erst einmal wollen wir ganz herzlich den ehrenamtlichen Rechnungsprüfern für ihre Arbeit danken. Die Kandidatenvorschläge für die Wahl der Rechnungsprüfer finden Sie in Ihren Unterlagen. Vorgeschlagen sind Peter Jacoby, Dorothea Störr-Ritter und Cornelia Yzer. Ist eine Vorstellung der Kandidaten gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn Sie einverstanden sind, können wir auch darüber durch Hochheben der Stimmkarte abstimmen. – Auch dazu sehe ich Zustimmung. Dann bitte ich um Zustimmung für den Vorschlag zur Wahl der Rechnungsprüfer. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit sind die Rechnungsprüfer gewählt. Ich bedanke mich bei allen und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

Das Ergebnis der Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes liegt leider noch nicht vor. Deshalb schlagen wir als Tagungspräsidium vor, dass wir solange in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 24, nämlich den Änderungen des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU, überleiten. Damit gebe ich das Wort an Oliver Wittke.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe zunächst den TAGESORDNUNGSPUNKT 24.1 auf:

Antrag des Bundesvorstandes

Das ist der Antrag E 1, da geht es um einen Antrag des Bundesvorstandes zur Anpassung von § 22 des Statuts an die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung. Ich frage, ob dazu das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Es geht weiter mit dem TAGESORDNUNGSPUNKT 24.2:

Weitere B-Anträge

Ich rufe den Antrag B 1 auf. Auf den Seiten 108 bis 109 finden Sie selbigen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Der Antrag B 2 bezieht sich auf § 42 des Statuts. Ich frage, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 3. Den finden Sie auf Seite 110. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Antonia Haufler aus dem Landesverband Hamburg.

Antonia Haufler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten in den letzten Jahren viele Wahlkämpfe, und es kommen noch viele Wahlkämpfe auf uns zu. Diese Wahlkämpfe werden nicht durch den Spitzenkandidaten allein gewonnen, sondern durch sein Team, durch die Menschen, die hinter ihm stehen, und – viel wichtiger – durch unsere Mitglieder, die auf der Straße stehen, um die Menschen für uns zu begeistern, von uns zu überzeugen und für uns zu kämpfen, für den Spitzenkandidaten, für die CDU. Diese Menschen sind diejenigen, die samstags am Infostand stehen und den Koalitionsvertrag verteidigen. Gebetsmühlenartig verteidigen sie das, was vielleicht nur 30 Personen beschlossen haben. Um es mit Jens Spahns Worten zu sagen: Der Bundesparteitag sollte nicht das Ende der Demokratie sein, sondern der Anfang. Deshalb bitte ich, gegen das Votum der Antragskommission und für uns und mehr Demokratie zu stimmen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Haufler. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann spricht für die Antragskommission Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte kurz begründen, warum wir Sie alle bitten, diesen Antrag abzulehnen, so sympathisch er vorgetragen worden ist und so berechtigt sein Anliegen ist. Der Vorschlag sagt, dass zukünftig immer, nach jeder Koalitionsvereinbarung der Bundesparteitag beschließen muss. Das halten wir für übertrieben. Schon jetzt kann der Bundesparteitag über Koalitionsverträge beschließen; das haben wir auch das letzte Mal nach langer Debatte gemacht. Es kann auch ein Bundesparteitag einberufen werden von einem bestimmten Quorum. Der Bundesvorstand kann fordern, dass der Bundesparteitag entscheidet. Wenn der Druck, das zu tun, auf den Bundesvorstand groß ist, wird der Bundesvorstand das auch machen. Aber dass er es immer machen muss, halten wir für übertrieben.

Außerdem ist der Antrag – jetzt wird es ein bisschen kleinkariert – sehr undeutlich formuliert. Da heißt es nämlich: „Er beschließt über die Beteiligung an Koalitionen auf Bundesebene.“ Das könnte man sogar so auslegen: Es muss zuerst ein Sonderparteitag gemacht werden, der darüber entscheidet, ob Sondierungen aufgenommen werden. Dann wird sondiert. Anschließend wird ein neuer Bundesparteitag abgehalten, bei dem das Ergebnis der Sondierung angenommen wird. Danach wird verhandelt, und dann wird über den Koalitionsvertrag selbst gar nicht abgestimmt, weil ja nur über die Beteiligung gesprochen wird. Das kann nicht richtig sein. Deswegen: Wenn wir es für richtig halten, sollten wir einen Parteitag über Koalitionsvereinbarungen machen und sonst nicht, und auch nicht zwingend. Deswegen bleibe ich dabei, den Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas de Maizière. – Es ist noch eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt eingetroffen, nämlich die des Landesvorsitzenden der Jungen Union aus Nordrhein-Westfalen, von Florian Braun.

(Vereinzelt Beifall)

Florian Braun: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich von hier oben sprechen, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt. Die Regierungsbildung nach der letzten Bundestagswahl hat viele Mitglieder verunsichert. Zwei direkt aufeinanderfolgende Koalitionsverhandlungen haben verschwimmen lassen, wo nun eigentlich unsere Erfolge sind und wo Zugeständnisse gemacht werden mussten. Um die Erfolge, vor allem aber auch die Zugeständnisse auf eine breite Basis der Partei zu stellen, braucht es eine breite Beteiligung. Es würde die CDU strategisch stärken, wenn nicht nur potenzielle Koalitionspartner über eine mögliche Koalition mit einem Mitglieder- oder Parteitagsvotum abstimmen, sondern auch wir.

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass ein Ruck durch die Partei geht. Es besteht ein Wunsch nach intensiver Debatte, nach Einbindung in Entscheidungen, nach einem stärkeren Miteinan-

der. Alle drei Kandidaten für den Parteivorsitz haben heute betont, diese Debattenkultur auch über den heutigen Tag hinaus leben zu wollen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Deshalb braucht es Ihre Unterstützung für den Antrag der Jungen Union,

(Vereinzelt Beifall)

Abstimmungen über Koalitionen zukünftig auf dem Bundesparteitag zu machen. Bei allem Respekt für unseren Bundesvorstand: Lassen Sie nicht 30 Personen über Koalitionen abstimmen, lassen Sie 1 001 Delegierte über Koalitionen abstimmen. Lassen Sie uns darüber abstimmen. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Wir wollen uns ja nicht gleich am Anfang streiten, deshalb versuche ich, eine Brücke zu schlagen. In der jetzigen Antragsformulierung ist – ich weiß nicht, ob das dem Antragsteller klar ist – die Möglichkeit einer Mitgliederbefragung über einen Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Nach der jetzigen Regelung könnte man das machen. Ich halte es für richtig, wenn das der Bundesparteitag macht. Der Antragsteller muss sich nur darüber im Klaren sein.

Ich habe über die Unschärfe des Antrages gesprochen, über das, was da über die Beteiligung steht. Man könnte natürlich sagen: Über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen entscheidet der Bundesparteitag. Das hieße dann: immer Bundesparteitag, jedenfalls auf Bundesebene. Ob das Rückwirkungen auf die Landesebene hat, müssen die Landesverbände entscheiden. Das heißt dann: Ausschluss von Mitgliederbefragungen.

Bevor ich das für die Antragskommission übernehme, möchte ich den Antragsteller fragen, ob er mit dieser Lösung leben könnte. Das heißt auf Deutsch gesagt: immer Parteitag, aber über das Ergebnis, und nie mehr Mitgliederbefragung.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Darf ich die Antragstellerin noch einmal ans Mikrofon bitten. Das ist jetzt ein ungewöhnlicher Dialog, aber, ich glaube, er ist zielführend. Darum sollten wir ihn führen.

Antonia Haufler: Herr de Maizière, ich sehe darin definitiv gar keinen Widerspruch; denn zu unseren Regionalkonferenzen und Ähnlichem haben sich auch viele Landesverbände, sei es auch nur JU, hinreißen lassen, eine Mitgliederbefragung zu machen. Es ist doch gerade gut so, dass dann die Delegierten auch ein Votum erhalten, wie sie auf dem Bundesparteitag über den Koalitionsvertrag abstimmen. Damit machen wir es noch demokratischer. Das eine schließt das andere in keinsten Weise aus.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Leider doch. Die Satzung sieht vor, dass es auch eine Entscheidung durch Mitgliederbefragung geben kann. Die würden wir dann unterlassen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das so übernehmen. Dann beschließen wir: Der Bundespartei-tag beschließt über das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen. – Das können wir so machen.

(Teilweise Beifall)

Stimmen Sie dem zu? – Gut, dann übernehme ich das für die Antragskommission. Dann stellen wir das zur Abstimmung.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Sehr schön. Ich bedanke mich dafür, dass wir im Dialog ein Ergebnis erarbeiten konnten. Dann lasse ich über den jetzt geänderten Antrag der Antragskommission im Einvernehmen mit dem Antragsteller abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen wenigen Enthaltungen einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

(Widerspruch)

Ich frage noch einmal: Gibt es Gegenstimmen? – Oh, Entschuldigung! Enthaltungen? – Dann ist bei deutlichen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen der geänderte Antrag der Antragskommission im Einvernehmen mit dem Antragsteller trotzdem mit Mehrheit so beschlossen. Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ich rufe dann den Antrag B 4 auf, den Sie auf Seite 110 finden. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Damit sind wir am Ende der Beratung der B-Anträge und des E-Antrags. – Ich gebe weiter an Andi Jung.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum TAGES-ORDNUNGSPUNKT 23:

Antrag des Bundesvorstandes

„Mit dem globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration
die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken
und Migration besser regeln und steuern.“

Das ist der Antrag, den Sie gestern per E-Mail erhalten haben; er liegt aber auch als Tischvorlage aus. Der Vorsitzende unserer Unionsbundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, wird

gleich in diesen Antrag einführen. Danach würde ich zur Beratung dieses Antrags ebenfalls den Antrag C 221 aufrufen. – Zunächst aber zu Ralph Brinkhaus. Lieber Ralph, du hast das Wort.

Ralph Brinkhaus: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Das Thema Migration ist sicherlich das große Thema unserer Zeit. Es geht um mehrere Hundert Millionen Menschen, die weltweit unterwegs sind. Deswegen haben die Vereinten Nationen im Jahr 2016 in einer New Yorker Erklärung beschlossen, zwei politische Pakte in diesem Bereich zu machen, und zwar einen zum Thema Migration und einen zum Thema Flüchtlinge. Was ist ein solcher Pakt? Ich zitiere daraus: Es ist ein Kooperationsrahmen, der damit geschaffen wird.

Jetzt war es so, dass insbesondere zum Migrationspakt in Deutschland eine doch sehr große Diskussion entbrannt ist, eine Diskussion, die wir sehr intensiv in der Fraktion geführt haben. Aber es bestand der Wunsch, und zwar zu Recht, dass diese Diskussion auch auf dem Bundesparteitag geführt wird. Deswegen hat sich der Bundesvorstand entschlossen, hierzu einen Antrag zu stellen. Dazu möchte ich einige Dinge erläutern.

Drei Bemerkungen zum Globalen Migrationspakt. Die erste Bemerkung ist: Wir alle sind uns einig, dass Migration gesteuert und begrenzt werden muss. Das können wir durch nationale Gesetze machen, und das tun wir. Da haben wir in den vergangenen Jahren auch nachgelegt. Es ist aber so, dass es nicht reicht, wenn wir nur national initiativ werden. Wir müssen das auch international machen. Da sind wir darauf angewiesen, dass wir kooperieren, dass wir im Dialog sind mit anderen Ländern. Dazu ist dieser Pakt da. Denn wir wollen eines – wie gesagt, es geht hier um Migranten, also nicht um humanitäre Flucht –, nämlich dass es den Menschen dort, wo sie sind, besser geht; denn wenn es den Menschen dort, wo sie sind, besser geht, dann werden sie voraussichtlich nicht unbedingt nach Deutschland kommen wollen. Deswegen sind wir der Meinung, dass eine internationale Kooperation im Bereich Migration im deutschen Interesse ist vor dem Hintergrund, dass wir Migration steuern und begrenzen wollen. Dahinter steht eine ganz grundlegende Frage, nämlich die Frage, ob man solche Dinge national überhaupt regeln kann oder ob man dazu eine internationale Kooperation braucht. Wir sind der Meinung, dass man solche großen Fragen allein national auf keinen Fall regeln kann.

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, meine Damen und Herren, der da sehr, sehr wichtig ist. In der Diskussion, die wir in Deutschland gehabt haben, wird immer so getan, als sei das eine Sache, die primär irgendetwas mit Deutschland zu tun habe. Nein, der weitaus überwiegende Teil der Arbeitsmigranten, die weltweit unterwegs sind, kommen nicht nach Deutschland und haben auch nicht vor, nach Deutschland zu kommen. Das sind vielmehr Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen beispielsweise in den Golfstaaten arbeiten, dort Fußballstadien und Ähnliches bauen. Das sind Menschen, die in Afrika irgendwo als Händler, als Agrararbeiter unterwegs sind oder auch in Südamerika. Wenn wir es schaffen, mit dieser Kooperationsvereinba-

rung dazu beizutragen, dass es den Menschen dort besser geht, dann hat das auch etwas mit unserem Ansatz von christlicher Menschenwürde zu tun, dann hat das auch mit unserem Ansatz zu tun, dass wir der Meinung sind, dass, wenn wir irgendwie dazu beitragen können, wir auch die Verantwortung haben, das Leben woanders zu verbessern.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt noch einen dritten Punkt. Alle, die wir im Bundestag sind, und viele von Ihnen, die in den Landtagen, in den Kreistagen und in den Kommunalparlamenten aktiv sind, haben in den letzten Wochen festgestellt, dass es eine Kampagne gegen diesen Migrationspakt gibt, eine Kampagne, die in dieser Art und Weise noch nicht stattgefunden hat, eine Kampagne, die Ängste schürt, eine Kampagne, die Fragen nicht beantwortet, sondern durch das bewusste Weglassen von Fakten neue Fragen aufwirft, eine Kampagne, die in einer Wortwahl stattfindet, die unseren demokratischen Gepflogenheiten nicht entspricht, eine Kampagne, von der wir wissen, dass sie gesteuert ist, um die parlamentarische Demokratie aus den sozialen Netzen in eine Art und Weise zu beeinflussen, wie wir es nicht gut finden können. Deswegen, meine Damen und Herren, geht es auch darum, dass wir, wie wir es im Westfälischen sagen, an dieser Stelle Pohl halten und uns von solchen Kampagnen nicht beeinflussen lassen, wohl aber von den berechtigten Fragen von Bürgerinnen und Bürgern, die wir auch zu beantworten haben.

Das genau ist der Grund, warum die Bundestagsfraktion ein Positionspapier entwickelt hat, das wir zusammen mit der CSU und auch der SPD als Entschließungsantrag in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, in dem der Deutsche Bundestag noch einmal ganz klar erklärt hat, dass er diese Pakte, diese im Übrigen rechtlich nicht bindenden Kooperationsvereinbarungen, für wichtig erachtet, um globale Migration zu steuern und zu lenken, in dem er aber auch ganz klar gesagt hat, dass wir bestimmte Vorstellungen haben, wie Migration abzulaufen hat. Diese Vorstellungen und dieses grundlegende Verständnis über den Globalen Migrationspakt haben wir noch ein wenig umgeschrieben und in den Antrag des Bundesvorstands hineingeschrieben. Es lohnt sich wirklich, einmal die Passagen ab Zeile 99 zu lesen, wo wir ganz klar gesagt haben, dass es natürlich darum geht, dass die nationale Souveränität erhalten bleibt, dass wir durch Mindeststandards weltweit den Migrationsdruck senken wollen, dass wir zwischen legaler und illegaler Migration unterscheiden, dass wir legaler Migration mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz begegnen wollen und dass wir die Hilfe unserer Nachbarstaaten brauchen und, und, und.

Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, diesem Antrag als starkes Bekenntnis zur internationalen Kooperation, aber auch als starkes Bekenntnis dafür, dass wir Migration lenken und steuern wollen in nationaler Souveränität, aber partnerschaftlich zusammen mit den anderen Ländern der Vereinten Nationen, zuzustimmen und dass heute von diesem Hamburger Parteitag ein starkes Signal ausgeht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralph Brinkhaus. – Dann darf ich jetzt zur Beratung sowohl diesen Antrag G des Bundesvorstandes, den Ralph Brinkhaus eben vorgestellt hat, als auch den Antrag C 221 aufrufen. Ich weise darauf hin, dass der Antrag C 221 ein Antrag ist, der von unseren Mitgliedern eingebracht wurde. Dafür ist nach § 6 Abs. 1 Ziffer 7 der Geschäftsordnung ein Quorum von 500 Mitgliedern erforderlich.

Dieses Quorum ist erreicht. Der Antrag wurde über diesen Weg von Alexander Mitsch eingebracht. Die Antragskommission empfiehlt, diese beiden Anträge gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des G-Antrags des Bundesvorstandes anzunehmen.

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Als Erster hat das Wort Herr Dr. Urban Lanig aus Baden-Württemberg.

Dr. Urban Lanig: Dankeschön für die Worterteilung. – Ich bin überrascht über die gelichteten Reihen zu dieser Stunde. Ich möchte Ihnen vom Inhalt her voll zustimmen, möchte aber betonen: Das, was Sie vonseiten des Bundesvorstandes vorgetragen haben, ist eine Wertung. Ich nehme als Grundlage das, was in dem Pakt tatsächlich steht.

Da steht zum Beispiel etwas sehr Positives, nämlich dass die Beschaffung des Passes vereinfacht wird. Es gibt zwar eine völkerrechtliche Verpflichtung zum Schutz von Personen vor staatlicher Verfolgung, jedoch keinen völkerrechtlich verbürgten Anspruch auf Arbeitsmigration. Der Bundeskanzler von Österreich hat zwischen Asylmigration und Arbeitsmigration unterschieden. Der Pakt würde daher das bisher völkerrechtlich anerkannte Recht auf Kontrolle und Steuerung der Einwanderung tendenziell einschränken.

Hinzu kommt, dass der Pakt programmatische und verpflichtende Zielsetzungen enthält, die die öffentliche Hand finanziell stark belasten werden, etwa die Stärkung und Erweiterung des Leistungserbringungssystems in der Gesundheitsvorsorge, die Erleichterung des Zugangs zu Grundleistungen des Arbeitsmigranten, eine kostenlose, qualifizierte und unabhängige Rechtsberatung für Migranten und die Erweiterung des Familiennachzugs über die Kernfamilie hinaus. Zudem schränkt der Vertrag die Sanktionsmöglichkeiten durch die Ausländerbehörden bei Pflichtverletzungen durch Migranten ein. Das Gebot zur Vermeidung illegaler Aufenthalte zielt darauf ab, die Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten zu verhindern und illegale Aufenthalte zu legalisieren. Dies ermutigt zu illegalen Grenzübertritten usw.

Die „education“ – so heißt es im Original; und ich bitte Sie, liebe Parteifreunde, dass Sie diesen Vertrag wirklich einmal durchlesen –, die Erziehung der Medien, ist für uns als demokratische Partei nicht akzeptabel. Wir können die Medien nicht „educated“ behandeln, das geht nicht. Das war das eine.

(Vereinzelt Beifall)

Das andere ist: Es ist über 80-mal die Rede von „wir verpflichten uns“, aber dann sagen wir: „Ätsch, ätsch, wir machen das einfach doch nicht, das ist nur ein Vorschlag“? Diese Ausrede – so nenne ich es – schadet unserer Glaubwürdigkeit. Aufgrund des heutigen Beschlusses muss ein neuer Akzent in der CDU-Tätigkeit gesetzt werden, sonst werden wir weiterhin viele Mitglieder verlieren.

(Vereinzelt Beifall)

Die Glaubwürdigkeit unserer Partei ist in Gefahr. Denn wenn man den Text liest – und ich bitte Sie, ihn sich wirklich durchzulesen –, dann ist er eindeutig. Der angesprochene Kommentar dazu ist schön, ab dadurch wird nur versucht, das Gesagte weichzuspülen, zu limitieren. Aber im Endeffekt: Das Wort gilt. Wenn ein Deutscher sagt: „Wir verpflichten uns“, dann verpflichten wir uns auch. Ich bitte den Bundesvorstand, die Verpflichtungen darzulegen. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit. Mit diesem Pakt steht die Glaubwürdigkeit unserer Partei auf dem Prüfstand. Sie wird dadurch auch nicht gesteigert.

Ich bitte darum: Von uns muss heute das Zeichen ausgehen, dass wir uns sehr wohl nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten, aber auch die Migranten schützen.

Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Lanig. – Ich möchte zu Ihrer eingehenden Bemerkung sagen, dass der Eindruck, die Reihen seien gelichtet, wenn man in den Saal blickt, nicht bestätigt werden kann. Im Gegenteil: Die Reihen sind gut gefüllt. Das ist auch gut nachvollziehbar, zumal wir auf das Ergebnis der Beisitzerwahlen warten und ein zweiter Wahlgang stattfinden könnte. Es ist auch so, dass man sich gerade entschieden hat, den Antrag des Bundesvorstands und den Antrag C 221 heute aus der Sammlung der vielen allgemeinen Anträge herauszunehmen, um heute Abend eine angemessene Beratung, die dieses Thema verdient, zu ermöglichen.

Damit wollen wir fortfahren. Als nächsten Redner möchte ich Paul Ziemiak aufrufen.

Paul Ziemiak: Liebe Freundinnen und Freunde! Zunächst eine Vorbemerkung: Ich bin froh, dass wir über den globalen Pakt für Migration auf dem Parteitag beraten und dass wir diese Diskussion führen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Jens Spahn dankbar, der diese Debatte initiiert hat, und vor allen Dingen auch Sylvia Pantel – sie sitzt hier vorne –, die immer wieder den Finger in die Wunde gelegt hat. Mit dem Entschließungsantrag, über den wir im Deutschen Bundestag debattiert haben, als auch jetzt mit dem vorliegenden Antrag auf dem Parteitag machen wir deutlich, was der Pakt für uns als CDU bedeutet.

Für uns bedeutet der Pakt, dass er, anders, als häufig behauptet, dazu führt, dass sich die Lebensverhältnisse von Migrantinnen und Migranten in den Herkunfts- und Transitländern verbessern. Es geht um ganz simple Dinge: medizinische Grundversorgung, Zugang zu Trinkwasser und Lebensmitteln, dass Familien zusammenbleiben und dass Kinder zum Beispiel nicht zur Arbeit gezwungen werden. Wir sind überzeugt davon – das ergab auch die Diskussion in der Antragskommission –, dass diese Maßnahmen helfen, dass nicht mehr, sondern weniger Menschen nach Deutschland kommen, liebe Freundinnen und Freunde. Und das ist das Ziel der Union.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass der Pakt uns am Ende hilft, dass Menschen leichter in ihre Herkunftsstaaten zurückgebracht werden können, zum Beispiel dadurch, dass Papiere ausgestellt werden, wenn Menschen illegal nach Deutschland gekommen sind oder dieses Land aufgrund eines Urteils verlassen müssen.

Wir müssen jetzt genau darauf achten, dass diejenigen, die das im Deutschen Bundestag vielleicht anders interpretieren, den Pakt nicht als Argument heranziehen, um Gesetze in Deutschland zu ändern. Das ist unsere Verantwortung. Wir wollen, dass der Pakt uns hilft, die Probleme in dieser Welt besser zu lösen. Wir glauben, das geht gemeinsam in der Welt besser.

Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Der Migrationspakt hilft. Er setzt Ziele. Er ist aber nicht verbindlich. Deshalb sage ich ganz klar: Er wird nicht alle Probleme, die wir in diesem Bereich haben, einfach dadurch, dass wir mitmachen, lösen, aber er beinhaltet die richtige Zielsetzung. Deswegen bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Paul Ziemiak. – Nächste Rednerin ist ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen: Sylvia Pantel.

Sylvia Pantel: Lieber Ralph Brinkhaus, als Erstes möchte ich mich dafür bedanken, dass es in der Bundestagsfraktion möglich war, einen solchen Antrag durchzukriegen, und das auch noch mit der SPD. Das hätten wir nie geschafft, wenn wir nicht so gut zusammengehalten hätten.

Die wesentlichen Knackpunkte sind enthalten. Das, was zu einem riesen Shitstorm geführt hat, war, dass die Leute gedacht haben, wir hätten dem globalen Pakt ohne Kommentar zugestimmt. Das haben wir nicht. Wir haben mit unserem Antrag die ganzen Knackpunkte und kritischen Stellen dargelegt und klargestellt, dass wir den Pakt in dieser Form nicht wollen. Deshalb ist es sehr gut, dass wir heute an dieser Stelle wiederholt haben, worauf es uns ankommt. Dann wären wir sogar besser als die Österreicher.

Aber mir fehlt etwas. Wir haben über den Pakt im Deutschen Bundestag beraten. Wir haben dann auf dem Parteitag über ihn beraten. Aber was interessiert das die UN? Ich würde darum bitten – ich hoffe, dass der Parteitag zustimmt –, dass unsere Regierung unseren Beschluss mit nach Marrakesch und mit nach New York nimmt, damit ganz klar ist, was wir wollen und was nicht. Denn ansonsten – das haben mir Verfassungsrechtler gesagt – wäre alles nur Makulatur, und das wollen wir nicht. Damit würden wir unseren Wählern und den Bürgern klar zeigen: Für die Aspekte, die in unserem Antrag, aber nicht im Pakt stehen, stehen wir.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen: Jürgen Hardt.

Jürgen Hardt: Liebe Freunde! Wir haben uns in der Arbeitsgruppe Außenpolitik und auch in der Arbeitsgruppe Innenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr intensiv mit den Inhalten des Migrationspakts befasst, und wir haben auch in der Fraktion mehrere lange Diskussionen darüber geführt, was unsere richtige Antwort ist. Die richtige Antwort ist die, die sich in der Entschließung des Deutschen Bundestages von vergangener Woche wiederfindet, und das, was hier im Antrag des Bundesvorstandes steht; das ist nämlich deckungsgleich und identisch.

Ich möchte dem Vorredner an einem Punkt ganz konkret eine Information geben: Ich finde es problematisch, das englische Wort „Commitment“ mit dem deutschen Wort „Verbindlich“ zu übersetzen. Wir verpflichten uns nicht. Ein Commitment ist eine gemeinsame Sicht der Dinge, aber nicht eine Verpflichtung im Sinne des deutschen Rechtes. Deswegen ist das aus meiner Sicht falsch übersetzt, und es hätte dem Außenministerium meines Erachtens auch auffallen müssen, dass man an dieser Stelle diesen deutschen juristischen Begriff nicht einfach als Übersetzung dieses englischen Wortes verwenden kann. Darüber sind sich im Übrigen auch diejenigen, die das jetzt entsprechend beleuchtet haben, einig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte ganz konkret auf den Vorschlag von Sylvia Pantel eingehen. – Ich glaube, dass wir gut daran tun, diesem Migrationspakt als deutsche Bundesregierung zuzustimmen, ohne eine extra Protokollerklärung abzugeben. Ich sage auch, warum: Es ist ein wichtiger Pakt, aber er ist eben unverbindlich, und es gibt ganz viele Länder auf dieser Erde, die eine Menge ihrer Gesetze und in ihrer Praxis bezogen auf den Umgang mit Flüchtlingen und Migranten ändern müssten, wenn sie den Anforderungen dieses Pakts tatsächlich entsprechen wollten. Wir in Deutschland müssten hingegen kein einziges Gesetz und keine einzige Verordnung verändern, wenn dieser Pakt rechtsverbindlich wäre.

Wenn wir als Deutsche durch eine Protokollerklärung oder auf andere Art und Weise quasi auch noch darauf hinweisen würden, dass wir dies für eine eher unverbindliche Vereinbarung halten, dann würden wir die Länder, von denen wir ja erwarten, dass sie sich verbessern, damit sie bessere Bedingungen für Migranten herstellen, quasi dazu bringen, dass sie sich hinter dieser Argumentation – dieser deutschen Haltung – zurückziehen und sagen: Wenn sogar die Deutschen eine Protokollerklärung machen, dann können wir auch erklären, dass das für uns im Prinzip gar nicht gilt. – Deswegen halte ich das für falsch.

(Vereinzelt Beifall)

Ich führe im Übrigen einen Kronzeugen an. Wir haben in der Bundestagsdebatte auch den Bundesinnenminister Horst Seehofer dazu gehört. Horst Seehofer hat uns erklärt, dass dieser Migrationspakt als Teil des Konzeptes, dieses Problem Migration global anzugehen und zu ordnen, auch Teil seines 63-Punkte-Programms ist, und ich bin der Meinung, dass dieser CDU-Parteitag durchaus auch den Bundesinnenminister bei seinen Bemühungen unterstützen sollte, um das, was wir im Koalitionsvertrag und zwischen den Schwesterparteien gemeinsam vereinbart haben, dann auch umzusetzen.

Deswegen ist mein Vorschlag: Stimmen Sie dem Antrag des Bundesvorstandes zu. Es ist ein guter Antrag. Haben Sie keine Angst vor den Shitstorms, die die Identitäre – völkische – Bewegung auslöst. Wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, was uns hingehalten wird. Das hat heute auch die Bundeskanzlerin so gesagt. Dem stimme ich uneingeschränkt zu.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächstes hat das Wort der Antragsteller, Alexander Mitsch aus Baden-Württemberg.

Alexander Mitsch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin Hauptantragsteller des Antrags C 223, in dem es darum geht, dass dieser Migrationspakt vor der Annahme von der CDU/CSU-Fraktion und dem Deutschen Bundestag verabschiedet werden soll.

Dieser Antrag hat sich dadurch erledigt, dass die Fraktion und der Deutsche Bundestag tatsächlich glücklicherweise eine Erklärung verabschiedet haben, die klarstellt, dass dieser Migrationspakt hinsichtlich der negativen Folgen für Deutschland eingeschränkt und klargestellt wird. Insofern hat sich dieser Antrag tatsächlich erledigt, und das ist auch gut so. Ich glaube, es hat uns gutgetan, dass wir in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag diesen Beschluss so gefasst haben, weil er die negativen Auswirkungen tatsächlich einschränkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir machen es uns als CDU meines Erachtens aber zu leicht, wenn wir sagen, dass die Befürchtungen, die dieser Migrationspakt in der deutschen Bevölkerung auslöst, nur das Werk der AfD

oder irgendwelcher rechtsgerichteter Gruppen sind. Das ist nicht so. Die Bevölkerung hat ein Defizit an Informationen zu diesen Themen, und die Bevölkerung hat aus meiner Sicht auch die gerechtfertigte Sorge, dass man mit diesem heiklen Thema richtig umgeht. Deshalb würden wir es uns zu leicht machen, wenn wir bei diesem Thema die Diskussion jetzt leichtfertig einfach beenden würden.

Ich würde deshalb erstens darum bitten, dass wir die Protokollerklärung tatsächlich abgeben. Das tun andere westeuropäische und osteuropäische Partner übrigens auch. Das kann uns nicht schaden. Der Beschluss im Deutschen Bundestag ist im Wesentlichen gut. Das kann man auch in einem Protokoll noch mal „dazugeben“. Das wird uns auch innenpolitisch helfen.

Das Zweite ist: Bei einem so weitgehenden Beschluss sollten wir uns in einem halben Jahr anschauen, welche konkreten Folgen dieser Migrationspakt für Deutschland gehabt hat. Wir sollten dann evaluieren, ob wir damit auf dem richtigen Weg sind, ob es uns gelungen ist, Einwanderung tatsächlich zu begrenzen und zu steuern, oder ob an der einen oder anderen Stelle doch etwas schief läuft.

Ich glaube, das sind die Dinge, die wir als CDU tun müssen. Das sind wir auch unseren Wählern und unseren Mitgliedern schuldig.

Insofern würde ich sehr dafür plädieren, dass wir die Protokollerklärung tatsächlich abgeben und uns bitte auch vornehmen, in einem halben Jahr zu evaluieren, was tatsächlich die Folgen waren. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächstes hat das Wort Detlef Seif, Nordrhein-Westfalen.

Detlef Seif: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Man muss sich vor Augen halten, vor welchem Hintergrund die beiden Pakte vor zwei Jahren auf den Weg gebracht wurden. Es handelte sich um riesige Migrationsbewegungen – insbesondere nach Europa. Wir haben festgestellt: Es fehlen international ausreichende Regelungen, die das Thema angehen können.

Wir müssen uns verdeutlichen: Im Juni dieses Jahres haben 192 der 193 UN-Staaten Ja zu diesem Pakt gesagt. Natürlich hat jeder Staat vorher die Sach- und Rechtslage geprüft und auch geprüft, wie sich das Ganze auswirkt. Lediglich die USA hatten im Juni von vornherein gesagt: Wir machen nicht mit.

Man muss schon sagen: Es waren die Identitäre Bewegung und auch rechtspopulistische Gruppen, die in diese Entwicklung einen negativen Touch reingebracht haben. Man muss sehen: Es handelt sich nicht um einen rechtlich verbindlichen Vertrag; der heißt normalerweise „Konven-

tion“. In dem Text steht, dass das lediglich politisch verpflichtend ist. Die Souveränität der Staaten bleibt erhalten, und es gehört natürlich zur Souveränität der Staaten, über ihr eigenes Migrationsrecht zu bestimmen.

Deshalb muss man das Ganze abwägen und bewerten, und man muss sich auch die Inhalte anschauen.

Wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass darin steht, dass Menschen einen Anspruch auf eine Grundsicherung haben. Wir in Deutschland haben das erfüllt.

Wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass Menschen würdevoll behandelt werden müssen. Das ist in Deutschland längst erfüllt.

Ich meine, wenn man das Ganze richtig bewertet, dann muss man sagen: Wir sollten diesen Pakt in der Tendenz unterstützen. Der Deutsche Bundestag hat deutlich gemacht, dass das rechtlich unverbindlich ist. Das sind aber gute Ziele. Wenn wir hier und heute nicht anfangen, uns international dieses Themas anzunehmen, dann werden wir in den nächsten Jahren Schwierigkeiten haben.

Gerade Deutschland hat zurzeit doch Probleme in der Migrationspolitik. Wir wissen nicht, wer zu uns kommt, wir können nicht feststellen, wer diese Personen sind, weil es in vielen Ländern eben kein Passwesen gibt und weil es dort keine Erhebung von biometrischen Daten gibt. Wir haben bei der Rückführung Probleme, weil Länder nicht bereit sind, ihre eigenen Staatsbürger zurückzunehmen.

Genau das sind ganz wesentliche Punkte, die in diesem Pakt enthalten sind.

Glauben Sie mir: Die Rechtspolitiker und die Außenpolitiker im Deutschen Bundestag haben angesichts der Entwicklungen der letzten beiden Jahre ein hohes Interesse daran, dass wir eine geordnete Migrationspolitik haben, steuern und auch begrenzen. Das ist aktuelle Beschlusslage.

Uns kann doch niemand unterstellen, dass wir hier leichtfertig etwas auf den Weg bringen wollen. Ich darf Sie alle nur bitten: Unterstützen Sie die Antragskommission. Wir sind auf einem guten Weg; das Thema muss international bearbeitet werden. Wir sollten keine Angst vor unserer Überzeugung haben, wir sollten dahinterstehen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Hartmut Schauerte, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen.

Hartmut Schauerte: Liebe Freunde, eine Antragsberatung über diesen Pakt sollten wir ehrlich miteinander führen und nicht Seitenwege einschlagen. Dieser Pakt ist zustande gekommen in einer Zeit, in der eine Debatte über diesen Pakt in Deutschland ausgesprochen problematisch gewesen wäre. Das Auswärtige Amt hat die Verhandlungen flach gehalten, im Kanzleramt sind sie

nicht scharf gestellt worden, auf einmal war er auf dem Tisch, und wir haben uns alle verwundert die Augen gerieben. Es kamen die ersten Nachfragen. Es interessiert mich nicht, von wem die Nachfragen kamen; durch eigenes Lesen und eigenes Nachdenken konnte man zu ganz bestimmten Eindrücken kommen. Als diese Eindrücke formuliert wurden, wurde gesagt: Okay, wir machen im Deutschen Bundestag dazu einen Entschließungsantrag, um zu sagen, wie wir den Pakt verstehen. Er ist zwar nicht verbindlich, aber wenn er vielleicht doch verbindlich sein sollte, dann wollen wir Erklärendes hinzufügen. Nehmen wir einmal an, dass so etwas vernünftig ist. Dann muss aber diese einseitige Erklärung, wie wir den Pakt verstehen, den übrigen Paktmitgliedern mitgeteilt werden. Sonst könnte ja jedes Mitglied anfangen, seine eigene Erklärung des Paktes niederzuschreiben, und dann werden Erklärungen drinstehen, die gewaltig zulasten der deutschen Interessenlage gehen könnten, und diese müssten wir dann auch irgendwie gegen uns gelten lassen. Also, wenn man solche erläuternden Erklärungen zu einer Verbindlichkeit, die es gar nicht geben soll, abgeben will, dann müssen sie – das ist das Mindeste – zu Protokoll erklärt werden. Ich kann als Mitglied dieser Partei diesem Antrag nicht zustimmen – wenn der Bundestag schon eine Entscheidung getroffen hat, ist das okay; aber wir wollen ja in Zukunft auch eine eigenständige Bewertung unserer Partei in solchen Fragen herbeiführen –, wenn er nicht zu Protokoll gegeben wird und damit auch formal in das Wissen der übrigen Vertragspartner einfließt. Ich will insofern einen Antrag zur Abwendung stellen, ihn so zu belassen – ich denke, es hilft jetzt alles nichts mehr –, aber ihn in jedem Fall völkerrechtlich zu Protokoll zu erklären. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Stefan Hondt.

Stefan Hondt: Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube wir alle hier auf dem Parteitag sind für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Es ist ein hochsensibles Thema, das hier auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Ich muss aber ganz deutlich sagen: Ich glaube, unser Parteitag ist um 21.30 Uhr damit überfordert – es handelt sich um ein fünfseitiges Papier, und wir wissen, dass sich die Bundestagsfraktion schon damit beschäftigt und entschieden hat –, hier eine sensible Debatte zu führen

(Vereinzelt Beifall)

und eine gemeinschaftliche Entscheidung herbeizuführen, wo jeder guten Gewissens gleich zum Hamburger Abend gehen kann und sagen kann: Das war richtig und gut, ich habe das verstanden. Ich glaube nicht, dass wir dieses Thema heute Abend noch nachhaltig verstehen können. Insofern beantrage ich, die Entscheidung einfach auszusetzen oder es bei der Entscheidung der Bundestagsfraktion zu belassen. Sie war sicherlich gut überlegt, aber man sollte den Parteitag nicht überfordern. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Dazu hat sich Oliver Wittke zur Gegenrede gemeldet.

Oliver Wittke: Liebe Freunde, ich habe den Eindruck, dass die Diskussion gut, konzentriert und sehr sachlich läuft.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, es ist nicht in Ordnung, wenn diejenigen, die hier ausgeharrt haben, um diese Diskussion zu führen, jetzt für ihr Durchhaltevermögen bestraft werden. Die Reihen sind gut gefüllt, wir haben eine ordentliche Diskussion, und darum sollten wir sie weiterführen und auch heute zu Ende bringen. Ich glaube, das sind wir denjenigen schuldig, die sich vorbereitet haben, die bisher geredet haben und gute Beiträge geliefert haben. Ich bin sehr froh darüber, dass die Debatte so läuft. Ich bin stolz darauf, dass wir auch noch um diese Uhrzeit Inhalte diskutieren können. Das zeichnet unsere CDU aus, und darum sollten wir die Debatte fortsetzen und heute bei diesem Thema auch zu einer Entscheidung kommen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Wir haben jetzt noch zwei Redner. Ich schlage Folgendes vor: Ich rufe die beiden Redner auf, und dann würden wir zu einer Beschlussfassung kommen und zunächst zu dem Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen und dann gegebenenfalls in der Sache. Können wir so verfahren, oder gibt es zu diesem Vorschlag Gegenreden? – Es gibt keine Gegenreden, dann rufe ich die beiden Wortmeldungen auf. Das ist zunächst Tilman Kuban, der Landesvorsitzende der Jungen Union in Niedersachsen. Danach hält sich Philipp Amthor bereit.

Tilman Kuban: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, liebe Frau Vorsitzende, ich möchte nicht inhaltlich zum UN-Migrationspakt sprechen, sondern ich möchte einen anderen Punkt nennen. Der UN-Migrationspakt ist für mich ein Musterbeispiel für unsere schlechte Aufstellung im Netz und für unser fehlendes Radar.

(Vereinzelt Beifall)

Wer sich einmal die Klickraten bei Google Analytics ansieht, der sieht, wie schlecht wir aufgestellt sind. Wenn man sich die Kurve anschaut, erkennt man, dass das Thema seit Oktober im Fokus des Interesses der Öffentlichkeit steht und dass andere auf dieses Thema eingehen. Wir hätten spätestens in diesem Moment erkennen müssen, dass wir eine Idee entwickeln und diese kommunizieren müssen, wie wir dagegen halten und was unsere Ideen zu diesem Thema sind. Um es deutlich zu sagen: Wir müssen im Netz und beim Kampagnensetting besser werden. Ich wünsche mir von unserer neuen Vorsitzenden, dass sie die CDU in diesem Bereich anders aufstellt. Ich will, dass wir Themen setzen und besetzen und

dass wir Debatten gewinnen. Dafür müssen wir in den klassischen Medien und auch im Netz deutlich besser werden. Das ist meine Anregung zu diesem Punkt. – Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als letzter Redner hat sich Philipp Amthor gemeldet.

Philipp Amthor: Liebe Freunde, es ist richtig, was gesagt wurde: Die Debatte um den UN-Migrationspakt, wie sie in den letzten Wochen und Monaten gelaufen ist, war sicherlich nicht das Paradebeispiel für bestmögliche politische Kommunikation. Deswegen geht es uns auch darum, dass wir daraus lernen. Ich finde es ist auch wichtig, dass wir an vielen Stellen aufgrund der Bewegung, die es an der CDU-Parteibasis gab, reagiert haben, auch durch beherzten Einsatz in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Aus der Perspektive der Innen- und Außenpolitiker, die darüber fachlich diskutiert haben in der Bundestagsfraktion, kann ich Ihnen nur sagen: Mit unserem Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag haben wir das Beste und Maximale erreicht, um dieses Thema in eine richtige Richtung zu führen. Entgegen all der Mythen, die es gibt zum Thema Protokollerklärung, sage ich immer wieder: Eine Protokollerklärung wäre weit weniger wirksam als das, was wir gemacht haben, nämlich eine selbstbewusste Äußerung im deutschen Parlament. Ich finde, wir müssen sagen: Der Deutsche Bundestag ist der Ort, an dem solche Debatten geführt werden. Man kann aus diesem UN-Migrationspakt nicht austreten, eine Protokollerklärung ist wirkungslos. Ich sage allen Kritikern: Wenn man aus diesem Pakt austreten wollte, dann könnte man nur aus den Vereinten Nationen insgesamt austreten.

Wir alle sind der festen Überzeugung, dass wir diesen Pakt brauchen als Bestandteil unseres Weges hin zu einer besseren und geordneteren sowie gesteuerten Migration. Wir diskutieren über diesen Pakt auch in der Bundestagsfraktion, nicht damit er zu mehr Zuwanderung führt, sondern damit er zu einer geordneteren Zuwanderung führt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen auch mit der Diskussion auf diesem Parteitag dazu beitragen. Das Signal ist doch klar. Die Diskussionen werden niemals zu Ende sein. Wir stehen zur Verfügung, darüber auch an der Parteibasis zu diskutieren. So mache ich es auch beherzt in meiner Heimatregion. Wir alle in der Fraktion stehen dafür ein und sind offen, die Argumente auszutauschen. Wir springen nicht über die Stöckchen, die uns Rechtspopulisten hinhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich stelle zunächst einmal fest: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte mich bei allen Rednern bedanken und festhalten, dass

wir eine ausgesprochen sachliche Kontroverse und engagierte Debatte hierzu hatten und dass wir damit auf dem Parteitag diesem Thema die Bedeutung, die es verdient, zugemessen haben.

Ich darf Sie, Herr Hondt, fragen, ob Sie an Ihrem Antrag auf Vertagung festhalten? – Stellt jemand den Antrag auf Vertagung? – Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist. Da das nicht der Fall ist, können wir zur Abstimmung in der Sache kommen. In der Sache liegt das Votum der Antragskommission vor.

Gibt es eine Wortmeldung? Darf ich das als einen Antrag auf Vertagung deuten? – Dem ist offenbar so. Dann darf ich zuerst darüber abstimmen lassen, ob wir diesen Antrag auf den morgigen Tag vertagen wollen. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit darf ich feststellen, dass bei einer sehr großen Mehrheit der Wunsch besteht, zur Abstimmung über diesen Antrag zu kommen. Dafür gibt es das Votum der Antragskommission. Sie empfiehlt, den Antrag G des Bundesvorstandes anzunehmen und damit den Antrag C 221 für erledigt zu erklären. Ich darf fragen, wer diesem Antrag des Bundesvorstandes bzw. der Empfehlung der Antragskommission zustimmt. – Ich darf fragen, wer dagegen stimmt. – Ich darf fragen, wer sich enthält. – Damit darf ich feststellen, dass mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen dieser Antrag in der Fassung des Bundesvorstandes angenommen ist. Ich danke sehr herzlich für die Debatte.

(Beifall)

Dann darf ich bekannt geben die Ergebnisse der Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes. Es waren zu wählen 26 Mitglieder des Bundesvorstandes. Es wurden abgegeben 904 Stimmen. 31 Stimmen waren ungültig. 873 Stimmen waren gültig. Die erforderliche Mehrheit beträgt 437 Stimmen. Ich darf vorneweg mitteilen, dass das Frauenquorum erreicht wurde. Ein zweiter Wahlgang ist nicht erforderlich, weil 26 Kandidaten die erforderliche Mehrheit erreicht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind entfallen auf Christian Baldauf 779 Stimmen, 89 Prozent,

(Beifall)

auf Dr. Reiner Haseloff 776 Stimmen, 88 Prozent,

(Beifall)

auf Hermann Gröhe 770 Stimmen, 88 Prozent,

(Beifall)

auf Herbert Reul 743 Stimmen, 85 Prozent,

(Beifall)

auf Serap Güler 736 Stimmen, 84 Prozent,

(Beifall)

auf Mechthild Heil 732 Stimmen, 83 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Dr. Johann David Wadephul 708 Stimmen, 81 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Ina Scharrenbach 707 Stimmen, 80,99 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Professor Dr. Otto Wulff 704 Stimmen, 80,64 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Lucia Puttrich 702 Stimmen, 80,41 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Peter Altmaier 700 Stimmen, 80,18 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Marco Wanderwitz 689 Stimmen, 78,9 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Elmar Brok 688 Stimmen, 78 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Thomas Kufen 679 Stimmen, 77,78 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Monica Wüllner exakt dieselbe Stimmenzahl, 77,78 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Dr. Stefan Heck 676 Stimmen, 77,43 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Professor Dr. Dagmar Schipanski 674 Stimmen, 77,2 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Peter Beuth 672 Stimmen, 75,8 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Olav Gutting 656 Stimmen, 75,14 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Elisabeth Heister-Neumann exakt dieselbe Stimmenzahl, 75,14 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Elisabeth Motschmann 651 Stimmen, 74,57 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Marcus Weinberg 649 Stimmen, 74,3 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Thomas Bareiß 647 Stimmen, 74,11 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Vincent Kokert 629 Stimmen, 72 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

auf Gudrun Heute-Bluhm 615 Stimmen, 70,45 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

und auf Elke Hannack 559 Stimmen, 65 Prozent.

Diese 26 Bewerber haben alle die erforderliche Mehrheit erreicht und sind damit gewählt. Auf den weiteren Plätzen sind Marc Speicher mit 561 Stimmen und Sylvia Pantel mit 398 Stimmen. Ich darf alle Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. – Wir nehmen den vielstimmigen Chor zur Kenntnis. Wir dürfen allen sehr herzlich gratulieren. Ich darf damit das Wort dem Landesvorsitzenden der CDU Hamburg zur Ankündigung des Abends übergeben.

Dr. Roland Heintze: Es ist so weit. Wir sind mit den Beratungen des ersten Tages durch. Nun darf ich Sie alle sehr herzlich zum Hamburg-Abend einladen. Die gute Nachricht: Wir müssen das Haus nicht verlassen, sondern er findet in Halle A 3 statt. Der Weg dorthin ist ausgeschildert. Trotzdem noch zwei wichtige Hinweise. Die Garderobe, die Sie heute Morgen abgegeben haben, können Sie bis zum Verlassen des Hamburg-Abends – ich hoffe, dass das sehr spät sein wird – dort lassen und am Ende abholen. Die Garderobe ist bis dahin geöffnet. Persönliche Wertsachen, die Sie hier dabei haben, nehmen Sie bitte mit, genauso wie persönliche Unterlagen. Wollen Sie diese auch loswerden, dann geben Sie diese einfach an der Garderobe am

Haupteingang ab, wo Sie heute Morgen hereingekommen sind. Wir haben keine eigene Garderobe beim Hamburg-Abend. Alle Parteitagspapiere können auf den Tischen liegen bleiben. Alles, was entsorgt werden soll – Zeitungen, Leergut, what ever –, einfach auf den Boden legen! Dann haben es diejenigen, die aufräumen, einfacher.

Ich freue mich auf den Hamburg-Abend. Ich bedanke mich für die gute Mitarbeit. Wir sehen uns morgen pünktlich um 9 Uhr.

Uns einen schönen Abend und bis gleich.

(Schluss 21.37 Uhr)

Samstag, 8. Dezember 2018

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9.15 Uhr)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Einen schönen guten Morgen allerseits! Ich hoffe, der Hamburger Abend hat, auch wenn wir spät angefangen haben, allen gefallen.

(Beifall)

– Danke, da freuen sich die Hamburger. – Es war, glaube ich, ein schöner Abschluss eines, wie ich fand, sehr arbeitsreichen Tages.

Hiermit eröffne ich den zweiten Plenartag unseres 31. Parteitages und wünsche uns allen weiterhin gute Beratungen und zügige Entscheidungen.

Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Grußworte

Ich freue mich sehr, heute Morgen in unserer Runde den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und Präsidenten des Senats, Herrn Dr. Peter Tschentscher, zu begrüßen.

(Beifall)

Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Delegierte und Gäste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Sehr geehrte Frau Bundesvorsitzende, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl. Vielen Dank für die Einladung als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ein Grußwort an den Parteitag zu richten.

Das war ja eine beeindruckende Entscheidung, die Sie gestern getroffen haben. Auf der ersten Seite der „Welt“ war zu lesen, diese Entscheidung bestimme die Zukunft der CDU, Deutschlands, Europas und des gesamten Kontinents. – Viel Erfolg, Frau Kramp-Karrenbauer.

Ich bin froh, dass Sie diese Entscheidung in Hamburg getroffen haben; denn Hamburg ist ein guter Ort, um den richtigen Kurs in die Zukunft einzuschlagen. Seit Jahrhunderten beruhen unsere Attraktivität und die wirtschaftliche Kraft unserer Stadt auf der Modernität, der Veränderungsbereitschaft, dem optimistischen Blick auf die Zukunft und einer Weltoffenheit, die unsere Hansestadt immer ausgezeichnet hat. Wir sind der größte Hafen der Exportnation Deutschlands, wir sind der drittgrößte Luftfahrstandort weltweit, haben eine innovative Gesundheitswirtschaft und sind ein wichtiger Standort der IT- und Medienbranche. Vieles davon kommt ganz Deutschland zugute.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den großen Metropolen dieser Welt zeigen sich die Entwicklungen und stellen sich die Fragen der Zukunft früher als woanders. Dadurch sind wir auch früher in der Lage, Probleme zu erkennen und Lösungen zu entwickeln, um den gesellschaftli-

chen Wandel und das Leben der Menschen zu verbessern. Deshalb ist es gut, wenn gerade Volksparteien, deren Anspruch es ja immer war, über Einzelinteressen hinaus die Zukunft des gesamten Landes im Blick zu haben, sich besonders um die Probleme und die Entwicklung in den Großstädten kümmern. Und deshalb bin ich froh, dass Ihre neue Bundesvorsitzende, die zwar nicht in Hamburg geboren ist, wie ihre Vorgängerin, in dieser Stadt zur Bundesvorsitzenden gewählt wurde; denn das wird dazu führen, dass sie sich in ihrem gesamten zukünftigen politischen Leben gerade unserer Stadt sehr verbunden fühlen wird.

Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Beratungen und Beschlüsse. Es ist uns eine Ehre, dass Sie hier sind. Wer schlau ist, hat sich noch ein bisschen Zeit genommen, um nach dem Parteitag die kulturelle Vielfalt unserer Stadt kennenzulernen, von der Elbphilharmonie über das Miniatur Wunderland bis hin zum Schmidts Tivoli. Ich wünsche Ihnen alles Gute. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Tschentscher. – Insbesondere den Hinweis, sich noch ein bisschen Zeit für Hamburg zu nehmen, kann ich nur voll unterstützen. Wir werden das Unsere dazu beitragen, dass Sie auch die Chance dazu haben. – Ich gebe jetzt ab an David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen! Wir werden jetzt mit Tagesordnungspunkt 7, Grußworte, weitermachen.

Zuvor möchte ich mir allerdings, wie gestern, den freundlichen, dezenten Hinweis erlauben, dass diejenigen Delegierten, die im hinteren Teil des Saals sitzen, kaum eine Gelegenheit haben, die Bühne zu erkennen, wenn da so viele Menschen stehen.

(Beifall)

Ich bitte insbesondere die Ansammlung von Herren in dunklen Anzügen rund um das Mikrofon 3, die Aktivitäten in einen anderen Teil dieses großen Veranstaltungsgebäudes zu verlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Danke sehr. Der Tagungspräsident wird sogar erhört. Das ist wunderbar.

Liebe CDU-Freunde, es ist mir jetzt eine ganz besondere Freude, einen weiteren Grußwortredner zu begrüßen. Er ist am 8. November auf dem Parteitag der Europäischen Volkspartei in Helsinki zu unserem europaweiten Spitzenkandidaten für die Europawahl vom 23. bis 26. Mai nächsten Jahres gewählt worden. Er ist der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Stellvertretende Vorsitzende der CSU. Wir begrüßen sehr herzlich unseren Freund Manfred Weber zu seinem Grußwort. – Herzlich willkommen, lieber Manfred!

(Beifall)

Manfred Weber: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Ich bedanke mich zunächst für die Einladung, für die Gelegenheit, sprechen zu dürfen mit dem Doppelhut, den ich heute aufhabe, nämlich einerseits das CSU-Grußwort zu sprechen und zum anderen als EVP-Spitzenkandidat einen Ausblick auf die Europawahl zu geben.

Ich möchte euch zunächst gratulieren. Es war ein spannendes Rennen, eine lebendige Debatte. Diese Debatte hat euch Orientierung gegeben mit Blick auf die Führung der Christlich Demokratischen Union. Am Schluss hat sie auch ein Ergebnis gebracht. Ich möchte auch im Namen der Schwesterpartei, der CSU, dir, Annegret, ganz herzlich gratulieren zur Wahl zur neuen CDU-Parteivorsitzenden. Ich wünsche dir von Herzen alles Gute auch im Namen der CSU. Dein Erfolg ist unser Erfolg. Lasst uns die nächsten Jahre zu einem Erfolg für die Union machen.

(Beifall)

Liebe CDU-Freunde, als CSU-Vertreter möchte ich auch Dank sagen an Angela Merkel. Sie war 18 Jahre lang Vorsitzende der CDU. In der gleichen Zeit waren Edmund Stoiber, Erwin Huber und dann zehn Jahre lang Horst Seehofer die Parteivorsitzenden der CSU. Es waren viele gute Jahre für die Union. Die Union hat in diesen Jahren Deutschland und Europa geführt und zu einem besseren Ort gemacht.

Diese Jahre waren geprägt von großen Umbrüchen und Krisen. Angela Merkel hat die CDU als große Volkspartei in dieser Zeit auf Kurs gehalten und viele Wahlerfolge möglich gemacht, und dies orientiert an unseren Grundwerten: offen zu sein für Neues, Entwicklungen in der Gesellschaft nicht zu verschlafen, aber ihnen auch nicht hinterherzulaufen. Ich denke, so kann man die Orientierung formulieren, die Angela Merkel in ihrer Art zu führen deutlich gemacht hat.

Es ist schon interessant, zu sehen, dass manche einerseits kritisieren, dass der Führungsstil von Angela Merkel sehr moderierend gewesen sei, dass aber andererseits ihr vorgeworfen wird, das Koordinatensystem der CDU verschoben zu haben. Wenn man diese zwei Kritikpunkte sieht, dann kann man, glaube ich, mit Fug und Recht sagen, dass Angela Merkel in ihrer Zeit vieles, vieles richtig gemacht hat. Danke für diese erfolgreiche Arbeit, liebe Angela Merkel, auch im Namen der Christlich-Sozialen Union.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde der CDU, wenn ich als CSU-Vertreter zu euch spreche, dann möchte ich natürlich auch über die schwierigen Zeiten ein Wort verlieren. Das Thema der Migration hat uns die letzten drei Jahre durchgerüttelt in Deutschland und in Europa. Unser Problem war im Rückblick – ich glaube, da sind wir uns alle einig – nicht die Sache. Was uns in diesen Jahren gefehlt

hat, war die Bereitschaft zum Kompromiss, zum Brückenbauen, zum Willen für einen Konsens. Jeder hatte dabei seine Rolle. Ich möchte für meine Partei sagen: Auch meine Partei hat sich dabei in den letzten Monaten und Jahren nicht immer glücklich verhalten.

(Beifall)

Entscheidend ist aber nicht der Blick zurück, sondern das, was wir jetzt daraus lernen. CDU und CSU sind eigenständige Parteien. Wir haben manchmal unseren eigenen Kopf. Es hat der Union in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer gutgetan, dass wir diesen eigenständigen Kopf haben. Entscheidend ist, dass wir uns der Grund-DNA von CDU und CSU bewusst werden, und das ist nun mal die Union. Die Menschen erwarten von uns Lösungen und Antworten in der Sache und dass wir die Herausforderungen der Zeit annehmen. Das geht am Ende des Tages nur gemeinsam; das geht nur mit dem Willen zum Konsens. Und das muss auch das Leitmotiv der neuen zukünftigen Führung von CDU und CSU für die nächsten Jahre sein.

Gemeinsam sind wir stark. Ganz konkret bedeutet das: Wir als CSU wollen die Koalition in Berlin erfolgreich gestalten. Wir wollen vertragstreu sein, konstruktiv sein und unserem Land unter Führung von Angela Merkel als deutsche Kanzlerin dienen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das Jahr 2019 wird ein Schlüsseljahr sowohl für die Entwicklung in Europa als auch für uns als Volkspartei werden. Die zwei großen Herausforderungen wurden bereits gestern bei euch intensiv diskutiert. Die Frage ist: Kann es gelingen – schaut bitte mit mir gemeinsam nach Italien, nach Frankreich und Polen –, die Idee der Volkspartei erfolgreich zu bewahren? Wird es uns gelingen, Europa auf Kurs zu halten?

Bei der letzten Wahl von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten hatten wir im Europäischen Parlament gerade einmal 47 Stimmen mehr als für die qualifizierte Mehrheit notwendig war. Es ist angesichts von 750 Mitgliedern im Parlament eine knappe Mehrheit, und das in einer Zeit, als wir noch keinen Salvini hatten. Außerdem gab es zu der Zeit noch keinen Kaczyński in der Stärke und Le Pen war noch nicht so stark, wie sie heute ist. Das heißt, es geht für Europa um die Frage, ob wir unseren Kontinent auf einem konstruktiven und proeuropäischen Kurs halten. Das sind die zwei großen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

(Beifall)

Was ist dafür zu tun? Als Erstes, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir schlicht und einfach kämpfen, nachdem die beiden Parteien sich neu strukturiert haben und mit einer neuen Führung ausgestattet sind. Das heißt für mich vor allem kämpfen Richtung rechts.

Erinnert ihr euch an den Bernd Lucke? Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments und war einmal Parteivorsitzender der AfD. Warum ist er zurückgetreten? Weil er sich eingestehen

musste, dass er die rechten Kräfte in seiner Partei nicht mehr bändigen konnte. Nachfolgerin wurde Frauke Petry. Erinnert ihr euch? Sie ist dann zurückgetreten. Warum? Sie sagte: Ich kann die rechten Kräfte in meiner Partei nicht bändigen, und ich will nicht an der Spitze einer Partei stehen, die im Kern eine rechte Partei ist.

Heute steht der Oberrelativierer Gauland an der Spitze der AfD. Aber dahinter ist die AfD eine reine Höcke-Partei. Sie ist eine rechte Partei, sie ist in Teilen eine extreme Partei. Deswegen werden wir mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass sie weiter Einfluss in unserem Land bekommt.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, in wenigen Tagen, am Dienstag, wird in London über den Antrag zum Brexit im Unterhaus abgestimmt. Meuthen aus der AfD ist im Übrigen Mitglied der Fraktion von Farage im Europäischen Parlament. Dieser Ober-Brexit-Vertreter Großbritanniens hat leider Gottes sein Land in diese Richtung gesteuert. Deswegen müssen wir im kommenden Wahlkampf deutlich sagen: Schaut euch doch die Lage an! Europa ist stabil, Europa ist geschlossen. Das ist wichtig; denn bei den Brexit-Verhandlungen mit London haben wir wirtschaftliche Unsicherheit und politisches Chaos erlebt.

Deswegen müssen wir klar auf den Punkt bringen: Die AfD in Deutschland ist die deutsche Brexit-Partei. Wer eine Situation wie in London will, muss AfD wählen. Wer Stabilität will, wer Frieden will, wer Zusammenarbeit auf diesem Kontinent will, der muss CDU/CSU wählen, die Union bei der nächsten Europawahl unterstützen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, es geht um Grundsätzlicheres. Wir alle spüren das doch. Es geht nicht mehr nur um Regulierung, um Gesetze, um politische Vorstellungen. Es geht auch um Grundsätzlicheres. Zunächst werden Politiker verunglimpft als Mitglieder der Altparteien, dann werden Medien diskreditiert als Systemmedien, dann werden Gerichte hinterfragt und ihre Urteile, und schließlich und endlich steht unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zur Debatte. Unsere Prinzipien, auf denen unser Gemeinwesen basiert, zerbröseln langsam, wenn man diesen rechten Rattenfängern nachläuft. Deswegen brauchen wir ein klares Bekenntnis zu unseren Institutionen. Wir brauchen einen Stil, der den Menschen deutlich macht, dass wir das wertschätzen, was wir haben. In Europa bedeutet das vor allem, dass wir Europa demokratisieren.

Ich habe im Sommer, nach vielen Gesprächen mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel, entschieden, als Spitzenkandidat für die EVP anzutreten. Ich durfte da auch auf die Unterstützung der CDU bauen mit dem Beschluss des Parteivorstands vom September. Warum beschreibe ich das noch einmal? Weil ich in diesen Wochen Demokratie in Europa erlebt habe, wenn ich mich ans Rednerpult gestellt und gesagt habe: Ich will, und ich kann's. Ich traue mir das zu. – Am Ende entscheiden nämlich Delegierte – Annegret, so wie das bei euch gestern der Fall war – in

geheimer Abstimmung über die Frage, wer nominiert wird. Ich hatte in Helsinki auch einen Gegenkandidaten. Wir haben dann gerungen, wir haben gestritten und positiv beschrieben, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Liebe Parteifreunde, dass ich dann in Helsinki am Schluss 80 Prozent der Delegiertenstimmen bekommen habe, hatte ich mir selbst in den besten Träumen nicht erhofft. Aber es war der Fall, und ich möchte euch sagen: Ich will, und ich kann. Ich will Kommissionspräsident werden, und ich will Europa in eine gute, stabile und friedliche Zukunft führen.

(Beifall)

Wenn zum ersten Mal der Fraktionschef der größten Fraktion im Europäischen Parlament, ein gewählter Parlamentarier, Kommissionspräsident wird, dann, liebe Freunde, ist das per se schon ein Symbol für die Demokratisierung Europas. Die Zukunft Europas ist nicht in Händen von Bürokraten und Eliten, sie ist in den Händen der Menschen, die am 26. Mai 2019 zur Wahl gehen werden.

(Beifall)

Ein Punkt ist mir wichtig für diesen Wahlkampf: Wir müssen Politik erklären, keine Frage. Es ist komplex geworden in der politischen Arena. Aber Politik erklären ist wahrlich nicht das Zentrum von Politik. Vielmehr ist das Zentrum von Politik, aus der Perspektive der Menschen zu gestalten. Was meine ich damit? Ich war vor eineinhalb Wochen bei der Betriebsversammlung von VW in Wolfsburg eingeladen, übrigens ein historisches Event, weil zum ersten Mal in der Geschichte dieser Betriebsversammlungen in Wolfsburg ein Bayer das Rederecht bekommen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt klatschen nur wenige; das habe ich gesehen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, was ich eigentlich sagen will, ist, dass dort der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, SPD-Mitglied Osterloh, begrüßt hat – ich darf das sagen, weil es ein öffentlicher Termin war – und darauf verwiesen hat, dass derzeit in Brüssel entscheidende Gespräche zu den CO₂-Grenzwerten für die Autoindustrie anstehen. Er hatte diesbezüglich mit der SPD-Führung in Deutschland Gespräche. Die waren sogar in Wolfsburg und haben sich vor Ort unterhalten. Bernd Osterloh sagt: Wenn wir den Vorschlägen der SPD-Führung nachgehen, nämlich die Grenzwertziele so hoch zu setzen, dass die deutsche Autoindustrie technisch Schwierigkeiten hat, das zu erreichen, dann können wir den Werksschlüssel von Volkswagen in Wolfsburg direkt an Tesla nach Kalifornien schicken; denn dann wird hier das Licht ausgehen. – Ich habe am Rednerpult vor 15 000 Mitarbeitern von Volkswagen gestanden, über Europa gesprochen, aber auch über

das Thema der CO₂-Grenzwerte und in besorgte Augen geschaut, weil die Menschen Angst haben und fragen: Gelingt diese technologische Revolution für eine Schlüsselindustrie Deutschlands, nämlich die Autoindustrie, so, dass wir das ohne Arbeitsplatzverluste schaffen?

Liebe Freunde, was sagen wir diesen Menschen? Wir sagen diesen Menschen: Auch wir als Union wollen engagiert für Klimaschutz eintreten, deswegen wollen wir eine Reduktion um 30 Prozent. Das ist ambitioniert. Aber aus der Perspektive der Menschen Politik zu denken, bedeutet eben auch, die Sorgen um die Arbeitsplätze ernst zu nehmen, unserer Industrie Rückenwind zu geben, und nicht, gegen unsere Industrie zu arbeiten. Deswegen sagen wir: Wir sind die Partei, die aus Sicht der Menschen Politik macht, und die Sozialdemokraten und viele andere sind ideologisiert.

(Beifall)

Was wollen die Menschen? Sicherheit. Im Kampf gegen Terror brauchen wir die Vernetzung der Datenbestände. Was die Migration angeht, müssen wir mit aller Entschiedenheit sagen, dass illegale Migration auf diesen Kontinent beendet wird.

(Teilweise Beifall)

Wir brauchen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das bedeutet, Innovationskraft zu haben. Vor allem für den Süden des Kontinents brauchen wir wirtschaftliche Zukunft. Ich erlaube mir, ein Beispiel zu nennen, das ich auch in Helsinki verwandt habe: 40 Prozent der Europäer und auch viele von uns hier im Raum werden irgendwann einmal Erfahrungen mit Krebs machen, weil sie von Krebs betroffen sein werden, eines der großen Schicksale, der großen Leiden, der Geißeln der heutigen Menschheit. Liebe Parteifreunde, wie wäre es denn, wenn wir in Europa alle unsere Gelder, die wir haben, all unser Know-how, das wir haben, all die Datenbasen, die wir dafür haben, bündeln würden und einen Masterplan im Kampf gegen Krebs entwickeln? Die Wissenschaft sagt uns, dass es möglich ist, Krebs zu stoppen oder vielleicht sogar zu heilen. Wie wäre es, wenn Europa der Kontinent ist, von dem man sagt: „Es waren die Ersten, die eine Antwort auf Krebs gegeben haben“? Damit würden wir nicht nur Arbeitsplätze schaffen, Jobs schaffen und Produkte für morgen schaffen, sondern wir würden auch etwas Größeres erreichen: Wir Europäer würden nämlich einen Beitrag dazu leisten, dass die Welt ein besserer Platz wird, wo die Menschen stolz darauf sein können, was wir als Europäer gemeinsam leisten können.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen größer denken. Helmut Kohl hat in den 90er-Jahren gesagt: Wir schaffen die D-Mark ab und führen den Euro ein. Er hat das gemeinsam mit Theo Waigel gemacht. Das war damals keine populäre Forderung, aber eine richtige, eine weitblickende Forderung. Was ist heute die Forderung? Heute lautet die Forderung: Wir müssen in den nächsten Jahren alles dafür tun, damit wir die europäische Souveränität zurückgewinnen, die wir längst verloren haben.

Ich meine damit die Außen- und Sicherheitspolitik. In der Außenpolitik müssen wir endlich dazu kommen, dass die Beschlüsse in der Europäischen Union nicht mehr einstimmig gefasst werden müssen; denn dadurch sind wir eine *Lame Duck*. Wir sind nicht handlungsfähig, weil es immer jemanden gibt, der dagegen ist. Wir brauchen das Mehrheitsprinzip bei der Abstimmung in der Außenpolitik.

(Beifall)

Und wir brauchen in der Außenpolitik endlich den Willen zu gemeinsamen Schritten hin zu einer europäischen Interventionstruppe für Europa, damit wir in der Sahelzone und in den Krisengebieten, die um uns herum sind, handlungsfähig werden und Stabilität erzeugen können.

Lassen Sie mich eine Erfahrung kurz schildern. Vor wenigen Jahren war ich als Fraktionschef in Estland. Dort habe ich belgische Soldaten getroffen, die dort mit Flugzeugen an der russischen Grenze NATO-Air-Policing durchführen. Ich habe dort mit einem Piloten gesprochen, er war gute 30 Jahre alt. Er hat mir sehr lebendig beschrieben, dass der Einsatz sehr spannend ist, weil die Russen eigentlich jeden Tag irgendwo an der Grenze zu provozieren versuchen. Ich habe diesem belgischen Piloten die Frage gestellt: Wie wäre es, wenn auf Ihrer Uniform nicht nur die belgische Flagge aufgenäht wäre, sondern zusätzlich darüber die europäische? Wie würden Sie sich dabei fühlen? – Wissen Sie, was der junge Pilot mir geantwortet hat? Er sagte: Herr Weber, ich verstehe Ihre Frage ehrlich gesagt nicht; denn seitdem ich Dienst mache, seit ich mich für den Soldatenberuf entschieden habe, weiß ich, dass ich nicht Belgien verteidige, sondern die europäische Wertegemeinschaft, und zwar zusammen mit meinen niederländischen, deutschen und französischen Kollegen gemeinsam. Ich sage Ihnen: Viele der jungen Menschen sind im Denken weiter, als wir glauben. Unsere Aufgabe wird es sein, das miteinander in die Tat umzusetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, da wir gerade vom Grundsätzlichen reden, möchte ich zum Schluss ansprechen, dass uns die Identitätsfrage wieder bevorsteht. Wenn Le Pen in Frankreich Wahlkampf macht, dann sagt sie den Menschen: Seid stolze Franzosen! Zum Teufel mit diesem Europa! – Das ist ihre Botschaft. So argumentieren auch Wilders und mittlerweile auch viele andere auf diesem Kontinent. Der Egoismus, der Nationalismus ist zurück. Was ist unsere Antwort als Europäische Volkspartei, als Union in Deutschland? Lasst mich einen Vorsitzenden meiner Partei, nämlich Franz Josef Strauß, zitieren, der als überzeugter Paneuropäer schon in den 60er-Jahren den Spruch geprägt hat: Bayern, meine Heimat, Deutschland, mein Vaterland, und Europa, meine Zukunft. – Wenn ich das für mich übersetze, so bedeutet das für mich als 46-Jährigen: Ich bin stolz auf Bayern. Da bin ich daheim, das ist meine Heimat, da fühle ich mich wohl. Ich bin deutscher Staatsbürger, und wenn unsere Nationalmannschaft wieder einmal stark gewinnt, dann nehme ich mit Freude die Nationalfahne in die Hand und freue mich darüber, dass ich Deut-

scher bin. Im Herzen und im Kopf bin ich überzeugter Europäer, und ich lasse mir von keinem Populisten einreden, dass das ein Widerspruch ist. Ich will, dass diese Nationalitätenfragen endlich beendet werden.

(Beifall)

Dafür brauchen wir eine Offensive. Dafür brauchen wir Lust auf Auseinandersetzungen. Das gilt auch für die zweite Identitätsfrage, nämlich die um die Grundwerte, die wir vertreten, den European Way of Life, der durch das Christentum, das Judentum, die Aufklärung und viele andere Entwicklungen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft und die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf unserem Kontinent geprägt worden ist. Der Inbegriff für Europa ist für mich die Freiheit, die Freiheit der Rede, die Freiheit der Medien, die Freiheit der Religion.

Der European Way of Life ist etwas Besonderes auf diesem Globus. Schaut doch nach Amerika, schaut nach Russland, schaut nach China! Wir werden vor der Frage stehen, ob es uns in den fünf, zehn Jahren gelingen wird, den European Way of Life nicht nur zu verteidigen, sondern ihn auch selbstbewusst in die Welt hinauszutragen, weil unser Gesellschaftsmodell in Europa das richtige ist, um den Menschen eine gute Zukunft zu geben. Lasst uns stolz darauf sein, und lasst uns den European Way of Life verteidigen.

(Beifall)

Im Jahre 1953 wurde hier in Hamburg bei einem CDU-Parteitag das sogenannte Hamburger Programm beschlossen. Es hat damals ein Ja zur Montanunion beinhaltet, ein Ja zum Deutschland-Vertrag und ein Ja zur Verteidigungsgemeinschaft mit Frankreich, die jedoch ein Jahr später in der Französischen Nationalversammlung abgelehnt worden ist. Liebe Parteifreunde, auf diesem Hamburger Parteitag wurde die Europapartei CDU begründet. In der Bundestagswahl darauf hat die CDU um 14 Prozentpunkte zugelegt.

Warum erinnere ich daran? Ich tue es, weil Hamburg für die Europapartei steht und weil Hamburg für den Erfolg der Union steht, wenn man als Europapartei hinausgeht. Es ist der Erfolg von Adenauer und Strauß, es ist der Erfolg bei der Westbindung, es ist der Erfolg von Kohl und Waigel bei der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Wir als Christdemokraten und Christsoziale haben in den letzten Jahrzehnten und Jahren das heutige Europa ermöglicht und durchgesetzt. Deswegen: Wenn wir stolz auf das sind, was wir geleistet haben, wenn wir es hinaustragen, wenn wir die Geschlossenheit zwischen CDU und CSU hinbekommen, das gemeinsam zu vertreten, dann bin ich mir sicher, dass es gelingt, dass auch 2019 ein erfolgreiches Jahr für uns als CDU und CSU wird. Ich baue gemeinsam mit allen CDU- und CSU-Kandidaten für die Europawahl auf eure Unterstützung. Lasst uns 2019 zu einem großen Europaerfolg machen für CDU und CSU. – Danke schön.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Manfred Weber, herzlichen Dank für dein erfrischendes Grußwort! Stehender Beifall für ein Grußwort ist nicht der Regelfall auf einem CDU-Bundesparteitag. Das zeigt, dass du mit deinen pointierten Aussagen zur Europapolitik den Nerv der Delegierten getroffen hast. Ich will das an dieser Stelle deutlich sagen: Wir als Christlich Demokratische Union unterstützen mit ganzem Herzen und vollem Einsatz deine Spitzenkandidatur für die Wahl zum Europäischen Parlament, und wir möchten, dass der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei der nächste Präsident der Europäischen Kommission wird. Dafür setzen wir uns als Christdemokraten ein.

(Beifall)

Liebe Delegierte, Manfred Weber hat jetzt in der ersten Reihe Platz genommen. Die Doppelspitze der Europäischen Volkspartei ist heute Morgen hier in Hamburg – nicht nur der Vorsitzende der EVP-Fraktion. Ich will ausdrücklich hervorheben, dass unser Präsident der EVP, Joseph Daul, es sich nicht hat nehmen lassen, auch am zweiten Tag unseres Parteitages mit dabei zu sein. Lieber Joseph, auch heute ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Damit rufe ich nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Es ist mir eine besondere Freude, das Wort nun unserem Kollegen Ralph Brinkhaus zu erteilen. Ralph, du hast das Wort.

(Beifall)

Ralph Brinkhaus: Liebe Freundinnen und Freunde! Erst einmal auch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein ganz herzlicher Glückwunsch an Annegret Kramp-Karrenbauer! Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Aber auch ein ganz herzliches Dankeschön an Jens Spahn und insbesondere an Friedrich Merz für seine Kandidatur.

(Teilweise Beifall)

Ich bin gestern gefragt worden: Das war jetzt ein knappes Ergebnis. Was bedeutet das denn? – Ich habe gesagt: Friedrich Merz insbesondere – aber auch Jens Spahn – hat bei uns in der Partei ein Feuer entzündet. Er hat die Partei gezogen, er hat sie in eine bestimmte Richtung gezogen, und das war gut so, meine Damen und Herren.

(Teilweise Beifall)

Es ist wichtig, dass dieses Feuer, das bei uns in der Partei entzündet worden ist, jetzt entsprechend weitergetragen wird. Es ist wichtig, dass wir alle zusammen diese Debatte, diese Diskussion, die wir gehabt haben, dazu nutzen, die Dinge zusammenzuführen, weil wir uns jetzt sehr lange mit uns selbst beschäftigt haben. Es war gut so, und es war wichtig, dass wir uns mit uns selbst beschäftigt haben. Aber da draußen sind 80 Millionen Menschen, und diese Menschen vertrauen uns. Sie vertrauen uns, dass wir dafür sorgen, dass sie sicher leben können, dass sie gut leben können. Sie vertrauen uns, dass dieses Land auch eine Zukunft hat. Das ist es, meine Damen und Herren, was wir jetzt anfangen müssen, womit wir jetzt beginnen müssen. Wir müssen jetzt beginnen, wieder zu arbeiten, Sacharbeit zu machen und dieses Land nach vorne zu bringen.

Was heißt das? Was heißt das für die Bundestagsfraktion? Das heißt zunächst, das, was wir jetzt in der Partei erlebt haben, in die Bundestagsfraktion weiterzutragen, nämlich die Debatten- und Diskussionskultur. Wir hatten gestern ein hervorragendes Beispiel dafür, nämlich den Globalen Migrationspakt. Der Globale Migrationspakt war unglaublich umstritten. Wir sind geflutet worden mit Mails und Anfragen, übrigens nicht nur aus der rechten Blase, sondern auch von ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern. Wir haben in der Fraktion intensiv darüber diskutiert, wir haben kontrovers darüber diskutiert. Danach haben wir es geschafft, ein Positionspapier auf den Weg zu bringen, das eine große Mehrheit gefunden hat. Wir haben dieses Positionspapier unter anderem auch mit dem Berliner Kreis abgestimmt. Vielen Dank dafür, Sylvia Pantel! Es war wichtig, dass ihr eure Impulse eingebracht habt. Wir haben dieses Positionspapier mit der CSU abgestimmt. Es ist auch mit der SPD abgestimmt worden. Und es ist ein Antrag und ein Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag geworden. So, meine Damen und Herren, muss die Sache laufen: kontrovers diskutieren, kontrovers streiten, aber die Sache hinterher wieder zusammenführen – genau so, wie es Motto dieses Parteitages ist.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben als Volkspartei nur eine Zukunft, wenn wir genau das machen, wenn wir uns nicht darauf beschränken, alles immer irgendwo gleichzumachen, sondern dass wir von unseren Flügeln, von unserer Vielfältigkeit, von unseren sachlichen und regionalen Unterschieden leben und genau diesen sachlichen und regionalen Unterschieden, die wir haben, bei uns in der Fraktion, bei uns in der Partei auch Platz geben. Das ist unser Anspruch.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist viel von anderen Parteien geredet worden, auch auf diesem Parteitag. So wichtig das auch ist, mir hat das eigentlich wenig gefallen. Mir hat das deswegen wenig gefallen, weil wir, glaube ich, als große Volkspartei und als große Fraktion im Deutschen Bundestag eines machen müssen: Wir müssen unser eigenes Ding machen und sollten uns nicht danach richten, was andere Parteien machen.

(Beifall)

Unser eigenes Ding machen heißt, um einmal in der Fußballsprache zu sprechen, dass wir dem Gegner das Spiel aufzwingen. Unser eigenes Ding machen heißt, dass, wenn der Gegner den Ball hat, wir durch aktives Gegenpressing den Ball sofort erobern und dann selber das Spiel machen und nicht darauf warten, den Bus vor unser eigenes Tor zu stellen, und gucken, irgendwelche Positionen zu verteidigen. Darum geht es überhaupt nicht.

(Teilweise Beifall)

Unser eigenes Ding machen heißt natürlich auch, meine Damen und Herren, unsere eigenen Themen zu setzen. Was sind die Themen, die diese Bundestagsfraktion setzt? Es sind vier große Themenbereiche.

Als Erstes geht es darum, dieses Land von der Mitte her zu denken. Von der Mitte her zu denken heißt, dass wir uns mit den alltäglichen Sorgen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, und zwar der Leute – das ist gestern schon gesagt worden –, die morgens aufstehen, zur Arbeit gehen, ihre Kinder zur Schule bringen und abends noch im Ehrenamt tätig sind. Die haben ganz konkrete Bedürfnisse, nicht auf einer Flughöhe von 10.000 Metern, sondern die wollen wissen: Wie sieht es mit dem Kitaplatz aus? Deswegen machen wir ein Gute-Kita-Gesetz. Die wollen wissen: Wie sieht es mit der Pflege aus, wenn ein Angehöriger von mir krank wird? Deswegen hat Jens Spahn unglaublich viel im Bereich Pflege gemacht. Die wollen wissen: Wie sieht es mit der Infrastruktur und den Straßen aus? Deswegen haben wir einen Bundesverkehrswegeplan auf den Weg gebracht, der im Übrigen durchfinanziert ist. Die wollen wissen: Wie sieht es in der Zukunft mit meinem Arbeitsplatz aus? Können wir unsere Sachen noch in die USA und in Europa exportieren? Deswegen kümmern wir uns um die Außenwirtschaft. Die wollen ganz konkrete Dinge wissen. Unsere Aufgabe als Bundestagsfraktion ist es doch, das Leben dieser Menschen jeden Tag ein Stück besser zu machen. Das ist Handeln, das ist konkretes Handeln. Ich sehe hier viele Landtagsabgeordnete; ich weiß, dass das in den Landtagsfraktionen auch so gemacht wird. Es zeichnet uns als Union aus, dass wir eines machen, nämlich dass wir uns um das ganz normale Leben der ganz normalen Menschen kümmern, dass wir diese Gesellschaft von der Mitte her denken.

(Beifall)

Die Menschen stellen uns eine große Frage: Wie sieht es mit der Sicherheit in unserem Land aus? Wie sieht es mit der äußeren Sicherheit aus? – Hier stärken wir die Bundeswehr. Aber insbesondere wird gefragt: Wie sieht es mit der inneren Sicherheit aus? Die subjektive Frage der inneren Sicherheit wird uns als Wahlkreisabgeordneten, aber auch Ihnen als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und als Landtagsabgeordneten immer wieder gestellt.

Ich war vor zwei Wochen bei der Bundespolizei. Das ist eine tolle Truppe. Ich war bei der Bundeswehr. Das ist auch eine tolle Truppe. Sie brauchen allerdings mehr Personal und auch besseres Material, und sie brauchen vor allen Dingen eines: Sie brauchen mehr Wertschätzung für die Arbeit, die sie leisten, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Was für die Polizei und für die Bundeswehr gilt, das gilt auch für die Staatsanwaltschaften, für die Richterinnen und Richter und für die vielen Menschen, die in der Justiz arbeiten. Auch hier müssen wir mehr Personal und mehr Sachmittel zur Verfügung stellen. Wir brauchen bessere IT-Unterstützung. Wir brauchen eine bessere europäische Vernetzung in diesem Bereich.

Es gibt einen weiteren Punkt, der beim Thema innere Sicherheit eine große Rolle spielt. Wir dürfen uns nicht nur den Tätern widmen, sondern wir müssen vor allen Dingen zeigen, dass wir an der Seite der Opfer stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn die Opfer von Kriminalität und Gewalt führen ein Schattendasein. Viele von Ihnen haben mit Betroffenen gesprochen. Die Betroffenen sagen: Ja, es ist gut und richtig, dass Täter resozialisiert werden, dass man viel Verständnis für sie hat. Aber es geht auch darum, dass irgendjemand auch mein Leben, mein Leiden als Opfer sieht. – Wir als Gesellschaft haben viel zu oft weggeschaut. Deswegen ist es wichtig: Wenn wir über innere Sicherheit reden, müssen wir auch über Opfer reden.

(Vereinzelt Beifall)

Gestern im Gottesdienst haben die beiden Bischöfe beeindruckende Worte gefunden. Meine Damen und Herren, wir sind eine christliche Fraktion, was im Übrigen nicht heißt, dass wir nur Christen offenstehen. Ich sage ausdrücklich: Christlich bedeutet ein Werteverständnis, aber kein Religionsverständnis. Wir stehen auch Muslimen, Menschen anderer Religionen oder Menschen, die an gar nichts glauben, offen. Das ist ganz wichtig.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wir stehen für Werte. Auf meinen Veranstaltungen merke ich, dass sich die Menschen schon fragen: Was ist es, das die Politik treibt und leitet? Was ist der Überbau, den wir haben? Deswegen müssen wir als christliche Partei und als christliche Fraktion immer wieder über Werte reden: über Menschenwürde, über Eigenverantwortung, über etwas ganz Unmodernes wie Freiheit; darüber redet schon lange keiner mehr.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen über Solidarität reden. Wir dürfen aber nicht nur darüber reden, sondern wir müssen unsere Vorschläge auch in konkrete Politik umsetzen.

Wir müssen über große ethische Fragen diskutieren. Ich weiß nicht, ob Sie es gesehen oder darüber gelesen haben: In China werden jetzt Babys designt. Es gibt die Möglichkeit, vorgeburtliche Bluttests durchzuführen. Organspende ist ein Thema. Wir stehen vor großen ethischen Fragen, und unsere Bundestagsfraktion will sich genau diesen Fragen auch widmen. Ich denke, zusammen mit der Partei wird es uns mit dem neuen Grundsatzprogramm gelingen, tiefe Pflöcke einzuschlagen, um den Menschen zu zeigen, dass wir nicht nur gute Politik machen können, sondern dass wir auch eine wertegeleitete Politik machen und dass wir für etwas stehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist alles eine statische Betrachtung. Wir müssen das, worüber wir heute reden, auch in die Zukunft hineinragen. Und wer, wenn nicht wir, ist denn die Fraktion, die Partei der Zukunft?

Es wird immer gesagt – jetzt rede ich doch über andere Parteien –, es gibt da jetzt so eine Lifestylepartei, eine Partei, die für die Zukunft steht. Ich nehme diese Partei mehr als Verbotspartei und nicht als Lifestyle- oder Zukunftspartei wahr.

(Beifall)

Wenn wir über Zukunft reden, dann kann das nicht nur irgendwie abstrakt geschehen, sondern wir müssen die Diskussion mit konkreten Maßnahmen unterlegen. Ich möchte hier drei Themen nennen.

Das erste Thema ist das Thema Innovation. Hier haben wir ein ganz starkes Pfund. Innovation bedeutet nämlich, dass unsere Arbeitsplätze Zukunft haben. Innovation ist unsere Chance, uns in einer größer werdenden Welt zu behaupten. Wir haben drei Zukunftsministerien in der Union: Das Wirtschafts- und Energieministerium unter Peter Altmaier, das Bildungs- und Forschungsministerium unter Anja Karliczek, und wir haben unter Andi Scheuer das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Wir müssen etwas daraus machen. Wir müssen auf Leuchtturmprojekte setzen. Wir müssen zeigen, dass wir etwas können.

Manfred Weber hat eben den Kampf gegen Krebs angesprochen. Jens Spahn würde das ergänzen um den Kampf gegen Infektionskrankheiten und gegen Demenz. Aber es geht auch um Technik. Es geht um autonomes Fahren, und es geht insbesondere um das große Thema der Bundeskanzlerin: künstliche Intelligenz.

Diese Themen – und jetzt bin ich wieder bei Manfred Weber – können wir in Deutschland nicht alleine umsetzen, dafür sind wir viel zu klein. China wird einen dreistelligen Milliardenbetrag in künstliche Intelligenz investieren, wir hier in Deutschland haben einstellige Beträge zur Verfü-

gung, und dafür müssen wir schon mächtig knapsen, Anja, um das zusammenzubekommen. Wir kriegen die Finanzierung nur hin, wenn wir das gemeinsam in Europa machen. Deshalb ist Innovation immer auch eine europäische Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite Thema – es wurde gestern in den Reden schon angesprochen – ist die Umweltpolitik. Wir waren in den vergangenen Jahren nicht so gut, wie wir es früher waren. Das Thema Umweltpolitik hat in Deutschland durch Klaus Töpfer einen Namen bekommen. Klaus Töpfer war jemand in der CDU. Wir haben momentan eine Leerstelle im Bereich Umweltpolitik, und diese Leerstelle müssen wir füllen.

(Vereinzelt Beifall)

Schauen Sie sich an, was im Bereich Umweltpolitik in den letzten Jahren in Deutschland passiert ist. Ich sage immer, Umweltpolitik hatte zehn Elemente: neunmal „verbieten“ und einmal „regenerative Energien“. Ich denke, wir können das anders, und wir können auch mehr.

Unsere Aufgabe als Union ist es, das zu machen, was Ludwig Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht hat. Er hat nämlich das Soziale und das Kapital miteinander versöhnt. Er hat eine soziale Marktwirtschaft geschaffen. Ich glaube, das können wir auch. Wir können heute die Ökologie und die Marktwirtschaft versöhnen, indem wir uns nicht nur auf die soziale Marktwirtschaft konzentrieren, sondern auf eine soziale ökologische Marktwirtschaft. Das bedeutet, dass Umweltpolitik keine Verbotspolitik ist, sondern dass Umweltpolitik eine Marktpolitik ist, dass Umweltpolitik eine Innovationspolitik ist, dass Umweltpolitik eine Technologiepolitik ist, und das können nur wir als Union, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Das dritte große Zukunftsthema – und ich bin froh, dass Manfred Weber unser Spitzenkandidat ist – ist und bleibt Europa. Ich habe mich in den letzten Jahren in meinen alten Funktionen zusammen mit Wolfgang Schäuble sehr viel mit Europa beschäftigt. Es ist ein Trauerspiel, dass Europa immer nur von Finanzpolitikern definiert wird. Europa ist kein Finanzprojekt, Europa ist ein Friedensprojekt, Europa ist ein Wirtschaftsprojekt. Europa ist ein Projekt, mit dem wir gemeinsame Probleme lösen, die wir alleine nicht lösen können.

(Beifall)

Wir können nicht zulassen, dass Europa denjenigen überlassen wird, die dieses Europa kaputt machen wollen. Es muss uns in der Bundespolitik in den nächsten Monaten ein Ansporn sein, Europa nach vorne zu bringen. Das ist unser Anspruch als Bundestagsfraktion. Wir wollen uns im Deutschen Bundestag mehr um Europa kümmern. Wir wollen uns einmischen, und das muss auch für die Partei gelten. Es kann doch nicht sein, dass in Brüssel Dinge beschlossen werden,

wir kriegen das nicht mit und sagen dann: „Das trifft für uns überhaupt nicht zu“ und beschwehren uns hinterher, dass es nicht richtig ist. Nein, es ist die Aufgabe der CDU und es ist die Aufgabe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Europa von Anfang an zu denken und sich früh einzubringen. Wir müssen unsere Möglichkeiten zu nutzen, die wir über Artikel 23 GG haben. Wir müssen die finanziellen Spielräume nutzen, um Europa aktiv zu gestalten.

(Beifall)

Es gibt noch eine Sache, die fehlt – ich habe über Zukunft, Dialog und Debatte gesprochen –: Wir müssen uns als Fraktion – und im Übrigen auch als Partei – verändern.

Ich habe mal gesagt, unsere Wettbewerber – ich spreche ungerne vom politischen Gegner – sind nicht länger die anderen Parteien. Unsere Wettbewerber sind NGOs, wie Greenpeace, wie – darüber haben wir viel geredet – die Deutsche Umwelthilfe und wie viele andere. Deshalb müssen wir schauen, welche Verfahren die anwenden, um erfolgreich zu sein.

Deswegen müssen wir uns kampagnenorientiert aufstellen. Wir müssen uns Dinge von denjenigen abgucken, die Kampagnen gut machen. Wir müssen unsere Arbeit verändern, indem wir aus den Gremien rauskommen, projektorientiert arbeiten und Leute einbinden, die uns vielleicht nicht so nahestehen, uns aber gute Ratschläge geben können. Vor allen Dingen müssen wir uns – das ist die Aufgabe der Partei und der Fraktion – eines verdeutlichen: Wir haben – das muss man einfach mal ganz klar sagen, und dafür stehe ich als ein Mann über 50 auch – zu wenige Frauen in verantwortlichen Positionen bei uns in der Fraktion und auch bei uns in der Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Daneben haben wir zu wenige junge Leute bei uns in der Partei und bei uns in der Fraktion, die entsprechende Funktionen haben.

Ein dritter Punkt ist auch noch nicht angesprochen worden: Wir brauchen Menschen mit Migrationshintergrund bei uns in der Partei, weil Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir es als Volkspartei nicht schaffen, diese Menschen einzubinden, dann kann es keiner schaffen. Das ist unsere Aufgabe als Union.

(Beifall)

Damit bin ich bei einem letzten Punkt. Warum machen wir das alles? Wir machen das alles, weil es unsere Aufgabe ist – und das ist auch das Motto dieses Parteitages –, zusammenzuführen, dieses Land zusammenzuhalten.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, unsere große politische Aufgabe in den nächsten drei Jahren wird es sein, dieses Land zusammenzuhalten. Wir haben in den Debatten, die außerhalb der Partei geführt werden, gesehen, dass dieses Land granuliert, dass dieses Land beginnt, aufzusplittern, dass der Dialog zwischen den einzelnen Gruppen nicht mehr möglich ist, dass wir nicht mehr miteinander, sondern übereinander reden, dass wir unsere eigenen Positionen moralisch überhöhen. Unsere Aufgabe als große Volkspartei ist es, genau diesen Trend zu brechen und das Miteinander in diesem Land zu fördern.

Das Miteinander in diesem Land können wir aber nicht fördern, wenn wir es nicht hinbekommen – deswegen bin ich Jens Spahn, Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer für die Debatte, die in den letzten Wochen geführt wurde, auch sehr dankbar –, respektvoll und mit Anstand miteinander umzugehen. Das habt ihr Drei geschafft, und dafür ein herzliches Dankeschön, weil das dazu beigetragen hat, dass wieder Lust auf Politik erwachsen ist. Wenn die Politik respektvoll und achtsam miteinander umgeht, wenn die Sprache gut ist und wenn wir wissen, dass wir uns in der Sache, aber nie in den Personen streiten, dann haben wir als Volkspartei auch eine große und gute Zukunft.

(Beifall)

Ich möchte mit dem schließen, was uns gestern die Bischöfin hier in Hamburg mit auf den Weg gegeben hat, weil das unglaublich beeindruckende Worte waren. Sie hat nämlich Folgendes gesagt – und das sollte die Arbeit der Fraktion und die Arbeit der Partei auch prägen –: Lasst uns nicht aus Angst leben, sondern aus lebendiger Zuversicht.

Genau das ist es, was dieses Land braucht: lebendige Zuversicht. Das können wir als Union leisten. Dafür sollte von diesem Parteitag ein Signal ausgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralph Brinkhaus. – Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 16.2 kommen, habe ich von hier vorne noch herzliche Geburtstagsgrüße auszurichten, und die gehen an Alexander Krauß. Schönen Dank, dass Sie heute Ihren Tag hier verbringen, und alles Gute zum Geburtstag.

(Beifall)

Damit rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs

Dafür gebe ich das Wort an Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön. Ich freue mich, dass so viele,

die ich gestern Abend noch relativ spät auf dem Hamburger Abend gesehen habe, heute sehr diszipliniert und doch relativ gutaussehend wieder hier im Saal sind und dass wir gemeinsam wirklich gute Grußworte und Berichte gehört haben, die noch mal deutlich gemacht haben, was an gemeinsamer Arbeit vor uns liegt.

„Gemeinsame Arbeit“: Das ist auch das Stichwort für die Personalentscheidung, die ihr jetzt zu treffen habt, und das Stichwort für den Vorschlag, den ich euch gerne unterbreiten würde.

Es ist vollkommen richtig, dass eine Vorsitzende/ein Vorsitzender eine Partei nie alleine führen kann, sondern dass man dazu immer die große Gemeinschaft braucht – die Gemeinschaft der Partei sowieso, aber natürlich insbesondere auch ein besonderes Team. Und deswegen habe ich von dem Moment an, als ich entschieden habe, dass ich mich zur Wahl stellen und mich um das Amt der Parteivorsitzenden bewerben werde, natürlich auch überlegt, wie dieses Team aussehen könnte. Ich habe das vor allen Dingen unter der Maßgabe meiner Erfahrungen getan, die ich seit Februar als Generalsekretärin dieser Partei gemacht habe – im Blick auf die Fragen: Wie arbeiten wir in dieser Partei? Wie diskutieren wir? Was habe ich bei der Zuhör-Tour erfahren? Wie sind die Abläufe? Wie sind die politischen Prozesse und die politischen Auseinandersetzungen?

Dabei ist noch mal ganz deutlich geworden, dass wir – auch davon war gestern die Rede – in diesem Prozess der Erneuerung, den wir gestartet haben und jetzt konsequent weitergehen müssen, zum einen den programmatischen Teil haben; das werden wir im Anschluss über die Leitfragen ja entsprechend auf den Weg bringen. Daneben müssen wir aber eben auch die Fragen beantworten, wie wir insbesondere mehr jüngere Menschen zum Eintritt in die Partei bewegen, wie wir unsere Arbeitsweise in Bezug auf die Kommunikation mit den Mitgliedern besser aufstellen und wie wir mit Blick auf die neuen Kommunikationswege und die neue Art, parteipolitische und politische Auseinandersetzungen zu führen, professioneller und besser vorgehen können, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Aus all diesen Gründen habe ich für mich sehr früh ein Profil entwickelt und gesagt: Ich möchte jemanden an meiner Seite haben und ich brauche jemanden in meinem Team, der zum einen das Signal gibt, dass die nächste Generation in dieser Partei mit in die Verantwortung eingebunden ist. Ich möchte jemanden in meinem Team haben, der in einer eigenen Organisation gezeigt hat, dass er genau das, was ich angesprochen habe, umsetzen kann. Ich möchte jemanden in meinem Team haben, der insbesondere den letzten Punkt, den ich angesprochen habe, nämlich die Arbeitsweise und die neue Kommunikation – dort, wo wir moderner und besser werden und in eine andere Auseinandersetzung gehen müssen; Ralph Brinkhaus hat eben auch davon gesprochen –, entsprechend darstellen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in der CDU ein besonderes Glück. Wir haben das Glück, dass wir die größte politische Jugendorganisation in ganz Deutschland – ich glaube, ges-

tern hat jemand sogar „in ganz Europa“ gesagt – haben. Das ist ein großer Schatz. Wenn das aber so ist, dann müssen wir die Mitglieder der Jungen Union auch in die Verantwortung einbinden, dann müssen sie in dieser Partei sozusagen auch mit Hand anlegen können.

(Beifall)

Deswegen möchte ich euch gerne den Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Paul Ziemiak, für die Wahl zu meinem, zu unserem Generalsekretär vorschlagen.

(Beifall)

Ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen – ich habe mich eben noch mal rückversichert -: Das wäre, glaube ich, das erste Mal in der Geschichte der Bundespartei, dass ein amtierender Bundesvorsitzender der Jungen Union in das Amt des Generalsekretärs wechseln würde. Ich muss sagen: Die Landesverbände sind da an der einen oder anderen Stelle schon weiter, und soweit ich das überblicken kann, waren das immer sehr gute Erfahrungen. Auch das hat mich geleitet.

Lasst mich aber einen zweiten Punkt ganz persönlich ansprechen, weil es da ja auch immer viele Spekulationen gibt: Als ich sozusagen meine Stellenbeschreibung für mich im Kopf hatte, habe ich sehr früh unter anderem auch das persönliche Gespräch mit Paul gesucht.

Ich habe ihn gefragt, ob er sich vorstellen könnte, an meiner Seite diese Aufgabe zu übernehmen. Paul hat mir damals gesagt, das sei sehr reizvoll, aber er müsse mir absagen, weil er in dem Rennen um den Parteivorsitz mit zwei guten Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen eine besondere Verpflichtung hat und sein Herz und seine Loyalität diesen beiden Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen gilt. Das schätze ich, und es ist auch richtig, dass man zu seinen Loyalitäten steht.

(Beifall)

Gestern nach der Wahl habe ich mir die Frage noch einmal gestellt und gemerkt: Diese Entscheidung, Paul zu fragen, fühlt sich noch immer richtig an. Wir haben gestern Abend am Rande der Tanzfläche – auch dafür ist ein Parteiabend ganz gut – uns darüber unterhalten, wie wir uns die Zusammenarbeit vorstellen. Ich sage ganz offen: Ich bin sehr froh, dass Paul mir gestern Abend zugesagt hat, dass er in dieses Team kommen will. Und eines – so lautet der klare Befund –, was heute an der einen oder anderen Stelle geschrieben wurde, stimmt nicht: Ja, wir hatten einen Wettbewerb, ja, es gab gestern eine klare Entscheidung, aber nein: Diese Partei ist nicht gespalten. Wir alle haben die Aufgabe, an der Einheit dieser Partei zu arbeiten. Ich will das gemeinsam mit Paul Ziemiak tun und bitte euch um euer Vertrauen und eure Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für den Personalvorschlag. Bevor ich jetzt Paul Ziemiak bitte, sich vorzustellen, bitte ich die Landesgeschäftsführer im Büro der Stimmzählkommission die großen roten Stimmzettel für diesen Wahlgang abzuholen. – Jetzt, lieber Paul Ziemiak, hast du das Wort. Ich bitte dich, für deine Vorstellung nach vorne zu kommen.

Paul Ziemiak: Liebe Annegret, liebes Tagungspräsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Paul Ziemiak, ich bin 33 Jahre alt, ich bin verheiratet, wir haben einen kleinen Sohn und ich lebe mit meiner Familie im Sauerland. Ich bin Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2014 Bundesvorsitzender der gemeinsamen Jugendorganisation von CDU und CSU, der größten politischen Jugendorganisation in Europa. Ich komme aus dem Sauerland. Für viele, die gestern mit dabei waren, war es ein Tag, den sie sich so nicht gewünscht haben, weil sie jemand anderes unterstützt haben; das galt insbesondere für viele in meinem Bezirksverband im Sauerland. Gestern Abend sagten manche am Rande dieser Tanzfläche und davor, als es verschiedene Gerüchte gab: Mensch, selbst wenn du einen Tag nach der Wahl ein solches Angebot bekommst, kannst du dieses Angebot schwer annehmen, du kommst aus dem Sauerland.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, das ist ein Argument; aber hier und heute geht es nicht um den gestrigen Tag, es geht auch nicht um einzelne Personen. Ich bewerbe mich bei Ihnen und euch heute als Generalsekretär der CDU Deutschland, weil es um diese Partei geht und weil ich glaube, dass wir gemeinsam viel erreichen können; denn heute beginnt etwas Neues.

(Beifall)

Es beginnt etwas Neues, weil wir auf etwas aufbauen können; das haben wir auch in der Jungen Union gemacht. Ich erinnere mich an den Deutschlandtag der Jungen Union in Hamburg im Herbst 2015 während der Flüchtlingskrise. Wir haben so lange debattiert, dass wir einen Sonderdeutschlandtag einberufen mussten, weil wir mit den sonstigen Anträgen nicht fertig geworden wären. Warum haben wir debattiert? Über was haben wir debattiert? Wir haben über die Frage „Obergrenze oder nicht?“ diskutiert. Manche haben gesagt, das ist doch irre, dass man jetzt nach dem Deutschlandtag einen Sonderdeutschlandtag macht, weil die Diskussion nicht zu Ende geführt wurde. Meine Damen und Herren, das war ein Deutschlandtag, in dem Delegierte aufgestanden sind und gesagt haben: Unser Land hat die Grenzen seiner Möglichkeiten erreicht, mehr geht nicht. – Andere der Jungen Union sind aufgestanden und haben gesagt: Ich bin aktiv in einer Flüchtlingshilfsorganisation, ich finde, das ist auch unsere Verpflichtung. – Es gab beide Seiten bei der Jungen Union; deswegen haben wir stundenlang über diese Frage diskutiert.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde – das gilt sowohl für die Junge Union als auch für die CDU –: Es gibt keine andere Partei in diesem Land, wo alle gesellschaftlichen Gruppen zu Wort kommen und diskutieren. Darauf können wir besonders stolz sein.

(Beifall)

Wir können stolz sein auf das, was wir als Partei in den letzten Wochen auf den Regionalkonferenzen erlebt haben. Das war übrigens nur möglich, weil wir eine Auswahl hatten. Lieber Friedrich Merz, lieber Jens Spahn, das war der Grund, dass so viele gekommen sind und debattieren wollten. Jetzt geht es darum, diese Debattenkultur zu erhalten und in eine Struktur, ein Grundsatzzprogramm einzupflegen. Viele haben gesagt: Na ja, wie soll man denn einen personellen Wechsel schaffen? Und wie soll denn dann am Ende die Auswahl sein? Die CDU hat doch keinen. Wir haben gesehen: Es gab drei ausgezeichnete Bewerber. Wir haben auch bei der Regierungsbildung Erneuerung geschafft. Und jetzt geht es darum, die Partei zu erneuern: mit einem klaren Kurs und einer klaren Sprache. Wir müssen die Partei des Rechtsstaats sein, die immer zum Rechtsstaat steht. Im Fall „Anis Amri“ haben manche gesagt: „Na ja, jetzt hat in einer Instanz ein Verwaltungsgericht entschieden, man müsse ihn zurückholen“, das wurde wieder aufgehoben. Ja, das stimmt, wenn ein Verwaltungsgericht entscheidet, dass jemand hier bleiben kann, dann ist das so. Aber, meine Damen und Herren, ich rufe all denen, die da auf die Barrikaden gegangen sind, zu: Dazu gehört auch, dass man auf der anderen Seite sagt: Wenn ein Verwaltungsgericht in Deutschland entscheidet, dass jemand das Land verlassen muss, dann ist das auch Rechtsstaat, liebe Freundinnen und Freunde. Dafür muss die CDU stehen.

(Beifall)

Wir sehen bei der SPD jetzt wieder eine Debatte über die Frage Hartz IV; es lässt diese Partei nicht los. Ich habe genügend Diskussionen mit meinen Kollegen von den JuSos geführt, in Talkshows, auf Podien, vor Schülern. Es geht immer um die Themen „Hartz IV“ und „Superreiche“. Ja, darüber muss man diskutieren; aber wenn wir eine Stunde debattieren, darf man nicht 59 Minuten darauf verwenden, über Hartz IV und Superreiche zu diskutieren, sondern man muss auch über alle, die dazwischen sind – ganz normale Familien und Menschen, die fleißig sind in diesem Land –, diskutieren. Das erwarten die Leute von uns.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht darum, zu seinem Regierungshandeln zu stehen, anders als beispielsweise die Grünen, die beim Hambacher Forst, als sie Regierungsverantwortung hatten, Ja gesagt haben zur Rodung und am Ende diejenigen waren, die gebilligt haben, wie dort mit Polizistinnen und Polizisten umgegangen wurde. Auch da muss die CDU die Partei des Rechtsstaats und der Polizei sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, dann geht es um die Frage: Wie gewinnen wir die Wählerinnen und Wähler zurück, die uns mal gewählt haben und jetzt eine andere Partei gewählt haben oder gar nicht mehr zur Wahl gegangen sind? Ich finde, das macht man mit einer klaren Sprache und mit einem klaren Kurs, auch mit der Debatte innerhalb der CDU und auch mit einem Bekenntnis zu unserem Land. Ich kenne einen JU-Verband, der auf eine Demonstration gegen Rechtsextremismus

gegangen ist. Diese Mitglieder der Jungen Union haben die Deutschlandfahne auf diese Demonstration mitgenommen. Da haben sich manche gewundert. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir gegen diejenigen die das missbrauchen vorgehen und ein klares Bekenntnis abgeben wollen, dann gehen wir auf diese Veranstaltungen gegen rechte Gewalt und nehmen unsere Deutschlandfahnen mit und singen unsere deutsche Nationalhymne, weil es unsere gemeinsamen Symbole sind, auf die wir stolz sind.

(Beifall)

Gestern gab es noch ein Argument und manche haben gesagt: Überleg dir das. Es gibt Wahlen im kommenden Jahr. Wie soll das ausgehen?

Liebe Freunde, wir brauchen keine Angst vor dieser Europawahl zu haben. Wir als CDU und CSU sollten uns freuen auf diesen Wahlkampf mit Manfred Weber an der Spitze, weil wir diese Wahl gewinnen werden, weil wir die Europapartei in Deutschland sind. Ich freue mich auf den Wahlkampf, den wir führen werden.

(Beifall)

Nach allem, was zwischen CDU und CSU passiert ist, wird das unserer gemeinsamen Union gut tun.

Ich freue mich auch auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr, weil ich überzeugt bin, dass wir mit viel Einsatz, tollen Teams vor Ort und mit tollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Adenauer-Haus erfolgreich sein werden. Ich denke gerne zurück an Connect17, als wir Haustürwahlkampf gemacht haben, digital unterstützt. Ich wünsche mir, dass wir dort weitermachen, und zwar mit Connect21. Viele wollen mithelfen.

Liebe Freundinnen und Freunde, warum bewerbe ich mich heute hier? Weil ich an den Aufbruch, an das Morgen und vor allem an die Christlich Demokratische Union Deutschlands, die stolzeste Volkspartei in Europa, glaube. Lasst uns zusammen glauben! Lasst uns zusammen kämpfen, und lasst uns am Ende zusammen gewinnen! – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für die Vorstellungsrede. – Bevor wir nun in den Wahlgang eintreten, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahl erfolgt mit dem großen roten Stimmzettel. Auch hier gilt das, was wir schon gestern reichhaltig geübt haben. Die Ausgabe des Stimmzettels erfolgt durch die Landesgeschäftsführer und Mitarbeiter. Sie erfolgt aber nur dann, wenn die hübsche Tischwahlkabine steht und wenn Sie die persönliche Stimmkarte, Ihren Delegiertenausweis und Ihren Stimmzettelblock vorgelegt haben. Schlagen Sie dann, wenn alles steht, den Stimm-

zettel Nr. 8 im Stimmzettelblock auf. Das Ausfüllen des Stimmzettels muss nach wie vor zwingend in der Tischwahlkabine erfolgen. Warten wir, bis alle ihre Kabinen aufgebaut haben. – Wie ich sehe, sind alle Koordinations- und Motorikfähigkeiten wieder da; das ist gut. Ich bitte jetzt die Landesgeschäftsführer und die Mitarbeiter, die Stimmzettel gegen Vorlage der Stimmkarte und des personalisierten Delegiertenausweises auszuteilen. – Ich eröffne jetzt den Wahlgang.

Haben alle Ihre Stimmzettel abgegeben? –

Ich sehe, dass keine Stimmzettel mehr da sind, die noch in eine Urne geworfen werden sollen. Von daher schließen wir den Wahlgang und gehen zur Auszählung über.

Da die Auszählung wenige Minuten in Anspruch nehmen wird, schlagen wir als Tagungspräsidium Ihnen vor, dass wir während der Auszählung mit den nächsten Tagesordnungspunkten weitermachen. Darüber müssen wir abstimmen. Wenn es zu diesem Vorschlag keine Gegenstimmen gibt – das ist nicht der Fall –, dann verfahren wir so.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt übergebe ich an David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament,
Daniel Caspary, MdEP

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe hat entschieden, dass er diesen Bericht nicht mündlich vortragen wird, auch aus Zeitgründen. Er verweist auf den schriftlichen Bericht der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf Ihnen allen diese wirklich gut gelungene Broschüre der 34 Abgeordneten von CDU und CSU im Europäischen Parlament empfehlen. Da können Sie alles nachlesen, alle Aktivitäten, für die wir uns als Christdemokraten im Europäischen Parlament eingesetzt haben und weiterhin einsetzen werden.

Ich möchte ausdrücklich noch einen Dank sagen an Daniel Caspary aus Baden-Württemberg, unserem Gruppenvorsitzenden, für seine hervorragende Arbeit im Europäischen Parlament in Straßburg und in Brüssel. – Lieber Daniel, herzlichen Dank im Namen des gesamten Parteitaiges.

(Beifall)

Damit können wir jetzt schon zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Ich übergebe an Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Auch von mir einen schönen guten Morgen! Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

Antrag des Bundesvorstandes
 „Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm der CDU“
 Beratung und Beschlussfassung

Zur Einstimmung blicken wir zurück auf die Zuhör-Tour der damaligen Generalsekretärin, jetzigen Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer. – Film ab.

(Videoeinspielung – Beifall)

Danke schön für den filmischen Rückblick. Ich gebe das Wort an unsere Vorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Zuerst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an die fast 5 000 Mitglieder, die sich an den über 40 Stationen, die wir im Film eben kurz gesehen haben, an den Terminen vor Ort beteiligt haben. Es gab unzählige Ideen, Anregungen und Fragen vorab, per Mail, per Telefon und vor Ort auf den Karten. Wir haben alle Karten im Adenauer-Haus gesammelt. Ich freue mich sehr, dass das der Stoff ist, aus dem die Leitfragen entstanden sind, über die wir heute sprechen. Diese Leitfragen wiederum sind für uns die Leitplanken, die Grundlage, auf der wir über unser neues Grundsatzprogramm diskutieren wollen.

Liebe Delegierte, bei diesem Grundsatzprogramm – das ist gestern gesagt worden – geht es nicht darum, dass wir in den nächsten Monaten ein neues Regierungsprogramm mit möglichst vielen Einzelstrichen beraten, sondern es geht darum, dass wir uns unserer Grundwerte, Haltungen und Wertorientierungen noch einmal selbst vergewissern und wir eine sehr grundsätzliche Linie für unser konkretes politisches Handeln in den nächsten Jahren und Jahrzehnten festlegen. Diese Leitfragen sind dabei die Leitplanken. Sie sollen die Diskussion in der Partei ermöglichen; sie sollen sie nicht verhindern. Deswegen schon einmal ein erster Hinweis: Ich bitte, das an die Mitglieder weiterzugeben. Man kann vor Ort auch über etwas anderes diskutieren. Es muss nicht um die ganz konkrete Frage gehen. Das sind Anregungen, damit wir uns mit dem Grundsatzprogramm befassen.

Wie geht es jetzt weiter? Es war eine große Herausforderung, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Adenauer-Haus, aus den 5 000 Einzelfragen, die zum Teil sehr konkret waren, herauszufiltern: Was steht grundsätzlich dahinter? Womit befassen wir uns? – Das ist mit den Leitfragen und den Unterfragen gelungen. Wir wollen bis zur Mitte des nächsten Jahres, bis zum 1. Juli 2019, die Antworten auf diese Fragen aus der Partei heraus sammeln. Das heißt, jedes einzelne Mitglied, jede eigene Organisation ist im nächsten halben Jahr eingeladen, sich mit diesen Fragen zu befassen. Wir werden dazu Vorschläge machen, so eine Art Werk-

zeugkasten mitgeben: Wie kann man das vor Ort machen? Was sind Experten? Wie kann man was diskutieren? – Parallel dazu werden die Fachausschüsse und die Netzwerke ihre Arbeit aufnehmen und sich mit der Beantwortung dieser Fragen befassen und sich damit auseinandersetzen. Im zweiten Halbjahr werden wir dann das, was die Mitglieder uns mitgegeben haben, und das, was die Bundesfachausschüsse und Netzwerke erarbeitet haben, in Programmklausuren mit dem CDU-Bundesvorstand und mit den Bundesfachausschüssen diskutieren. Ende nächsten Jahres kommt dann diese zweite Phase zum Abschluss. Dann wollen wir die Ergebnisse aller Diskussionen in einem ersten Entwurf des Programms zusammenführen.

Im Jahr 2020 werden wir mit diesem ersten Entwurf wieder auf Tour gehen, und zwar nicht auf die Zuhör-Tour, sondern auf die Antwort-Tour, um das, was bis dahin erarbeitet worden ist, konkret mit denen, die uns die Fragen gestellt haben, rückzukoppeln und zu debattieren. Wir werden gleichzeitig über diese Antworten mit vielen Menschen auch außerhalb dieser Partei in Expertengesprächen und anderen Formaten diskutieren. Unser Ziel ist es, dass wir Ende 2020 ein neues Grundsatzprogramm haben, auch als Grundlage für das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021, in dem wir dann „CDU pur“ festlegen wollen. Damit wollen wir dann in die Wahlauseinandersetzung gehen.

Ich glaube, dass auf diesem Parteitag in Hamburg eben nicht nur personelle Entscheidungen eine besondere Dimension eingenommen haben; ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir deutlich machen: Für die CDU geht es nie nur um Personalfragen – ja, die sind spannend; das ist unbestritten –, sondern es geht auch und insbesondere um die Programmatik. Das ist unsere Grundlage, auf der wir stehen. Das ist das, was uns zusammenbindet. Deswegen bitte ich euch ganz herzlich um Zustimmung zum Leitantrag des Bundesvorstandes und bitte euch vor allen Dingen, gemeinsam mit den Mitgliedern diese Fragen aufzunehmen und das, was wir uns vorgenommen haben, umzusetzen, nämlich dieses Grundsatzprogramm wirklich zu eurem Grundsatzprogramm zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön für die Einleitung und vor allen Dingen herzlichen Dank für die zahlreichen Stunden, die du bei der Zuhör-Tour an der Basis verbracht hast. Wir freuen uns schon auf die Antwort-Tour mit dir zusammen im nächsten Jahr.

Sie finden den Antrag, um den es jetzt geht, in der Antragsmappe, und zwar zwischen D 1 und D 82 in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 228 bis 268. Wir werden die Anträge des Bundesvorstandes zusammen mit den zugehörigen Anträgen aus den Vereinigungen und Parteigliederungen in Gruppen aufrufen und jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Ich bitte, sich bei den Wortmeldungen jeweils auf die Textziffer des Bundesvorstands zu berufen. Dann können wir das besser zuordnen. Ist das in Ihrem Sinne? Können wir das so machen? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann können wir anfangen mit Ziffer 1. Zur Ziffer 1 gehören die Anträge D 1 bis D 6 und D 8 bis D 14. Entgegen den Empfehlungen aus den vorliegenden Antragsbroschüren wird nach nochmaliger Beratung dieser Ziffer von der Antragskommission vorgeschlagen, die Unterfrage 1.5 neu zu fassen. – Hatten Sie schon Gelegenheit, die Antragsfassung aufzuschlagen? – 1.5 soll nach Empfehlung der Antragskommission jetzt wie folgt formuliert werden:

Was ist auf der Basis des christlichen Menschenbildes konservativ, sozial und liberal?

Wird zu Ziffer 1 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

Ich habe ein bisschen die Sorge, dass nicht alle von Ihnen in den Unterlagen gefunden haben, worüber ich spreche. Noch einmal: Das sind die Seiten 228 bis 268 in Ihren Unterlagen. Wir sind jetzt bei Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstands. Ich habe dazu die Anträge D 1 bis D 6 und D 8 bis D 14 aufgerufen. Vorsichtshalber frage ich noch mal: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Niemand. Dann ist die Ziffer 1 so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 2 zur Beratung auf. Dazu gehören die Anträge D 15, D 17 bis D 20 sowie D 25 und D 74. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, zeige bitte seine Karte. – Wer stimmt dagegen? – Dann ist auch die Ziffer 2 mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Ziffer 3 gehören die Anträge D 21 bis D 24 und D 26 bis D 29. Die Antragskommission hat mir im Vorhinein versichert, dass sie möglichst viele der Anregungen aufgenommen hat. Gibt es Wortmeldungen zu Ziffer 3? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für die Fassung der Antragskommission ist, zeige bitte seine Karte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch hier einstimmige Zustimmung.

Ich rufe die Ziffer 5 auf. Dazu gehören die Anträge aus den Vereinigungen. Das sind die Anträge D 36, D 40 bis D 42 und D 44 bis D 49. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer stimmt der Fassung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen. Die Antragskommission hat offensichtlich gut beraten. – Ich gebe weiter an Nadine Schön.

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es geht weiter mit Ziffer 6. Zur Ziffer 6 gehören die Anträge D 51, D 53 und D 54. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist auch Ziffer 6 angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 7 auf. Zur Ziffer 7 gehören die Anträge D 33, D 35, D 38, D 39, D 43, D 50, D 55 und D 57. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 7 angenommen.

Ich rufe nun Ziffer 8 auf. Zur Ziffer 8 gehören die Anträge D 58 und D 59. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist Ziffer 8 ebenfalls einstimmig angenommen.

Zur Ziffer 9 gehören die Anträge D 7 sowie D 60 bis D 65, die ich somit aufrufe. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist Ziffer 9 ebenfalls einstimmig angenommen.

Zur Ziffer 10 gehören die Anträge D 66 bis D 71. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Ulf Thiele vom Landesverband Niedersachsen vor. Ich bitte ihn, ans Mikrofon 5 zu gehen.

Ulf Thiele: Guten Morgen, Nadine. – Meine Damen! Meine Herren! Einer muss sich ja bei der Grundsatzprogrammdebatte zu Wort melden. Ich glaube, dass ich das aus gutem Grund mache. Ich spreche zum Antrag D 67 des Kreisverbands Leer.

Bei uns in Ostfriesland sagt man: „Keen nich will dieken, de mutt wieken.“ Und deshalb haben wir vor dem Hintergrund dessen, was wir im Rahmen des Klimawandels zu erwarten und zu erleben haben, den Antrag gestellt, dass die Millionen Menschen, die hinter den Deichlinien an der Nordsee, an der Ostsee leben, möglicherweise mit hohem finanziellen Aufwand, aber auch unter Eingriff in die Ökosysteme in Zukunft geschützt werden müssen, so wie wir das seit Jahrzehnten nicht mehr kannten. Diese Frage wird auch im Grundsatzprogramm behandelt, weil es eine Frage von Leben und Tod ist, auch wenn wir uns das nicht mehr vorstellen können. Ich bitte die Antragskommission, ihr Votum, diesen Antrag abzulehnen, zu überdenken.

Liebe Freunde, der Küstenschutz betrifft – das wissen die Menschen, die hier in Hamburg leben, zumindest aber die Älteren, aus eigener Erfahrung – Millionen von Menschen in diesem Land. Wir müssen die Frage unter dem Vorzeichen des Klimaschutzes, des Klimawandels wieder ernster nehmen. Da werden wir viel Geld in Forschung und Entwicklung investieren müssen. Wir werden auch viel in Know-how investieren müssen.

Vor diesem Hintergrund bin ich der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, auch eine grundsätzliche Debatte darüber zu führen – wir behandeln dies im Grundsatzprogramm –, wie wir den Küstenschutz in Zukunft positionieren und die Menschen in diesem Land hinter den Deichen vor dem Blanken Hans schützen können. Ich bitte darum, das Votum auf Annahme abzuwandeln. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann frage ich die Antragskommission, ob sie entgegen will. – Annegret Kramp-Karrenbauer, bitte.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Die Debatte, die wir an dieser Stelle führen, ist genau ein Stück Ausdruck des Dilemmas, vor dem wir auch bei der Formulierung der Leitfragen standen. Denn es gibt dazu sehr spezielle Fragen. Das Thema Küstenschutz – das will ich ausdrücklich sagen – berührt nicht nur eine spezielle Fachfrage, sondern ist etwas, was natürlich die Frage betrifft, wie wir Klimaschutz gestalten, ohne dass wir die Sicherheitsbedürfnisse und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in diesem Land vernachlässigen, wie wir sozusagen diesen Spannungsbogen auflösen.

Wir würden gerne Folgendes vorschlagen, nämlich dass wir bei den Leitfragen bei der allgemeinen Formulierung bleiben, dass wir aber insbesondere bei den Fachausschüssen, bei den Netzwerken, wo wir auch noch mal diskutieren, das Thema Küstenschutz in der Formulierung des Antragstellers als Spezialfrage mit hinzunehmen und dass wir im Werkzeugkasten auch noch einmal darauf hinweisen, sodass auch die Landesverbände, die nicht ganz so küstennah sind, das Thema noch einmal diskutieren können.

Dieses Thema soll nicht vernachlässigt werden. Aber wir würden nur ungern die gesamte Systematik der Grundsatzfragen an der Stelle durchbrechen.

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann darf ich den Antragsteller fragen, ob er mit diesem Vorgehen einverstanden ist und seinen Antrag zurückzieht. Bitte Mikrofon 5 einschalten, damit der Antragsteller Stellung nehmen kann. – Danke.

Ulf Thiele: Sehr geehrte Frau Tagungsleiterin, da ich selber lange genug Generalsekretär in Niedersachsen war und weiß, wie kompliziert die Umstellung solcher Debattenstrukturen ist, stimmen wir zu, bitten aber darum, dass der Bundesfachausschuss dieses Thema wirklich ernsthaft beleuchtet und auch mit Blick auf die Wirkung auf die Ökosysteme vor der Deichlinie entsprechende Expertise einholt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Ulf Thiele. – Mit diesem konstruktiven Vorgehen können wir dann zur Abstimmung schreiten, es sei denn, es gibt noch weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, Ziffer 10. – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich auch hier abstimmen lassen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zur Ziffer 10, zu der die Anträge D 66 bis D 71 gehören, zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist auch dieses angenommen.

Mittlerweile liegt auch das Ergebnis zur Wahl des Generalsekretärs vor. Ich gebe das Wort an Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke. – Die Wahl des Generalsekretärs haben 834 Delegierte mitgestaltet. 4 Stimmen waren ungültig, und es gab 29 Enthaltungen. Damit haben wir 801 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 401 Stimmen. Auf Paul Ziemiak entfallen 503 Stimmen. Das sind 62,8 Prozent.

(Beifall – Delegierte gratulieren Paul Ziemiak)

Lieber Paul, bevor du dir gratulieren lässt, müsstest du mir bitte noch signalisieren, dass du die Wahl annimmst.

Paul Ziemiak: Liebe Freundinnen und Freunde, ich danke euch für dieses ehrliche Ergebnis, das für mich Ansporn ist, als Generalsekretär hart zu arbeiten. Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für euer Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Nadine Schön, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch dem neuen Generalsekretär, der ja unter anderem auch die Aufgabe haben wird, mit der Parteivorsitzenden diese Leitfragen zu konkretisieren. Deshalb fahren wir jetzt auch direkt in der Beratung dieser Leitfragen fort.

Ich rufe nun Ziffer 11 auf. Zur Ziffer 11 gehören die Anträge D 16, D 72, D 73 und D 78. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist auch diese Ziffer beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffer 12 zur Beratung auf. Zur Ziffer 12 gehören die Anträge D 75 bis D 77 und D 79 bis D 82. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Auch das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Damit haben wir die Einzelberatungen des Antrags D „Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU“ abgeschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag D des Bundesvorstands in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist sehr schön. Somit ist unser Antrag einstimmig angenommen. Ein toller Erfolg! Damit kann der Grundsatzprogrammprozess weitergehen. Vielen Dank für die konzentrierte Beratung.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich rufe dann den TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

Antrag des Bundesvorstandes „Wirtschaft für den Menschen –
Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

Wenn Sie damit einverstanden sind, würden wir ziffernweise vorgehen und nur da, wo Wortmeldungen vorliegen, unterbrechen, um die notwendige Diskussion zu führen. Ist das so einvernehmlich? – Das ist offenbar der Fall. Vielen Dank.

Natürlich wollen wir, so wie sich das gehört, diesen Antrag einbringen. Das erfolgt durch die Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und der CDA. Als Erster erhält das Wort Carsten Linnemann, der Bundesvorsitzende der MIT. –Carsten, du hast das Wort.

Carsten Linnemann: Das mache ich gern. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Vielleicht darf ich, bevor ich zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ komme, noch eine persönliche Vorbemerkung loswerden. Ich möchte gerne im Namen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung die herzlichsten Glückwünsche an Annegret Kramp-Karrenbauer aussprechen.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir sehr gut zusammenarbeiten werden. Am meisten freut es mich, dass Frau Kramp-Karrenbauer ganz klar das Signal gegeben hat, dass wir auch in Zukunft offen, frei debattieren. Genau darauf kommt es an. Es ist kein Geheimnis, dass die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung einen Favoriten namens Friedrich Merz hatte. Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen – das meine ich auch persönlich und aus voller Überzeugung so –: Lieber Friedrich, bleib bitte bei uns.

(Beifall)

Unterstütze bitte weiter die Union. Friedrich, wir brauchen dich. Wir brauchen dich vor allem nächstes Jahr, nicht nur bei der Europawahl, sondern auch auf vielen Veranstaltungen. Unterstütze bitte Mike Mohring in Thüringen, damit er Ministerpräsident wird, und Michael Kretschmer in Sachsen, damit er Ministerpräsident bleibt. Wir brauchen alle.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die Partei, wir müssen den Laden zusammenhalten, verdammt noch mal. Ich werde alles dafür tun, dass das klappt. Ich merke auch, dass das nicht einfach wird; aber ich bin der Überzeugung, dass wir das hinbekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Das war ein demokratisches Verfahren hier, und ich bitte alle, jetzt mitzumachen. Alles andere bringt nichts. Wir haben einen tollen Wahlkampf erlebt. Wir haben einen Glücksfall bei uns mit Jens Spahn, der diese Debattenkultur pflegt, mit Frau Kramp-Karrenbauer und jetzt Paul Ziemiak.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kriegen das hin; glaubt es mir. Es wird nicht einfach. Das dürfen wir an dieser Stelle auch offen sagen. Wir von der Mittelstandsvereinigung werden unseren Beitrag leisten. Ich hoffe, diese Vorbemerkung war gestattet.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden heute über das Thema „Soziale Marktwirtschaft“. Die Soziale Marktwirtschaft muss zur DNA der Union gehören. Es kann nicht sein, dass die oberste Linke Deutschlands, Sahra Wagenknecht, mittlerweile durch Deutschland tourt und unter dem Motto „Rückbesinnung auf Ludwig Erhard“ irgendwelche Vorträge hält. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo ist es hingekommen, dass die oberste Linke sich auf Ludwig Erhard beruft? Die CDU ist es, die sich auf Ludwig Erhard beruft. Es war der Glücksfall unserer Partei, dass wir einen Menschen hatten, der den Mut hatte, die Soziale Marktwirtschaft auf den Weg zu bringen.

(Beifall)

Er hat sich übrigens Ende der 50er-Jahre, als das Kartellrecht durchgesetzt wurde – Fritz Berging damals auf die Barrikaden, die Gewerkschaften gingen auf die Barrikaden, und auch die Medienvertreter standen nicht dahinter – durchgesetzt, und zwar auch gegen die Arbeitgeberverbände. Ludwig Erhard hat damals gesagt: Ich löse die Preisbindung für viele Produkte auf, ich rolle die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland aus. Ludwig Erhard hat gezeigt, dass er Mut hat. Diesen Mut, liebe Annegret, brauchen wir jetzt auch, damit wir, wie Jens Spahn sagt, den Neustart bekommen. Von Ludwig Erhard heute im 21. Jahrhundert zu lernen, darauf muss es ankommen.

(Beifall)

Im Lichte dessen, dass wir nicht so viel Zeit haben, möchte ich mich auf zwei, drei Punkte konzentrieren. In diesem Antrag steht, dass sich Leistung wieder lohnen muss. Liebe Freundinnen und Freunde, seien wir ehrlich: Das hören wir schon seit Jahren, vielleicht sogar seit Jahrzehnten. Aber alle drei Kandidaten haben gesagt, dass wir jetzt an die Umsetzung gehen wollen. Heute werden wir das erste Signal senden. Ich bin mir sicher, dass wir gleich den Beschluss fassen werden, dass der Soli ausläuft, und zwar für immer, spätestens 2021, mit keiner Ausnahme. Wir als CDU wollen das.

(Beifall)

Wir brauchen mehr. Wir müssen dem Einzelnen wieder etwas zutrauen. Wir sind die Partei, die das christliche Menschenbild hochhält. Dabei kommt es zunächst auf Subsidiarität an. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass der Einzelne, mit dem Geld viel besser umgehen kann als der Staat. Es kann doch nicht sein, dass wir Familien mit vielen Kindern erst in die Bedürftigkeit schicken, um sie danach mit 145 familienpolitischen Programmen wieder da herauszuholen. Was ist das denn für ein Menschenbild? Das gibt es bei uns nicht. Wir trauen den Leuten etwas zu. Darauf wird es jetzt ankommen.

(Beifall)

Auch mit Paul Ziemiak senden wir das Signal, dass die junge Generation eingebunden wird. Das gilt übrigens auch für Fragen der Generationengerechtigkeit. Natürlich haben die Älteren von uns eine Lebensleistung erbracht, die belohnt werden muss, aber wir müssen auch an die Jüngeren denken, wenn wir uns an die Rentenreform machen. Wenn wir eine Mütterrente gestalten, dann muss klar sein, dass das eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die über Steuern finanziert wird und unter der nicht die Beitragszahler leiden dürfen. Wir müssten meines Erachtens noch einen Schritt weitergehen. Wir müssen uns um die Pensionslasten kümmern und darüber nachdenken – Stichwort Generationengerechtigkeit –, wer noch verbeamtet werden muss. Hier brauchen wir Mut, diese Themen anzugehen, damit die Lasten nicht auf die nächste Generation übertragen werden.

(Teilweise Beifall)

Mein letzter Punkt: Lieber Karl-Josef, wir werden uns über dieses Programm streiten müssen. Wir beide schaffen das gut. Es wird einige Themen dafür geben. Ich denke da an die Überschrift „Soziale Marktwirtschaft heißt Freiheit statt Bevormundung“. Was heißt das in der heutigen Zeit? Hier werden wir wohl auch über Regeln sprechen müssen, zum Beispiel über das Arbeitszeitgesetz. Ist das Arbeitszeitgesetz noch zeitgemäß, ja oder nein? Ich finde, nein.

(Teilweise Beifall)

Ich finde, wir sollten das ändern. Wir brauchen mehr Flexibilität, übrigens Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Ich rede nicht von mehr Stunden, sondern von mehr Flexibilität. Das ist heute wichtig. Auf diese Debatte freue ich mich, und ich bin guter Dinge, dass wir das schaffen. Wir haben die besten Voraussetzungen, wir haben einen Mittelstand in Deutschland ausgerollt, im ländlichen Raum und in den Städten, nicht wie in Frankreich auf die Industrie konzentriert oder wie in England auf das Thema Finanzdienstleistungen konzentriert. Wir haben viele Hidden Champions. Wir haben Familienunternehmer, die mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Zukunft gewinnen wollen. Das will auch ich. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf den Prozess.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann. – Jetzt hat das Wort der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Lieber Carsten Linnemann! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Erst einmal finde ich, dass ich unseren Kreis- und Bezirksverbänden, den Landesverbänden und den Vereinigungen ein Kompliment machen muss. Sie haben in den letzten Monaten zum Thema Soziale Marktwirtschaft über 200 Änderungsanträge geschrieben. Als ich damals den Leit-antrag gelesen habe, fand ich ihn an manchen Stellen etwas weit von der Alltagswelt der Menschen entfernt. Wenn ich mir jetzt den Antrag, den die Antragskommission unter Berücksichtigung der vielen Änderungsanträge aus der Parteibasis formuliert hat – 200 Anträge unter einen Hut zu bringen, ist nicht so einfach –, ansehe, muss ich sagen, dass dieses Papier aus meiner Sicht durch die vielen Anträge aus der Parteibasis gewonnen hat. Das ist ein Zeichen dafür, dass Papiere nicht schlechter, sondern besser werden, wenn sie breit in unserer Partei diskutiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich heute unterwegs bin und mit den Menschen spreche, dann erlebe ich, dass mir viele sagen: Ja, ich bin eigentlich mit meiner Situation ganz zufrieden. – Ich bin als Arbeitsminister sehr glücklich darüber, dass wir den höchsten Stand an Beschäftigung in diesem Land erreicht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich verstehe gar nicht, dass sich nur so wenige Leute freuen, dass Millionen von Menschen eine Teilhabe an Arbeit haben. Das haben vor Jahren selbst bei uns viele nicht für möglich gehalten.

(Teilweise Beifall)

Soziale Ausgrenzung kann man doch nur durch Erwerbsarbeit überwinden und nicht durch Sozialpolitik. Damit waren wir sehr erfolgreich in den letzten zehn Jahren. Ich meine aber, dass wir unseren Arbeitsmarkt als Union realistisch wahrnehmen müssen. Natürlich haben wir viele sehr, sehr gute Jobs, aber ein Teil des Aufbaus der Arbeitsplätze fand im Niedriglohnbereich statt. Ich möchte, dass wir auch in der Sozialen Marktwirtschaft eine Antwort darauf finden, dass sich auch für diese Menschen Leistung lohnt. Es kann nicht sein, dass jemand 45 Jahre im Niedriglohnbereich arbeitet und am Ende in der Rente nicht besser dasteht als jemand, der das nur zehn Jahre gemacht hat. Auch das müssen wir in den Leistungsgedanken unserer Partei einarbeiten.

(Beifall)

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir immer daran denken, dass wir auch über die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft reden müssen. Ich möchte schon sagen: Die Soziale Markt-

wirtschaft wäre nie erfunden worden, wenn es nicht vorher das Gedankengut der Christlichen Soziallehre gegeben hätte. All diejenigen, die die Soziale Marktwirtschaft nach dem Krieg geschaffen haben, waren gläubige Christen und hatten Kenntnisse der Philosophie der Christlichen Soziallehre.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht um einen Markt, der dem Markt dient, sondern um einen Markt, der den Menschen dient und der das Allgemeinwohl mit im Auge hat. Das ist der wichtige Kompass für die Zukunft.

(Beifall)

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört die Eigenverantwortung, aber dazu gehört auch eine Gesellschaft, die den Menschen befähigen muss, Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wir erleben zurzeit eher Pessimismus. Viele Leute haben heute eher Angst vor der Globalisierung und der Digitalisierung, als dass sie Hoffnung für eine gute Zukunft mit ihnen verbinden. Ich finde – deswegen – ist es in dem Antrag auch an prominenter Stelle zu finden –, wir müssen durch Bildungspolitik, durch berufliche Weiterbildung als Union den Menschen sagen: Wir werden euch beim Prozess der Digitalisierung mitnehmen, wir wollen euch durch die Digitalisierung nicht aus dem Arbeitsprozess drängen. – Wir können nicht mehr durch Vorruhestandsregelungen die Probleme lösen. Wir müssen die Belegschaft, auch die Lebensälteren, mitnehmen. Deswegen ist der Bereich der beruflichen Bildung in diesem Antrag so wichtig.

(Beifall)

Wir haben in diesem Antrag viel zum Thema Eigenverantwortung geschrieben. In der Katholischen Soziallehre nennen wir das Subsidiaritätsprinzip. Das heißt, dass sich der Einzelne zuerst einmal selber helfen muss. Die kleine Lebenseinheit der Familie muss zunächst Solidarität ausüben, und dann kommt der Staat. Wenn ich dieses Prinzip will, muss ich auch die Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt so gestalten, dass man Arbeit und Familie miteinander vereinbaren kann. Dafür brauchen wir familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien.

Das muss dann unser Anspruch sein.

(Beifall)

Deswegen glaube ich, dass an diesem Punkt die Soziale Marktwirtschaft auch ein Gesellschaftsbild ist, ein Bild, bei dem wir sagen, dass wir Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellen, weil sie Grundlage für eine gute Gesellschaft in diesem Land sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man darüber redet, dann ist natürlich die Frage des Wohnens nicht ganz unwichtig. Wir alle kennen die Mietpreisentwicklung zumindest in größeren Städten. Deswegen ist es auch richtig, dass wir in diesem Papier etwas zum Wohnungsbau sagen. Wir müssen als CDU dafür sorgen, dass die Menschen dort, wo sie arbeiten, auch wohnen können. Es kann nicht sein, dass es Metropolen gibt, wo kein Polizist, keine Erzieherin, keine Krankenschwester und kein Handwerker mehr eine Wohnung bezahlen kann. Wir müssen diese Probleme lösen und dafür sorgen, dass auch dort wieder mehr Wohnungen gebaut werden, die die Menschen bezahlen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, wir müssen auch einmal darüber reden, ob alle Auflagen im Wohnungsbau so sein müssen, wie sie es jetzt sind, oder ob der Wohnungsbau dadurch nicht unnötig teuer gemacht worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass zu unserem Antrag auch gehört, dass die Soziale Marktwirtschaft dem Allgemeinwohl dienen muss, dass sie nicht nur Einzelinteressen verfolgt, dass es in der Sozialen Marktwirtschaft gerecht zugehen muss und dass die Soziale Marktwirtschaft von Werten lebt, die wir gesetzlich nicht vorschreiben können. Deswegen gehört zu meinem Bild einer guten Arbeitswelt ein Unternehmer, der seine Arbeitnehmer achtet, aber auch Arbeitnehmer, die ihren Chef achten, Menschen, die, wenn es um die Firma geht, gemeinsam durch dick und dünn gehen, und wo eine Seite auf die andere Seite achtet. Das sind doch die Arbeitsverhältnisse, die wir wollen und die uns in der Mitte unserer Bundesrepublik sehr stärken.

(Vereinzelt Beifall)

Zu einer solchen Sozialen Marktwirtschaft gehört für mich auch, dass wir diejenigen, die unsere Hilfe brauchen, fördern, dass wir ihnen Hilfestellung geben. Aber Fördern ohne Fordern kann es nicht geben. Deswegen ist das, was jetzt in der SPD diskutiert wird, nämlich Sanktionen bei Hartz IV abzuschaffen, der größte Blödsinn aller Zeiten.

(Beifall)

Wenn man einen Jugendlichen fünfmal einbestellt, um mit ihm darüber zu reden, was man tun kann, damit er in Arbeit kommt, und er fünfmal nicht kommt, dann muss der Mensch in der Arbeitsagentur doch die Möglichkeit haben, zu sagen: Freundchen, so haben wir nicht miteinander gewettet! – Man muss dann, finde ich, diese Möglichkeit in Betracht ziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube – das soll mein letzter Gedanke sein –, dass wir die Frage der sozialen Sicherung immer auch mit der Finanzierung zusammenbringen müssen, dass die Beitragshöhe zur Sozialver-

sicherung eine Rolle spielt. Auf der anderen Seite aber müssen wir genauso über Versorgungsniveaus reden. Wir tun dies zurzeit sehr stark bei der Pflege, weil wir alle spüren, dass Familien damit immer mehr überfordert sind und wir mehr Hilfe geben müssen. Wir alle wollen eine Krankenkasse, die für medizinische und pflegerische Leistungen das höchste Niveau, das wir in unseren Krankenhäusern haben, den Menschen, wenn sie krank werden, zur Verfügung stellen. Ich glaube, wir brauchen am Ende auch eine Alterssicherung, die, wie Otto Wulff es gestern gesagt hat, dafür sorgt, dass die Menschen, wenn sie in Rente gehen, eine materielle Umgebung haben, die ihnen ein eigenbestimmtes Leben ermöglicht.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion zu diesem Thema, auch auf die Diskussion, die zum Grundsatzprogramm ansteht. Ich denke, dass wir jetzt eine zügige Antragsberatung haben werden. – Schönen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Wir treten dann in die Beratung des Antrages ein. Ich werde jetzt nacheinander die einzelnen Ziffern aufrufen. Es gibt schon eine Reihe von Wortmeldungen zu verschiedenen Ziffern. Da, wo keine Wortmeldungen vorliegen, werden wir direkt über die Ziffern in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form abstimmen.

Damit sind wir bei der Ziffer 1; das sind die Anträge A 1 bis A 15. Ich frage, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ziffer 2, Anträge A 16 bis A 25. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Einstimmig so beschlossen.

Ziffer 3, Anträge A 26 bis A 32. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ziffer 4, Anträge A 33 bis A 43; A 15 haben wir ja schon beschlossen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Also auch hier Einstimmigkeit.

Dann kommen wir zur Ziffer 5, Anträge A 44 bis A 54. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 6 auf, Anträge A 55 bis A 66. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 7, Anträge A 67 bis A 81. Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ziffer 8, Anträge A 82 bis A 90. Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dann kommen wir zur Ziffer 9. Dazu liegen mir Wortmeldungen vor, und zwar zu den Anträgen A 92 und A 94, zunächst von Hartmut Schauerte und danach von Christian von Stetten. – Als Erster erhält Hartmut Schauerte das Wort.

Hartmut Schauerte: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine kleine Bitte an den Parteitag. Dieser Antrag zu Ziffer 9 von der Mittelstandsvereinigung der Jungen Union wird von der Antragskommission zwar angenommen, aber deutlich weiter hinten im Programm, da, wo es um einzelne Steuerfragen geht. Wir halten die Aussagen dieses Teils aber für so zentral, dass unser Antrag ist, sie bei der Ziffer 9 und nicht bei der Ziffer 17 einzubauen. Inhaltlich sind wir also nicht auseinander. Wir reden nur über die Prominenz der Stellung dieses Antrags. Da dieser Antrag mit der Substanzsteuer, der Erbschaftsteuer und der Frage der Eigenkapitalbildung und all diesen Dingen zusammenhängt, halten wir ihn für so wichtig, dass wir wollen, dass er vorne steht. Ich bitte deswegen die Antragskommission, noch einmal zu überlegen, ob sie diese Vorziehung nach vorne nicht akzeptieren kann. Dann wäre der Mittelstand wieder richtig glücklich. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Das hört sich nach einer einfachen Lösung an. – Für die Antragskommission Thomas de Maizière!

Thomas de Maizière, Antragskommission: Lieber Herr Schauerte, das machen wir gerne. Dann ziehen wir den Punkt in der Fassung der Antragskommission – Substanzsteuer, Vermögensteuer – nach vorne, an die Stelle, die Sie wollen. Sehr einverstanden!

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann hat sich noch Christian von Stetten zu Wort gemeldet. – Er wollte vom Rednerpult sprechen, ist aber nicht im Saal.

Dann können wir zur Abstimmung kommen, und zwar in der von Hartmut Schauerte vorgeschlagenen veränderten Fassung, was das Vorziehen dieses einen Punktes betrifft. Ich lasse dann über die Ziffer 9, also die Anträge A 91 bis A 105, abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 10, Anträge A 106 bis A 112. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Ziffer 11, Anträge A 113 bis A 123. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe dann die Ziffer 12 auf, Anträge A 124 bis A 131. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich auch da Einstimmigkeit fest.

Wir kommen dann zur Ziffer 13, Anträge A 132 bis A 135; A 81 hatten wir bereits beschlossen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war ebenfalls einstimmig.

Ziffer 14, A 136 bis A 140. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Ich gebe zur weiteren Verhandlungsleitung an Andreas Jung ab.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf zur Beratung der Ziffer 15 aufrufen. Dazu gehören die Anträge A 126, A 141 bis A 149. Wortmeldungen liegen uns dazu keine vor. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich diesbezüglich einvernehmlich fest.

Ziffer 16, Anträge A 105 und A 150 bis A 163 sowie A 214. Hierzu gibt es eine Wortmeldung zum Antrag A 162 von Henning Rehbaum aus Nordrhein-Westfalen.

Henning Rehbaum: Liebe Freundinnen und Freunde! Im Antrag A 162, Ziffer 16, stellen wir fest, dass sich Leistung lohnen muss. Das ist zu 100 Prozent zu unterstützen. Selbstverständlich sollte aber auch sein, dass für gleiche Arbeit am gleichen Ort der gleiche Lohn zu gelten hat. Das sage ich als jemand, der über zehn Jahre mittelständische Verkehrsunternehmen an vorderster Front geleitet hat, damit sich die Unternehmen auf ihre Kernkompetenzen Zuverlässigkeit, Innovation und Qualität konzentrieren können. Deshalb bitte ich darum, den entsprechenden Satz in A 162 einzufügen, dann sind wir auch zufrieden.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Votum der Antragskommission?

Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde, wir fanden mit dem Begriff „angemessen entlohnt“ ist der Antrag abschließend und gut formuliert. Wir kommen ja noch zu den ganzen Ost-West-Debatten und den Mann-Frau-Debatten, mit denen noch größere Fragen aufgeworfen werden. Deswegen würden wir darum bitten, dass es bei der Formulierung „angemessen“ der Antragskommission bleibt.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Das ist das Votum der Antragskommission. Darüber lasse ich abstimmen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit deutlicher Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist das Votum der Antragskommission beschlossen.

Ziffer 17, Anträge A 92, A 94, A 99, A 100, A 134, A 164, A 165, A 167 bis A 172. Wortmeldungen liegen keine vor. Dann würde ich diesbezüglich Einvernehmen feststellen. – Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Ziffer 18, Anträge A 173 und A 174. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Ich stelle dann auch diesbezüglich Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 19, Anträge A 175 bis A 183. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich stelle also auch diesbezüglich Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 20, Anträge A 184 und A 185. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich stelle diesbezüglich Einvernehmen fest. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 21, Anträge A 36, A 186 bis A 188, A 190 bis A 194. Hierzu liegt zum Antrag A 190 eine Wortmeldung von Michael Moroff aus Baden-Württemberg vor.

Michael Morrow: Vielen Dank. – Ich spreche für den Antragsteller. Die Antragskommission empfiehlt Verweisung in den Bundesfachausschuss. Ich würde darum bitten, dass wir heute über den Antrag abstimmen und ihn nicht verweisen. Ich glaube, das Bekenntnis zum Wettbewerb der Bildungssysteme in den Ländern können wir auch heute vom Bundesparteitag aus abgeben. Ich würde darum bitten, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen, sondern heute dieses klare Bekenntnis vom Parteitag aus abzugeben.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Votum der Antragskommission?

Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde, ich will kurz sagen, worum es geht. Es geht beim Antrag zur sozialen Marktwirtschaft um die Einfügung folgenden Satzes: „Dabei wollen wir ganz im Sinne der sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich am Wettbewerb der Bildungssysteme in den Bundesländern festhalten.“ Das ist eine Frage, die am grundsätzlichen Verhältnis zwischen Bund und Ländern rührt. Darüber gibt es bitteren Streit. Wir kommen später noch auf das Thema Digitalpakt und Grundgesetzänderung zu sprechen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung möchte keinen den Wettbewerb zwischen den Bundesländern, sondern möchte mehr Bundeszuständigkeit haben – auch hier gibt es sicherlich einige Delegierte, die dieser Meinung sind –, mindestens aber vergleichbare Bildungsstandards; denn es muss für Soldaten oder Polizisten möglich sein, umzuziehen, ohne dass deren Kinder gleich ein ganzes Schuljahr verlieren. Deswegen lehnen viele den Wettbewerb im Bildungssystem ab. Das kann man so oder so sehen. Ich finde nur, das gehört nicht in einen Antrag zur sozialen Marktwirtschaft, sondern das gehört in eine gute, breite Diskussion über das Grundsatzprogramm. Eine entsprechende Diskussion ist vorgesehen. Deshalb empfehlen wir, den von Ihnen genannten Satz nicht aufzunehmen, sondern bei der Fassung der Antragskommission zu bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Das ist das Votum der Antragskommission. Darüber lasse ich abstimmen. Wer folgt diesem Votum? Den bitte ich um das Stimmzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das in diesem Punkt so beschlossen.

Wir haben zu Ziffer 21 eine weitere Wortmeldung zum Antrag A 186 von Henrik Wärner. Er ist der Bundesvorsitzende des RCDS. – Ist er im Saal? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann darf ich über die gesamte Ziffer abstimmen lassen.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu Ziffer 21 zu? Den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 22. Hier liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle also Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 23. Zur Ziffer 23 liegt eine Wortmeldung zum Antrag A 199 von Antje Lezius vor. – Ich darf Michael Littig schon mal bitten, sich für seine Wortmeldung zur nächsten Ziffer bereitzuhalten.

Antje Lezius: Danke, Herr Präsident. – Liebe Delegierte, die CDU als die Partei der sozialen Marktwirtschaft hat die Verpflichtung, unser bewährtes deutsches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zeitgemäß fortzuentwickeln. Genau das intendiert der Bundesvorstand mit dem vorliegenden Leitantrag und liegt damit auf der Linie der bisherigen Parteitage. Schon dort hatte sich die CDU vorgenommen, das deutsche Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft verantwortungsvoll weiterzuentwickeln.

Wir sprechen längst von nachhaltigem Konsum, von nachhaltiger Industrie und von nachhaltiger Landwirtschaft sowie von nachhaltigem Wirtschaften ganz generell. In einer nachhaltigen Marktwirtschaft bleibt die Marktwirtschaft bestehen. Das Soziale würde auch nicht abgeschafft; denn das, was nicht sozial ist, liebe Delegierte, kann nicht nachhaltig sein. Umgekehrt gilt: Was nicht nachhaltig ist, ist letztlich nicht sozial. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen irreversibel beschädigen oder gar zerstören, sind auch die gewohnte soziale Absicherung und alle übrigen sozialen Errungenschaften dahin. Ohne Nachhaltigkeit geht die Zukunft verloren. Nachhaltig ist Vorbedingung für wirtschaftliches Wachstum, für den Fortbestand unserer sozialen Sicherungssysteme und somit für anhaltenden materiellen und nicht-materiellen Wohlstand.

Nachhaltigkeit ist die Geschäftsgrundlage des Generationenvertrags. Sie ist mitnichten Ersatz für das Soziale. Nachhaltigkeit schließt vielmehr Soziales mit ein. Die soziale Marktwirtschaft ist eine grandiose Erfolgsgeschichte für unser Land. Sie bedarf jedoch dringend einer Erweiterung; denn das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft stammt aus einer anderen Zeit.

Seit der Sozialen Marktwirtschaft in den 70er-Jahren hat sich in Deutschland und auf der ganzen Welt eine Menge getan. Die Soziale Marktwirtschaft ist zu eng geworden und bezeichnet unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wirklichkeit nicht mehr zutreffend. Ihr fehlt ein ganz entscheidend gewordenes Moment: das Prinzip der Nachhaltigkeit, das die Väter der Sozialen Marktwirtschaft damals, 1948, noch nicht auf dem Schirm haben konnten.

Für die sicherzustellende Zukunftsfestigung unseres deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells – und darüber reden wir hier – bedarf es notwendigerweise der Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft um das Prinzip der Nachhaltigkeit. Auch der Bundesvorstand hat in seinem Leitantrag festgestellt, dass die Soziale Marktwirtschaft nur erfolgreich sein kann, wenn sie auch nachhaltig ist. Nachhaltigkeit ist mithin das programmatisch alles durchdringende Thema, sozusagen das Top-Zukunftsthema.

Das breite Bewusstsein, das wir zur Sicherung unserer Zukunft herstellen müssen, schaffen wir aber nicht mit alten Begriffen. Eine neue politische Dachmarke muss her. Es geht nicht darum, einfach nur „Umwelt“ oder „Öko“ irgendwo anzufügen, wie zum Beispiel bei den Begriffen „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“, „Ökosoziale Marktwirtschaft“ oder „Sozialökologische Marktwirtschaft“. Das machen die Grünen.

Wir wollen das Prinzip der Nachhaltigkeit in das erweiterte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell integrieren. In dem neuen Begriff, der neuen politischen Dachmarke, muss das fundamentale Prinzip der Nachhaltigkeit explizit erscheinen. Deswegen ist die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts die nachhaltige Marktwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Die nachhaltige Marktwirtschaft ist eine Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die nächste Stufe auf der Weiterentwicklung der Marktwirtschaft. Insofern steht die nachhaltige Marktwirtschaft in der Tradition, der Kontinuität, von Müller-Armack oder Ludwig Erhard.

Wenn man Nachhaltigkeit als Leitprinzip für das politische Entscheiden und das Regierungshandeln in Deutschland ansieht und wenn man die Soziale zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft erweitern will, dann sollten wir das Nachhaltigkeitsprinzip und die Generationengerechtigkeit konsequenterweise auch als weitere Staatsziele in unserem Grundgesetz – etwa als Artikel 20b Grundgesetz – verankern. Wir in Deutschland sollten das tun, wie dies zahlreiche andere Staaten dieser Erde bereits getan haben.

Deshalb bitten wir den Bundesparteitag, den Leitantrag in Ziffer 23, Zeile 473 aufgrund christdemokratischer Politik wie folgt zu ergänzen:

Wir werden die Soziale Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft weiterentwickeln. Die nachhaltige Marktwirtschaft ist die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund werden wir uns dafür einsetzen, dass das Nachhaltigkeitsprinzip und die Generationengerechtigkeit als weitere Staatsziele im deutschen Grundgesetz verankert werden.

Außerdem bitten wir den Parteitag, die Überschrift des Antrags in „Wirtschaft für den Menschen – Von der Sozialen zur nachhaltigen Marktwirtschaft“ zu ändern.

Mit unserem Ergänzungs- und Änderungsvorschlag und mit dem Parteitagsbeschluss soll auf sehr behutsame Weise der notwendige Entwicklungsschritt von der Sozialen zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft eingeleitet und dadurch ein großes Chancenfeld eröffnet werden. Damit hätte die CDU Deutschlands einen adäquaten, zukunftsfähigen Einstieg in ihr neues Grundsatzzprogramm 2020

(Vereinzelt Beifall)

und mithin den politischen Türöffner für eine erfolgreiche nächste Debatte.

Die CDU würde damit zugleich deutlich machen, dass die Bewahrung der Schöpfung keine leere Phrase, sondern klarer Anspruch und konkreter Handlungsauftrag aus dem christlichen Selbstverständnis der CDU heraus ist.

Es gibt nichts Konservativeres als die Nachhaltigkeit, weil es eben um die Bewahrung der Schöpfung geht, und es gibt zugleich nichts Progressiveres als die Nachhaltigkeit, weil sie einziger Garant für eine menschenwürdige Zukunft ist.

Überlassen wir das Thema Nachhaltigkeit nicht den politischen Mitbewerbern – ob von links oder von rechts! Gerade den Grünen dürfen wir nicht die Deutungshoheit über Wirtschaft und Gesellschaft überlassen.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Textänderungen bzw. um Ihre Zustimmung zum Änderungsantrag.

Ich wünsche dem 31. Bundesparteitag noch einen guten Verlauf. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit; danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat die Antragskommission.

Thomas de Mazière, Antragskommission: Liebe Frau Lezius, ich glaube, wir sind in der Sache nicht weit auseinander. Wir haben als Inhalt folgende Sätze formuliert:

Soziale Marktwirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn sie nachhaltig ist. Die nachhaltige und ökologische Marktwirtschaft ist die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Das bedeutet: Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen; sie müssen nachhaltig sein. Die Verantwortung für die Schöpfung im Sinne eines bewahrenden Umgangs ist klarer Auftrag christdemokratischer Politik. Deutschland und die Europäische Union sollen Wegbereiter sein, das Nachhaltigkeitsprinzip auch global noch stärker zu verankern.

Das ist das, was wir als Beschluss vorschlagen

In der Antragskommission gab es darüber hinaus eine Debatte, ob wir auch den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ durch „Soziale und Ökologische“ oder „Soziale und Nachhaltige“ Marktwirtschaft ergänzen. Wir haben uns dagegen entschieden. Ich sage gleich etwas zur Begründung.

(Vereinzelt Beifall)

Sie machen jetzt weitergehend den Vorschlag, das Wort „Sozial“ durch das Wort „Nachhaltig“ zu ersetzen, und davon rate ich ab. Warum? Die Soziale Marktwirtschaft ist das Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands,

(Vereinzelt Beifall)

und wir verstehen darunter Folgendes: Die Soziale Marktwirtschaft kann nur dann sozial sein, wenn sie auch nachhaltig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen schlagen wir vor, dass wir auf diesen uns kennzeichnenden und typischen Markennamen nicht verzichten, wie Sie vorgeschlagen haben, sondern uns immer einig sind, dass zur Sozialen Marktwirtschaft auch die Bewahrung der Schöpfung gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich darf über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dies mit großer Mehrheit entsprechend angenommen.

Ich rufe die Ziffer 24 auf.

Zur Ziffer 24 gehören die Anträge A 213, A 215, A 216, A 218, A 219 und A 221. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich darf dann diesbezüglich Einvernehmen feststellen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich darf die Ziffer 25 aufrufen.

Zu ihr gehören die Anträge A 121, A 222 bis A 227, A 229 bis A 232. Dazu liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar von Michael Littig aus Rheinland-Pfalz und von Jana Schimke aus Brandenburg. Beide sprechen zu den Anträgen A 226 und A 227 von Junger Union und MIT, und beide sprechen vom Rednerpult.

Ich darf zunächst Jana Schimke das Wort erteilen. – Entschuldigung! Zunächst Miachel Littig; er steht nämlich schon bereit.

Michael Littig: Das ist mir vor einem Jahr auch schon mal passiert. – Also, ich bin Michael Littig und spreche zum Thema „Sozialpartnerschaften und Tarifvorbehalte“.

Es ist absolut richtig und gut, Sozialpartnerschaften zu stärken. Die Realität sieht jedoch so aus, dass aktuell über 60 Prozent der Unternehmen nicht tarifgebunden sind. Das Gleiche gilt natürlich auch für Arbeitnehmer – insbesondere bei jungen Unternehmen und bei sogenannten Digitalunternehmen –, mit steigender Tendenz.

Der sogenannte Tarifvorbehalt bedingt tatsächlich nicht nur gefühlte Ungleichheiten, und zwar zunehmend. Konkrete Beispiele sind in der Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im letzten Jahr, im Betriebsrentenstärkungsgesetz und aktuell beim Thema Arbeitszeitflexibilisierung zu finden.

Das, was im A 222 steht, ist gut und richtig: Ich zitiere:

Denn wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen.

Das muss aber eben insbesondere auch an die sozialpartnerschaftlich gebundenen Unternehmen adressiert sein.

Diese sogenannten Ventillösungen sind denkbar. Meine Bitte an Sie alle ist – darum bitte ich auch als Betroffener –: Ventillösungen in bestimmten Bereichen, die gesetzlich hart vorgesehen sind, sollten eben auch für nicht tarifgebundene Unternehmen möglich sein. Daher bitten wir um eine Abänderung dieses Erzwingens durch die Formulierung, wie sie in A 226 und A 227 steht. Ich zitiere konkret:

Allerdings achten wir auch die grundgesetzlich geschützte negative Koalitionsfreiheit. Wir wollen gerade innovative Startups, sonstige Gründer und kleinere Mittelständler, die sich gegen eine Tarifpartnerschaft entscheiden, im Wettbewerb nicht benachteiligen ...

Ich bitte daher, dieses Erzwingen entsprechend abzuändern. – Vielen Dank.

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Jana Schimke.

Jana Schimke: Liebe Freunde, die Tarifpartnerschaft in Deutschland ist ein hohes Gut. Gleichwohl haben wir die Tarifautonomie gesetzlich verankert, die besagt, dass sich Betriebe und Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter eigenmächtig Tarifverträge geben können. Dazu zählt natürlich auch die negative Koalitionsfreiheit, das bedeutet, dass Betriebe auch sagen dürfen: Ich möchte nicht in die Tarifbindung gehen. – Wir haben in Deutschland die Situation, dass es

eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die tariflich gebunden sind, die gute Regelungen für ihre Beschäftigten auf den Weg gebracht haben, ohne Frage. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass es sehr viele Betriebe in Deutschland gibt, die darauf verzichten, aus gutem Grund. Das sind nicht immer nur kleine Unternehmen; das sind auch sehr große Betriebe, die sagen: Wir finden auch ohne gewerkschaftlichen Einfluss zu einem innerbetrieblichen Frieden. Manchmal sogar auch ohne Betriebsrat – auch das gibt es in Deutschland. Ich bin der Meinung, Politik und auch wir als Volkspartei haben die Aufgabe, diese Vielfalt, die unsere betriebliche Landschaft in Deutschland abbildet, anzuerkennen. Wir setzen uns als Ziel, die Tarifbindung in Deutschland zu stärken. Das klingt gut, birgt aber in vielen Teilen mitunter Probleme. Konkret sieht es so aus, dass wir eine Vielzahl von Gesetzen auf den Weg gebracht haben, die gewisse Ausnahmeregelungen für tarifgebundene Betriebe ermöglichen; das sind sogenannte Tariföffnungsklauseln. Das kann man machen, das ist erlaubt, das ist auch gewollt; aber man sollte es mit Maß und Mitte machen. Die Realität ist, dass nahezu fast jedes Gesetz im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik tarifliche Öffnungsklauseln enthält. Das heißt, die harten Regelungen treffen dann eben jene Betriebe, die nicht tariflich gebunden sind, und von den Ausnahmeregelungen, den Erleichterungen profitieren die wenigen tariflich gebundenen Unternehmen in Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, eine Volkspartei hat die Aufgabe, gute Politik für alle Unternehmen in Deutschland zu machen und eben nicht nur für die tarifgebundenen Unternehmen. Aus diesem Grund haben wir uns als MIT und Junge Union entschieden, zwei Anträge einzubringen, die explizit die grundgesetzlich verbrieft negative Koalitionsfreiheit in den Mittelpunkt rücken. Liebe Freunde, ich würde mich freuen, wenn Sie sich diesem Antrag anschließen und unserem Änderungsvorschlag zustimmen würden. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Peter Altmaier.

Peter Altmaier, Antragskommission: Liebe Freunde, meine Damen und Herren, beide Anträge bezeichnen ein tatsächliches Problem und eine Herausforderung. Auf der einen Seite haben wir in Deutschland in rund 100 Jahren mit dem Thema Sozialpartnerschaft und Tarifbindung gute Erfahrungen gemacht. Wir haben weniger Streiktage und einen höheren betrieblichen Frieden als anderswo; deshalb wollen wir das im Grundsatz erhalten. Aber richtig ist auch, dass in den letzten Jahren die Tarifbindung nachgelassen hat. Ich glaube, wir dürfen nicht diejenigen beschimpfen, die sich entschieden haben, keine Tarifbindung mehr einzugehen. Vielmehr müssen wir die Frage stellen: Was ist denn geschehen, dass der Abschluss von und der Beitritt zu Tarifverträgen heute weniger attraktiv ist als zuvor? Genau darüber sind wir als Bundesregierung im Gespräch mit den Tarifpartnern. Ich glaube, dass die Tariffreiheit so ein hohes Gut ist, dass wir tatsächlich niemanden zwingen und belehren dürfen, sich einem Tarifvertrag anzuschließen oder nicht. Und umgekehrt: Wenn der Gesetzgeber tätig wird, dann ist es selbstverständlich

erlaubt und möglich, zu differenzieren. Wenn wir Abweichungen von harten gesetzlichen Regelungen vorsehen, dann tun wir das übrigens nicht nur für diejenigen, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben oder einem beigetreten sind, dann tun wir das auch für diejenigen, die einen Haustarifvertrag haben, dann tun wir das für diejenigen, die nicht tarifgebunden sind, aber tarifvertragliche Regelungen anwenden. Und dann tun wir das in abgestufter Form auch für diejenigen, die keinen Tarifvertrag anwenden, aber einen Betriebsrat in ihrem Unternehmen haben. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir den Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern fortsetzen und versuchen, zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Aber die Tarifbindung wird auf Dauer nur eine Chance haben, wenn es auch für junge digitale Start-Ups, für Unternehmensneugründungen attraktiv ist, sich einem Tarifvertrag anzuschließen, und nicht als Belastung oder zusätzliche Erschwernis empfunden wird.

Deshalb plädiere ich herzlich dafür, dass wir es zunächst einmal bei den Formulierungen im Leit Antrag belassen, dass wir keinem der beiden Anträge zum jetzigen Zeitpunkt zustimmen und dass wir gemeinsam mit den Sozialpartnern die Debatte darüber fortsetzen, was der Staat tun kann, um eine vernünftige Zusammenarbeit der Sozialpartner zu erleichtern. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Andreas Jung, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann darf ich über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das war eine deutliche Zustimmung bei etlichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen. Ziffer 25 ist damit so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 26 auf, Anträge A 166, A 223, A 234 und A 238. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle also Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 27, Anträge A 239 bis A 241. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich stelle Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 28, Anträge A 123, A 131, A 242, A 245 bis A 247. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 29, Antrag A 248. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich stelle Einvernehmen fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich lasse über den gesamten Antrag A „Wirtschaft für den Menschen – soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag in der besprochenen Form zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit überwältigender Mehrheit bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltung so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bedanke mich und darf die Tagungsleitung an Dr. Heintze weitergeben.

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Antrag des Bundesvorstandes „An der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten –
die Bundeswehr weiter stärken“

Wichtig ist, dass der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 6. Dezember noch eine kleine Ergänzung vorgenommen hat; bitte verwenden Sie für die Diskussion und Beratung deswegen ausschließlich die Tischvorlage Antrag F. – Die Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, führt in den Antrag ein.

Dr. Ursula von der Leyen: Vielen Dank an das Tagungspräsidium. – Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin sehr dankbar, dass der Bundesvorstand diesen Antrag eingebracht hat. Es ist ein Antrag für unsere Bundeswehr, aber vor allem für unsere Männer und Frauen, nicht nur hier in der Heimat, sondern in den vielen Einsätzen, die die Bundeswehr bestreitet. Wir alle wissen, vor was für großen und einschneidenden sicherheitspolitischen Herausforderungen wir in den letzten drei, vier Jahren gestanden haben.

Die Grundthemen kennt ihr alle. Das ist das Erstarren des Islamischen Staates. Das sind die Terroranschläge, die wir in Europa erlebt haben. Das sind die Destabilisierung Afrikas und die daraus folgenden Fluchtbewegungen. Aber es war vor allem die Zäsur im Jahr 2014, als Russland die Krim annektierte und einen hybriden Krieg in der Ost-Ukraine begonnen hat, in dem bis heute Menschen sterben. Wir sehen bis heute die Auswirkungen auf das Asowsche Meer und die Straße von Kertsch. Überall wird der Versuch unternommen, Grenzen innerhalb Europas gewaltsam zu verschieben und sich nicht an internationale Regeln zu halten. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben. Dieses veränderte Verhalten Russlands hat natürlich Auswirkungen auf uns alle, insbesondere auf unsere NATO und diejenigen, die die östliche Grenze bilden. Das sind unsere baltischen Freunde. Liebe Freundinnen und Freunde, gerade wir als Deutschland haben nicht vergessen, was es bedeutet, östliche Grenze des Bündnisgebietes zu sein. Wir haben auch nicht vergessen, was es bedeutet, geschützt zu sein durch unsere NATO. 40 Jahre lang haben wir diesen Schutz genossen. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist es nun an der Zeit, unseren Freunden, unseren Bündnispartnern etwas zurückzugeben. Das ist der Grund, warum unsere Soldatinnen und Soldaten in Litauen sind und die Battle Group führen. Das ist der Grund, warum unsere Soldatinnen und Soldaten seit nunmehr drei Jahren das Air Policing im Baltikum machen. Die Balten haben keine Luftwaffe. Das ist der Grund, warum Deutschland die schnelle Speerspitze der NATO im nächsten Jahr führen wird. Für uns in der NATO gilt immer: Alle 29 zusammen! Das heißt, die Sorgen unserer baltischen Freunde sind auch unsere Sorgen. Die Freiheit unserer baltischen Freunde ist auch

unsere Freiheit. Die Unversehrtheit ihres Landes ist auch unsere Unversehrtheit. Das bedeutet NATO. Darauf sollten wir uns alle auch in Zukunft verlassen können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Gemeinsame, kollektive Sicherheit kostet. Deutschland muss sich da nicht verstecken. Wir leisten unseren materiellen Teil. Wir sind der zweitgrößte Truppensteller innerhalb der NATO. Wir sind in Afghanistan ebenfalls der zweitgrößte Truppensteller. Wir sind der zweitgrößte Nettozahler in der NATO. Aber wahr ist auch, dass wir spätestens seit der Wiedervereinigung dachten, dass es um uns herum immer friedlicher wird. Wir haben gesehen, dass immer mehr Demokratien um uns herum gewachsen sind. Wir haben gedacht, dass wir deshalb die Bundeswehr reduzieren können. Es hat ein kontinuierlicher Schrumpfungsprozess eingesetzt. Material ist in andere Länder weggegeben worden. Personal wurde reduziert. Standorte wurden geschlossen. Sie alle haben das mitbekommen. Es gehört auch zur Wahrheit, dass wir über 25 Jahre nicht genügend in unsere Bundeswehr investiert haben. Wir haben heute noch immer eine Lkw-Flotte aus den 70er-Jahren. Wir haben Funkgeräte aus den 80er-Jahren, die heute noch im Einsatz sind. Wir erneuern sie jetzt durch die Mobile Taktische Kommunikation. Aber das dauert Jahre und kostet Milliarden, bis wir diese Lücke wieder gefüllt haben. Wir haben Fregatten aus den 80er-Jahren, die wir nun langsam ersetzen. Mein Dank gilt Ingo Gädechens, der sich immer reinhängt und dafür sorgt, dass wir unsere Marineflotte wirklich erneuern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben Transporthubschrauber, die seit 17 Jahren in Afghanistan fliegen. Der schwere Transporthubschrauber stammt aus den 70er-Jahren. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieses alte Material gelegentlich ächzt und stöhnt. Mein großer Dank geht hier an Ralph Brinkhaus, Ecki Rehberg und an unsere Haushälter, die gerade vor wenigen Wochen uns die Möglichkeit gegeben haben, endlich unsere schweren Transporthubschrauber durch neue zu ersetzen. Vielen Dank an unsere Freunde, dass sie das getan haben!

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, weil die Dinge so sind, weil die sicherheitspolitische Lage sich so verändert hat, weil wir als Deutsche wissen, wie wichtig es ist, einsatzbereite Kräfte auch zum Schutz unserer Freunde zu haben, weil wir wissen, dass wir unser Material erneuern müssen und dass unser Personal gestärkt werden muss, ist es richtig, dass wir alle zusammen in der NATO 2014 in Wales beschlossen haben, dass wir mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren wollen. Das ist aber ein langer Prozess, der über mindestens zehn Jahre nach Wales geht. Das Ziel ist richtig. Wir müssen wieder wachsen. Wir

müssen mehr investieren. Die Bundeswehr wächst wieder. Deshalb haben wir das fünfte Mal in Folge den Bundeswehretat erhöht. Wir sind stolz darauf, dass es gelungen ist, seit Wales 36 Prozent Steigerung im Verteidigungsetat zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, wir stehen zu diesem zwei-Prozent-Ziel der NATO, weil wir vor allen Dingen für unsere Männer und Frauen in der Bundeswehr im Hinblick auf eine bessere Ausstattung vorankommen wollen. Das ist für uns wichtig.

(Vereinzelt Beifall)

Das entscheidende Argument ist: Wir brauchen eine bessere Ausstattung, weil sich die sicherheitspolitische Lage verändert hat und weil wir mehr leisten müssen in Einsätzen, Übungen und einsatzgleichen Verpflichtungen. Aber entscheidend ist: Wenn wir als Parlament unsere Soldatinnen und Soldaten, unsere Männer und Frauen in gefährliche Einsätze in Mali, im Irak und in Afghanistan schicken, dann haben sie nicht nur unseren Dank und unsere Anerkennung verdient – das haben sie auch –, sondern dann haben diese Männer und Frauen, die da für unsere Sicherheit und Frieden kämpfen, auch verdient, dass sie so modern wie möglich ausgerüstet und ausgestattet werden. Das ist uns Verpflichtung.

(Vereinzelt Beifall)

An diesem Punkt will ich meinen besonderen Dank Henning Otte aussprechen, unserem verteidigungspolitischen Sprecher in der Bundestagsfraktion, der sich mit aller Kraft reinhängt und dafür sorgt, dass wir diese Ziele gemeinsam erreichen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir stehen zur NATO. NATO ist kollektive Sicherheit und wird immer kollektive Sicherheit bleiben. Aber es gibt auch Felder, auf denen ich nicht die NATO sehe, die uns aber als Europäer angehen. Dort ist uns als Europäern die Aufgabe auferlegt, zu zeigen, dass wir handeln können. Wenn ich nach Afrika blicke, dann stelle ich fest, dass wir dort für die Stabilisierung nicht die NATO, sondern uns als Europäer brauchen; denn es liegt in unserem Interesse, dass in unserer Nachbarschaft Frieden und Stabilität herrschen. Wir Europäer haben uns in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht dadurch ausgezeichnet, dass wir reaktionsschnell waren. Wenn eine Krise zugeschlagen hat wie in Mali, dann hat es nicht Tage, dann hat es nicht Wochen gedauert, bis wir reagiert haben, sondern dann hat es Monate gedauert, bis die Europäische Union endlich in der Lage war, zu reagieren, weil wir die Strukturen nicht hatten, weil wir die Prozesse nicht hatten. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir vor einem Jahr einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht. Wir haben endlich die Europäische Verteidigungsunion aus der Taufe gehoben. Wir stehen zu unserem Europa, das schützt. Wir stehen zu der Verpflichtung, die die Menschen von uns erwarten, nämlich dass wir ein starkes, ein sicheres und ein handlungsfähiges Europa auch auf dem Gebiet der Verteidigung haben. Wir haben den Europäischen Verteidigungsfonds ins Leben gerufen. Zum allerersten Mal gibt es europäisches Geld für gemeinsame Beschaffungen innerhalb der europäischen Streit-

kräfte. Damit hat die Zersplitterung ein Ende. So können wir gemeinsam trainieren und üben. So können wir gemeinsam in Einsätze gehen, wie zum Beispiel die Deutsch-Französische Brigade, die in Mali den Einsatz gestaltet.

Dritter und letzter Punkt, der mir sehr wichtig ist. Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte eine große Lanze brechen für unsere 180 000 Soldatinnen und Soldaten sowie für unsere 70 000 Zivilbeschäftigten in der Bundeswehr. Trotz der ganzen Materiallücken, trotz des alten Materials und trotz aller anderen Schwierigkeiten, die wir haben, erleben wir die Truppe hoch motiviert, engagiert und hoch professionell. Die machen das Allerbeste aus dem, was sie haben. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

(Beifall)

Wir als CDU wissen, dass wir zu lange zu wenig investiert haben; das gehört zur Wahrheit mit dazu. Es ist es gut – das tut der Truppe auch gut –, dass die Trendwenden jetzt langsam greifen. Das ist harte Arbeit. Das sind 250 000 Menschen, eine Viertelmillion Menschen, Zivilbeschäftigte und Soldatinnen und Soldaten, die sich in unserer Bundeswehr einsetzen, an 300 Standorten in Deutschland, in 13 Missionen weltweit, in unzähligen Übungen und einsatzgleichen Verpflichtungen.

Ja, liebe Freundinnen und Freunde, wenn man so viel leistet und arbeitet, dann passieren auch Fehler. Bei uns passieren auch Fehler; aber die ganz große Mehrheit, die überwiegende Mehrheit dieser Viertelmillion Menschen, setzt sich jeden Tag mit Herzblut ein, mit Leidenschaft ein, mit Professionalität ein, um – das ist das gemeinsame Ziel – eine einsatzbereite Truppe zu haben. Und dafür gebührt ihnen unser Dank.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die CDU ist die Partei, die weiß, dass Frieden und Freiheit nicht von selber kommen. Die CDU ist die Partei der Bundeswehr. Weil unsere Bundeswehr es verdient hat, wollen wir sie stärken. Dazu dient auch dieser Antrag. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Danke, Ursula von der Leyen. – Ich rufe jetzt die Anträge F und C 122 auf. Sie finden den Antrag F in der Tischvorlage sowie den Antrag C 122 auf Seite 178 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 122 gemeinsam mit dem Antrag F zu behandeln und den Antrag F in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Das Wort wird gewünscht. Eine erste Wortmeldung liegt vor von Jens Nettekoven.

Jens Nettekoven: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Verteidigungsministerin! Ich bin Berufssoldat seit 1998. Ich bin auch stolz darauf, auch wenn ich zurzeit als

Landtagsabgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen für Nordrhein-Westfalen kämpfe. Ich bin freigestellt. Ich muss ganz ehrlich sagen: Als ich diesen Antrag gesehen habe, habe ich mich sehr gefreut. Die CDU war und ist die Partei der Bundeswehr. Deswegen ist es ein schönes Zeichen, dass wir heute über diesen Antrag abstimmen.

Liebe Delegierten, ich war im Jahr 2011 für viereinhalb Monate in Afghanistan. Ich hatte in 18 Wochen 16 Tote. Ein Soldat, mit dem ich einen Tag vorher Fußball gespielt habe, ist bei dem Anschlag auf General Kneip am folgenden Tag verstorben. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin froh, in Frieden und Freiheit zu leben. Ich möchte heute hier noch einmal unseren Soldatinnen und Soldaten überall Anerkennung aussprechen und bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung zum Antrag F ist von Tim Peters aus dem Landesverband Brüssel; das war ein Scherz. – Tim Peters, du hast das Wort.

Dr. Tim Peters: Mein Name ist Tim Peters, ich bin Kreisvorsitzender in Brüssel, aber auch Reserveoffizier, Hauptmann der Reserve, und war lange beordert als stellvertretender Kompaniechef von einem Panzerbataillon. Ich freue mich daher sehr, dass wir diesen Antrag haben, dass wir noch einmal unterstreichen, dass die CDU der Partei der Bundeswehr ist. Das war sie eigentlich immer.

Trotzdem lese ich ab und zu in der Presse Berichte über eine erschreckend niedrige Einsatzfähigkeit unserer Truppe, gerade auch der Panzer. Ich wollte die Chance nutzen, Sie direkt zu fragen: Wie viele einsatzfähige Panzer haben wir denn?

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, das ist entscheidend, wenn wir den Verteidigungsminister stellen und sagen, dass wir eine einsatzfähige Bundeswehr wollen. Wie viele Panzer haben wir, und was tun wir konkret, um diese, wie ich finde, niedrige Zahl möglichst schnell wieder anzuheben? – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Ich schaue Ursula von der Leyen an. – Ja, sie gibt gleich eine Antwort.

Dr. Ursula von der Leyen: Die konkrete Frage zu den Panzern beantworte ich gerne. Die Einsatzfähigkeit – das wissen alle Experten hier im Raum – hängt natürlich von mehreren Faktoren ab und wechselt von Tag zu Tag und Woche zu Woche. Die große Zahl ist, wenn man es in Gebinden ausspricht: Wir haben nach der Wiedervereinigung Tausende von Panzern gehabt, und

wir sind jetzt runter auf Hunderte, wenn ich das so sagen darf. Wir hatten mal 3 000 bis 4 000 Panzer. Wir sind jetzt bei 300 bis 400 Panzern; es kommt darauf an, welcher das ist. Das zeigt, wie stark die Bundeswehr in 25 Jahren nach der Wiedervereinigung geschrumpft worden ist.

Ein zweiter Punkt, der entscheidend ist für die Ausstattung der Truppe: Sie brauchen nicht nur die Panzer, sondern Sie brauchen auch das Personal. Wir brauchen nicht nur das Material, sondern wir brauchen vor allen Dingen Ersatzteile und Fähigkeiten in diesem Zusammenhang. In der Phase der Schrumpfung, vor allen Dingen in der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise, gab es den politischen Beschluss, die Ersatzteillager runterzufahren, weil man dachte, dass man Panzertruppen nie mehr braucht. Die Ersatzteillager wurden runtergefahren und nur noch mit einem Viertel befüllt. Dann ging es auch mit den Produktionsstraßen in der Industrie zu Ende. Auch wenn wir jetzt im Rahmen der Trendwenden wieder eine Steigerung herbeiführen, dauert es natürlich, bis die Industrie die Produktion der Ersatzteile wieder hochgefahren hat.

Wir sehen aber Licht am Ende des Tunnels. Ich habe Donnerstag in Munster ein neues Panzerbataillon aufgestellt – das ist das erste seit Jahrzehnten –, das nach Baden-Württemberg, nach Hartheim, geht. Ich konnte dort verkünden, dass wir in den nächsten Jahren hundert neue Kampfpanzer bekommen und hundert weitere auf einen höheren Rüststand gebracht werden. Es geht also wieder aufwärts. Die Bundeswehr wächst, auch in diesem Segment.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Danke für die detaillierte Antwort. – Als Nächstes liegt mir eine Wortmeldung von Elmar Brok vor.

Elmar Brok: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Parteifreunde! Ich bedanke mich für diesen Antrag, weil er ein wichtiges Thema nach vorne bringt, über das wir reden müssen. Dieser Antrag enthält auch bestimmte Ansätze, die man auch in Europa aufgreifen sollte.

Ich will das, was dort angedeutet ist, explizit aussprechen: Wir haben zurzeit Armeen in Europa, bei denen die Overheadkosten 80 Prozent betragen. Auch die Bundeswehr hat fast 50 Prozent Overheadkosten. Das sind Zahlen, bei denen man in der Wirtschaft eigentlich Insolvenz anmelden muss. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben für Verteidigung pro Jahr 230 Milliarden Euro aus. Das ist dreimal so viel, wie Russland für Verteidigung ausgibt. Nur das Ergebnis ist eine Katastrophe, weil jedes Land, wenn ich es so platt sagen darf, seine eigene Munition herstellt. Die Amerikaner haben 30 Waffensysteme. In Europa haben wir 180 Waffensysteme. Solange wir diese Strukturen nicht verändern, solange wir nicht Synergien schaffen, wird eine Erhöhung des Verteidigungsetats nur minimal etwas bringen. Wenn man Geld in falsche Strukturen gibt – das gilt für alle Lebensbereiche –, kann man das Geld auch in die Außenlaster werfen.

(Vereinzelt Beifall)

Aus dem Grund ist es wichtig, dass vor einem Jahr die Permanente Strukturierte Kooperation in Brüssel vereinbart worden ist, nachdem die Engländer uns nicht mehr stoppen konnten, dass eine Verteidigungsunion gekommen ist und wir jetzt einen Verteidigungsfonds auflegen wollen. Aber das ist alles nur ein kleiner Beginn angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir werden ohne diese Synergieeffekte nicht vorankommen. Ich weiß nicht, wie viele Tausend Beamte und zusätzliche Beamte bei der Beschaffungsstelle in Koblenz sind. Das heißt, wir haben mehr Beamte in der Beschaffungsstelle in Koblenz als zur Zeit des Kalten Krieges – das ist eine Erhöhung der Bürokratiekosten und nicht der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr; diese Zahl soll, glaube ich, sogar noch erhöht werden –, während die Europäische Verteidigungsagentur, die eine Kooperation für Forschung und Entwicklung und letztlich für Synergieeffekte im Bereich Beschaffung sorgen kann, 400 Mitarbeiter hat.

Diese 400 Mitarbeiter arbeiten im Rotationssystem, weil die nationalen Verteidigungsministerien sagen: Da sollen sich bitte keine Expertise und Erfahrung ansammeln; die könnten ja wichtig werden.

Solange man dieses Denken und diesen Ansatz nicht verändert, liebe Parteifreunde, werden wir hier nicht vorankommen. Wir verschwenden zurzeit Geld. Die Kommission hat gesagt: Unter Nutzung der Synergieeffekte können wir von den 230 Milliarden Euro pro Jahr 30 bis 100 Milliarden Euro sparen.

Lasst uns in dieser Frage, weil man es eben nicht allein machen kann, europäisch handeln! Bauen wir Flugzeuge aus einer Hand – „one design“ – und lasst uns dafür sorgen, dass nicht alle daran herumfummeln! Wir brauchen eine angemessene Arbeitsteilung. Dann können wir dieses Papier auch umsetzen können und erreichen, dass dabei praktisch etwas herauskommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Brok. – Frau von der Leyen, Sie haben noch mal das Wort.

Dr. Ursula von der Leyen: Lieber Elmar Brok, vieles an der Analyse ist richtig. Aber ich finde, zur ganzen Geschichte gehört auch dazu, was wir gemeinsam mit dem Europäischen Parlament im letzten Jahr geschafft haben. Vor zehn Jahren sind im Vertrag von Lissabon die Grundstrukturen einer Europäischen Verteidigungsunion klug hineingeschrieben worden. Zehn geschlagene Jahre hat das geschlummert, und keiner hat es angefasst. Wir sind es gewesen, die im letzten Jahr gemeinsam mit unseren französischen Freunden die Europäische Verteidigungsunion auf den Weg gebracht haben. Die Abkürzung dafür ist PESCO; Elmar Brok hat es eben erwähnt. Wir haben sie aus der Taufe gehoben. Sie ist jetzt da, und nun müssen wir sie mit Leben füllen.

Genau das, was Sie, Elmar Brok, kritisiert haben, nämlich die Zersplitterung der Waffensysteme und der Streitkräfte in Europa, trifft zu. Alle Zahlen, die Sie genannt haben in Bezug auf die unterschiedlichen Waffensysteme, die sich in den letzten 70 Jahren entwickelt haben, sind richtig.

Wir haben jetzt mit dem Europäischen Verteidigungsfonds eine Riesenchance, das zu ändern. Denn der Europäische Verteidigungsfonds besagt: Wenn ihr als Europäer gemeinsam ein Projekt angeht – wie zum Beispiel die Euro-Drohne im Rahmen der Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, wie das gemeinsame Kampfflugzeug der nächsten Generation FCAS, das wir deutsch-französisch beginnen, oder wie der Kampfpanzer der nächsten Generation, den wir ebenfalls deutsch-französisch beginnen –, dann geben wir europäisches Geld zu 30 Prozent dazu. Das ist ein Riesenanreiz für uns alle, europäisch nach vorne zu gehen.

Insofern stimmt die Richtung. Wir sind am Anfang des Weges, den wir gemeinsam mit dem Europäischen Parlament gehen. Ich bin sehr dankbar, dass es in den letzten Wochen und Monaten gelungen ist, dieses große Projekt auf den Weg zu bringen. Lasst es uns jetzt gemeinsam mit Leben füllen! – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Danke schön, Ursula von der Leyen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag beschlossen.

Dann rufe ich die Initiativanträge C 235 bis C 238 der Delegierten Nico Bock, Florian Braun und Lars Brakhage sowie weiterer 27 Delegierter zum Antrag F auf. Diese finden Sie in der Sammlung der Initiativanträge, die auf Ihren Plätzen liegt, ab Seite 7. Wird zu diesen Initiativanträgen das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich den Initiativantrag C 239 zum Antrag F auf. Sie finden ihn ebenfalls in der Sammlung der Initiativanträge, diesmal auf Seite 8. Die Antragskommission empfiehlt, C 239 gemeinsam mit dem Antrag C 25 zu behandeln – er steht auf Seite 128 in der Antragsbroschüre – und in geänderter Fassung bei Antrag F in Zeile 152 anzunehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Auch das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch das angenommen.

Damit kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 25:

Sonstige Anträge

Ich gebe die Leitung an den Kollegen Wittke ab.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe die sonstigen Anträge, also die C-Anträge, auf. Weil es 226 Anträge sind, will ich Ihnen einen Verfahrensvorschlag machen. Ich würde gerne immer Anträge bündeln und dann gemeinschaftlich über diese Anträge abstimmen lassen gemäß dem Votum der Antragskommission. Nur da, wo uns Wortmeldungen vorliegen, würde ich einen Antrag gesondert aufrufen. Über den würden wir dann eine Einzelabstimmung machen. So kommen wir, glaube ich, relativ schnell durch. Wenn Sie damit einverstanden sind, wäre das ein gangbarer Weg.

(Beifall)

Wir fangen an mit dem Antrag C 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich frage: Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist er einstimmig so beschlossen.

Zum Antrag C 2 liegt mir die Wortmeldung von Monica Wüllner aus Baden-Württemberg vor. Bitte, Sie haben das Wort, Frau Wüllner.

Monica Wüllner: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Uns als CDA ist dieser Antrag ungemein wichtig, weil für die CDU insgesamt wichtig ist, dass wir uns zur Tarifautonomie in diesem Land bekennen. Warum ist das so? Wir haben heute viel über soziale Marktwirtschaft gesprochen. Wir haben heute viel über die Geschichte der sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Wir haben es geschafft, eine Brücke zwischen Kapital und Arbeit zu bauen. Deswegen sind wir, die CDU, die Erfinder der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben es geschafft, Sozialismus und Kommunismus hinter uns zu lassen, aber auch Marktradikalismus, Monarchie oder Geldadel. Wenn jetzt Sahra Wagenknecht über diese Brücke läuft, dann kann sie das gerne tun. Aber wir haben diese Brücke gebaut. Diesen Status als Brückenbauer lassen wir uns auch nicht mehr nehmen.

Was uns an diesem Antrag wichtig ist, ist das letzte Kapitel zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit. Wir sehen diese Erklärung nicht im Gegensatz zur Tarifautonomie, sondern wir sehen sie als logische Konsequenz und als Ergänzung zur Tarifautonomie. Ich will einmal zwei Beispiele nennen, bei denen es sich gezeigt hat, dass die Tarifpartnerschaft zwar gut und richtig ist – das sehen wir genauso –, aber manchmal eben nicht ausreicht.

Erstes Beispiel: der Mindestlohn. Wir hätten diesen Mindestlohn natürlich nie gebraucht, nie eingeführt und uns auch nie dafür auf einem Parteitag ausgesprochen, wenn wir einen Organisationsgrad der Beschäftigten von 100 Prozent hätten. Dann wären alle Firmen tarifgebunden. Wir haben ihn aber einführen müssen, weil es in vielen Branchen sehr viel Missbrauch gab, weil es viele Menschen gibt, die von dem, was sie verdienen, nicht leben können. Genau deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen. Immer dann, wenn Tarifpartnerschaft nicht mehr reicht,

dann muss sehr wohl der Staat ran. Es kann nämlich nicht sein, dass es Menschen gibt, die 50 Jahre lang in diesem Land in Vollzeit arbeiten mit einem Stundenlohn von 5 Euro, und wir dann als Steuerzahler über die Grundsicherung aufstocken müssen. Das geht nicht; das ist nicht gerecht und auch nicht Politik im Sinne der CDU und der sozialen Marktwirtschaft.

Zweites Beispiel: die Pflege. Auch das ist ein Bereich, bei dem wir am Ende unserer Weisheit sind. Wir wissen, dass wir uns einer Pflegekatastrophe nähern. Wir haben nicht genug Pflegekräfte in diesem Land. Warum? Wir alle wissen, dass es ein knochenharter Job ist, der unglaublich schlecht bezahlt wird.

Erklärungen zur Allgemeinverbindlichkeit sind nur möglich, wenn Arbeitgeber auf der einen Seite und Arbeitnehmer auf der anderen Seite zum Bundesarbeitsministerium gehen und sagen: Wir wollen, dass ihr für uns eine Regelung für diese Branche trefft, weil wir es allein nicht schaffen. – Das heißt, es ist eine logische Fortsetzung. Deswegen finden wir es falsch, dass der ganze letzte Abschnitt zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung herausgestrichen wurde.

Das halten wir nicht für richtig. Denn wenn sich schon die Tarifpartner gemeinsam entschließen, die Bundesregierung bzw. das Bundesarbeitsministerium anzurufen und zu sagen: „Bitte helft uns, wir schaffen es in dieser Branche nicht, den Missbrauch einzudämmen, bitte erklärt diesen Tarifvertrag, den wir gemeinsam als Tarifpartner abgeschlossen haben, für allgemein verbindlich“, dann bitte ich, diese Möglichkeit auch offenzuhalten. Deswegen sind wir sehr dafür, dass die Allgemeinverbindlicherklärung weiterhin aufrechterhalten wird, dass es diese Möglichkeit gibt und dass wir als CDU das auch weiterhin unterstützen. Ich möchte an einen Satz aus meiner Rede anlässlich der Vorstellung als Beisitzerin von gestern erinnern: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Insofern bitten wir darum, dass es diese Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung gibt und dass wir sie als CDU gemeinsam unterstützen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Monica Wüllner. – Jetzt für die Antragskommission Thomas de Maizière. Ich habe die Bitte, dass wir es gleich etwas kürzer halten; denn für die ersten 90 Anträge haben wir bereits über 20 Wortmeldungen. – Thomas de Maizière.

Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Frau Wüllner! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem widersprechen. Wir hatten bei den Anträgen zur Sozialen Marktwirtschaft eben zwei Wortmeldungen, die das krasse Gegenteil gesagt haben, nämlich: Wir wollen nicht mehr Tarifbindung erzwingen, wir wollen keine höhere Tarifbindung. Dem hat Peter Altmaier widersprochen, und sie sind dem gefolgt. Warum? Wir haben eine Debatte in unserer Partei, wenn man so will, zwischen CDA und MIT über die Frage: Wollen wir eine höhere Tarifbindung, ja oder nein, und welche Rolle hat der Staat dabei? Nun haben wir in der Antragskom-

mission diese Debatte natürlich gesehen und glauben, dass wir mit dem Kompromiss, den wir hier vorgelegt haben, beiden Seiten gerecht geworden sind. Man kann hier jetzt nicht dem MIT-Antrag zur Sozialen Marktwirtschaft widersprechen und dem CDA-Antrag zustimmen, ohne diesen Gesamtkompromiss zu gefährden. Deswegen glaube ich, dass wir mit unserer Fassung diesen Kompromiss hüten und bewahren. Das tut uns als Union, glaube ich, auch gut. Deswegen bitte ich um Annahme in der Fassung der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse dann über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 3 bis C 8 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 9 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung des Delegierten Kevin Gniosdorff vor.

Kevin Gniosdorff: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Es geht um Antrag C 9 der Jungen Union Deutschlands und des CDU-Kreisverbandes Paderborn. Der Wesensinhalt dieses Antrags ist es, die Windenergie und die Energiewende, eines unserer wichtigsten Themen, vernunftorientiert zu steuern. Wir möchten, dass die Privilegierung im Baugesetzbuch, die zu Unklarheiten führt und dazu, dass gegen Regionalpläne, Flächennutzungspläne, Landesentwicklungspläne geklagt wird und diese einer gerichtlichen Überprüfung nicht mehr standhalten, abgeschafft wird. Diese Unsicherheiten wollen wir durch die Abschaffung der Privilegierung ausräumen. Gleichzeitig wollen wir aber auch dadurch, dass wir ein positives Planungserfordernis einführen, den Ausbau der Windenergie zulassen. Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen: In den letzten sechs Jahren hat kein einziger Flächennutzungsplan der Überprüfung durch das Oberverwaltungsgericht standgehalten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass es uns als Kommunalpartei gut zu Gesicht steht, wenn wir unseren Ehrenamtler, die sich Tag für Tag Gedanken machen und doch am besten wissen, wo es sinnvoll ist, der Windenergie Raum zu geben, den Rücken stärken und durch die Abschaffung der Privilegierung im Baugesetzbuch mithelfen, dass diesbezüglich Rechtssicherheit gewährleistet wird. Wie gesagt: Anstelle der Privilegierung wollen wir ein positives Planungserfordernis. Ich möchte auch die Sorgen nehmen, dass dadurch Windkraft verhindert wird. Das ist nämlich nicht so. Vielmehr kann über die Ziele der Raumordnung vom Bund oder auch von den Ländern oder den Bezirksregierungen entschieden werden: Wo brauchen wir die Windenergie? Wo haben wir Netzkapazitäten? Wo gibt es Orte, die schon stark belastet sind, wo wir nicht weiter ausbauen können?

Ich möchte bitten, dass wir hier dem Votum der Antragskommission nicht folgen, sondern heute abstimmen. Warum heute abstimmen und nicht verweisen? Weil es hier darum geht: Möchte die CDU Deutschlands, möchte unsere Partei, dass wir den Ausbau der Windenergie bzw. die Energiewende steuern, oder wollen wir, dass wir den Status quo beibehalten und dadurch ein Rechtswirrwarr entsteht? Darum bitte ich: Lassen Sie uns heute entscheiden. Lassen Sie uns heute ein Votum geben für die Ehrenamtler, für die kommunalen Mandatsträger. Stärken Sie uns bitte den Rücken. Wir haben in NRW 2020 Kommunalwahlen. Bitte unterstützen Sie uns. Lassen Sie uns das heute entscheiden, damit die Bundestagsfraktion das dann austarieren kann und mit ihren Experten in den Ausschüssen überlegen kann, wie man das genau umsetzen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zum gleichen Antrag jetzt noch Karl-Heinz Wange, ebenfalls aus dem Kreisverband Paderborn. Mikrofon 5 bitte.

Karl-Heinz Wange: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich spreche auch zum Antrag C 9 und fasse zusammen: Wenn wir die kommunale Selbstverwaltung wieder stärken wollen, dann müssen wir in § 35 Baugesetzbuch die Privilegierung abschaffen. Es kann nicht sein, dass nur noch die Gerichte darüber entscheiden, wo und wann ein Windrad gebaut wird. Die Kommunen müssen das wieder selber vor Ort tun.

(Teilweise Beifall)

Nicht nur wir im Kreis Paderborn sind betroffen, sondern auch andere Kommunen. Wir werden die Spaltung der Bürgerschaft ganz sicher nicht überwinden, wenn wir heute diesen Antrag überweisen; denn eine Überweisung eines solchen Antrags an die Fraktion – lassen Sie mich das ruhig so sagen – ist immer eine Beerdigung erster Klasse. Das meine ich nicht negativ. Wir müssen heute hier entscheiden und die Fraktion und auch die Bundesregierung dazu auffordern, hier eine adäquate Lösung zu finden. Daher bitte ich alle um ihre Unterstützung. Lassen Sie uns heute hier abstimmen.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Andreas Jung.

Andreas Jung, Antragskommission: Vielen Dank. – Erstens. Ich darf zunächst an das anknüpfen, was zuletzt gesagt wurde, und dem Eindruck entgegenwirken, dass es in irgendeiner Weise eine Beerdigung wäre, wenn der Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen würde. Ich darf, auch in Absprache mit unserem Fraktionsvorsitzenden, zusichern, dass wir dieses Anliegen sehr zeitnah und sehr intensiv aufgreifen werden.

Zweitens. In der Antragskommission gibt es für das Anliegen der Antragsteller Sympathie. Das Anliegen lautet: Wir wollen die kommunale Planungshoheit stärken, wir wollen die Rolle der Kommunen bei der Standortauswahl für Windkraft stärken. Dafür gibt es Sympathie. Warum hat die Antragskommission trotzdem vorgeschlagen, diesen Antrag zur Beratung zu überweisen? Weil wir hier über eine Frage sprechen, die die Energiewende insgesamt betrifft. In § 35 Baugesetzbuch geht es um die Privilegierung von Windkraft. Es geht aber genauso um die Privilegierung von Wasserkraft, von Biogas. Dort stellen sich die Fragen vielleicht nicht immer mit derselben Emotionalität, aber es stellen sich eben auch Fragen. Es werden auch dort kontroverse Diskussionen geführt. Deshalb sind wir erst einmal der Meinung, dass wir den § 35 Baugesetzbuch insgesamt betrachten müssen und uns dazu dann insgesamt eine Meinung bilden sollten; das ist das eine. Das Zweite ist: Bei der Frage des Ausbaus der Windkraft spielt selbstverständlich die Planungshoheit der Kommunen eine Rolle. Das ist aber auch da wiederum nur ein Baustein unter vielen. Da geht es um die Abstandsflächen. Da geht es um die Frage der Förderung, wo wir ja erhebliche Fortschritte gemacht haben von einer Förderung in Form einer festen Vergütung zu marktwirtschaftlichen Systemen. Deshalb wäre unser Ratschlag, dass wir darauf aufbauend hier ein Gesamtkonzept zum weiteren Ausbau der Windkraft beraten und dann beschließen. Das alles würden wir zusagen, wie vorhin gesagt, in der Bundestagsfraktion zeitnah und intensiv zu tun. Deshalb mit einer Sympathie für das Anliegen kommunaler Planungshoheit der Vorschlag, dass wir diese Debatten dann in der Bundestagsfraktion führen könnten, und deshalb das Votum der Antragskommission entsprechend.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann lasse ich jetzt über Selbiges abstimmen. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen?

(Widerspruch)

Das ist zweifelsohne die Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage noch einmal nach Enthaltungen. – Dann ist das Votum der Antragskommission abgelehnt.

(Beifall)

Hier oben wird gesagt, dass es anders gesehen wird. Ich lasse noch einmal abstimmen.

(Zurufe: Nein!)

Wenn das Präsidium unterschiedlicher Auffassung ist, muss ich noch einmal abstimmen lassen. Tut mir leid. Also: Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Das ist eindeutig eine Mehrheit gegen das Votum der Antragskommission. Damit lasse ich über den

Antrag in ursprünglicher Form abstimmen. Wer diesem Antrag des Kreisverbandes Paderborn zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag des Kreisverbandes Paderborn so beschlossen. – Herzlichen Dank.

Ich rufe dann die Anträge C 10 bis C 15 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 16 auf. Dazu hat sich Stefan Heck gemeldet.

Dr. Stefan Heck: Ich spreche zu dem Antrag C 16. Es geht um die Einrichtung eines sogenannten Unionsrates. Wir von der Jungen Union sind der festen Überzeugung, dass die Einheit, die wir von CSU und CDU haben, ein einmaliges Erfolgsmodell ist. Das schlägt sich in der gemeinsamen Bundestagsfraktion nieder,

(Beifall)

das schlägt sich auch darin nieder, dass wir einen gemeinsamen Jugendverband, die Junge Union Deutschland, haben. Aber wir haben festgestellt, dass es leider noch keine Grundlage für diese Zusammenarbeit in unserer Satzung gibt. Wenn wir ein gemeinsames Programm für die Bundestagswahl verabschieden wollen, gibt es dafür kein geordnetes Regularium. Wenn wir danach gemeinsame Positionen finden wollen, hängt das oft von Zufällen ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit nicht von einem Frühstück in Wolfratshausen abhängen darf, sondern dass wir dafür eine feste Grundlage in unserer Satzung brauchen. Wir bitten um Unterstützung.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Lieber Herr Heck und liebe Junge Union, ich möchte gegen den Antrag sprechen und um Ablehnung bitten. Warum? Erstens. Wir haben schon genug Gremien. Zweitens. Das Gremium, in dem wir die Gemeinsamkeit von CDU und CSU pflegen, achten und hüten, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Drittens. Ich habe wirklich verdammt viele Sitzungen von CDU und CSU und alle Koalitionsverhandlungen mitgemacht. Wissen Sie, worauf die CSU immer besteht? Sie besteht auf Parität. Die Vorstellungen, dass von 100 Leuten 80 von der CDU und 20 von der CSU kommen, können Sie vergessen; die wollen genauso viel wie wir haben. Das finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen viel verlangt. Warum sollen wir uns kleiner machen, als wir sind?

(Vereinzelt Beifall)

Das wäre dann nämlich die Folge. Deswegen meine ich, wir können gerne Sitzungen machen, wenn es geboten ist.

Ich will noch ein kleines Argument hinzufügen. Wir geben uns verdammt viel Mühe, dass wir ein gemeinsames Regierungsprogramm zwischen CDU und CSU hinbekommen. Dann erleben wir aber drei Wochen später, dass noch ein Bayernplan erstellt werden soll. Das ärgert mich. Ich finde, wir sollen selbstbewusst sein. Wir haben eine Bundestagsfraktion, und wir können uns bei Bedarf treffen, aber wir brauchen keinen neuen institutionalisierten Unionsrat, in dem CDU und CSU gleich stark vertreten über die Zukunft der Union reden.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag C 17 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 18 auf. Dazu hat sich Andrea Klausning zu Wort gemeldet.

Andrea Klausning: Liebe Parteifreunde! Ich bin vermutlich als Delegierte eine kleine Exotin, da ich eine der wenigen bin, die kein Parteiamt und kein Mandat innehat. Ich bin voll berufstätig, und eine Teilnahme an Parteitagen ist derzeit nur möglich, wenn ich zwei Tage Urlaub nehme. Grundsätzlich bin ich sehr dankbar, hier zu sein, besonders bei diesem historischen Parteitag. Parteitage sind immer sehr spannend, und es ist definitiv lohnenswert, hier zu sein.

(Beifall)

In diesem Jahr habe ich das Glück, dass mir die zwei Tage Urlaub erspart bleiben, da ich im neunten Monat schwanger bin.

(Beifall)

Ein weiteres Argument: Wir sprechen momentan noch von der CDU als Volkspartei. Mir persönlich fällt es bei knapp 30 Prozent durchaus schwer, von einer Volkspartei zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das dennoch weiterhin tun wollen, sollte es uns ein Anliegen sein, auch die Teilnahme von Schülern, Azubis, Studenten, Arbeitnehmern, Senioren und Mandatsträgern an Parteitagen zu ermöglichen. Von daher möchte ich gerade an das Gewissen der Mandatsträger appellieren, diesem Antrag der Jungen Union und des Bezirksverbands Nordwürttemberg, Parteitage am Wochenende und gegebenenfalls in einem anderen Monat stattfinden zu lassen, zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Klausing. Die guten Wünsche des Parteitags begleiten Sie durch die letzten Tage Ihrer Schwangerschaft. Trotzdem muss für die Antragskommission Nadine Schön gegen den Antrag sprechen.

Nadine Schön, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben das bereits beim letzten Parteitag intensiv diskutiert. Ich würde sagen, da schlagen zwei Herzen in unserer Brust. Die Partei trägt das C im Namen, das heißt, wir sind die Partei der Familien und die Partei derjenigen, die sonntags gern den Gottesdienst besuchen und Zeit mit ihren Lieben verbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb haben wir uns beim letzten Parteitag sehr intensiv damit beschäftigt, wie wir familienfreundlicher werden können, wie wir dafür sorgen können, dass wir attraktiv für junge Familien sind. Das heißt, dass wir Sitzungen nicht dann abhalten, wenn eigentlich die Familienzeit stattfindet. Jeder, der Familie hat, kennt das, dass man am Nikolaustag oder am Sonntag auf Parteiveranstaltungen ist. Deshalb, finde ich, steht es uns gut zu Gesicht, zu sagen: Wir wollen als Partei, als Familienpartei, keine Sitzungen und keine Veranstaltungen machen, bei denen man die Familie nicht mitbringen kann. Der Sonntag soll der Familie gehören. Ich bin daher dafür, dass wir am Sonntag keine Parteitage abhalten. Ich halte es für einen guten Kompromiss, den wir gefunden haben, am Freitag und Samstag den Parteitag abzuhalten.

(Teilweise Beifall)

Man muss einen Tag Urlaub opfern, und ich finde es hoch anerkennenswert, dass sich so viele dafür Urlaub nehmen. Zusätzlich opfert man einen Tag des Wochenendes, aber der Sonntag gehört immer noch der Familie. Deshalb bitte ich, dem Votum der Antragskommission zu folgen und den Antrag abzulehnen. Ich denke, es ist ein guter Kompromiss, den wir als Partei gefunden haben.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch die Wortmeldung von Jutta Becker vorliegen. Dann möge sich schon einmal Stefan Gruhner zum Antrag C 26 bereithalten.

Jutta Becker: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Jutta Becker, ich komme aus dem Kreisverband Köln. Ich möchte zum Punkt Familie sprechen. Ich stehe hier heute nämlich nicht nur als Arbeitnehmerin, sondern auch als Mutter eines elf Monate alten Sohnes. Für mich war es bis kurz vor diesem Parteitag überhaupt nicht klar, ob ich teilnehmen kann; denn ich bin diejenige, die sich primär um meinen Sohn kümmert. Unter der Woche eine Betreuung zu finden, wenn alle anderen arbeiten, ist fast unmöglich. Wenn meine Schwieger-

mutter nicht alle ihre Termine verschoben hätte und jetzt mein Kind beaufsichtigen würde, wäre ich heute nicht hier. Ich finde, wir müssen es den Delegierten nicht noch schwerer machen. Wenn wir also Delegierte, die sich primär um ihre Kinder kümmern müssen, unterstützen wollen, dann brauchen wir Parteitage am Wochenende.

(Teilweise Beifall)

Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag entgegen dem Votum der Antragskommission anzunehmen, damit auch ich und andere, die sich primär um ihre Kinder kümmern, in Zukunft sicher hier sein können. – Danke schön.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse dann über das Votum der Antragskommission zum Antrag C 18 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist die Minderheit, wenn auch eine knappe. Enthaltungen? – Dann ist dem Votum der Antragskommission so gefolgt. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe die Anträge C 19 bis C 25 auf. Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Zum Antrag C 26 erhält Stefan Gruhner das Wort. – Zu C 29 kann sich schon einmal Romina Plonsker bereithalten.

Stefan Gruhner: Liebe Freundinnen und Freunde, ich will noch einmal für den Antrag der JU Deutschlands „Die israelisch-deutsche Freundschaft ausbauen“ hier das Wort ergreifen, weil das für uns als Junge Union ein außerordentlich wichtiges Thema ist, aber auch für uns als Christdemokraten insgesamt. Ich glaube, uns allen ist klar, dass der Schutz des israelischen Staates, der Schutz des jüdischen Volkes, aber auch der Kampf gegen Antisemitismus zur DNA unserer Gesellschaft, aber auch zur DNA unserer Partei gehören und dass wir das immer wieder mit Nachdruck deutlich machen müssen, dass wir deutlich machen müssen, dass der Schutz Israels Teil unserer Staatsräson ist. Ich sage das deshalb und wir betonen das als Junge Union mit diesem Antrag deswegen so besonders, weil wir in einer Zeit leben, in der von ganz rechts und von ganz links dieser Grundkonsens in unserem Land, der über Jahrzehnte gewachsen ist, infrage gestellt wird, weil es rechts außen Leute in der AfD wie Björn Höcke gibt, die vom Holocaust-Mahnmal als Mahnmal der Schande reden, weil sie irgendwelche unsinnigen Schlussstrichdebatten führen wollen und weil sie uns sagen wollen, es gebe einen komischen Schuld kult in Deutschland. Auf der linken Seite gibt es Leute, vor allem auch in der Linkspartei, die Boykottbewegungen gegen Israel unterstützen. In dieser Zeit ist es wichtig, dass wir als Christdemokra-

ten sehr laut sagen: Der Schutz Israels, die deutsch-israelische Freundschaft ist für uns keine Frage, die wir diskutieren, sondern das ist eine Haltungsfrage, zu der wir als Union in Deutschland ganz klar stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt viele Möglichkeiten, wie wir das deutlich machen können. Beim Kampf gegen Antisemitismus geht es natürlich um das Strafrecht. Es geht auch darum, dass wir unsere Sicherheitsbehörden einsetzen. Aber es geht vor allem auch um Bildung, um Austausch. Es geht darum, dass die junge Generation sich zwischen beiden Ländern austauscht. Deswegen will ich für den Antrag „Die deutsch-israelische Freundschaft ausbauen“ werben und noch einmal deutlich machen, dass es wichtig ist, heute hier ein gemeinsames Signal zu setzen, dass dieses Thema für die CDU Deutschlands insgesamt ein wichtiges Anliegen ist. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Thomas Rachel.

Thomas Rachel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Delegierten! Als Antragskommission unterstützen wir das Grundanliegen dieses Antrags. Es gibt inhaltlich gar keinen Dissens. Aber wir haben den Antrag in der Antragskommission noch etwas präziser formuliert, indem wir auch die Vertreterinnen und Vertreter des jüdischen Lebens in unserem Land in den Mittelpunkt gestellt haben. Ja, wir wollen den Austausch gerade auch der jungen Generation, von Schülern und Studierenden, mit Israel intensivieren. Das ist das gemeinsame Anliegen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag der Antragskommission zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. – Dann lasse ich über ebendieses Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das, glaube ich, sogar einstimmig so beschlossen, auf jeden Fall mit ganz, ganz großer Mehrheit.

Wir kommen zu den Anträgen C 27 und C 28. Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Zu Antrag C 29 erhält Romina Plonsker das Wort. – Nikolaus Haufler möge sich schon einmal für Antrag C 36 bereithalten. Aber zunächst Romina Plonsker.

Romina Plonsker: Ich würde gerne über den Antrag C 29, Prüfpflicht für Windanlagen, direkt abstimmen lassen. Wir haben aktuell keine gesetzliche verbindliche Prüfpflicht für Windkraft-

anlagen. Sie müssen genehmigt werden, wenn sie erstellt werden, und dürfen dann 20 bis 30 Jahre herumstehen. Wir als Kreisverband Rhein-Erft und als Junge Union finden, dass es eine gesetzliche Pflicht geben muss, dass die Anlage auch überprüft worden ist. Entsprechende Fälle gibt es auch hier in Hamburg, wo Havarien geschehen sind: Stahltürme kippen um, Rotorenblätter reißen ab. Deshalb finden wir, dass das sehr wichtig ist, auch für die Akzeptanz der Windenergie.

Ich habe gehört, dass an dem Wort „TÜV“ etwas Anstoß genommen wird. Wir könnten auch damit leben, wenn in der Überschrift „TÜV“ durch „verbindliche Prüfpflicht“ für Windenergieanlagen ersetzt wird, und würden das dann gerne direkt abstimmen. Wir bitten um Zustimmung. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission Andi Jung!

Andreas Jung, Antragskommission: Ich darf für die Antragskommission berichten: Der TÜV ist das eine. Das andere ist die Frage der Zuständigkeiten. Richtig ist, dass wir keine Bundesregelung haben, um den Weiterbetrieb von Windkraftanlagen zu überprüfen und die Sicherheit sicherzustellen. Aber die Landesbehörden tun das schon heute. Wir haben das Bundeswirtschaftsministerium um eine Stellungnahme dazu gebeten, das dargelegt hat, dass erstens die Sicherheit selbstverständlich auch hier Vorrang hat, dass aber zweitens das hier angesprochene Thema eines Weiterbetriebs von Windkraftanlagen durch die Landesbehörden schon heute geregelt wird. Insofern war der Vorschlag, dass über eine weitergehende Prüfpflicht dann in der Bundestagsfraktion diskutiert werden sollte, aber mit dem Hinweis, dass das bisher eben schon auf Landesebene getan wird. Das ist der Hintergrund des Votums der Antragskommission.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wer also der Überweisung an die Bundestagsfraktion zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit.

Ich rufe dann die Anträge C 30 bis C 35 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 36 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Nikolaus Haufler vor. – Ich bitte jetzt schon Carsten Linnemann, sich für Antrag C 45 bereitzuhalten. Aber zunächst Nikolaus Haufler.

Nikolaus Haufler: Liebe Parteifreunde! Ich spreche hier im Namen einer jungen Ärztin, die heute nicht dabei sein kann und die diesen Antrag zur psychischen Gesundheit medizinischen Personals verfasst hat. Es ist ein großer Wunsch der Medizinstudenten, die wir als Junge Union auch vertreten, dass wir uns mehr um die psychische Gesundheit der Menschen kümmern, die

sich den ganzen Tag, nachts und auch am Wochenende um unsere Gesundheit kümmern. Die Selbstmordrate unter Ärzten ist siebenmal so hoch wie in der gesamten restlichen Bevölkerung. Burn-out, Depressionen, all diese Symptome kommen in diesen Berufsgruppen vor, und natürlich ist es ein Tabu, darüber zu sprechen, weil man sagt, man sei doch hart, man ertrage das.

Das Votum der Antragskommission ist, das Anliegen, diese Menschen zu unterstützen, für das wir sicherlich alle stehen, an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Aber ein Faktum ist dabei ganz wichtig: Jetzt gerade, in diesem Moment wird der Nationale Kompetenzbasierte Lernzielkatalog überarbeitet. Das bedeutet: Jetzt gerade, in diesem Moment beraten die zuständigen Gremien darüber, was wir den Medizinstudenten von heute und den Ärzten von morgen während ihres Studiums beibringen. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dort das Thema „psychische Gesundheit“ aufzunehmen: Wie achte ich auf mich? Wie achte ich auf die Warnsignale, die ich wahrnehmen sollte? Wie achte ich auch auf meine Umgebung? – Wir hatten vor kurzem in Hamburg einen Fall, wo sich ein junger Arzt umgebracht hat. Das hat seine Kollegen und viele Ärzte traumatisiert.

Vielleicht noch eine persönliche Ergänzung von mir: Ich selbst bin kein Arzt, sondern Unternehmensberater. Als ich in meinem Unternehmen angefangen habe, habe ich am ersten Tag ein Kärtchen mit einer Hotline überreicht bekommen. 24 Stunden lang könnte ich dort anrufen, wenn ich psychische Probleme hätte, was ja bei einem anstrengenden Job wie einem Unternehmensberater vorkommen kann. Ich finde, unsere Ärzte, unsere Krankenschwestern sollten uns genauso viel wert sein wie die Unternehmensberater. Wir sollten mehr darauf achten, dass diese Menschen geschützt sind vor den Anstrengungen ihres Jobs. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Karin Maag.

Liebe Parteifreunde, die Antragskommission begrüßt den Antrag. Wir stehen auf der Seite der Antragssteller. Wir haben das Thema bereits in unterschiedlichen Bereichen aufgerufen. Es geht um die Curricula im medizinischen Bereich: bei medizinischem Fachpersonal und in der Approbationsordnung. Vor allen Dingen haben wir uns vorgenommen, das Thema im Zusammenhang mit dem „Masterplan Medizinstudium 2020“ aufzurufen. Also, herzlichen Dank für den Antrag. Wir in der Fraktion danken für die Überweisung, wenn Sie der zustimmen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dem Votum so gefolgt.

Antrag C 37 in Verbindung mit C 45, C 132 und C 168. Ich erteile dazu Carsten Linnemann das Wort. Danach sprechen Maik Beermann und Jana Schimke.

Carsten Linnemann: Lieber Oliver Wittke, vielen Dank. – Oliver Wittke ist übrigens ein super Läufer. Er joggt morgens immer um 6.15 Uhr durch den Tiergarten. Also, vor diesem Mann können Sie wirklich Respekt haben.

Meine Damen und Herren, der Antrag, über den wir jetzt beraten, ist mir wirklich wichtig. Ich möchte bereits vorab sagen: Ich werbe dafür, dass Sie der Antragskommission widersprechen. Es geht um das Thema betriebliche Altersvorsorge.

Die betriebliche Altersvorsorge hat heute ein Akzeptanzproblem. Viele junge Leute stellen sich die Frage: Warum soll ich überhaupt noch vorsorgen? Das hat meines Erachtens einen Grund: Es gab viele Menschen, die Verträge zur betrieblichen Altersvorsorge abgeschlossen haben. Sie zahlten bereits Sozialversicherungsbeiträge für die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung. Man hat ihnen das Versprechen gegeben, dass das gut ist und ausreicht.

Dann wurde 2004 eine politische Entscheidung getroffen, die meines Erachtens falsch war. Man hat damals gesagt: Ihr müsst auch in der Auszahlungsphase Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen, und zwar nicht nur den Arbeitnehmerbeitrag; vielmehr müssen die Arbeitnehmer in Deutschland den Arbeitnehmer- und sogar den Arbeitgeberbeitrag zahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe zu: Das Thema ist komplex, und es gibt sehr unterschiedliche Konstrukte. Ich finde, wir als CDU Deutschlands müssen heute den Beschluss fassen, dass wir die betriebliche Altersvorsorge insgesamt stärken wollen. Wir möchten, dass die Doppelverbeitragung abgeschafft wird, das heißt, dass in der Auszahlungsphase nicht mehr doppelt verbeitragt wird.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte auch, dass wir die Freigrenze abschaffen. Sie liegt derzeit bei 150 Euro. Das heißt, wenn jemand in der Auszahlungsphase 200 Euro bekommt, dann muss er auf die kompletten 200 Euro die Beiträge zahlen, bekommt jemand nur 100 Euro, muss er gar keine Beiträge zahlen. Das nennt man Freigrenze. Die Freigrenze ist höchst ungerecht und nicht akzeptabel. Deswegen brauchen wir einen Freibetrag, sodass die ersten 150 Euro immer frei sind und erst ab 150 Euro verbeitragt wird.

(Teilweise Beifall)

Mein letzter Punkt. Gleich wird Karin Maag für die Antragskommission sprechen. Wir verstehen uns gut. Und natürlich hat die Antragskommission das Recht, ihre Anträge vorzutragen. Aber ich möchte eines dazu sagen – das meine ich ganz vernünftig und sachlich –: Wir haben

über dieses Thema bereits vor zwei Jahren auf dem Bundesparteitag in Essen gesprochen. Damals hat die Antragskommission gesagt: Wir prüfen das. – Heute reden wir über genau das gleiche Thema, und auch heute sagt die Antragskommission: Wir prüfen das erneut. Das heißt mit anderen Worten: Wenn wir uns in zwei Jahren treffen, könnte vielleicht dort stehen: Wir werden erneut und nochmal erneut prüfen. Irgendwann ist doch auch Schluss mit der Prüferei!

(Teilweise Beifall)

Irgendwann muss diese Partei sagen, ob die Doppelverbeitragung abgeschafft wird oder nicht.

Natürlich ist das eine gesellschaftliche Aufgabe, und natürlich muss auch der Finanzminister zu Potte kommen. Aber der Finanzminister ist nicht hier. Deswegen lasse ich auch die Argumentation nicht zu, zu sagen: Wir können das hier beschließen, aber wir können es dann nicht sofort im Bundestag durchsetzen. Wir werden alles dafür tun, dass wir das im Bundestag durchsetzen. Aber wir brauchen erst mal den ersten Schritt, und der muss heute getan werden.

(Teilweise Beifall)

Deshalb meine Bitte: Folgen Sie nicht der Antragskommission. Wir brauchen heute eine Entscheidung. Weg mit der Doppelverbeitragung! Dieses Signal brauchen wir.

Danke.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächster: Maik Beermann.

Maik Beermann: Sehr geehrte Antragskommission! Liebe Delegierte! Lieber Carsten Linnemann! Ich möchte mich ganz klar den Worten von Carsten Linnemann anschließen.

(Teilweise Beifall)

Auf diesem Parteitag werden Entscheidungen getroffen. In diesem Fall sollte der Parteitag auch einfach mal entscheiden und nicht immer nur aufschieben, aufschieben, aufschieben.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, in diesen Parteitag setzen mehr als 6 Millionen Menschen in unserem Land große Hoffnungen, was diesen Antrag betrifft. Bisher wurden circa 1,8 Millionen Verträge im Bereich der Direktversicherung für betriebliche Altersvorsorge ausgezahlt, viele werden noch folgen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Menschen sind, 6 Millionen Menschen, die es sich vom Munde abgespart haben, für das Alter vorzusorgen, die den Sinn der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge verstanden haben, und die sich im Alter vielleicht etwas mehr gönnen möchten.

Bald wird die Babyboomergeneration in Rente gehen. Auch sie werden sich fragen: Was ist da eigentlich passiert? Und: Können wir unserem Staat noch vertrauen? Können wir der Politik noch vertrauen? Wir sollten heute diesen 6 Millionen Betroffenen entgegenrufen: Wir haben verstanden! Wir werden die Doppelverbeitragung abschaffen.

(Teilweise Beifall)

Ich weiß, dass es zur Doppelverbeitragung Urteile des Bundesverfassungsgerichts gibt. Ich glaube, dass das formaljuristisch – auch wenn ich selbst kein Jurist bin – alles richtig ist. Aber das, was 2004 mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz verabschiedet wurde, war moralisch nicht richtig. Deswegen sollten wir heute das machen, was Carsten Linnemann vorgeschlagen hat. Ich bitte um Unterstützung für diesen Antrag.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maik Beermann. – Als Nächste: Jana Schimke.

Jana Schimke: Liebe Freunde, auf uns rollt eine Welle zu. Es gibt den Verband der Direktversicherungsgeschädigten. Das ist der Verband jener betroffenen Betriebsrentner, die in Rente gehen und dann merken, dass sie plötzlich auf den vollen Versicherungsbeitrag Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen. Die Zahl seiner Mitglieder steigt täglich, steigt monatlich, und zwar in erheblicher Größenordnung.

Wir erleben als Abgeordnete in unseren Bürgergesprächen, dass immer mehr Menschen aus unserer Region von der Doppelverbeitragung betroffen sind. Sie kommen zu uns und sagen: Ihr habt uns das Versprechen gegeben, dass sich Vorsorge lohnt, dass ich im Alter das rausbekomme, was ich auch eingezahlt habe.

Im Jahr 2004 wurde ein Gesetz verabschiedet, das besagt: Die Vorsorge, die im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge betrieben wurde, wird künftig voll verbeitragt. Die Menschen sehen darin zu Recht den Verlust von Vertrauen und kritisieren das. Ich will Ihnen eines sagen, liebe Freunde: Das sind unsere Wähler. Das sind die Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, die ein Leben lang in die betriebliche Altersvorsorge eingezahlt haben, die investiert und auf Konsum verzichtet haben.

(Teilweise Beifall)

Es ist unsere Aufgabe, diesen Vertrauensschutz wiederherzustellen und diese Regelung endlich abzuschaffen.

(Teilweise Beifall)

Jetzt empfiehlt die Antragskommission, den Vorschlag erneut zu prüfen. Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Renten- und Sozialpolitik mit jedem Koalitionsvertrag Steuer-

gelder in Milliardenhöhe in die Hand genommen, um soziale Leistungen zu finanzieren. Ich erinnere an die zuletzt beschlossene Mütterrente, die uns jährlich etwa 6 Milliarden Euro kostet. Die Regelung, die wir hier vorschlagen, kostet weniger. Und dafür soll kein Geld da sein? Das sehe ich nicht ein.

Ich bin der Meinung: Lassen Sie uns etwas tun, um unsere Wählerinnen und Wähler nicht noch mehr zu verprellen, um nicht noch mehr Wähler zu verlieren. Lassen Sie uns die Abschaffung der Doppelverbeitragung auf den Weg bringen. Deshalb: Stimmen Sie dem Antrag der MIT zu.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission erhält Karin Maag das Wort.

Karin Maag, Antragskommission: Lieber Carsten Linnemann, wir haben uns in der Tat schon mehrfach über das Thema unterhalten. Ihr redet von Rente, und ich rede von der Bezahlbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung. Das sind die Themen, die uns beide interessieren müssen und für die wir beide stehen.

Herzlichen Dank für den Antrag. Der Antrag ist zunächst mal gut und wichtig.

(Vereinzelt Beifall)

Bei euch geht es um die betriebliche Altersversorgung, und ich habe sehr viel Verständnis für das Argument, dass die Menschen weiter durch die betriebliche Altersversorgung versorgen sollen.

Jetzt nenne ich unsere Argumente: Aus der Verbeitragung von Versorgungsbezügen haben wir in der gesetzlichen Krankenversicherung jährlich Einnahmen von 5,8 Milliarden Euro. Eine Halbierung dieses Beitragssatzes in Bezug auf die Betriebsrenten würde für die gesetzliche Krankenversicherung dauerhaft einen jährlichen Einnahmeverlust von 2,9 Milliarden Euro bedeuten. Das heißt, wir reden über Folgen wie eine Beitragssatzerhöhung. 1,2 Milliarden Euro entsprechen 0,1 Beitragssatzpunkten. Es würde also zu einer Beitragssatzerhöhung von 0,2 bis 0,3 Beitragssatzpunkten kommen.

Die Änderung würde dann zwangsläufig die Frage aufwerfen, wie Einnahmeausfälle kompensiert werden können, ohne die Versicherten – vor allen Dingen die mit einem geringeren Einkommen – zusätzlich zu belasten. Eine solche Belastung der wirtschaftlich schwächeren Mitglieder der GKV wäre mit dem Prinzip einer solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung eben auch nicht zu vereinbaren.

Es gilt weiter zu bedenken – das ist ein ganz zentrales Argument –: Die Beiträge der Rentner – hier spreche ich jetzt für die Jüngerer in unserer Gesellschaft – decken heute schon nur weniger als die Hälfte der für sie entstehenden Leistungsausgaben. Das heißt, eine Übernahme von Beitragsausfällen zulasten der GKV ist sicher nicht darstellbar.

Eine Finanzierung aus Steuermitteln – Jana Schimke, du hast es gesagt – halte ich für denkbar.

Man hat uns vorgeworfen, wir würden uns zu Tode prüfen. Ich will Ihnen sagen: Ich bin mit dem Kollegen Nüsslein aus der Union mittlerweile beim Finanzminister vorstellig geworden, um solche Steuermittel tatsächlich zu erhalten. Im Moment ist die Freude nur sehr geteilt. Wir tun aber was. Wir schieben die Dinge nicht die auf die lange Bank. Ich bitte aber einfach um Beifreiheit – deswegen das Stichwort „Prüfen“ –, sodass wir uns in der Fraktion dann auch Gedanken darüber machen können, wie wir die Mittel zusammenbekommen, wie wir uns mit den Kollegen – auch aus der SPD – vernünftig einigen können, was wir einbringen können und wo es möglicherweise doch über die GKV-Position finanziert werden muss.

Carsten Linnemann, wir schieben nichts auf die lange Bank. Der Prüfauftrag wird im Januar erledigt.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse nun über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich mache jetzt folgenden Vorschlag: Dieser Antrag der Jungen Union, den wir jetzt angenommen haben, der Antrag C 37, ist ziemlich weitreichend. Da ist noch nichts im Detail ausformuliert. Es gibt andere Anträge, die etwas weiter ins Detail gehen. Ich schlage vor, dass wir bei dieser weitreichenden Formulierung bleiben, alles andere dem Bundesvorstand überlassen und damit die Anträge C 45, C 132 und C 168 für erledigt erklären. Ich glaube, dann haben wir einen guten Rahmen, der ausgefüllt werden kann, und die Marschrichtung ist klar.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Dann bedanke ich mich ganz herzlich, dass wir so verfahren können.

Ich rufe den Antrag C 38 auf.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Er ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag C 39 auf.

Dazu liegt mir die Wortmeldung von Uwe Becker aus dem Landesverband Hessen vor. – Für die Antragskommission hält sich Michael Meister bitte schon mal bereit.

Uwe Becker: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine Damen! Meine Herren! Bei den Anträgen, die hier jetzt behandelt werden, geht es um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Deutschland.

In den letzten 30 Jahren haben viele Städte und Gemeinden in Deutschland mit ihrer Gewerbesteuer mit dazu beigetragen, dass über den Fonds Deutsche Einheit die Infrastrukturleistungen, die notwendig waren, finanziert werden konnten. Das war und ist gut und richtig so. Genauso gut und richtig ist es, dass die CDU Deutschlands mit dem Auslaufen des Fonds Deutsche Einheit Wort hält und dass diese Mittel jetzt wieder den Kommunen zur Verfügung stehen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten an dieser enormen Aufgabe mitgewirkt haben; denn auch die übrigen Städte und Gemeinden haben von der Bildung bis zur Infrastruktur viele Aufgaben zu leisten. Deswegen, ja, soll dieses Geld wieder an die Kommunen gehen.

Wogegen ich hier sprechen möchte, ist der Vorschlag der Antragskommission. Die Antragskommission schlägt zwar vor, zu begrüßen, dass dieser Weg gegangen wird, sie sagt aber gleichzeitig: Wir überlassen es jetzt den Ländern, zu entscheiden, wie sie mit den Folgen umgehen, und dann setzen wir darauf, dass die Länder schon im Interesse der Kommunen handeln.

Wir alle kommen aus Städten und Gemeinden in Deutschland, und wir alle wissen, wie kreativ auch die Länder sein können, wenn es um die Verwendung von Mitteln geht, die den Kommunen zur Verfügung stehen sollen. Die Kreativität von Landesfinanzministern ist schier unendlich, und wir sollten es nicht alleine den Ländern überlassen, wie sie mit dem Geld, das den Kommunen zur Verfügung steht, umgehen.

Deshalb werbe ich dafür, an diesem Punkt nicht der Antragskommission zu folgen, sondern das zu tun, was wir den Kommunen versprochen haben, dass nämlich mit dem Auslaufen des Fonds Deutsche Einheit mit der erhöhten Gewerbesteuerumlage Schluss ist und diese Mittel wieder den Städten und Gemeinden zur Verfügung stehen – und zwar nicht so, wie sie die Länder verteilen möchten, sondern denen, die bisher eingezahlt haben, sollen die Mittel direkt wieder zur eigenen Verwendung zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben finanzieren können. Das sind unsere Aufgaben insgesamt.

Wir sind auf diesem Parteitag Frau und Manns genug, zu sagen: Lasst den Kommunen ihr Geld. Wir verzichten auf die Kreativität der Länder. Deswegen bitte ich Sie entgegen dem Votum der Antragskommission um Zustimmung zum Antrag C 153. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Michael Meister. Danach kommt Carsten Linnemann zu C 46, Solidaritätszuschlag.

Michael Meister, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission ist sehr wohl der Meinung, dass die Kommunen in Deutschland einen wesentlichen Beitrag – einen wesentlichen Solidarbeitrag – zum Auf-

bau der neuen Länder geleistet haben. Wenn diese Aufgabe, wie es der Kollege Becker aus Frankfurt hier ausgeführt hat, im Jahr 2019 endet, dann ist es auch angebracht – und das teilt die Antragskommission ausdrücklich –, diesen Solidarbeitrag in der Zukunft als nicht mehr notwendig anzusehen, sodass klar ist, dass damit die Gewerbesteuerumlage entfallen soll.

An dieser Stelle haben wir, glaube ich, überhaupt keinen Streit.

Wir sind in der Antragskommission auch der Meinung, dass das Geld, das in der Vergangenheit den Kommunen zustand, auch in Zukunft der kommunalen Ebene zur Verfügung stehen soll. Deshalb positionieren wir uns im Votum der Antragskommission eindeutig, dass das Geld bei den Kommunen bleiben soll und dass sichergestellt werden soll, dass dieses Geld auch für kommunale Zwecke verwendet werden soll.

Ich muss sagen: Als hessischer Abgeordneter habe ich ein riesiges Vertrauen zu unserem Landesfinanzminister Thomas Schäfer, wenn es darum geht, wie die einzelgesetzliche Umsetzung konkret ausgestaltet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, er wird an der Stelle im Interesse der hessischen Kommunen handeln, und ich bitte Sie um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zu diesem Thema spricht jetzt auch noch Volker Bouffier.

Volker Bouffier: Liebe Delegierte, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden über ein auf den ersten Blick sehr technisches Thema. Wir sind uns einig: Alle haben zum Aufbau Ost beigetragen. Wir haben uns entschieden, dass das für die Kommunen jetzt ausläuft; das ist auch in Ordnung. Worum geht es? Es geht um die spannende Frage: Welche Möglichkeiten erhalten die Länder, mit diesem Umstand umzugehen? Erhalten sie eine Möglichkeit, damit umzugehen? Oder gibt es eine automatische Konsequenz? Mein Freund Uwe Becker, er ist Kämmerer von Frankfurt, ist der Auffassung: Frankfurt muss das Geld behalten. – Das ist in Ordnung.

Die Aufgabe der Länder ist eine andere. Die Länder müssen dem alten Spruch entsprechen, dass die Summe aller Einzelinteressen nicht das Gesamtwohl ist. Diejenigen, die hohe Gewerbesteuererinnahmen haben, freuen sich, wenn sie sie behalten. Diejenigen Kommunen, die sehr niedrige Gewerbesteuererinnahmen haben, die häufig gar keine haben, müssen aber auch ihre Aufgaben erfüllen. Dann stellt sich die spannende Frage: Wie kriegen wir eine Verbindung zwischen Einzelinteressen und Gesamtwohl hin? Das Gesamtwohl zu finden, besteht darin, dass diejenigen, die sehr hohe Steuereinnahmen haben, auch bereit sind, Solidarität auf der Ebene der Kommunen zu leisten. In einem Land wie Hessen, mit 425 Städten und Gemeinden, gibt es

sehr unterschiedliche Verhältnisse. Es ist Aufgabe des Landes, gemeinsam mit den Kommunen, diese Unterschiede so auszugleichen, dass alle etwas davon haben. Wir streiten nicht darum, dass es am Ende in vollem Umfang den Kommunen zugutekommen muss; das ist völlig klar. Aber die Frage, wie man sehr unterschiedliche Verhältnisse so ausgleicht, dass auch ländliche Räume bedacht werden, das auch Räume bedacht werden, die nicht im Mittelpunkt der Industrie stehen, scheint mir schon eine notwendige Aufgabe zu sein, um die sich die Länder zu kümmern haben. Das ist der Hintergrund. Hier gibt es Interessengegensätze, die ich verstehe; aber ich bitte Sie herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Es wird am Ende so sein, dass die Kommunen davon profitieren. In welcher Weise dies geschieht, wird jedes Land klug zu beraten haben. – Ich danke Ihnen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mit Mehrheit so beschlossen. – Vielen Dank.

Ich rufe die Anträge C 40 bis C 45 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag C 46 auf. Dazu erhält Carsten Linnemann das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Carsten Linnemann, Antragskommission: Liebe Delegierte, nicht dass ich mir hier heute nur Feinde mache. Ich möchte für die Antragskommission sprechen und auch für Thomas de Maizière, der das unglaublich gut und sehr strukturiert gemacht hat. Es geht um das Thema Soli. Wir senden heute das Signal, dass der Soli für immer und ewig abgeschafft wird, und zwar komplett und spätestens im Jahr 2021.

(Beifall)

Dafür möchte ich mich bedanken. Ich hätte mir das schon für das Wahlprogramm gewünscht. Ich sage es mit meinen Worten: Jetzt wird ein Fehler korrigiert. Wir werden jetzt kämpfen – auch im Deutschen Bundestag –, und spätestens im nächsten Wahlprogramm steht es drin, damit klar ist: Die CDU Deutschland löst ein Versprechen ein, der Soli entfällt komplett. Es geht nicht mehr um Steuereinnahmen, sondern ausschließlich um Akzeptanz. Das ist ein Signal gegen Politikverdrossenheit: Danke an die Antragskommission, danke an Thomas de Maizière. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dazu spricht jetzt auch Thomas de Maizière.

Thomas de Maizière: Lieber Carsten Linnemann, vielen Dank für das Lob an die Antragskommission. Ich muss allerdings doch – Eckhardt Rehberg ist jetzt nicht hier – ein bisschen Wasser in den Wein der Beratungen schenken, ohne dass ich unser gemeinsames Votum infrage stellen. Liebe Freunde, wir sind auch die Partei der schwarzen Null. Es war von Nachhaltigkeit die Rede. Wir wollen keine neuen Schulden aufnehmen. Was haben wir heute bisher beschlossen? Wir werden gleich die Abschaffung des Solidaritätszuschlags beschließen; das sind 10 Milliarden Euro pro Jahr weniger im Bundeshaushalt. Bei dem Antrag zur Bundeswehr haben wir kurzerhand beschlossen, 1,5 Prozent des BIP bis 2024 dem Etat hinzuzugeben. Wissen Sie, was das heißt? Wir geben derzeit ungefähr 43 Milliarden Euro für die Verteidigung aus. Die Ausgaben erhöhen sich auf 60 Milliarden Euro; das sind mal eben 17 Milliarden Euro mehr pro Jahr. Dann haben wir eine Vereinbarung mit den Entwicklungspolitikern getroffen, dass jeder Euro, den wir der Bundeswehr geben, auch in die Entwicklungshilfe fließt; das macht 17 Milliarden Euro. Das sind 34 Milliarden Euro plus 10 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag; Daraus ergibt sich eine Belastung von 44 Milliarden Euro jährlich für den Bundeshaushalt. Wir haben eben die Sozialverbeitragung beschlossen im Sinne der Jungen Union und der Mittelstandsvereinigung. Die Rückabwicklung beläuft sich auf 30 Milliarden Euro. Die künftige Veränderung ergibt 3 Milliarden Euro im Jahr. Entweder Beiträge oder Haushalt – das kann man alles machen. Nur eines geht nicht, dass der Parteitag schöne Beschlüsse fasst und die Bundestagsfraktion das dann irgendwie in Ordnung bringen muss und wir gleichzeitig die schwarze Null fordern. Das geht nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür, dass wir eine Partei der finanziellen Solidität sind, kann man auch mal klatschen. – Deswegen haben wir im Einvernehmen mit der Mittelstandsvereinigung eben gesagt: Jawohl, der Solidaritätszuschlag soll bis Ende 2021 abgeschafft werden. Das kann, muss und wird aber nur gehen – und dem kann und muss die Mittelstandsvereinigung, der Wirtschaftsrat und jeder, der Steuern zahlt, zustimmen –, wenn wir keine neuen Schulden aufnehmen und es beim ausgeglichenen Haushalt bleibt. Noch mal – deswegen habe ich mich hier gemeldet –: Es kann nicht sein, dass der Parteitag schöne Dinge beschließt, die Fraktion diese dann umsetzen muss, es aber nicht kann und dann auf dem Parteitag beschimpft wird, dass sie die Beschlüsse nicht umsetzt. Wir müssen finanziell auch seriös bleiben, und das sollten wir tun.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Michael Meister zieht seinen Redebeitrag zurück.

Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei wenigen Gegenstimmen und noch weniger Enthaltungen so beschlossen. – Vielen Dank.

Antrag C 47 haben wir bereits mit C 8 erledigt.

Ich komme zum Antrag C 48. Dazu hat sich Jana Schimke zu Wort gemeldet. Ich bitte Michael Wittig, sich bereitzuhalten, der zum gleichen Antrag sprechen wird und Ralf Brauksiepe für die Antragskommission.

Jana Schimke: Liebe Freunde, uns ist allen bewusst, dass wir nicht nur zur gesetzlichen Rentenversicherung Überlegungen anstellen müssen, sondern vor allen Dingen auch zur zweiten und dritten Säule; wir haben heute schon mehrfach darüber gesprochen. Wir alle wissen, dass Riester ein staatlich gefördertes Produkt ist, das an sich gut ist, wenn man sich damit auskennt, aber viele Versicherte eben doch stark enttäuscht sind. Zu bürokratisch, zu kompliziert, die Zulage ist verfallen, die Frist ist zu Ende: das führt bei den Versicherten zu Frust und auch dazu, dass das Vertrauen in dieses Vorsorgeprodukt zunehmend schwindet.

Liebe Freunde, wir müssen jetzt auch langsam liefern. Wir müssen uns als Union, nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern vor allen Dingen auch als Partei darüber Gedanken machen, wie wir mit diesem Problem umgehen, was wir für die Versicherten, für die Menschen in unserem Land, die privat und betrieblich vorsorgen, tun können und wie wir für Verbesserungen sorgen können. Wir möchten gerne die Probleme, die es bei Riester gab, künftig abstellen. Wir haben uns in der MIT Gedanken gemacht, wie man Riester neu auflegen kann. Erstens: Der Name muss weg. Wir brauchen einen neuen Namen. Wir wollen eine Zulagenrente. Wir haben mit vielen Experten aus der Versicherungswirtschaft darüber beraten, was man tun kann. Dazu zählt natürlich, dass wir Riester nicht nur für Arbeitnehmer zugänglich machen, sondern für alle Menschen in Deutschland, die Steuern zahlen. Dabei geht es uns insbesondere um die Selbstständigen. Wir wissen, dass ein nicht unerheblicher Teil von Selbstständigen in Deutschland ein sehr geringes Einkommen hat und die Rürup-Rente, die auf steuerliche Erleichterungen abzielt, hier nicht greift. Wir möchten ein Produkt, von dem alle Steuerzahler in Deutschland profitieren. Die Zulagenrente soll dies künftig abdecken. Wir wollen das ganze Förderverfahren, die bürokratischen Strukturen, die es bei Riester bis zum heutigen Tage noch gibt, abschaffen. Wir wollen die Förderung erleichtern. Wir wollen die Verfahrenswege erleichtern. Wir wollen die Technik optimieren, um somit zu einem vereinfachten Verfahren zu kommen, den Menschen ihre Zulage, auf die sie ein Recht haben, schneller und unkomplizierter zukommen zu lassen.

Wir wollen natürlich auch die Informationspolitik seitens der Zulagenstelle und der Finanzämter verbessern; das ist unser Ziel. Das Votum der Antragskommission lautet, diesen Antrag in die Bundestagsfraktion bzw. in den Bundesfachausschuss zu verweisen. Liebe Freunde, ich möchte Ihnen eine Frage stellen: Wozu ist ein Bundesparteitag da, wenn man Anträge in andere, in kleinere Gremien verlagert? Ich wünsche mir, dass von diesem Parteitag das klare Votum ausgeht, dass wir die Partei sind, die sich um die Versicherten in den Bereichen der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge kümmert. Wir haben das gerade mit einem sehr klaren Votum

im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge und bei der vollen Verbeitragung gezeigt. Liebe Freunde, unterstützen Sie unseren Antrag, die Zulagenrente einzuführen, um hier noch einmal ein deutliches Signal zu entsenden. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächster spricht Michael Littig aus Rheinland-Pfalz.

Michael Littig: Sehr geehrte Damen und Herren! Weil bei der privaten Altersvorsorge dringender Handlungsbedarf besteht, steht im Koalitionsvertrag, dass man hier etwas tun muss und dass hier angepackt werden muss. Jana Schimke hat zur sogenannten Riester-Rente ausgeführt. Dieses Ding wurde 2002 eingeführt und 2000/2001 entwickelt. Es ist also 17 Jahre alt. Seit 17 Jahren gibt es diese staatliche, kapitalgedeckte Zulagenrente. Heute wissen wir: Das Fördern der privaten Altersvorsorge ist richtig und wichtig. Aber heute wissen wir nach 17 Jahren auch, dass das, was implementiert wurde, in der aktuellen Form nur schlecht funktioniert. Warum ist das so? Das Ding ist zu komplex und zu teuer. Die verantwortlichen Akteure in allen Bereichen – ob Versicherer, Berater oder Privatkunden – verstehen einfach nicht mehr, was da passiert und wie das funktioniert. Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Der aktuelle Prozess ist geprägt davon, dass Datenformulare von verschiedenen Instanzen und Behörden durch die Bundesrepublik aufwendig gejagt werden; das ist einfach komplex. Das führt ganz konkret dazu, dass eine solche Anlageform dem privaten Sparer 70 Prozent mehr Verwaltungskosten beschert als vergleichbare andere Anlageformen.

Drittens. Das zahlt insbesondere der kleine Sparer, der privat etwas vorsorgen will.

Heute können wir das mithilfe zeitgemäßer digitaler Mittel deutlich besser. Vergessen Sie nicht, dass dieser ganze Prozess 17 Jahre alt ist. Der vorliegende Antrag beschreibt daher in vielen Punkten und im Wesentlichen drei wichtige Ziele: erstens fachliche Vereinfachung und fachliche Zukunftsfähigkeit der privaten Altersvorsorge – Jana Schimke hat das ausgeführt –, zweitens Prozesskosten und Prozessfehler, die heute existieren, verringern durch zeitgemäße Digitalisierung und effiziente Nutzung vorhandener Kapazitäten – alle profitieren davon – und drittens – ganz wichtig – durch die Umkehrung des Prozesses, wie im Antrag beschrieben, ein Anschub und eine deutliche Motivation zur privaten Altersvorsorge und damit eine Sicherung des Rentenniveaus.

Auch ich bitte Sie darum: Lassen Sie uns das nicht einfach vertagen und verweisen! Der Antrag ist ein fundierter, fachlicher Aufschlag, um das Thema kompetent zu besetzen. Wir, die CDU, müssen auch das Thema private Altersvorsorge kompetent besetzen. Bitte nicht so lange zuschauen und abwarten, bis wir uns von anderen unrealistischen Forderungen treiben lassen! – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Für die Antragskommission spricht jetzt Ralf Brauksiepe. Dann kann sich schon einmal Thomas Jarzombek zum Antrag C 50 bereithalten.

Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Weiterentwicklung der Riester-Rente steht auf der politischen Tagesordnung. Sie steht auch im Koalitionsvertrag. Deswegen ist die Empfehlung der Antragskommission, diesen Antrag unter anderem an die Bundestagsfraktion zu überweisen, genau der richtige Weg. Das Thema steht auf der Tagesordnung. Es macht Sinn aus Sicht der Antragskommission, dass die von der MIT angeführten Argumente in diese Beratungen einfließen. Es ist doch völlig klar, dass das, was in das Gesetz kommen soll, von der Bundestagsfraktion beschlossen werden muss. Hier wird also nichts abgeschoben. Die Verbesserung der Riester-Rente steht auf der Tagesordnung. Es ist richtig, dass wir hier über die Argumente diskutieren. Aber ich warne vor der Vorstellung, man könne einen solchen Antrag einfach eins zu eins übernehmen. So wird davon gesprochen, anstelle der Zulagenstelle der Rentenversicherung die Finanzverwaltung mit dem Thema Zulagen zu befassen. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, nur durch das Auswechseln einer Institution durch eine andere werden die Probleme der Rentenversicherung und der Riester-Rente noch nicht gelöst. Es wird eine umfassende Reform der privaten Zulagenrente gefordert, so dass die Möglichkeit für Selbständige besteht, mitzumachen. Ich will daran erinnern: 2002 wurde die Riester-Rente eingeführt, um die Absenkung bei der gesetzlichen Rente zu kompensieren. Selbständige sind in der gesetzlichen Rente noch nicht einmal pflichtversichert. Das Gesetzbuch sieht nicht die Pflicht der Selbständigen vor, sich in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern. Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob man für diejenigen, bei denen gar nichts zu kompensieren ist, einen zusätzlichen Anreiz schafft. Wie gesagt, man sollte darüber diskutieren. Aber man sollte das nicht sofort eins zu eins beschließen.

In dem Antrag steht:

„Die Finanzämter sollen jährlich sowohl die Sparer als auch diejenigen, die noch keine Zulagenrente abgeschlossen haben, über die ihnen zustehenden staatlichen Zulagen informieren und – ähnlich der Renteninformationen – Versorgungsszenarien vorrechnen ...“

Liebe Leute, ich glaube nicht, dass wir wirklich beschließen können, dass die Finanzämter für Menschen, die keinen Sparvertrag und auch keinen Zulagenanspruch haben, eine Art Renteninformation bundesweit und flächendeckend verschicken sollen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Antrag enthält sicherlich gute Gesichtspunkte. Aber die Finanzämter sind keine Rentenversicherung. Sie haben genug anderes zu tun, als so etwas nebenbei zu machen für Leute, die

bisher gar keine Ansprüche erworben haben. Lasst uns die Argumente in die Beratungen, die ohnehin anstehen, einfließen. Aber wir sollten das jetzt nicht eins zu eins beschließen, sondern dem Votum der Antragskommission folgen, das an zuständiger Stelle weiterhin intensiv zu diskutieren. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zu diesem Thema spricht jetzt noch einmal Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Liebe Freunde! Auch ich bitte darum, der Überweisung an die Bundestagsfraktion zuzustimmen. Wir haben in den letzten 20 Minuten Folgendes beschlossen: Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten – drei Milliarden Euro, Abschaffung des Solis – pro Jahr zehn Milliarden Euro. Das heißt, wir haben auf Antrag der Mittelstandsvereinigung Verbesserungen in Höhe von 13 Milliarden Euro verabschiedet. Nun wird locker gefordert die Förderung der Riester-Rente für alle, also bei den Selbständigen Rürup plus Riester. Der Förderhöchstbetrag soll bei allen bei vier Prozent liegen. Wissen Sie eigentlich, über welchen Betrag wir da reden? Wir reden dann noch einmal über Steuerausfälle beim Staat in Höhe von zehn Milliarden bis zwölf Milliarden Euro. Das alles soll hier eben in 30 Minuten beschlossen werden? Solche Ausgaben und dann gleichzeitig schwarze Null und Steuerentlastungen beschließen? Ich bitte die Mittelstandsvereinigung genau um das, was sie sonst bei uns anmahnt, nämlich sich die Anträge im Hinblick auf die Seriosität und die finanziellen Auswirkungen in diesem Land näher anzuschauen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir von der Union haben eine Rentenkommission eingesetzt. Diese Kommission soll in den nächsten sieben, acht Monaten einen Vorschlag machen. Wir haben jede Rentendebatte mit der SPD abgewürgt mit Blick auf die Rentenkommission. Deswegen ist es früh genug, dass wir auf dem nächsten Parteitag, wenn wir die Ergebnisse der Rentenkommission kennen, über diese Fragen reden. Dann wird es um ganz andere Fragen gehen. Dann wird es darum gehen, wie wir denjenigen, die niedrige Einkommen haben, in diesem Land zu einer zusätzlichen Altersversorgung verhelfen können. Die Menschen, die über 5 000 Euro verdienen, haben zu 75 Prozent Betriebsrenten. Aber Menschen, die unter 2 400 Euro verdienen, haben nur zu 14 Prozent Betriebsrenten. Da geht es um die Verhinderung von Altersarmut, und zwar nicht im oberen Einkommenssegment. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Ich lasse dann über die Überweisung des Antrags C 48 an die Bundestagsfraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen so beschlossen.

Antrag C 49. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Antrag C 50. Dazu hat sich Thoma Jarzombek zu Wort gemeldet.

Thomas Jarzombek: Lieber Oliver! Liebe Freundinnen und Freunde! Der Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen soll gleichzeitig im Zusammenhang mit Antrag C 83 behandelt werden. Das ist der einzige Antrag, den NRW hier gestellt hat. Es geht um einen Neustart des europäischen Datenschutzes. Ich glaube, dass wir mit der Datenschutz-Grundverordnung und dem, was damit einhergeht, zwei Probleme haben. Das erste Problem ist einfach beschrieben. Ich musste in der letzten Woche bei meinem Auto eine Glühbirne wechseln lassen.

Bevor meine Werkstatt aktiv wurde, musste ich eine Datenschutzerklärung unterschreiben. Dann musste ich mit meinem Sohn zum Zahnarzt. Bevor er behandelt werden konnte, musste ich ebenfalls eine Datenschutzerklärung unterschreiben. Meine Damen und Herren, die Anforderungen des Datenschutzes an kleine Unternehmen, an Vereine und an Handwerker haben ein Ausmaß erreicht, das kein Mensch in diesem Land mehr verstehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben aber noch ein zweites Problem – vielleicht ist das sogar noch gravierender -: Wenn wir darüber reden, was heute die Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik sind, dann müssen wir bedenken, dass es heute vielleicht nicht mehr um die Frage geht, ob man einen Steuersatz um einen Prozentpunkt senkt oder hebt. Diejenigen, die globale Internetplattformen bauen wollen, müssen Daten verarbeiten können. Ich glaube, in diesem Saal gibt es niemanden, der nicht zumindest bei Facebook, Google oder Apple seine Einverständniserklärung abgegeben hat. Aber bei wie vielen Start-ups, bei wie vielen deutschen Herausforderern dieser amerikanischen Giganten, haben Sie diese Einverständniserklärung abgegeben? Der Pfad der Logik dieser Europäischen Datenschutz-Grundverordnung zwingt unsere Gründer, unsere Unternehmen immer mehr in die Abhängigkeit von Google, Amazon, Facebook und Co., um deren Einverständniserklärung zu nutzen, um Geschäfte machen zu dürfen.

Deshalb haben wir einen Antrag dazu vorgelegt. „Wir“ heißt in diesem Fall Axel Voss aus dem Europaparlament und ich. Ich darf Ihnen viele Grüße von Axel Voss ausrichten. Er ist der zuständige Berichterstatter. Ich durfte das Thema im Bundestag in der letzten Legislaturperiode bei der nationalen Umsetzung begleiten. Wir haben einen Antrag gestellt, um aus genau diesen beiden Problemlagen herauszukommen. Ich bin der Antragskommission dankbar, dass sie vieles davon aufgegriffen hat. Ich möchte aber konkret um drei Punkte werben, die ich in der Beschlussempfehlung der Antragskommission so nicht wiederfinde.

Der erste Punkt ist, dass wir eine Umstellung des zweiten Absatzes vorzunehmen: „Mehr Souveränität für Internetnutzer statt sinnloser Warnhinweise ... sind neue Mechanismen erforder-

lich ...“ Wir dürfen nicht nur eine Regelung von kleinen Detailpunkten machen. Wir brauchen einen Gesamtneustart. Das muss als Erstes in diese Stichpunktauflistung; denn ansonsten wird das kein relevanter Beschlusspunkt.

Die zweite Sache: Es muss Rechtssicherheit geben bei der Auslegung der Einzelregelungen durch die jeweiligen örtlichen Datenschutzbeauftragten. Das würden wir, Axel Voss und ich, gerne in den Spiegelstrichen wiederfinden. Das ist in unserem Ursprungsantrag drin.

Der dritte Punkt ist aus dem NRW-Antrag C 83, der allerletzte Punkt. Es geht um die ePrivacy-Verordnung, die derzeit verhandelt wird. Wenn Sie glauben, dass man den Irrsinn der Datenschutz-Grundverordnung nicht noch steigern kann, dann schauen Sie sich einmal diese ePrivacy-Verordnung an. Die sollten wir auf gar keinen Fall machen, bevor wir beim Datenschutz nicht zu einem vernünftigen neuen System gekommen sind.

Um diese drei Punkte bitte ich Sie. Ich würde mich freuen, wenn die Antragskommission an der Stelle ihr Votum noch einmal modifizieren könnte. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Sehr verehrte Freundinnen und Freunde! Die Antragskommission übernimmt den Grundgedanken mehrerer Anträge, die alle zu diesem Thema gestellt sind. Damit werden wir in Gesprächen mit Bürgern konfrontiert, teilweise auch in unseren eigenen Tätigkeiten in Vereinen oder in der Partei. Die Linie, die dort gezeichnet wird, nehmen wir hier vollumfänglich auf.

Wir wissen alle, dass der Datenschutz positive und negative Effekte hat. Wir wollen mehr Datenschutz, aber wir wollen eben auch mehr Schutz vor überbordender Bürokratie. Das ist gerade – das weiß Thomas – ganz konkret Gegenstand unserer Beratungen im Zusammenhang mit dem anstehenden Gesetz, vor allem im Zusammenhang mit den Abmahnungen.

Du hast gesagt, dass du noch stärker betont haben möchtest, dass es einen grundsätzlichen Neustart geben soll. Ich denke, dass dieser Gedanke sehr explizit in dem Antrag, so wie ihn die Antragskommission fassen will, formuliert ist. Da sehe ich eigentlich kein Defizit.

Auch der weitere Punkt, den du angesprochen hast, nämlich dass die Datenschutzbeauftragten Auskünfte geben können sollen, auf die man sich dann auch verlassen kann – ich glaube, das ist ein ganz sinnvoller Punkt –, ist explizit aufgenommen, und zwar im unteren Bereich der Spiegelstriche. Man kann ihn natürlich überlesen. Ich denke, damit ist diesem Anliegen Rechnung getragen.

Ich stimme zu: Die ePrivacy-Verordnung ist das nächste Kapitel. Da müssen wir sehr gut aufpassen. Ich kann das allerdings nicht verknüpfen und hier einen direkten Ursachenzusammenhang herstellen. Das eine Thema müssen wir überarbeiten. Das sind andere Strukturen und andere Abläufe als bei der ePrivacy-Verordnung, die zurzeit verhandelt wird. Das müssen wir auseinanderhalten; aber das Anliegen teilen wir. Deshalb bitte ich um Zustimmung zur Fassung der Antragskommission. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Dann ist das so beschlossen. – Vielen Dank.

Ich rufe die Anträge C 51 bis C 57 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Anträge einstimmig so beschlossen.

Zum Antrag C 58 hat sich Gudrun Heute-Bluhm zu Wort gemeldet. – Marco Wanderwitz möge sich bitte schon einmal für die Antragskommission bereithalten.

Gudrun Heute-Bluhm: Liebe Delegierte! Das geht jetzt ganz schnell. Ich will es kurz machen. Dieser Antrag ist wichtig, um das Thema Bürokratie aus dem Bauleitverfahren heraushalten zu können. Aus der Not heraus wurde § 13b Baugesetzbuch entwickelt. Wir brauchen ihn aber auch in der Zukunft. Wir brauchen auch in Zukunft ein schnelles Instrument, um auch ohne große Verfahren am Rande von Siedlungen Wohnraum zu schaffen. Deshalb bitten wir herzlich aus Sicht Baden-Württembergs, aber auch aus Sicht aller Kommunen und aller Länder, die dringend Wohnraum brauchen, uns diese Befreiheit, so möchte ich es an dieser Stelle sagen, zu gewähren. Wir bitten um Zustimmung. – Danke schön.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Marco Wanderwitz. Danach möge sich Michael Moroff für den Antrag C 60 bereitmachen.

Marco Wanderwitz, Antragskommission: Liebe Delegierte! Liebe Antragsteller! Als Antragskommission sind wir ganz einig mit der Intention des Antragstellers. Einzig die Formulierung des Antragstellers wollen wir ein bisschen ausweiten, weil es aktuell eine Regierungskommission gibt, die sich mit vielen Themen rund um das Thema Bauland beschäftigt, die sich auch mit einer größeren Novelle zum Baugesetzbuch beschäftigt. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit. Bis zum 31. Dezember 2019 gilt § 13b Baugesetzbuch noch. Diese Regierungskommission soll noch vor dem Sommer des nächsten Jahres liefern. Möglicherweise geht sie sogar noch ein bisschen über das hinaus, was die Antragsteller fordern. Möglicherweise kommen wir zu einer gänzlichen Entfristung. Möglicherweise können wir die relativ engen Kriterien des § 13b noch ein wenig aufweiten. Insofern bitten wir herzlich darum, dem Votum der Antragskommission, eine etwas allgemeinere Formulierung zu wählen, zu folgen. Wir werden wahrscheinlich Gutes liefern können.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann lasse ich jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer wünscht zuzustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei ganz wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 59 auf. Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist das so beschlossen.

Zu dem Antrag C 60 spricht jetzt Michael Moroff.

Michael Moroff: Ich bin Michael Moroff, Kreisvorsitzender Böblingen und selbst Übungsleiter im Musikverein. Ich bitte darum, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, sondern wirklich den konkreten Antrag C 60 hier zu beschließen. Wir brauchen gerade im Ehrenamtsland Baden-Württemberg dringend konkrete Verbesserungen und keine Absichtserklärungen. Deswegen brauchen wir wirklich heute das Signal, dass wir konkret etwas ändern wollen, das angehen wollen. Wir brauchen das für die Vereine. Wir haben massive Probleme, Übungsleiter zu finden. Die Vereine kommen über die Wertgrenzen bei der Umsatzsteuer. Deswegen bitte ich den Parteitag, hier das klare Signal zu setzen. Der Bundestagsfraktion bleibt es natürlich völlig unbenommen, noch andere Grenzen zu beschließen. Wir haben ja kein imperatives Mandat. Aber ich glaube, hier vom Parteitag sollte ein klares und konkretes Signal ausgehen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Mechthild Heil. Ich bitte darüber hinaus Karl-Heinz Bley, sich bereitzuhalten.

Mechthild Heil, Antragskommission: Lieber Kollege aus Baden-Württemberg, Sie sind bei uns, bei der Bundestagsfraktion, sehr gut aufgehoben. Die allermeisten, die hier im Raum sitzen und Mitglied der CDU sind, sind ehrenamtlich tätig. Ich habe gestern schon gesagt, dass ich selber Vorsitzende eines großen Vereins bin.

Wir haben Ihnen hier genau aufgelistet, was wir in der Vergangenheit alles gemacht haben und was wir in der Zukunft noch machen wollen, um die ehrenamtlich Tätigen zu entlasten. Ich bitte deswegen, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen.

Sie haben noch einen zweiten Aspekt, nämlich den Datenschutz und die Datenschutz-Grundverordnung, angeführt. Das haben wir eben schon für das Ehrenamt beschlossen. Herr Jarzombek hat bei seiner Wortmeldung zum Antrag C 50 entsprechend argumentiert. Es gibt also keinen Grund, dass Sie Ihren Antrag aufrechterhalten. Ich bitte Sie wirklich herzlich, der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann lasse ich jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer wünscht, zuzustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe dann die Anträge C 61 bis C 82 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

C 83 hatten wir bereits mit C 50 erledigt. Damit sind wir beim Antrag C 84. Dazu erhält Karl-Heinz Bley das Wort.

Karl-Heinz Bley: Hohes Präsidium! Liebe Parteifreunde! Ich darf für den Landesverband Oldenburg über den Antrag C 84 sprechen. Darin geht es um die Mobilitätseinschränkungen für Käufer von Dieselfahrzeugen. Wir erwarten da einen Ausgleich und eine Hardwarenachrüstung für die betroffenen Dieselfahrzeuge, um Fahrverbote zu vermeiden.

Es gibt weitere Anträge zum gleichen Thema. Das sind der Antrag C 149 vom Kreisverband Diepholz und der Antrag C 175 vom Kreisverband Oldenburg-Stadt.

Liebe Parteifreunde, Autohersteller haben sich mit der Schummelsoftware beim Diesel in der letzten Zeit nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in Autohersteller und in die Politik verloren. Autos, die vor circa drei Jahren gekauft wurden und die 20.000, 30.000 oder 40.000 Euro gekostet haben, dürfen plötzlich nicht mehr in die Oberzentren oder auch teilweise nicht mehr auf Autobahnen fahren.

Das Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Es ist wichtig, dass die Autohersteller ein Zeichen setzen und tätig werden, um Fahrverbote zu vermeiden. In unserem Antrag haben wir noch einmal gefordert, den Wertverlust auszugleichen, den die Bürgerinnen und Bürger haben. Wir fordern eine Hardwarenachrüstung ein, zumindest dort, wo es möglich ist. Fahrverbote sollen vermieden werden.

Ich freue mich, dass die Antragskommission dieses Thema ernst genommen hat. Sie empfiehlt, diesem Antrag in geänderter Fassung zuzustimmen. Aber dieser geänderten Fassung können wir nicht zustimmen. Wir haben schon eine Zweiklassenmedizin. Wir sollten daher die ländlichen Regionen nicht benachteiligen. In der Empfehlung der Antragskommission wird von „Städten mit hoher Stickoxidbelastung“ gesprochen. Ich frage: Was ist denn mit den Bürgern oder auch mit den Handwerkern, die vom Grundzentrum oder Mittelzentrum in die Oberzentren fahren wollen? Sie dürfen das nicht. Wenn es keine Nachrüstung gibt, wenn kein Wertausgleich stattfindet oder wenn das Auto nicht mehr weiterverkauft werden kann, dann bedeutet das für Autofahrer in diesen Gebieten eine weitere Belastung. Sie haben das aber nicht verdient; denn sie haben sich die Suppe nicht eingebrockt. Deswegen sagen wir: Wir wollen die Nachrüstung.

Ich beantrage, dem, was die Antragskommission zu Papier gebracht hat, nicht zuzustimmen, sondern dem Ursprungsantrag zuzustimmen. Ich bin gebeten worden, weiter zu beantragen, auch dem Antrag C 149 vom Kreisverband Diepholz und dem Antrag C 175 vom Kreisverband

Oldenburg-Stadt in der Ursprungsverfassung zuzustimmen. Ich bitte um Ihre Unterstützung und darum, der Antragskommission nicht zu folgen, sondern die Ursprungsanträge zu beschließen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bley. – Für die Antragskommission Thomas de Maizière.

Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde, ich muss auch zu diesem Punkt noch mal um Maß und Mitte bitten. Was hier von den Oldenburgern und von den Diepholzern beantragt wird, bedeutet, dass jede Form des Wertverlusts und jede Form der Mobilitätseinschränkung für alle Diesel ausgeglichen wird. Darunter fällt jeder Wertverlust eines Gebrauchtwagens. Wer bezahlt das denn eigentlich? Da gibt es zwei Möglichkeiten: die Automobilindustrie und der Steuerzahler. Die Verpflichtung der Automobilindustrie bezieht sich nur auf die Nachrüstung. Wer bezahlt aber den sonstigen Wertausgleich? Soll es wieder einmal der Steuerzahler sein?

Die Verpflichtung kann sich nur auf die deutsche Industrie beziehen. Die ausländische Industrie kann dieser Verpflichtung aus Rechtsgründen gar nicht unterfallen. Wenn man das also so weitreichend machen will, dann benachteiligt man die deutsche Automobilindustrie oder belastet den Steuerzahler übermäßig. Das sollten wir vermeiden.

Deswegen schlagen wir vor – wir sind doch alle sauer auf das, was die Automobilhersteller gemacht haben –, dass es um die Dieselfahrzeuge mit Euro-4- und Euro-5-Norm geht. Wir sollten uns auf die Städte und Regionen beschränken, wo es wirklich darum geht, in die Zentren hineinfahren zu können. Wir sollten außerdem Fahrverbote vermeiden. Das ist zwar allgemein, aber doch konkret genug und es belastet nicht übermäßig die Industrie oder den Steuerzahler.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann stimmen wir jetzt über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen so beschlossen.

Antrag C 85 haben wir mit der Annahme von C 8 bereits erledigt.

Ich rufe auf die Anträge C 86 bis C 88. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Antrag C 89. Dazu bekommt Georg-Ludwig von Breitenbuch das Wort. Gitta Connemann möge sich für die Antragskommission bereithalten.

Georg-Ludwig von Breitenbuch: Es geht um ein spezielles Thema, es geht um die BVVG-Flächen, sprich um die Flächen, die der Staat immer noch in der Hand hat, also um die Restflächen aufgrund der großen Einigung nach der Wende. Was wird aus dem Volkseigentum?

Da gibt es noch 130.000 Hektar, die der Bund, also der Staat, besitzt. Wir möchten mit dem Antrag auf die Situation hinweisen, dass davon 30.000 Hektar – das ist nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen ein Thema – an Umweltstiftungen verteilt werden. Das sind 30.000 Hektar, auf denen eigentlich ein Privatisierungsauftrag liegt, sprich, dass dort Bauern wirtschaften, vor Ort leben, Steuern zahlen, in Gemeinderäten und Kirchenvorständen aktiv sind. Das alles findet nicht statt, wenn man mit den Flächen so umgeht. Ich will darauf aufmerksam machen, dass das echt ein Unding ist.

Wir sind hier unterwegs in einem Thema, das uns sowieso ärgert. Hier bedienen sich Leute an einem Eigentum, mit dem man eigentlich etwas Positives gestalten kann. Deswegen legen wir die Aufmerksamkeit auf diesen Antrag. Wir sind mit der Arbeit der Antragskommission sehr zufrieden. Frau Connemann, es ist schön, dass Sie unser Thema aufgenommen haben. Wir wollen letztendlich, dass Menschen im ländlichen Raum unterstützt und aktiviert werden, indem sie dort wirtschaften und leben können und nicht Pachten an irgendwelche Umweltverbände zahlen, die damit letztendlich dann etwas ganz anderes machen.

Ich bitte daher darum, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für selbige spricht jetzt Gitta Connemann. Ich bitte dann, dass sich Dominik Martin zum Antrag C 113 bereithält.

Gitta Connemann, Antragskommission: Lieber Landesverband Sachsen! Lieber Herr von Breitenbuch! Vielen Dank für diesen Antrag, mit dem Sie der Antragskommission aus dem Herzen gesprochen haben. Denn am Ende geht es um die Frage: Wie gehen wir zukünftig mit den Flächen von früheren volkseigenen Betrieben um, die zur Privatisierung anstehen?

Die Größe ist genannt worden: Es geht immerhin um 140.000 Hektar in den neuen Ländern.

Wir wollen gemeinsam mit dem Landesverband Sachsen eines: Wir wollen, dass diese Flächen jungen Familien zur Verfügung stehen,

(Vereinzelt Beifall)

die neue Höfe gründen wollen. Eines wollen wir nicht: Wir wollen diese Flächen nicht in der Hand außerlandwirtschaftlicher Investoren.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen hat der Landesverband zutreffend darauf hingewiesen: Schaut euch die Vergabekriterien der BVVG noch einmal an. Diese sind zwar 2010, 2012 und 2015 nachjustiert worden.

Aber wir haben den Eindruck – das ist auch Thema in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –, dass die Flächen eben nicht immer in die richtigen Hände gelangen, sondern dass ausschließlich nach Geldbeutel vergeben wird. Da gibt es natürlich Haushaltsrecht zu beachten. Aber am Ende müssen wir genauer hinschauen. Das gilt übrigens auch für die Vergabe von Flächen an diejenigen, die nichts mit unserer Agrarstruktur am Hut haben, sondern sie gegebenenfalls für eigene Zwecke nutzen wollen. Vor diesem Hintergrund haben wir nur eine kleine Änderung empfohlen: Wir wollen nicht auf Domänekriterien Bezug nehmen; denn diese unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland. In dieser geänderten Form nehmen wir Ihr Anliegen in vollem Umfang auf. – Vielen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gitta Connemann. – Ich lasse dann über das Votum der Antragskommission bei Antrag C 89 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe dann die Anträge C 90 bis C 112 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zum Antrag C 113 erhält jetzt Dominik Martin das Wort, an Mikrophon 6 bitte.

Dominik Martin: Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde! Das Thema „Feinstaubbelastung und Stickoxide“ beschäftigt uns in Deutschland, denke ich, alle. Wir im Regierungsbezirk Stuttgart sind davon natürlich besonders betroffen. Stuttgart ist immer in der Presse. Aber die Deutsche Umwelthilfe richtet auch Klagen gegen andere Städte wie Esslingen, Ludwigsburg oder auch Heilbronn. Deswegen sind wir in der Region Stuttgart da schon sehr belastet. Auch wir sind der Meinung, dass unsere Luft sauberer werden sollte, aber wir denken, dass das auch ohne Klagen und ohne Fahrverbote geht.

(Teilweise Beifall)

Die Luftreinhalteziele können natürlich auch anders erreicht werden. Da sind wir uns, denke ich, alle einig. Ich finde, es ist beispielsweise völliger Irrsinn, dass auch Ludwigsburg beklagt wird. Das ist eine Modellkommune für Elektromobilität, die mit einem Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden ist. Trotzdem möchte die Deutsche Umwelthilfe dort Fahrverbote einführen und klagt. Insofern denken wir, dass das keine Organisation ist, die den Status der Gemeinnützigkeit verdient. Es kann ja eigentlich nicht sein, dass sie Spendengelder einsammeln darf und diese dann verwenden kann, um unsere Bürger schleichend zu enteignen. Nichts anderes sind Fahrverbote für Besitzer von älteren Dieselmotoren. Da muss, denke ich, etwas pas-

sieren. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dass die Antragskommission hier einer grundsätzlichen Überprüfung zustimmt. Daher hoffen wir jetzt auch auf die Unterstützung und freuen uns über die Zustimmung.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächster erhält dazu das Wort Mark Rüter aus dem Kreisverband Hannover, an Mikrophon 5 bitte.

Mark Rüter: Guten Tag! Mein Name ist Mark Rüter. Ich komme aus dem Landkreis Lüneburg, wo sich viele Menschen, unter anderem mein Parteifreund Burkhard Jäkel, für die Deutsche Umwelthilfe engagieren. Ich habe gesehen, dass es im Antrag C 113 um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit geht. In Antrag C 113 heißt es, dass sich die CDU Deutschlands dafür einsetzt, dass die Deutsche Umwelthilfe keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt bekommt. Ich bitte, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den Antrag abzulehnen. Die Mittel, die mit diesem Antrag gestrichen werden sollen sind genauso wie die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit Grundlage, dass die Deutsche Umwelthilfe überhaupt arbeiten kann. Man kann nicht, nur weil man sich an Fahrverboten in einzelnen Straßen stört, also an einer Sache von vielen, die Deutsche Umwelthilfe in ihrer ganzen Arbeit infrage stellen. Der ganze Antrag macht den Eindruck, als wollte man die Betrugssoftware der Autohersteller im Nachhinein legalisieren. Ich bitte um Ablehnung. – Danke schön.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Lisa Winkelmeier-Becker. Danach bitte ich schon einmal Tim Peters, sich zum Antrag C 128 bereitzuhalten.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Lieber Antragsteller! Liebe Freunde! Wir reiben uns hier an einigen konkreten Fällen, die Sachverhalte betreffen, bei denen die Deutsche Umwelthilfe ihr Verbandsklagerecht nutzt. Generell muss man sagen: Das Verbandsklagerecht hat seine Berechtigung, aber es steht und fällt damit, dass derjenige, der es wahrnimmt, das auch seriös und verantwortungsvoll tut.

(Teilweise Beifall)

Da gibt es hier ein Fragezeichen, und das möchte ich hier niemandem ausreden. Aber wir sind als Gesetzgeber nicht derjenige, der berufen ist, den konkreten Einzelfall zu prüfen. Die Gemeinnützigkeit eines bestimmten Verbandes, der dieses Recht wahrnimmt, zu prüfen, ist allein Sache der zuständigen Behörden, in dem Fall also des Finanzamtes. Deshalb haben wir es so formuliert, dass wir darauf hinwirken, dass das noch einmal erneut von den zuständigen Stellen geprüft wird. So ist es dann korrekt, und so können wir es dann auch gemeinsam tragen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse dann über das Votum der Antragskommission zu Antrag C 113 abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Karienzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Enthaltungen und ein, zwei Gegenstimmen so beschlossen.

(Teilweise Beifall)

Ich rufe dann die Anträge C 114 bis C 125 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Die Anträge C 126 und C 127 sind bereits erledigt. Damit sind wir bei Antrag C 128, und dazu bekommt Tim Peters vom Auslandsverband Brüssel-Belgien das Wort. Peter Beuth möge sich schon einmal bereithalten. – Mikrofon 2 bitte.

Tim Peters: Die CDU ist bekannt als eine klar antitotalitäre Partei. Der antitotalitäre Konsens ist eigentlich bei uns absolut unbestritten. Während es oft vorkommt, dass SPD oder Grüne gemeinsam mit der Antifa oder der Linkspartei demonstrieren, haben wir immer ganz klar gesagt: Wir machen nichts mit Rechtsextremisten, wir machen nichts mit Linksextremisten. – Eine Form des Extremismus, die allerdings in Deutschland leider in den letzten Jahren immer stärker wird, ist die Form des islamistischen Extremismus, Salafismus, Dschihadismus usw. usf. Leider geht das oft etwas unter. Wenn jemand den Hitlergruß zeigt, fällt uns das auf. Dann führt das richtigerweise auch zur Anzeige und weiteren strafrechtlichen Verfolgungen, weil das verboten ist. Aber wenn in Deutschland der türkisch-rechtsextremistische Wolfsgruß gezeigt wird oder der islamistische Rabia-Gruß, dann geht das oft unter. Es gibt immer mehr Taxis in Berlin, auf denen ein kleiner Aufkleber mit dem Rabia-Gruß zu sehen ist, der das Zeichen der islamistischen Moslebruderschaft ist, die unseren Staat abschaffen und einen islamischen Staat einführen will.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube nicht, dass das akzeptabel ist. Ich glaube, es geht darum, ein klares Zeichen zu setzen, dass wir uns das als demokratischer Rechtsstaat nicht bieten lassen. Wir müssen sagen: Nein, das akzeptieren wir nicht bei uns im öffentlichen Raum, das ist verboten. – Es ist auch integrationsfeindlich, wenn wir das akzeptieren, weil die meisten Muslime bei uns im Land, die ja sehr gut integriert sind, dann denken: Die Islamisten können das einfach ungestraft machen. – Wenn wir sagen: „Nein, das geht nicht“, ist das auch ein klares Zeichen für Integration. Daher möchte ich alle Delegierten bitten, den Vorschlag der Antragskommission, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, abzulehnen und zu sagen: Ja, wir stimmen für den Antrag, wir setzen ein klares Zeichen für unseren demokratischen Rechtsstaat, für Integration und gegen jede Form von Islamismus. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zum gleichen Antrag spricht jetzt noch Timur Husein. Mikrofon 4 bitte.

Timur Husein: Guten Tag! Mein Name ist Timur Husein, ich bin Kreisvorsitzender aus Friedrichshain-Kreuzberg. Ich erzähle Ihnen, wie es bei uns in Kreuzberg ist: Jedes Mal, wenn es eine Militäroffensive in der Türkei gibt oder die PKK einen Anschlag verübt hat, gibt es bei uns Demonstrationen von Kurden und Türken. Den Kurden ist es zu Recht verboten, dass sie Embleme und Zeichen der PKK zeigen. Die türkischen Nationalisten hingegen zeigen ihre Grüße und provozieren damit die Kurden. Am Ende leidet die Polizei darunter, weil sie beide Seiten auseinanderhalten muss. Deswegen ist es aus meiner täglichen Erfahrung in Kreuzberg, aber auch in Neukölln, Mitte und Wedding erforderlich, dass wir den Wolfsgruß der türkischen Nationalisten verbieten.

Außerdem kann es nicht sein, dass der türkische Präsident nach Deutschland kommt und das Symbol zeigt und damit die türkischstämmigen Nationalisten in unserem Land aufwiegelt. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben. Ich bin mir sicher, der türkische Präsident wird sich hüten, das Zeichen noch einmal zu zeigen, wenn er in Deutschland zu Besuch ist. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission bekommt der hessische Innenminister Peter Beuth das Wort.

Peter Beuth, Antragskommission: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind zweifellos die Partei der inneren Sicherheit; das haben die beiden Vorredner schon deutlich gemacht. Deswegen lassen wir uns im Kampf gegen den Extremismus von niemandem in diesem Land überbieten. Wir lassen uns von niemandem im Kampf gegen den Extremismus, egal ob von rechts oder links, egal ob Ausländerextremismus oder Islamismus, überbieten. Wir sind die Partei, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung konsequent verteidigt.

Wir lassen uns auch von niemandem darin überbieten, dies nach rechtsstaatlich korrekten Bedingungen zu tun. Deswegen bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Es ist nicht so, dass wir keine Grundsympathie für den Antrag hätten, aber er ist in der Tat nicht so ganz einfach. Der Unterschied zwischen den Zeichen des IS, die hier in Deutschland nicht gezeigt werden dürfen, und dem Wolfsgruß, ist, dass die Organisationen IS in Deutschland schlicht und ergreifend verboten ist. Das gilt für die ÜLKÜCÜ-Bewegung und die Muslimbruderschaft zumindest noch nicht. Das sind Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, die aber nicht unter die Regeln fallen, die zum Beispiel für den IS gelten. Das Ganze ist rechtlich schwierig: Wenn jemand dieses Zeichen nutzt, um damit zu provozieren, ist das klar, aber das Zeichen wird auch an anderen Orten unter anderen Gesichtspunkten gezeigt, deshalb ist das Ganze auch faktisch nicht so einfach.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, insbesondere den dortigen Rechtspolitikern, die Möglichkeit geben, das noch ein bisschen zu vertiefen. Mir geht es nicht darum, dass die Antragskommission nicht eine gewisse Grundsympathie für den Antrag hätte, aber ich finde – das gebietet unser formal korrekter Kampf gegen den Extremismus –, wir müssen den Extremismus in Deutschland rechtsstaatlich korrekt bekämpfen. Deswegen bitten wir darum, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion damit noch einmal beschäftigen mögen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Beuth. – Ich lasse über den Antrag C 128 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit, wenngleich es auch eine ganze Reihe von Gegenstimmen gab. Das war von hier oben deutlich zu sehen. Auf dem linken Flügel gab es viel mehr Zustimmung als Ablehnung auf dem rechten Flügel.

(Widerspruch)

Ich lasse gerne noch einmal abstimmen und bitte Sie, dabei auch einmal auf die andere Seite des Saals zu schauen. Wer beim Antrag C 128 dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Jetzt sind es sogar deutlich weniger. Enthaltungen? – Dann ist dem Votum der Antragskommission so gefolgt. – Vielen Dank.

Wir kommen zu den Anträgen C 129 bis C 154. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Antrag C 155 haben wir bereits erledigt.

Dann sind wir bei Antrag C 156. Dazu erhält Uwe Becker aus Hessen das Wort.

Uwe Becker: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen, meine Herren! Wir haben heute schon an anderer Stelle bei einem Antrag der Jungen Union über die Beziehungen Deutschlands zu Israel gesprochen und bereits dort unterstrichen, wie wichtig uns das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel ist. Es war Konrad Adenauer, der nach dem Schrecken des Holocausts, der Schoah, die ersten Anknüpfungspunkte in seinen Begegnungen mit David Ben-Gurion suchte. Es war zu Zeiten Ludwig Erhards, als im Zusammenspiel mit Ministerpräsident Levi Eschkol dann tatsächlich die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aufgenommen worden sind. Es war eine Kanzlerin der Christlich Demokratischen Union, nämlich unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mit ihrer Rede im israelischen Parlament, in der Knesset, bereits 2008 die Bedeutung und die Wichtigkeit dieser Beziehungen herausstellte und die Staatsraison Deutschlands betonte.

Wir als Christlich Demokratische Union in Deutschland waren es auch, die als erste Partei in unserem Land auf dem Parteitag 2016 in Essen die Anhänger der BDS-Bewegung, die Boykotte, Investitionen und Sanktionen überall auf der Welt seit über zehn Jahren fordert, als das bezeichnete, was sie sind: Antisemiten.

Heute geht es wieder um ein Thema, bei dem es wichtig ist, dass wir darüber sprechen. Es geht um die Frage: Wie halten wir es mit den Mitteln, die aus Deutschland und Europa an die Palästinensische Autonomiebehörde gehen? Die Themen sind komplex, aber an dieser konkreten Stelle geht es darum, ob wir zuschauen, wie mit europäischem und am Ende auch mit deutschem Steuergeld zumindest mittelbar Terrorismus finanziert wird oder nicht. Die Palästinensische Autonomiebehörde unter Mahmut Abbas führt seit Jahren schon Rentenprogramme durch, mit denen die Familien von palästinensischen Terroristen finanziell unterstützt werden. Je nach Schwere der Tat, je nach Schwere eines Attentats und damit je nach Höhe eines möglichen Gefängnisaufenthaltes liegt der Rentenbetrag, den die Palästinensische Autonomiebehörde an terroristische Familien zahlt, zwischen 300 Euro und 3 000 Euro im Monat. Damit macht die Palästinensische Autonomiebehörde den Terrorismus auch wirtschaftlich lukrativ; denn viele Familien dort haben weniger als diese 300 Euro bis 3 000 Euro zum Leben im Monat.

Wir lösen heute nicht den Nahostkonflikt, aber wir sollten ein starkes Zeichen setzen; denn wenn wir es mit der Staatsraison ernst meinen, dann müssen wir auch dort konkrete Entscheidungen treffen, wo im Augenblick die Existenz Israels infrage gestellt und der Staat mit Terror überzogen wird. Deswegen kann es nicht sein, dass aus deutschem und europäischem Steuergeld zumindest indirekt Terroristen und Familien von Terroristen wirtschaftlich profitieren.

(Vereinzelt Beifall)

Daher werbe ich dafür, dass wir zumindest so lange, wie die Palästinensische Autonomiebehörde ganz offiziell diese Zahlungen leistet und damit den Terror lukrativ macht, unsere europäischen Steuergelder an die Palästinensische Autonomiebehörde einfrieren; denn wir müssen unseren Worten von der Staatsraison auch Taten folgen lassen. Deswegen werbe ich dafür, jetzt diesen Antrag nicht an die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern hier auf diesem Parteitag ein klares Zeichen dafür zu setzen, dass sich Terror nicht lohnen darf und schon gar nicht mit deutschem und europäischem Steuergeld finanziert werden darf. Wir müssen zeigen, dass wir es mit der Staatsraison gegenüber Israel und dem Existenzrecht Israels auch dort ernst meinen, wo wir für unsere Freunde in Israel eintreten müssen. – Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Thomas de Maizière. – Dann kann sich schon einmal Marcel Tillmann zum Antrag C 162 bereithalten.

Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde aus Frankfurt, wir haben Sympathie für diesen Antrag. Trotzdem möchte ich bitten, bei dem Votum der Antragskommission zu bleiben.

Wir haben jetzt hier keinen Außenpolitiker gefunden, Jürgen Hardt oder Norbert Röttgen, die dazu etwas sagen könnten. Deswegen haben wir versucht, uns mit Bordmitteln zu informieren. Danach scheint es so zu sein: Die Mittel der EU werden für Projekte vergeben, natürlich nicht für Terrorfinanzierung, sondern für Bildung und Ähnliches. Wir würden ja die Schüler, die davon betroffen sind, bestrafen, wenn wir die Mittel jetzt einfrieren oder stoppen würden.

Dann ist gesagt worden, es gehe um Hinterbliebenenzahlungen im Zusammenhang mit dem Terror. Dazu ist mir jetzt vorgetragen worden, dass die Zahlungen nach EU-Informationen dann angeblich nicht geleistet werden, wenn Hinterbliebene in den Palästinensergebieten von einem gegen Israel gerichteten Vorhaben der oder des Getöteten wussten oder die palästinensischen Sicherheitsbehörden nicht informierten. Also schon bei dem Verdacht, dass sie sie nicht informiert haben, sollen diese Zahlungen wohl nicht mehr fließen. Da ich nicht genau weiß, was man durch die sofortige Annahme an außenpolitischem Porzellan zerschlagen würde und wir das hier nicht auf die Schnelle überprüfen können, würde ich bitten, dass wir diesen Antrag mit dem Anliegen, das wir natürlich verstehen, an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überweisen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wer der Überweisung an die Bundestagsfraktion zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen C 157 bis C 161. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir bei Antrag C 162. Dazu bekommt Marcel Tillmann das Wort.

Marcel Tillmann: Sehr geehrte Antragskommission! Liebe Delegierte! Ich möchte zu unserem Antrag sprechen, der hier unter „Erledigung“ steht. Es geht darum, dass Entbindungsstationen in ländlichen Krankenhäusern, die auch zur Grundversorgung zählen, durch andere Stationen quersubventioniert werden müssen. Unser Wunsch wäre es, hier die Vergütung von Geburten so anzupassen, dass die Vergütung generell, gerade am Anfang des Lebens, sichergestellt ist, sodass man nicht auf andere Abteilungen zurückgreifen muss. Wir sehen im Moment nicht, warum dies unter „Erledigung“ steht. Wir müssen den Antrag jetzt aber nicht zwingend annehmen. Ich würde anregen, ihn vielleicht zur weiteren Prüfung an die Bundestagsfraktion zu überweisen. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Karin Maag für die Antragskommission. – Tim Peters kann sich schon einmal für Antrag C 218 bereithalten.

Karin Maag, Antragskommission: Noch einmal herzlichen Dank für den Antrag! Die Erledigung liegt aus unserer Sicht darin, dass der sogenannte Gemeinsame Bundesausschuss – das ist die Organisation, die darüber entscheidet, was eine Krankenversicherung bezahlen muss – schon im April dieses Jahres darüber entschieden hat, dass es künftig auch Sicherstellungszuschläge für die Vorhaltung einer Fachabteilung für Geburtshilfe geben kann. Das Ganze tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. Das heißt: Jede geburtshilfliche Station, die notwendig ist, wird dann darüber vergütet. Wir glauben, dass der Antrag damit erledigt ist.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Trotzdem stimmen wir jetzt natürlich noch über das hier ausgewiesene Votum ab. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen und noch weniger Enthaltungen so beschlossen.

Dann sind wir bei den Anträgen C 163 bis C 217. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann sind wir beim Antrag C 218. Dazu bekommt noch einmal Tim Peters aus Brüssel das Wort.

Tim Peters: Liebe Parteifreunde! Als Mitglieder der CDU Brüssel fahren wir natürlich gerne einmal am Wochenende zum Einkaufen nach Aachen. Dann ist es blöd, wenn man an der Grenze noch kontrolliert wird. Nun gut, im Moment gibt es keine Binnengrenzkontrollen zwischen Brüssel und Aachen und auch nicht zwischen Belgien und den Niederlanden und nach Frankreich. Aber es gibt Kontrollen an drei bayrischen Grenzübergängen, wo sich ab und zu dann auch Staus bilden und die Wirtschaft, aber auch der Tourismus oder der kleine Grenzverkehr von Einkäufern jenseits der Grenze behindert werden. Das, finden wir, sollte im Binnenmarkt grundsätzlich nicht der Fall sein. Daher bitten wir um Zustimmung zu dem Antrag, diese Grenzkontrollen zum nächstmöglichen Zeitpunkt auslaufen zu lassen.

Wir glauben auch, dass der Schutz der EU-Außengrenzen absolut zentral ist. Dort müssen wir noch besser werden. Das ist ja auch ein Ziel von uns, auch ein Ziel der Europäischen Kommission. Da müssen wir besser werden; das muss auch über reines Grenzmanagement hinausgehen. Es kann nicht sein, dass wir nur besser registrieren und umverteilen an den Außengrenzen. Das Ziel muss sein, illegale Migration dort wirklich zu beenden. Aber wir wollen freie Binnengrenzen.

Ein Punkt noch: An den Binnengrenzen, die es aktuell gibt, wird ja auch niemand zurückgewiesen. Es wird sowieso nur an drei Grenzübergängen kontrolliert. Die illegalen Migranten wissen, wo es die gibt. Selbst wenn dort aus Versehen einmal einer aufgegriffen wird, dann sagt er einfach: „Asyl!“ und kommt trotzdem rein. Es ist also reine Symbolik. Von daher glaube ich – die bayrischen Landtagswahlen sind vorbei –, dass wir die Kontrollen auslaufen lassen können. – Vielen Dank für Zustimmung zu diesem Antrag.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Für die Antragskommission jetzt noch einmal Peter Beuth.

Peter Beuth, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Regierungsprogramm von CDU und CSU beschlossen, dass wir, bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, an den Binnengrenzkontrollen festhalten wollen. Das, was hier im Antrag vorgeschlagen wird, bedeutet ja, die Grenzkontrollen jetzt zu beenden, und das nicht unter irgendwelchen Voraussetzungen. Das hält die Antragskommission für falsch, meine Damen und Herren. Solange ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen nicht besteht, sind die Binnengrenzkontrollen notwendig.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich nun einmal einen Brennpunkt der bundespolizeilichen Feststellungen. Deswegen finden dort entsprechende Kontrollen statt. In erster Linie geht es hier um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. So sehr ich und auch die Antragskommission europäische Symbolik versteht: Hier hat nach unserer Auffassung die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Vorrang. Deswegen bitte ich darum, dem Votum der Antragskommission zu folgen und den Antrag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Tim Peters. Bitte, Herr Peters.

Tim Peters: Ich habe nur eine konkrete Nachfrage: Wie viele illegale Migranten sind innerhalb dieses Jahres an der bayerisch-österreichischen Grenze zurückgewiesen worden?

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Peter Beuth!

Peter Beuth, Antragskommission: Die Zahl, lieber Kollege, kann ich Ihnen nicht nennen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir in den ersten acht Monaten insgesamt bundespolizeiliche Feststellungen in einer Größenordnung von fast 8.000 an der deutsch-österreichischen Grenze hatten. Es geht ja auch nicht nur darum, ob wir jemanden zurückweisen, sondern es geht auch darum, dass wir feststellen, wer in unser Land kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist vernünftig und richtig, dass wir uns, solange wir diesen EU-Außengrenzenschutz noch nicht in der Form haben, wie wir uns das wünschen und

Sie es hier selbst vorgetragen haben, diese Option noch offenhalten müssen. Im Moment brauchen wir diese Binnengrenzkontrollen noch. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Votum der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Genau das werden wir jetzt herbeiführen. Ich frage, wer diesem Votum der Antragskommission zuzustimmen wünscht. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit ganz, ganz großer Mehrheit so beschlossen.

C 219. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch da so beschlossen.

C 220. Ich weise darauf hin, dass das ein Mitgliedierantrag ist. Nach § 6 Absatz 1 Ziffer 7 unserer Geschäftsordnung können 500 Mitglieder einen Antrag in den Bundesparteitag einbringen. Das ist bei den jetzt folgenden Anträgen geschehen.

Zum Antrag C 220 erteile ich Alexander Mitsch das Wort.

Alexander Mitsch: Im Antrag C 220 wird die CDU aufgefordert wird, sich im nächsten Jahr auf einem Sonderparteitag mit dem Thema Asyl und Migration zu beschäftigen. Ich glaube, das ist ein wesentliches Thema, das uns in den nächsten Jahren bewegen wird. Ich glaube auch, dass es gut ist, wenn wir als CDU uns intensiv, auch öffentlich, mit diesem Thema beschäftigen, wenn wir uns als Partei mit diesem Thema auseinandersetzen. Damit zeigen wir der Bevölkerung, dass wir als CDU Lösungen für diese dringenden Themen haben. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Michael Grosse-Brömer.

Michael Grosse-Brömer: Liebe Delegierte! Wir haben gestern sehr eindrücklich bewiesen, dass wir uns intensiv mit diesem Thema beschäftigen und dass wir verstanden haben, dass Asyl und Zuwanderung ein Thema ist, das die Menschen in unserem Lande interessiert. Aber, liebe Parteifreundinnen und -freunde, im Gegensatz zur AfD sind wir nicht auf ein einziges Thema angewiesen. Wir versuchen nicht, Stimmung in unserem Land zu machen.

(Teilweise Beifall)

Wir wollten nicht ansatzweise den Eindruck erwecken, als sei es bei uns ähnlich. Im Gegensatz zur AfD, die die Menschen aufhetzt und Ängste in Bezug auf dieses Thema aus parteipolitischen Gründen ausnutzt, haben die Union und die CDU immer die Haltung und die Stärke gehabt, sich mit den notwendigen Problemen in Deutschland auseinanderzusetzen, auch mit diesem Thema, wie wir gestern gesehen haben.

Wir sollten uns nicht nur auf dieses Thema konzentrieren; denn wir haben auch auf die anderen Zukunftsfragen dieses Landes Antworten. Wir haben uns in Karlsruhe 2015 und in Essen 2016 mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben die Karlsruher Erklärung dazu abgegeben, klare Haltung gezeigt und notwendige Änderungen eingearbeitet.

Wir haben seit der Wiedervereinigung keinen einzigen Sonderparteitag zu irgendeinem Sachthema veranstaltet, weil wir in der Lage waren, auf unseren regulären Parteitag die Sorgen und Ängste der Menschen aufzunehmen und ihre Fragen politisch zu beantworten.

(Teilweise Beifall)

Wir sollten es dabei belassen, dass wir klug genug sind, auf unseren Parteitag die wichtigen Themen anzusprechen. Deswegen bitte ich Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Soweit das Votum der Antragskommission, über das wir jetzt abstimmen werden. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei zwei Gegenstimmen und ohne Enthaltung mit großer Mehrheit so beschlossen.

(Teilweise Beifall)

C 221. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

C 222 ist bereits erledigt mit der Annahme von C 198.

C 223. Dazu erhält noch einmal Herr Mitsch das Wort.

Alexander Mitsch: Zunächst einmal möchte ich sehr herzlich dafür danken, dass die CDU auch für Basismitglieder die Möglichkeit geschaffen hat, Anträge auf dem Bundesparteitag zu stellen. Auch diesen Antrag haben 500 Mitglieder und mehr über CDUplus gestellt haben. Das ist ein tolles Instrument, mit dem unsere Mitglieder unabhängig von Kreisverbänden usw. Anträge stellen können.

Worum geht es im Antrag C 223? Es geht darum, dass wir unsere Mitglieder weiter stärken in dem Sinne, dass wir Mitgliederbefragungen zu bestimmten Themen durchführen. Ich glaube, es tut der CDU gut, wenn wir das Signal an unsere Mitglieder senden: Ihr habt als Mitglieder die Möglichkeit, zu bestimmten Themen befragt zu werden. In diesem Antrag sind die Themen genannt. Ich bitte darum, das Thema an den Bundesvorstand zu überweisen, aber bitte mit einem positiven Votum in dem Sinne, dass der Bundesvorstand gebeten wird, satzungstechnische Änderungen vorzunehmen. – Herzlichen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Thomas de Maizière für die Antragskommission.

Thomas de Maizière: Lieber Herr Mitsch, so ist der Antrag aber nicht formuliert, sondern der Antrag sagt, dass eine Mitgliederbefragung stattzufinden hat, wenn dies bereits 500 Mitglieder wollen. Das ist bei über 400 000 Mitgliedern ein viel zu niedriges Quorum. Das geht, glaube ich, nicht.

(Teilweise Beifall)

Zweitens schlagen Sie vor, dass per Mitgliedervotum zur Wahl des oder der Parteivorsitzenden aufgerufen werden kann. Das deutsche Parteienrecht, das für alle Parteien gilt, sieht das nicht vor. Das gilt auch für die Sozialdemokraten und für die Grünen. Man müsste also das Parteiengesetz ändern. Darüber kann man diskutieren, aber es geht nicht, dass mal eben per Mitgliederbefragung zur Wahl aufgerufen wird.

Ich bitte um Folgendes: Dass wir das Instrument der Mitgliederbefragung anders regeln wollen, das scheint klar zu sein. Aber lassen Sie uns den Vorschlag ganz neutral überweisen. Der Bundesvorstand wird einen guten Vorschlag machen, in welcher Weise man sinnvoll, vernünftig, zielführend und nicht spaltend Mitgliederbefragungen in der Union stärken kann.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Über das Votum der Antragskommission stimmen wir jetzt ab. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. – Vielen Dank.

C 224. Dazu hat abermals Herr Mitsch das Wort.

Alexander Mitsch: Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Frage, wer Delegierter bei den Bundesparteitagen werden kann. Ich glaube, es würde der CDU gut tun, wenn wir darauf achten, dass die Basis sehr viel stärker und weniger Hauptamtliche auf den CDU-Bundesparteitagen vertreten sind. Meine Frage an die Antragskommission ist: Warum empfehlen Sie die Ablehnung des Antrages? Das würde ich gerne begründet haben. – Danke.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Das können wir sicher auflösen. Nochmal Thomas de Maizière.

Thomas de Maizière: Lieber Herr Mitsch, auch diesem Antrag kann man einiges abgewinnen, aber über die Frage, wer Delegierter wird, entscheiden die Landesverbände. Die Praxis in den Landesverbänden ist unterschiedlich. Deswegen hatten wir keine Zustimmung empfohlen, weil wir nicht vom Bundesparteitag aus den Landesverbänden vorschreiben wollen, wie sie ihre Delegierten wählen; vielmehr soll in den Landesverbänden entschieden werden. Deswegen Ablehnung.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Dann lasse ich jetzt über dieses Votum abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

C 225. Abermals Herr Mitsch.

Alexander Mitsch: Auch dieser Antrag ist von vielen Basismitgliedern gestellt worden. Kurz die Argumentation: Demokratie lebt vom Wechsel. In den USA ist es ein erfolgreiches Modell, dass für den Präsidenten nach zwei Amtsperioden Schluss ist. Dieses System könnten wir in Deutschland durchaus übernehmen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Lisa Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Vielen Dank für den Antrag, aber wir sprechen uns dagegen aus. Wir denken, es sollte politisch entschieden werden, ob man einem Regierungschef, einer Regierungschefin das Vertrauen häufiger als zweimal ausspricht. Wir haben in unserer jüngeren Geschichte damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Deshalb bittet die Antragskommission um Ablehnung des Antrags. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Darüber wollen wir jetzt abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei einigen Gegenstimmen ohne Enthaltungen dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

C 226. Dazu noch einmal Herr Mitsch.

Alexander Mitsch: Auch bei Antrag C 226 geht es eigentlich darum, mehr innerparteiliche Demokratie zu ermöglichen. Uns geht es darum, dass wir mit diesem Antrag den Mitgliedern die Chance geben wollen, sich auf Kreis- und Bezirkstagen stärker einzubringen. Das heißt, Kreis- und Bezirkstage sollen zukünftig grundsätzlich mitgliederoffen sein, und es soll auch die Möglichkeit bestehen, dass alle Mitglieder auf diesen Kreis- und Bezirkstagen an Vorstandswahlen teilnehmen können – also auch online.

Ich glaube, das ist ein schönes Instrument, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, mehr Einfluss zu nehmen. Es würde der CDU guttun, wenn wir das Zeichen aussenden würden: Unsere Mitglieder sind uns wichtig. Ihr könnt alle auf Kreis- und Bezirksparteitagen mitmachen. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Antragskommission: Vielen Dank. – Jetzt hat sich auch noch Martin Fischer aus Hessen dazu gemeldet. – Herr Fischer, ich entschuldige mich gleich: Sie haben auf dem Blatt vermerkt, dass Sie auch zu C 224 sprechen wollten. Das ist untergegangen, weil es auf einem Blatt Papier stand. Ich bitte um Nachsicht.

Martin Fischer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag C 224 ist erledigt; deswegen brauche ich dazu nicht zu sprechen.

Ich spreche zu C 226, mit dem der Antragsteller beantragt, die Kreisparteitage und die Bezirksparteitage grundsätzlich mitgliederoffen zu machen.

Meine sehr verehrten delegierten Mitglieder, für die Kreisverbände und die Bezirksverbände besteht ja jetzt schon die Möglichkeit, dies mitgliederoffen durchzuführen. Deshalb muss man das nicht grundsätzlich festlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein weiterer Grund dafür ist – und ich glaube, Sie werden das als Vertreter aus den Kreisverbänden wissen –: Das hat auch was mit Kosten zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir diese Kosten den Kreisverbänden aufbürden würden, dann müssten wir auch sagen, wo die Mittel dafür herkommen. Aus den Mitgliederbeiträgen möchte ich diesen zusätzlichen Aufwand nicht finanzieren.

Deswegen spreche ich mich als Kreisgeschäftsführer auch dafür aus, hier der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und den Antrag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt spricht noch Thomas de Maizière für die Antragskommission.

Thomas de Maizière, Antragskommission: Keine Ergänzung.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Dann stimmen wir ab. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei drei, vier Gegenstimmen und keinen Enthaltungen so beschlossen. – Herzlichen Dank.

Damit sind wir mit den regulären C-Anträgen durch. Wir haben aber auch noch Initiativanträge, die zu beraten sind. Dazu liegt Ihnen eine Tischvorlage mit den Voten der Antragskommission vor.

Ich habe derzeit nur eine einzige Wortmeldung, und zwar zum Antrag C 232. Ich frage mal, ob es weitere Wortmeldungen zu den Initiativanträgen gibt. – Da das nicht der Fall ist, würde ich jetzt gerne den Initiativantrag C 232 vorziehen und danach in Cumulo über alle anderen Initiativanträge bzw. über die Voten der Antragskommission abstimmen lassen. Findet das Ihre Zustimmung? – Herzlichen Dank.

Ich rufe den Antrag C 232 auf.

Dazu erhält Mark Rüter das Wort.

Mark Rüter: Guten Tag! Das ist schon das zweite Mal, dass es heute bei einem Antrag um die Deutsche Umwelthilfe geht. Beim letzten Antrag – C 113 – ging es um die Allgemeinnützigkeit, die aberkannt werden sollte. Hier geht es darum, dass keine Bundesmittel mehr für die Deutsche Umwelthilfe gezahlt werden sollen. Die Empfehlung der Antragskommission ist, den Antrag anzunehmen.

In meinem Ortsverband gibt es einen sehr engagierten Mann, Burkhard Jäkel, der für die Deutsche Umwelthilfe arbeitet. Sie sorgen für mehr als nur für Fahrverbote für einzelne Straßen, sondern sie bearbeiten ein ganzes Spektrum. Fahrverbote für einzelne Straßen: Das ist nur ein Thema von vielen. Man kann der Deutschen Umwelthilfe nicht das ganze Geld und damit ihre Grundlage entziehen, nur weil man ein Thema nicht mag, nämlich, dass Fahrverbote für einzelne Straßen erwirkt werden.

Mein Eindruck ist, dass die Betrugssoftware der Autohersteller jetzt im Nachhinein ein bisschen legalisiert werden soll. Ich bitte darum, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und diesen Antrag abzulehnen, sodass weiterhin, wie gewohnt, Bundesmittel an die Deutsche Umwelthilfe gezahlt werden. – Danke.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht jetzt Gitta Connemann.

Gitta Connemann, Antragskommission: Lieber Herr Rüter, Sie haben das Thema „Deutsche Umwelthilfe“ angesprochen. Das ist ein Verein. Wir als Union lieben Vereine, echte, richtige Vereine, mit aktiven Mitgliedern, die sich ehrenamtlich engagieren.

(Beifall)

Dafür steht die Union, und das war hier auch Gegenstand unterschiedlicher Anträge.

Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass genau diese Vereine durch das Privileg der Gemeinnützigkeit unterstützt werden. Der Steuerzahler nimmt Geld in die Hand, um für die Arbeit dieser ehrenamtlichen Vereine ein finanzielles Fundament zu bieten.

Deshalb müssen wir aber auch genau hinschauen, wenn es Einrichtungen gibt, die unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit agieren.

(Vereinzelt Beifall)

Mit wem haben wir es bei der Deutschen Umwelthilfe zu tun? Vielleicht nur drei Zahlen: Die Deutsche Umwelthilfe hat 347 Mitglieder. Das ist mehr, als manch anderer Verein hat. Sie hat aber insgesamt 100 Arbeitnehmer und Einkünfte von neun Millionen Euro allein in Deutschland.

Diese neun Millionen Euro speisen sich auf der einen Seite aus Strafgeldern – das ist ein ganz lukratives Geschäftsmodell einer Abmahnkanzlei; nichts anderes – und auf der anderen Seite aus Spenden. Zu diesen Spendern gehören unter anderem Brauereien und Autokonzerne.

Das ist übrigens auch Gegenstand einer E-Mail, die die Deutsche Umwelthilfe gestern auch an unsere Parteitagsdelegierten geschickt hat. Ich zitiere daraus:

Denn wir werden dort angesprochen als geräuschlose Konspiration eines Autokartells mit der Politik oder aber als Partei, die von Dieselnkonzernen gesteuert sei.

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Liebe Umwelthilfe, umgekehrt wird ein Schuh draus. Diejenige, die sich steuern lässt, ist die Deutsche Umwelthilfe, und zwar massiv durch das Thema Geld.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle seien die Spenden von Autokonzernen genannt. Ich finde, es stinkt zum Himmel, wenn ein Autokonzern, der in Deutschland kaum Dieselfahrzeuge verkauft, eine Kampagne gegen Dieselfahrer in Deutschland mitfinanziert. Das geht nicht.

(Beifall)

Ich bin bei Herrn Rüter – er hat gerade einen wichtigen Punkt angesprochen –: Er sagte, wir müssen doch darauf achten, dass auch Messwerte eingehalten werden. – Absolut richtig! Aber genau darum geht es der Deutschen Umwelthilfe doch gar nicht, denn wenn es wirklich darum ginge, dass das Klima in Deutschland verbessert werden soll, dann würden mir ganz andere, größere Umweltsünder einfallen, die angesprochen werden müssten. Aber genau das tut die Deutsche Umwelthilfe nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Diejenigen, die angesprochen werden, sind die normalen Dieselfahrer, die hier an den Pranger gestellt und mit einem Feldzug überzogen werden.

Wenn man dann noch sieht, dass es gerade die Deutsche Umwelthilfe gewesen ist, die 2007 dafür gesorgt hat, dass neue Dieselfahrzeuge mit einem Dieselpartikelfilter ausgestattet worden sind, wodurch sie für einen höheren Stickstoffdioxidausstoß gesorgt hat, dann weiß man, um was es geht. Es geht eben nicht um Grenzwerte, es geht nicht um Umweltschutz, sondern es geht um Geld.

(Vereinzelt Beifall)

Vor diesem Hintergrund tun wir als Partei gut daran, wenn wir darauf achten, dass zukünftig keine Gelder aus Bundeshaushalten mehr an diese Institution fließen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bitte ich um Zustimmung für das Votum der Antragskommission. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Das war zum Schluss unserer Antragsberatungen noch mal ein Feuerwerk. – Darum möchte ich jetzt gerne auch über dieses Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer Gitta Connemann und der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stimmen nun abschließend über alle verbliebenen Initiativanträge ab, die Ihnen mit den Voten der Antragskommission vorliegen. Wer diesen anderen Initiativanträgen in der vorliegenden Form der Voten der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die disziplinierte Abarbeitung von fast 300 Anträgen. Das war wirklich klasse. Und ich bedanke mich auch dafür, dass das Plenum noch so voll ist. Ich finde, das steht uns auch gut zu Gesicht. Herzliches Dankeschön an Sie, an die Delegierten!

(Beifall)

Dr. Roland Heintze, Tagungspräsidium: Wir sind auf der Schlussgeraden der Tagesordnung. TAGESORDNUNGSPUNKT 26:

Schlusswort

Unsere Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat das Schlusswort.

Annegret Kamp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, liebe Gäste, wir sind am Ende eines Bundesparteitages angelangt, der in jeder Hinsicht ein ganz außergewöhnlicher war. Ob er ein historischer im guten Sinne sein wird, liegt jetzt vor allen Dingen an uns selbst. Es liegt an uns, was wir aus den Entscheidungen dieses Parteitages, aus den personellen Entscheidungen, aber auch und gerade aus den programmatischen Entscheidungen – das worüber wir in den letzten Stunden diskutiert haben – für die Zukunft machen werden. Dafür, dass Sie alle Teil dieses besonderen Parteitages waren, dass Sie auch zu Beginn eines Adventswochenendes so lange und so diszipliniert ausgehalten haben, auch von uns hier oben ein ganz, ganz herzliches Dankeschön und ein großes Kompliment! Ich finde, das spricht für Sie und für unsere Partei insgesamt.

(Beifall)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz, ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich zuerst einmal bei unseren Freunden hier aus dem Landesverband Hamburg mit ihrem Landesvorsitzenden

Dr. Roland Heintze an der Spitze für die Gastfreundschaft herzlich bedanken. Lieber Roland, ein herzliches Dankeschön, auch für den wunderbaren Hamburger Abend gestern! Vielen Dank, ihr wart tolle Gastgeber!

(Beifall)

Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei den Sponsoren und Ausstellern. Ohne Sponsoren wäre ein solcher Parteitag, wäre unsere Arbeit nicht möglich. Wenn Sie noch nicht die Gelegenheit hatten, bei den Ausstellern vorbeizuschauen, können Sie das beim Rausgehen tun: Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen. Allen ein herzliches Dankeschön! Wir freuen uns, wenn wir Sie alle beim nächsten Parteitag wieder bei uns haben.

(Beifall)

Ein herzliches Dankeschön auch an die Hamburger Messe. Ich darf mich auch hier für die guten Tagungsmöglichkeiten bedanken. Die erfolgreiche Durchführung des Parteitages war und ist sicherlich nur möglich, wenn viele Räder ineinander greifen. Das hat in diesen Tagen hervorragend funktioniert. Ich darf an dieser Stelle auch ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen und ein ganz großes Kompliment an das Konrad-Adenauer-Haus, insbesondere an Ulf Leisner und seine Mannen und Frauen machen, für das tolle Bühnenbild und alles, was hier aufgebaut worden ist.

(Beifall)

Dieses Kompliment hat er und haben sie alle verdient. Ein herzliches Dankeschön geht nicht nur an Ulf Leisner, sondern an alle Kolleginnen und Kollegen des Konrad-Adenauer-Hauses, stellvertretend an dich, lieber Klaus, und alle, die dich unterstützt haben.

(Beifall)

Ich will es noch einmal ganz ausdrücklich sagen: Wir haben den ganzen Sommer über mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Konrad-Adenauer-Haus die Zuhör-Tour organisiert. Wir haben aus den vielen Wortmeldungen Leitfragen formuliert, wir haben dort, wo wir konnten, im Wahlkampf unterstützt. Wir haben aus dem Stehgreif heraus – das sind ja immer ein und dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – acht wunderbare und tolle Regionalkonferenzen organisiert und parallel dazu diesen besonderen Parteitag. Ich finde, das ist ein ganz, ganz großes Kompliment wert; denn alle haben sich echt ins Zeug gelegt. Das zeigt, dass bei uns hauptamtliche und ehrenamtliche Strukturen gut ineinandergreifen; das soll und das muss für die Zukunft auch so bleiben. Liebe Kollegen, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Ich möchte mich ganz besonders bei allen Kräften, der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und Ärzten für ihren engagierten Einsatz hier am und um den Parteitag bedanken. Ich möchte das nicht nur mit Blick auf diesen Parteitag sagen. Vielmehr gilt dieser

Dank des gesamten Parteitages, der gesamten Partei für Ihre Arbeit tagein, tagaus. Sie stehen in einer besonderen Art und Weise für unser Gemeinwesen, in einer besonderen Art und Weise für unseren Staat. Sie sind Repräsentanten dieses Gemeinwesens, dieses Staates. Wir können gar nicht genug Danke sagen, nicht nur heute, sondern immer wieder. Deswegen einen kräftigen Applaus für alle, die für uns gesorgt haben!

(Beifall)

Ich möchte mich auch bei allen Vertreterinnen und Vertretern der Medien bedanken, die so zahlreich und bis jetzt über unseren Parteitag berichtet haben. Wir haben uns bemüht, Ihnen ein spannendes Programm zu bieten. Ich glaube, das ist gelungen. Was Sie jetzt in der Berichterstattung daraus machen, liegt an Ihnen; das ist journalistische Unabhängigkeit. Wir werden das dann in den nächsten Tagen verfolgen. Danke, dass Sie hier waren. Danke für Ihre Berichterstattung.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz, ganz herzlich bei der Antragskommission und insbesondere bei Thomas de Maizière als Vorsitzenden und allen, die daran mitgearbeitet haben, bedanken. Lieber Thomas, ich weiß nicht, wann wir das letzte Mal so viele Anträge hatten; aber dass es so gut vorbereitet war, dass wir in der Sache so wichtige Anträge beraten konnten, liegt auch am Engagement der Antragskommission. Ich darf in diesen Dank das gesamte Tagungspräsidium und hier insbesondere Oliver Wittke einschließen, der gerade so wunderbar durch die gesamte Antragsberatung geführt hat. Lieber Oliver, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Zuletzt möchte ich mich natürlich bei Ihnen bedanken, liebe Delegierte, liebe Gäste, die Sie hier sind. Ein herzlicher Dank dafür, dass Sie hier waren, dass Sie die Weichen für die Zukunft personell und programmatisch auf diesem Parteitag mit gestellt haben, dass Sie tagein, tagaus, das ganze Jahr über als Vertreter, als Repräsentanten der Mitglieder in unserer Partei, für unsere Partei für unsere gemeinsame politische Sache arbeiten.

Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Heimweg: Kommen Sie gut, schnell und sicher nach Hause, damit Sie hoffentlich noch ein besinnliches Adventswochenende mit Ihrer Familie verbringen können. Ich wünsche Ihnen insgesamt eine besinnliche Adventszeit und Gottes Segen für ein gutes neues Jahr 2019.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, verehrte Gäste, es ist gute Tradition bei der CDU Deutschland, dass wir unsere Veranstaltung mit dem Lied aller Deutschen, der Nationalhymne, beenden. Dazu bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Anhaltender Beifall)

(Schluss: 14.48 Uhr)

A N H A N G
Beschlussprotokoll
des 31. Parteitags der CDU Deutschlands
am 7./8. Dezember 2018 in Hamburg

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
11. Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2016 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Entlastung des Bundesvorstandes
15. Bericht der Mandatsprüfungskommission
16. Wahl des Bundesvorstandes
- 16.1 Wahl der/des Vorsitzenden
- 16.2 ggf. Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs
- 16.3 Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.4 Wahl der/des Bundesschatzmeisterin/Bundesschatzmeisters
- 16.5 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

- 16.6 Wahl der/des Mitgliederbeauftragten
- 16.7 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2020
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP) vom 01.01.2019 bis 31.12.2020
19. Wahl der Rechnungsprüfer
20. Antrag des Bundesvorstandes „Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU“
Beratung und Beschlussfassung
21. Antrag des Bundesvorstandes „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.“
Beratung und Beschlussfassung
22. Antrag des Bundesvorstandes „An der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten – die Bundeswehr weiter stärken.“
Beratung und Beschlussfassung
23. Antrag des Bundesvorstandes „Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken sowie die Migration besser regeln und steuern.“
Beratung und Beschlussfassung
24. Änderungen des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU
- 24.1 Antrag des Bundesvorstandes
– Anpassung von § 22 Statut der CDU an die Vorgaben der DS-GVO
– Mitgliedschaft des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
in Präsidium und Bundesvorstand
Beratung und Beschlussfassung
- 24.2 Weitere B-Anträge
Beratung und Beschlussfassung
25. Sonstige Anträge
Beratung und Beschlussfassung
26. Schlusswort

Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 31. Parteitags der CDU Deutschlands am 7. Dezember 2018 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Dr. Roland Heintze
Beisitzer:	Daniel Günther MdL Andreas Jung MdB David McAllister MdEP Nadine Schön MdB Antje Tillmann MdB Oliver Wittke MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 31. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Dr. Thomas de Maizière MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Klaus Schüler

Weitere Mitglieder:

Christian Baldauf MdL	Prof. Dr. Günter Krings MdB
Helge Benda	Thomas Kufen
Peter Beuth MdL	Karl-Josef Laumann
Dr. Ralf Brauksiepe	Karin Maag MdB
Heike Brehmer MdB	Dr. Michael Meister MdB
Steeven Bretz MdL	Elisabeth Motschmann MdB
Daniel Caspary MdEP	Carsten Müller MdB
Gitta Connemann MdB	Egon Primas MdL
Dr. Maria Flachsbarth MdB	Thomas Rachel MdB
Dr. Rainer Gerding	Marco Reuter
Marcel Grathwohl	Patrick Schnieder MdB
Michael Grosse-Brömer MdB	Nadine Schön MdB
Serap Güler MdL	Kai Seefried MdL
Christian Haase MdB	Dr. Johann David Wadehul MdB

Mechthild Heil MdB	Raymond Walk MdL
Thomas Heilmann MdB	Marco Wanderwitz MdB
Dr. Roland Heintze	Henrik Wärner
Josef Hovenjürgen MdL	Annette Widmann-Mauz MdB
Andreas Jung MdB	Bettina M. Wiesmann MdB
Vincent Kokert MdL	Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 31. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Bereichsleiter Organisation & Veranstaltungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Götz Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern Evelin Groß Geschäftsführerin des CDU-Landesverbandes Thüringen Oliver Thiel Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hamburg

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellv. Vorsitzende:	Ute Elias CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Abrusatz	Lutz	KV Minden-Lübbecke
Albrecht	Tim	KV Rendsburg-Eckernförde
Arnst	Martin	KV Warendorf-Beckum
Assaeva	Madina	KV Rendsburg-Eckernförde
Bauder	Yvonne	KV Esslingen

Bechtle	Markus	KV Enzkreis/Pforzheim
Blank	Andreas	KV Wuppertal
Braun	Wolfgang	KV Saarbrücken Stadt
Brill	Hubert	KV Olpe
Dinter	Cordula	KV Märkisch-Oderland
Dussin	Stefan	KV Aachen
Ehrle	Manfred	BV Württemberg- Hohenzollern
Elsemann	Josef	KV Wesel
Enzenberg	Anja	CDU-Bundesgeschäfts- stelle
Epper	Claudia	KV Duisburg
Ernst	Harald	KV Herford
Fischer	Martin	KV Main-Kinzig
Gericke	Marita	KV Schaumburg
Goda	Walter	KV Vechta
Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
Hall	Tanja	KV Schwarzwald-Baar
Hanser	Brigitte	KV Breisgau-Hoch- schwarzwald
Heilmann	Heinz-Peter	KV Rems-Murr
Heißler	Nicole	KV Karlsruhe-Land
Hess	Philipp	KV Main-Tauber
Hölsken	Marion	KV Leverkusen
Holsträter	Christoph	KV Bottrop
Höring	Lennart	KV Rhein-Erft
Jasper	Markus	KV Borken
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Jung	Roland	KV Siegen-Wittgenstein
Kalusche	Manon-Kristin	KV Stuttgart
Kirner	Petra	KV Ostholstein
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Klemme	Walter	KV Weserbergland
Kuon	Angela	KV Biberach
Leicht	Eike David	KV Remscheid
Lülff	Fabian	KV Höxter
Lüttgens	Hanswalther	KV Paderborn
Machel	Roswitha	BV Nordostniedersachsen

Machill	Johannes	KV Steinfurt
Mannheims	Carsten	KV Aachen-Land
Masseling	Stephan	KV Bonn
Mehlkopf-Cao	Thomas	KV Mühlheim an der Ruhr
Meierkord	Marc	KV Hagen
Nies	Friedrich	KV Hochsauerland
Orthey	Harald	KV Westerwald
Paul	Wilma	KV Konstanz
Pelz	Kerstin	CDU-Bundesgeschäfts- stelle
Pfrommer	Ursula	KV Calw
Poschmann	Daniela	LV Thüringen
Ramakers	Bernd	BV Aachen
Rambaud	Pascal	KV Saarpfalz
Richter	Jens	KV Rotenburg (Wümme)
Roth	Martin	KV Kassel-Land
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Scharlemann	Ursula	KV Uelzen
Schary	David	KV Bochum
Scherler	Thomas	KV Märkisch Oderland
Schmidt	Iris	KV Vogelsberg
Schmidt	Jakob	KV Hamburg-Nord
Schmidt	Mario	KV Dresden
Seidel	Stephan	KV Viersen
Sepbach	Bernd	KV Heilbronn
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden u. Rastatt
Spittler	Martin	KV Ennepe-Ruhr
Spittler-Lindemann	Silke	KV Ennepe-Ruhr
Tietz	Iris	KV Oberberg
Tormählen	Dirk	KV Cuxhaven
Volquardsen	Sabine	LV Thüringen
Voss	Uwe	LKV Segeberg
Walter	Ulrike	KV Lüneburg
Wedermann	Beate	KV Friesland
Wehrhausen	Karoline	KV Ortenau
Willig	Marcel	KV Rhein-Lahn
Woermann	Michaela	KV Neuwied

Zippelius	Nicolas	KV Karlsruhe-Stadt
Zabel	Jennifer	CDU-Bundesgeschäfts- stelle
Zurek	Michelle	CDU-Bundesgeschäfts- stelle

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP

8a/8b): Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands, Henning Otte MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Philipp Murmann**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2016** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für seine Wahlperiode **Entlastung**. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 15: Die **Mandatsprüfungskommission** des 31. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 vollstimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 31. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 13:35 Uhr 1.000 Delegierte anwesend.

Der 31. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Klaus-Dieter Götz gez. Evelin Groß gez. Oliver Thiel”

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP

16.1: Wahl der/des Vorsitzenden

1. Wahlgang

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 999

Ungültig: 0

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 999

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 500

Es erhielten:

Annegret Kramp-Karrenbauer 450

Friedrich Merz 392

Jens Spahn MdB 157

Nein: 0

Die zur Wahl erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht.

Stichwahl

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 999

Ungültig: 0

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 999

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 500

Es wurde gewählt:

Annegret Kramp-Karrenbauer 517

Es wurde nicht gewählt:

Friedrich Merz 482

Nein: 0

Zu TOP

16.2: Wahl des Generalsekretärs

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 834

Ungültig: 4

Enthaltungen: 29

Gültige Stimmen: 801

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 401

Ja: 503

Nein: 298

Es wurde gewählt:

Paul Ziemiak MdB

Zu TOP

16.3: Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 975

Ungültig: 11

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 964

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 483

Es wurden gewählt:

Volker Bouffier MdL 868

Julia Klöckner 829

Armin Laschet MdL 729

Thomas Strobl	572
---------------	-----

Dr. Ursula von der Leyen MdB	554
------------------------------	-----

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt fünf Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter 2 Frauen. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP

16.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	637
-------------------------------------	-----

Ungültig:	0
-----------	---

Enthaltungen:	7
---------------	---

Gültige Stimmen:	630
------------------	-----

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	316
----------------------------------	-----

Ja:	617
-----	-----

Nein:	13
-------	----

Es wurde gewählt:

Dr. Philipp Murrmann

Zu TOP

16.5: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	895
-------------------------------------	-----

Ungültig:	5
-----------	---

Enthaltungen:	0
---------------	---

Gültige Stimmen:	890
------------------	-----

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	446
----------------------------------	-----

Es wurden gewählt:

Jens Spahn MdB	793
----------------	-----

Michael Kretschmer	735
--------------------	-----

Karl-Josef Laumann	680
--------------------	-----

Mike Mohring MdL	647
------------------	-----

Dr. Bernd Althusmann MdL	611
Prof. Monika Grütters MdB	603
Annette Widmann-Mauz MdB	500

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter 2 Frauen. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP

16.6: Wahl des Mitgliederbeauftragten

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	714
Ungültig:	3
Enthaltungen:	11
Gültige Stimmen:	700
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	351
Ja:	675
Nein:	25

Es wurde gewählt:

Henning Otte MdB

Zu TOP

16.7: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	904
Ungültig:	31
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	873
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	437
Es wurden gewählt:	
Christian Baldauf MdL	779
Dr. Reiner Haseloff MdL	776
Hermann Gröhe MdB	770

Herbert Reul	743
Serap Güler	736
Mechthild Heil MdB	732
Dr. Johann David Wadephul MdB	708
Ina Scharrenbach	707
Prof. Dr. Otto Wulff	704
Lucia Puttrich MdL	702
Peter Altmaier MdB	700
Marco Wanderwitz MdB	689
Elmar Brok MdEP	688
Monika Wüllner	679
Thomas Kufen	679
Dr. Stefan Heck	676
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	674
Peter Beuth MdL	662
Olav Gutting MdB	656
Elisabeth Heister-Neumann	656
Elisabeth Motschmann MdB	651
Marcus Weinberg MdB	649
Thomas Bareiß MdB	647
Vincent Kokert MdL	629
Gudrun Heute-Bluhm	615
Elke Hannack	569

Danach wurden im 1. Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 10 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Marc Speicher MdL	561
Sylvia Pantel MdB	398

Zu TOP 17: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2020:

Ordentliche Mitglieder:

Elmar Brok MdEP
 Michael Gahler MdEP
 Dr. Inge Grässle MdEP
 Jürgen Hardt MdB
 Werner Jostmeier
 Gunther Krichbaum MdB
 Dr. Werner Langen MdEP
 Dr. Katja Leikert MdB
 Lucia Puttrich MdL
 Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
 Katherina Reiche
 Jens Spahn MdB
 Stephan Toscani MdL
 Dr. Christian von Boetticher

Stellvertretende Mitglieder:

Robert Baumgart
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Birgit Collin-Langen MdEP
 Claudia Crawford
 Lena Düpont
 Dr. Christoph Konrad
 Dr. Hardy Ostry
 Younes Ouaqasse
 Dr. Tim Peters
 Dr. Markus Pieper MdEP
 Agata Reichel-Tomczak
 Detlef Seif MdB
 Sabine Verheyen MdEP
 Bertil Wenger

Zu TOP 18: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2020 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP:**

Delegierte:

Hildegard Bentele MdA

Ersatzdelegierte:

Silke Adam

Dr. Julia Dinn	Robert Baumgart
Elke Duhme	Dr. Stefan Berger MdL
Ulrich Francken	Dr. Ralf Brauksiepe
Thorsten Frei MdB	Silvia Breher MdB
Olav Göhs	Dr. Annette Bunse
Fabian Gramling MdL	Claudia Crawford
Susanne Grobien MdB	Felix Diekmann-Lange
Jürgen Hardt MdB	Lena Düpont
Dr. Roland Heintze	Jens Eckhoff MdB
Nathalie Herberger	Klaus-Dieter Götz
Marion Herdan	Stefan Gruhner MdL
Elisabeth Jeggle	Edith Grupp
Werner Jostmeier	Hartmut Hamerich MdL
Oliver Krauß MdL	Claudia Hassenbach
Gunther Krichbaum MdB	Antonia Haufler
Lars Kuhlmann	Apostolos Kelemidis
Clemens Lammerskitten MdL	Dr. Christoph Konrad
Dr. Katja Leikert MdB	Gisela Manderla
Christian Möbius	Christian Meißner
Jens Nacke MdL	Dr. Stephan Meyer MdL
Henning Otte MdB	Dr. Hardy Ostry
Lucia Puttrich MdL	Younes Ouqasse
Katherina Reiche	Dr. h.c. Doris Pack
Herbert Reul	Dr. Patricia Peill MdL
Barbara Richstein MdL	Manfred Pentz MdL
Dr. Josef Rosenbauer	Dr. Tim Peters

Helmut Sauer	Henning Rehbaum MdL
Uwe Schäfer	Agata Reichel-Tomczak
Dr. Klaus Schüler	Günther Schartz
Jens Spahn MdB	Dr. Klaus Schüler
Daniel Sturm MdL	Bernd Schulze-Waltrup
Roland Theis MdL	Detlef Seif MdB
Stephan Toscani MdL	Martina Sharman
Ann Christin von Allwörden MdL	Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Christian von Boetticher	Dr. Hanno Thewes
Marion Walsmann MdL	Tobias Utter MdL
Marco Wanderwitz MdB	Jesko v. Samson-Himmelstjerna
Marc Weinmeister	Bertil Wenger
Karin Wolff MdL	Lars-Jörn Zimmer MdL

Zu TOP 19: Wahl der Rechnungsprüfer

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Peter Jacoby

Dorothea Störr-Ritter

Cornelia Yzer

Zu TOP 20: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes „**Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU**“ folgende Beschlüsse:

D 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 5	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

D 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 7	Behandlung bei Ziffer 9
D 7	Erledigt bei Ziffer 9
D 8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 10	Ablehnung
D 11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 16	Behandlung bei Ziffer 11
D 16	Erledigt bei Ziffer 11
D 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 19	Ablehnung
D 20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 25	Behandlung bei Ziffer 2
D 25	Erledigt bei Ziffer 2
D 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 28	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 33	Behandlung bei Ziffer 7
D 33	Erledigt bei Ziffer 7
D 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 35	Behandlung bei Ziffer 7
D 35	Erledigt bei Ziffer 7
D 36	Behandlung bei Ziffer 5
D 36	Erledigt bei Ziffer 5
D 37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 38	Behandlung bei Ziffer 7
D 38	Erledigt bei Ziffer 7
D 39	Behandlung bei Ziffer 7
D 39	Erledigt bei Ziffer 7
D 40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 42	Ablehnung
D 43	Behandlung bei Ziffer 7
D 43	Erledigt bei Ziffer 7
D 44	Ablehnung
D 45	Ablehnung
D 46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 49	Ablehnung
D 50	Behandlung bei Ziffer 7
D 50	Erledigt bei Ziffer 7
D 51	Annahme
D 52	Behandlung bei Ziffer 4
D 52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 53	Ablehnung
D 54	Ablehnung
D 55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 57	Ablehnung
D 58	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 67	Ablehnung
D 68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 70	Ablehnung
D 71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 72	Annahme

D 73	Ablehnung
D 74	Behandlung bei Ziffer 2
D 74	Erledigt bei Ziffer 2
D 75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 78	Behandlung bei Ziffer 11
D 78	Erledigt bei Ziffer 11
D 79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 82	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 82 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 21: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **„Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.“** folgende Beschlüsse:

A 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 4	Ablehnung
A 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 8	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 4

A 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 11	Ablehnung
A 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 14	Ablehnung
A 15	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 4
A 16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 20	Erledigt bei Ziffer 13
A 21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 24	Erledigt bei Ziffer 7
A 25	Erledigt bei Ziffer 7
A 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 32	Erledigt
A 33	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 36	Erledigt bei Ziffer 21
A 37	Erledigt
A 38	Ablehnung
A 39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 50	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 56	Ablehnung
A 57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 58	Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 59 Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
- A 60 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 61 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 62 Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung
- A 63 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 64 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 65 Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
- A 66 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 67 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 68 Ablehnung
- A 69 Ablehnung
- A 70 Ablehnung
- A 71 Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
- A 72 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 73 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 74 Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
- A 75 Erledigt bei Ziffer 9
- A 76 Ablehnung
- A 77 Erledigt

A 78	Ablehnung
A 79	Erledigt bei Ziffer 11
A 80	Erledigt
A 81	Erledigt bei Ziffer 13
A 82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 85	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 12
A 86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 89	Ablehnung
A 90	Überweisung an den BACDJ
A 91	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 92	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 17
A 93	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 94	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 17
A 95	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 96	Erledigt
A 97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 98	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 99	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 17
A 100	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 17

A 101	Ablehnung
A 102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 103	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 104	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 105	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 16
A 106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 107	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und an den BACDJ
A 108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 111	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 116	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 118	Behandlung bei Ziffer 23
A 118	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 119	Erledigt
A 120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 121	Erledigt bei Ziffer 25
A 122	Erledigt
A 123	Erledigt bei Ziffer 28
A 124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 125	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 126	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 15
A 127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 128	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 131	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 28
A 132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 134	Behandlung bei Ziffer 17
A 134	Erledigt bei Ziffer 17
A 135	Erledigt
A 136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 139	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 140	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 141	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 142	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 143	Überweisung an das Netzwerk Digitalisierung
A 144	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 145	Überweisung an den BACDJ und das Netzwerk Digitalisierung
A 146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 148	Überweisung an den BACDJ und das Netzwerk Digitalisierung
A 149	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 151	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 152	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 153	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
A 154	Erledigt
A 155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 156	Ablehnung
A 157	Annahme i.d.F. der Antragskommission gemeinsam mit C 46, C 81, C 96, C 118, C 156, C 188 und C 210
A 158	Ablehnung
A 159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 160	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 161	Erledigt
A 162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 164	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 165	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 166	Erledigt bei Ziffer 26
A 167	aus systematischen Gründen nicht berück- sichtigt
A 168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 169	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 170	aus systematischen Gründen nicht berück- sichtigt
A 171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 172	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 173	Annahme
A 174	Ablehnung
A 175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 177	Ablehnung
A 178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 179	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern und den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
A 180	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
A 181	aus systematischen Gründen nicht berück- sichtigt
A 182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 185	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 187	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 188	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 189	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 190	Überweisung an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation
A 191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 192	Überweisung an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation und den Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt
A 193	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 194	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 195	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 196	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 198	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 199	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 200	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 201	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 202	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 206	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 207	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 210	Überweisung an den Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 211	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 212	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 213	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 214	Erledigt bei Ziffer 16
A 215	Überweisung an den Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft, den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt und den BACDJ
A 216	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 217	Erledigt bei Ziffer 7
A 218	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 219	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
A 220	Erledigt bei Ziffer 9
A 221	Ablehnung
A 222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 224	Ablehnung
A 225	Ablehnung

A 226	Ablehnung
A 227	Ablehnung
A 228	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 229	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
A 230	Ablehnung
A 231	Ablehnung
A 232	Ablehnung
A 233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 234	Überweisung an den Bundesfachausschuss Europapolitik und den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern,
A 235	Behandlung bei Ziffer 23
A 235	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 236	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 237	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 238	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 239	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 240	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 241	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 242	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 243	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 244	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 23
A 245	Ablehnung

A 246	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 247	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 248	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 248 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 22: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes „**An der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten – die Bundeswehr weiter stärken.**“ folgenden Beschluss:

F	Annahme i.d.F. der Antragskommission
---	--------------------------------------

Zu TOP 23: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes „**Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken sowie die Migration besser regeln und steuern.**“ folgenden Beschluss:

G	Annahme
---	---------

Zu TOP 24: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über die **Anträge zur Änderung des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU** folgende Beschlüsse:

E	Annahme
B 1	Annahme
B 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission zu Pkt. § 42 Statut
B 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission zu Pkt. § 43 Statut
B 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 4	Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge E und B 1 bis B 4 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 25: Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über **die sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

C 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 3	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
C 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 6	Annahme
C 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt
C 8	Annahme
C 9	Annahme
C 10	Annahme
C 11	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an den Generalsekretär
C 14	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 16	Ablehnung
C 17	Erledigt
C 18	Ablehnung
C 19	Ablehnung
C 20	Überweisung an den Haushaltsausschuss
C 21	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- C 22 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 23 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 24 Zurückgezogen
- C 25 Annahme i.d.F. bei Antrag F
- C 26 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 27 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 28 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 29 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 30 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 31 Annahme
- C 32 Überweisung an das Netzwerk Medien
- C 33 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 34 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 35 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 36 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 37 Annahme
- C 38 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 39 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 40 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 41 Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

- C 42 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand
- C 43 Annahme i.d.F. des Antrags C 8
- C 44 Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- C 45 Erledigt
- C 46 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 47 Annahme i.d.F. des Antrags C 8
- C 48 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesfachausschuss soziale Sicherung und Arbeitswelt
- C 49 Überweisung an den Bundesfachausschuss Europapolitik
- C 50 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 51 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 52 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 53 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 54 Annahme
- C 55 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 56 Annahme und Überweisung an die CDU-Frak-tionen der Landtage, der Bürgschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 57 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 58 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 59 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- C 60 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 61 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 62 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 63 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 64 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 65 Annahme
- C 66 Annahme
- C 67 Annahme
- C 68 Annahme
- C 69 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit sowie den BACDJ
- C 70 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 71 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 72 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 73 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 74 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 75 Annahme
- C 76 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 77 Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 79	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 80	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 82	Überweisung an den Bundesfachausschuss Europapolitik
C 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 85	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 87	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 91	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 92	Annahme
C 93	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 94	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 95	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 96	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 97	Erledigt
C 98	Überweisung an den Generalsekretär
C 99	Ablehnung
C 100	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 102	Ablehnung
C 103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 104	Annahme
C 105	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 106	Erledigt
C 107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 108	Überweisung an den Bundesvorstand
C 109	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 111	Annahme
C 112	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 114	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 116	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission sowie Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
C 118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 119	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 120	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 121	Annahme
C 122	Annahme i.d.F. bei Antrag F
C 123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 124	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 125	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
C 126	Annahme i.d.F. der Antragskommission gemeinsam mit Antrag C 4
C 127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 128	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 130	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit
C 131	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 132	Erledigt
C 133	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 135	Ablehnung
C 136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 138	Annahme
C 139	Annahme i.d.F. des Antrags C 8

- C 140 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 141 Überweisung an den BACDJ
- C 142 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit sowie den BACDJ
- C 143 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 144 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 145 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den BACDJ
- C 146 Überweisung an den BACDJ
- C 147 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 148 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 149 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 150 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 151 Annahme in der Fassung von C 75
- C 152 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 153 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 154 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 155 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 156 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 157 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 158 Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin

C 159	Annahme i.d.F. des Antrags C 8
C 160	Annahme
C 161	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 162	Erledigt
C 163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 166	Ablehnung
C 167	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 168	Erledigt
C 169	Annahme
C 170	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit
C 171	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit
C 172	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 174	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 177	Ablehnung
C 178	Annahme
C 179	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 180	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- C 181 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 182 Überweisung an den Bundesfachausschuss
Äußere Sicherheit
- C 183 Überweisung an den Bundesfachausschuss
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und den
Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und
Arbeitswelt
- C 184 Ablehnung
- C 185 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 186 Annahme i.d.F. der Antragskommission und
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 187 Annahme i.d.F. der Antragskommission und
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 188 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 189 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 190 Annahme i.d.F. des Antrags C 8
- C 191 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 192 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 193 Überweisung an den Bundesfachausschuss
Bildung, Forschung und Innovation
- C 194 Annahme i.d.F. der Antragskommission und
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestags-
fraktion
- C 195 Annahme
- C 196 Annahme i.d.F. des Antrags C 8
- C 197 Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 198	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 199	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 200	Annahme
C 201	Annahme
C 202	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 203	Annahme
C 204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 206	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
C 207	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 208	Annahme
C 209	Überweisung an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern
C 210	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 211	Annahme
C 212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 213	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 214	Erledigt
C 215	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 216	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an den Generalsekretär

C 217	Annahme
C 218	Ablehnung
C 219	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
C 220	Ablehnung
C 221	Annahme i.d.F. bei Antrag G
C 222	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 223	Überweisung an den Bundesvorstand
C 224	Ablehnung
C 225	Ablehnung
C 226	Ablehnung
C 227	Annahme
C 228	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 231	Annahme i.d.F. von C 8
C 232	Annahme
C 233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 234	Annahme
C 235	Annahme
C 236	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 238	Erledigung
C 239	Annahme i.d.F. bei Antrag F

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 226 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 227 bis C 239 ist in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 26: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Annegret Kramp-Karrenbauer

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Marketing · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · www.cdu.de/kontakt